



Protokoll

der 5. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 6. März 2024, um 09:00 Uhr

Vorsitz: *Claudio Miozzari, Grossratspräsident*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung

Abwesende: *Alexandra Dill (SP), Lea Wirz (GAB), Christine Keller (SP), Mahir Kabakci (SP), Daniel Seiler (FDP).*

Verhandlungsgegenstände:

1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung	2
2.	Entgegennahme der neuen Geschäfte	2
4.	Wahl eines Mitglieds der IPK FHNW (Nachfolge Tim Cuénod, FKom).....	2
5.	Wahl eines Mitglieds der IGPK Universität (Nachfolge Jo Vergeat, FKom).....	3
13.	Anpassung des Schulgesetzes vom 4. April 1929, Bericht der BKK	4
13.1.	Motion Claudio Miozzari und Konsorten betreffend gesetzliche Regelungen für die Tagesstruktur und Ferienangebote, Bericht der BKK	11
13.2.	Motion Sandra Bothe und Konsorten betreffend "Keine Ausgrenzung von Kindern in den Tagesferien auf Grund der Schulwahl", Bericht der BKK	11
13.3.	Motion Brigitte Gysin und Konsorten betreffend Vertretung der Tagesstrukturen in den Schulräten, Bericht der BKK.....	11
13.5.	Anzug Edibe Gölgeci und Konsorten betreffend Einführung Tagesschulen, Bericht der BKK	11
13.4.	Anzug Kaspar Sutter und Konsorten betreffend familiengerechte Ferienbetreuung in den Tagesstrukturen, Bericht der BKK	12
6.	Kantonale Volksinitiative "Hafen für alle - Freiräume statt Luxusprojekte!", Bericht des Ratsbüros	12
7.	Kantonale Volksinitiative "Basel baut Zukunft" - Fristverlängerung, Bericht der BRK	13
8.	Kantonale Volksinitiative "1% gegen globale Armut" -Fristverlängerung, Bericht des RR.....	13
9.	Kantonale Volksinitiative betreffend "Keine Steuerschulden dank Direktabzug"- rechtlichen Zulässigkeit und weiteres Vorgehen, Bericht des RR	14
10.	Soziales Wohnen Basel-Stadt, Bericht der GSK	15
10.3.	Motion Oliver Bolliger und Konsorten betreffend einem Stadthotel gegen die Obdachlosigkeit (Umsetzung von Recht auf Wohnen), Bericht der GSK.....	23
10.1.	Anzug Georg Mattmüller und Konsorten betreffend soziale Wohnberatung/Wohnhilfe, Bericht der GSK .	24
10.2.	Anzug Jürg Meyer und Konsorten betreffend Bereitstellung von Wohnungen für Menschen mit besonderen Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt, Bericht der GSK	24
10.4.	Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Überprüfung und Erweiterung der Angebote für Obdachlose in der Stadt unabhängig von Anmeldekanton und Aufenthaltsstatus, Bericht der GSK	24
11.	BaselArea: Ausrichtung von Betriebsbeiträgen für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der WAK	26
12.	Erneuerung des Staatsbeitrags an Basel Tourismus für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der WAK	31



Beginn der 5. Sitzung

Mittwoch, 6. März 2024, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[06.03.24 09:00:39]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

IPK Nordwestschweiz: Der Arbeitsausschuss der Interparlamentarischen Konferenz der Nordwestschweiz (IPK), hat den Rechenschaftsbericht 2023 verabschiedet. Er ist auf der Website der IPK einsehbar und es liegen einige Exemplare auf dem Tisch des Hauses. Das Gremium hat zudem beschlossen, an der Herbsttagung vom 25. Oktober das Thema Digitalisierung der Volksschule zu behandeln.

Frühjahrstagung der ILK, Internationale Legislativkonferenz: Am 24. Mai findet hier in diesem Saal die Frühjahrstagung der ILK zum Thema Mobilitätswenderolle der Kantone statt. Sprechen werden unter anderen auch unsere Regierungsrätin Esther Keller. Es liegen einige Anmeldeformulare auf dem Tisch des Hauses und falls sie Fragen zum Anlass haben, gibt Ihnen Joel Thüring als Delegierter des Ratsbüros für die ILK gerne Auskunft.

Neue Interpellationen: Es sind 12 neue Interpellationen eingegangen. Die Interpellationen Nummer 15, 17, 19, 21 und 23 werden mündlich beantwortet.

Kaffeespense: Statthalter Balz Herter feierte vor kurzem einen runden Geburtstag, seinen 40. Aus diesem freudigen Anlass spendiert er uns heute den Kaffee. Im Namen des Grossen Rates gratuliere ich Balz herzlich. Danke für die grosszügige Geste.

Wir kommen damit zur Tagesordnung:

Antrag auf Terminierung: Das Büro beantragt Ihnen, das Traktandum 13 Anpassung des Schulgesetzes heute als erstes Sachgeschäft nach den Wahlen zu behandeln. Der Grund ist, dass der zuständige Regierungsrat Conradin Cramer am zweiten Sitzungstag nicht anwesend sein wird. Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie mit der Terminierung dieses Geschäftes so einverstanden sind.

Antrag auf Absetzung Traktandum 3: Die Fraktion SP beantragt Traktandum 3 abzusetzen und erst wieder im Mai zu traktandieren. Der Sitz der SP in der Regiokommission wird damit bis Mai unbesetzt bleiben. Den fehlenden Wortmeldungen entnehme ich, dass Sie mit der Absetzung von Traktandum 3 einverstanden sind.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Sie haben die Tagesordnung damit stillschweigend genehmigt.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[06.03.24 09:04:04]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch hier liegen keine Wortmeldungen vor. Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie mit der vom Büro vorgeschlagenen Zuweisung dieser Geschäfte einverstanden sind. Sie haben so beschlossen.

4. Wahl eines Mitglieds der IPK FHNW (Nachfolge Tim Cuénod, FKom)

[06.03.24 09:04:30]



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich beantrage Ihnen, die Wahlen bei den Traktanden 4 bis 5 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen als Sitze zu vergeben sind. Die Abstimmungen werden natürlich trotzdem einzeln durchgeführt.

Für offene Wahlen braucht es die Zustimmung eines Zweidrittelmehr, also doppelt so viele Ja- wie Nein-Stimmen.

Wir kommen zur Abstimmung über die offene Wahl.

2/3-Abstimmung

JA heisst offene Wahlen bei den Traktanden 4 bis 5, NEIN heisst geheime Wahlen

Ergebnis der Abstimmung

83 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002963, 06.03.24 09:05:41]

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahlen bei den Traktanden 4 und 5

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die offenen Wahlen bestätigt mit 83 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

Für die Wahl als Mitglied der IPK Fachhochschule Nordwestschweiz von der Finanzkommission vorgeschlagen wurde Jessica Brandenburger Wählbar sind die Mitglieder der Finanzkommission. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir kommen damit zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Jessica Brandenburger wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002965, 06.03.24 09:06:45]

Der Grosse Rat wählt

Jessica Brandenburger als Mitglied der IPK FHNW.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Wahl bestätigt mit 88 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei keinen Enthaltungen.

Ich gratuliere Jessica-Brandenburger zur Wahl als Mitglied der IPK FHNW und wünsche ihr Freude und Erfolg im neuen Amt.

5. Wahl eines Mitglieds der IGPK Universität (Nachfolge Jo Vergeat, FKom)

[06.03.24 09:07:03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Wahl als Mitglied der IGPK Universität der Finanzkommission vorgeschlagen wurde Anouk Feurer. Wählbar sind Mitglieder der Finanzkommission. Es sind auch hier keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir kommen damit zur offenen Wahl.



Abstimmung

Wer Anouk Feurer wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002967, 06.03.24 09:07:59]

Der Grosse Rat wählt

Anouk Feurer als Mitglied der IGPK Universität.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Wahl bestätigt mit 91 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei keinen Enthaltungen.

Ich gratuliere Anouk Feurer herzlich zur Wahl als Mitglied der IGPK-Universität und wünsche ihr Freude und Erfolg im neuen Amt.

13. Anpassung des Schulgesetzes vom 4. April 1929, Bericht der BKK

[06.03.24 09:08:25, 23.1307.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Bericht der BKK. Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an die Präsidentin der BKK Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Mit diesem Ratschlag werden Änderungen des Schulgesetzes in Bezug auf die Tagesstrukturen, Ferienangebote und den Schulrat beschlossen. Alle Änderungen werden aufgrund politischer Vorstösse vorgenommen.

Die Motion Miozzari verlangt eine gesetzliche Verankerung der Tagesstrukturen und der Ferienangebote. Lange hat die BKK darüber diskutiert, ob die gesetzliche Verankerung der Tagesstrukturen und der Tagesferien im Schulgesetz am richtigen Ort ist oder ob es nicht sinnvoller wäre, ein eigenes Tagesstrukturgesetz zu erarbeiten. Ein Teil der Kommissionsmitglieder ist der Ansicht, dass die Regelung im Schulgesetz eine zu grosse Nähe zur Schule signalisiere, so könne man ja gleich Tagesschulen führen. Zudem wird befürchtet, dass Kinder, die nicht in die Tagesstrukturen gehen, schulisch einen Nachteil hätten.

Andere Kommissionsmitglieder wiederum sind der Ansicht, dass es richtig ist, die Regelungen im Schulgesetz zu verankern, da es um das Kind geht und man nicht unterscheiden soll, ob nun ein Aspekt den Schulteil oder den Betreuungsteil betrifft. Zudem ist es symbolisch wichtig, dass vor allem die Tagesstrukturen eng mit der Schule verbunden sind, da auch die Zusammenarbeit und die Bedeutung innerhalb des Schulbetriebs eng verbunden sein muss. Die Tagesstrukturen sollen ein vollwertiger Teil der Schule sein.

Ebenfalls intensiv hat die BKK diskutiert, ob im Gesetz festgehalten werden soll, dass Kinder aus Privatschulen, die keine eigene Tagesstruktur führen, in die schulexternen Tagesstrukturen gehen können. Eine Kommissionsminderheit möchte, dass alle Kinder im Kanton eine Tagesstruktur besuchen können, wie es in der Verfassung steht. Es soll nicht zu stossenden Situationen kommen, wenn Geschwister aufgrund unterschiedlicher schulischer Bedürfnisse nicht am selben Ort subventioniert betreut werden können. Zudem führe es zu einer Ungleichbehandlung von Anbietern, da Kitas mit Betreuungsbeiträgen Kindern aus Privatschulen zur Verfügung stünden, schulexterne Tagesstrukturen aber nicht.

Eine Mehrheit der Kommission ist aber der Ansicht, dass die Öffnung des bestehenden Systems dazu führen könnte, dass Privatschulen ihre Betreuungsangebote schliessen würden und ihre Schülerinnen und Schüler dann die schulexternen Tagesstrukturen besuchen müssten, was den Druck auf diese Tagesstrukturen enorm erhöhen würde. Zudem seien gemäss Einschätzung des ED potenziell nur ganz wenige Schülerinnen und Schüler betroffen, da die meisten Privatschulen eben auch Tagesstrukturen anbieten würden.

Ein Antrag, der diese subventionierte Nutzung der schulexternen Tagesstrukturen durch Schülerinnen und Schüler aus Privatschulen ermöglichen wollte, wurde mit 8 zu 4 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.



Durch die Motion Miozzari werden keine Neuerungen eingeführt. Es geht lediglich darum, dass gewisse Aspekte von der Verordnungs- auf die Gesetzesstufe gehoben werden.

Einmal mehr hat sich die Kommission an der Tatsache gestossen, dass es sogar innerhalb der Tagesstrukturen verschiedene Modelle gibt, schuleigene Angebote, die von der Schule oder von Privaten geführt werden und schulexterne Angebote, die von Privaten geführt werden. Es gibt unterschiedliche Bedingungen, zum Teil unterschiedliche Löhne für die gleiche Arbeit, und auch die Kosten für einen Tagesstrukturplatz unterscheidet sich deutlich je nachdem, ob er schuleigen oder schulextern ist. Wie bei den Kitas und den Spielgruppen empfiehlt die BKK auch bei diesem Ratschlag zu den Tagesstrukturen, dass eine Harmonisierung der Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche angezeigt ist. Der BKK ist bewusst, dass all diese Angebote schrittweise entstanden und gewachsen und darum so unterschiedlich sind. Ein Gesamtblick auf das System ist nun aber vonnöten und sollte angegangen werden.

Die Motion Bothe verlangt, dass allen Kindern im Kanton, ob sie nun eine Privatschule oder die Volksschule besuchen, der Zugang zu den Tagesferien zu gleichen Bedingungen gewährt wird. Diese Forderung wird mit dem neuen § 77c umgesetzt. Die Motion Gysin möchte eine gesetzlich vorgeschriebene Vertretung der Tagesstrukturen in den Schulräten einführen. Auch dieses Anliegen wird mit der vorgeschlagenen Änderung von § 79b umgesetzt. Bei den beiden Anzügen, die mit diesem Ratschlag behandelt werden, folgt die BKK den Anträgen des Regierungsrats. Beim Anzug Sutter haben wir zwar diskutiert, ob der Anzug abgeschrieben werden kann. Da die Nachfrage nach Tagesferien aber stetig steigt und das Angebot weiter ausgebaut werden muss und da eine Motion zu den Tagesferien mit weiterreichenden Forderungen überwiesen wurde und beim Regierungsrat zur Behandlung liegt, macht es Sinn, den Anzug Sutter erst bei der Behandlung der Motion abzuschreiben.

Die BKK beantragt mit 11 zu 1 Stimme bei 1 Enthaltung, das Schulgesetz, wie es der Regierungsrat vorschlägt, zu ändern.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Conradin Cramer.

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Zunächst danke ich Ihnen, dass wir das Geschäft heute terminieren können. Am nächsten Grossratsmittwoch findet ja die Gesamtkonferenz der Kantonalen Schulkonferenz, die sogenannte GeKo oder ehemals Synode, statt und ich bin froh, dass ich da nicht in die unangenehme Lage komme, zwischen GeKo und Grosse Rat entscheiden zu müssen und wir das heute abschliessen können.

Die Präsidentin der BKK hat bereits geschildert, was wir umsetzen wollen. Hauptgegenstand der heutigen Beratung ist die Verankerung der Regelungen über die Tagesstrukturen neu im Schulgesetz. Damit verschieben wir sozusagen die Regelungsebenen. Heute ist vieles in Weisungen und der Verordnung. Wir nehmen jetzt vieles aus der Verordnung ins Gesetz und Dinge aus den Weisungen dann in die Verordnung. Das ist absolut angemessen, demokratiepolitisch aber auch, um der Bedeutung der Tagesstrukturen besser gerecht zu werden. Demokratiepolitisch deshalb, weil dann eben für die Grundzüge der Tagesstrukturen das Parlament mitzureden hat und für die detaillierteren Ausführungen der Regierungsrat über seine Verordnungskompetenz. Wie Sie wissen, ist aber in Bildungsfragen der Regierungsrat nicht frei, sondern er kann nur auf Antrag des Erziehungsrats, den Sie wählen, Verordnungsänderungen erlassen. Insofern haben wir dann wirklich demokratiepolitisch eine sehr gute Abdeckung auch des Tagesstrukturwesens.

Die Präsidentin der BKK hat es schon gesagt, materiell ändern wir nichts. Wir werden auch integral diese neuen Bestimmungen im Schulgesetz in das neue Volksschulgesetz überführen, das in Arbeit ist. Sie wissen, wir haben eine grosse Bildungsgesetzgebungsrevision in Arbeit und wenn Sie auf dem Bildschirm schauen, dann sehen Sie das Datum des Inkrafttretens des Schulgesetzes oder des Beschlusses des Schulgesetzes, den 4. April 1929. So sieht es das Gesetz etwa auch aus, weil die Schule natürlich heute ganz anders ist als 1929, entsprechend ist das Gesetz ein Flickenteppich. Ich bin zuversichtlich, dass das Gesetz den Hundertjährigen so nicht mehr feiern wird, sondern dass wir vorher im Grossen Rat mit einem Volksschulgesetz, einem Gesetz für die weiterführenden Schulen, einem den Lehrpersonen nahen Gesetz, diese sehr verzettelte Bildungsgesetzgebung besser bündeln können. Auch das wird ein wichtiger Schritt sein für die demokratiepolitische Abstützung unseres Bildungswesens. Zurzeit ist alles sehr verstreut und auch die Ebenen stimmen nicht überall ganz. Es sind Dinge in der Verordnung, die eigentlich ins Gesetz gehören und auch umgekehrt Dinge im Gesetz, die nicht gesetzeswürdig sind.

Wir haben nun diese Arbeit auf uns des Grossen Rates für die Tagesstrukturen vorgesehen. Das ist sicher auch ein gutes Symbol. Vieles hier ist ja auch Symbolik, um die Bedeutung der Tagesstrukturen zu unterstreichen. Zu den beiden weiteren Motionen, die wir heute zur Umsetzung beantragen, der Motion von Sandra Bothe betreffend Zugang aller Kinder in Basel-Stadt zu den Tagesferienangeboten hat die Präsidentin der BKK auch schon alles gesagt. Ebenso klar ist die Umsetzung der Motion von Brigitte Gysin, dass auch die Tagesstrukturen vertreten sein sollen in den Schulräten.

Ich bitte Sie deshalb, den Anträgen der BKK vollumfänglich zu folgen und danke für die effiziente und gute Vorbereitung in der Kommission.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Für die SP ist Fraktionssprecherin ist Amina Trevisan.

Amina Trevisan (SP): Die SP-Fraktion freut sich, dass das Schulgesetz aus dem Jahr 1929 aufgrund von drei Motionen angepasst wird. Auch wir halten die vorgeschlagenen Umsetzungen der Motionen Miozzari, Gysin und Bothe grundsätzlich für gut. Vor allem die Regelung verschiedener Aspekte auf Gesetzesebene, die bis anhin auf Verordnungsebene geregelt wurden, begrüssen wir sehr.

Mit der Anpassung des Schulgesetzes sind nun Tagesstrukturen verankert und gleichzeitig kann die Qualität des Angebots hoch gehalten werden. Für die SP-Fraktion ist es zudem wichtig, dass nun Tagesstrukturen und Tagesangebote eng miteinander verzahnt sind, was mit dieser Vorlage gelungen ist. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass bei den Tagesangeboten und Tagesferien im Sinne des Kindeswohls weitergemacht werden muss.

Die SP-Fraktion folgt den Empfehlungen des Regierungsrats, den Anzug Kaspar Sutter und Consorten betreffend familiengerechte Ferienbetreuung in den Tagesstrukturen stehen zu lassen sowie den Anzug Edibe Gölgele und Consorten betreffend Einführung Tagesschulen als erledigt abzuschreiben. In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen der SP-Fraktion, den nachfolgenden Ratschlag zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion GLP geht das Wort ans Sandra Bothe.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Schuleigene und schulexterne Tagesstrukturen Fernbetreuung aber auch Kindertagesstätten sind zentrale Bauteile der familienergänzenden Kinderbetreuung in Basel-Stadt. Immer mehr Eltern vereinen Beruf und Familie, ein Blick auf den Zahlenspiegel 2022/23 verdeutlicht die Folge. 3'800 Tagesstrukturplätze wurden von 5'282 Schulkindern belegt, zusätzlich zu den 4'334 Kindern, die Kindertagesstätten besuchen. Die 10'000 familienergänzend betreuten Kinder und zusätzlich rund 1'000 Schüler und Schülerinnen, die das Mittagstischangebot der Sekundarstufe nutzen, unterstreichen die Bedeutung dieser umfassenden gesetzlichen Verankerung, die wir heute beschliessen wollen. Die Anzahl Kinder in der Fernbetreuung ist im aktuellen Zahlenspiegel nicht aufgeführt. Ich nutze darum die Gelegenheit anzuregen, dass der Regierungsrat diese bei zukünftigen Berichten ebenfalls abbildet. Sicher ist, dass ein beträchtlicher Anteil der Kinder ihre Freizeit in diesen Angeboten verbringt.

Liest man die Berichte der Regierung zu verschiedenen parlamentarischen Vorstössen betreffend Tagesbetreuung und eben auch der Tagesstruktur, so fällt doch auf, dass die Begriffe Tagesschule, familienergänzend, schulergänzend, unterrichtsergänzend, schuleigen, schulextern in Verbindung mit dem Angebot verwendet werden. Eltern müssen sich durch einen Dschungel an Kinderbetreuungsangeboten navigieren und es führt dazu, dass unterschiedliche Vorgaben für Eltern und Betreuungsanbieter gelten.

Wir Grünliberalen begrüssen deshalb ausdrücklich, dass der Regierungsrat eine Vereinheitlichung der Systeme aus Sicht der Eltern und der Tarife anstrebt. Darüber hinaus haben wir uns aber gefragt, ob die gesetzlichen Vorgaben, wie sie in anderen Kantonen mit optionalen Tagesstrukturen existieren, nicht auch in Basel im Bereich Soziales und Sicherheit verankert werden sollten, diese angegliedert an das Tagesbetreuungsgesetz. Die Regierung führt in ihrem Ratschlag aus, dass sie die Tagesstrukturen im Schulgesetz verordnen will, da ein enger sachlicher Zusammenhang mit dem Unterricht in der Volksschule bestehen würde. Wenn aber die Kantonsverfassung Eltern die staatliche oder private familienergänzende Tagesbetreuungsmöglichkeit garantiert, warum sollen dann im Schulgesetz die Tagesstrukturen als unterrichtsergänzendes Angebot verortet werden? Die Diskussion um die Begrifflichkeit mag als Wortklauberei und gesetzlich irrelevant erscheinen, doch die Platzierung von unterrichtsergänzenden Tagesstrukturen im Schulgesetz bei freiwilliger Teilnahme birgt das Risiko für die Chancengerechtigkeit der Schüler und Schülerinnen. Und ungeachtet des grossen Bestrebens der Volksschulleitung und des Schulpersonals, dass Bildung und Betreuung zu einer Schulgemeinschaft verschmelzen, führt die aktuelle Situation doch zu einem Nebeneinander und ist weder Fisch noch Vogel.

Die GLP betrachtet diese Entwicklung zu schuleigenen Tagesstrukturen kritisch, insbesondere in Bezug auf das stetige Wachstum mit bis zu 300 Betreuungsplätzen und die dadurch entstehende ständige Veränderung der Gruppenzusammensetzung, sowie im Hinblick auf den steigenden Bedarf an Schulraum. Heute bleiben Schulräume ungenutzt, wenn die Kinder in der Tagesstruktur sind und die Tagesstrukturen stehen leer, wenn die Kinder in der Schule sind. Die Grünliberalen hadern zwar mit dem Begriff Tagesstrukturen im Schulgesetz, sehen die Chance aber bei der Weiterentwicklung der positiven Aspekte im Stile der Tagesschule und stimmen deshalb der Verankerung zu.

Die Festlegung fester Betreuungszeiten hätte günstige Auswirkungen auf die Chancengerechtigkeit, auf stabilere und kleinere Gruppen, auch im Klassenverband, und damit auf die Raum- und Personalplanung. In der Konsequenz würde es eine effizientere Ressourceneinteilung ermöglichen und damit Kosten senken.



Einige unserer Bedenken bleiben aber bestehen hinsichtlich der gesetzlichen Verankerung, insbesondere im Hinblick auf die Gleichbehandlung von Eltern und Kindern in Basel-Stadt in schulexternen Tagesstrukturen gegenüber den Kindertagesstätten. Finanziert werden heute beide familienergänzenden Angebote einerseits durch Elternbeiträge und andererseits durch kantonale Subventionen. Kinder, die am Morgen eine private Bildungsinstitution besuchen, haben Zugang zu familien- und schulergänzenden Kitas mit subventionierten Betreuungsbeiträgen, jedoch haben dieselben Kinder keinen Zugang zu familien- und schulergänzenden schulexternen Tagesstrukturen mit subventionierten Beiträgen. Dies kann dazu führen, dass Familien mit mehreren Kindern, die einerseits die öffentliche Schule besuchen und andererseits ein Angebot einer privaten Schule nicht am selben Ort zu denselben Bedingungen betreut werden können. Die GLP empfindet diesen Umstand als sehr problematisch und es ist besonders bedauerlich, weil es sich um eine Missachtung der Bedürfnisse der Familien und Kinder handelt und keine zusätzlichen Kosten verursachen würde. Es geht lediglich um eine Frage der Einteilung der Kinder in die vorhandenen familien- und schulergänzenden kantonalen Angebote.

Die im BKK-Bericht vorgeschlagene Ausnahmeregelung hätte privaten schulexternen Tagesstrukturanbietern erlaubt, in begründeten Einzelfällen bei der Fachstelle Tagesstrukturen anzuklopfen. Die Ausnahmeregelung hätte nicht die Finanzierung der schuleigenen Tagesbetreuung an privaten Bildungsinstitutionen ermöglicht. Selbst wenn Privatschulen die Option in Betracht gezogen hätten, ihre Betreuungsleistung auszulagern und durch schulexterne Anbieter zu ersetzen, wäre es alleine in der Hand des Erziehungsdepartements gelegen, eine derartige Leistungsvereinbarung überhaupt abzuschliessen. Eine unkomplizierte Anpassung hätte also eine bedürfnisgerechte Betreuungssituation für Geschwister schaffen können, nicht mehr und nicht weniger wäre passiert.

Ich bin weiterhin von der Forderung überzeugt, doch anstatt einen neuen Antrag zu stellen, gebe ich zu, dass meine Unterstützungsanfrage für manche Parlamentsmitglieder zu kurzfristig war. Ich möchte mich denn auch herzlich bei denjenigen bedanken, die das Anliegen mitgetragen hätten und behalte mir vor, die Forderung zu einem anderen Zeitpunkt einzubringen.

Die GLP freut sich dafür besonders, dass die Ungleichbehandlung der Betreuungssituation für Eltern von Kindern in Privatschulen während den Schulferien aufgehoben wird. Damit wird die bis zum Januar 2022 geltende Handhabung, nämlich gleiche Buchungsbedingungen für alle Kinder, wieder eingeführt. Wir unterstützen diese Gesetzesanpassung selbstverständlich. Sie garantiert allen Erziehungsberechtigten im Kanton Basel-Stadt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf während den Schulferien. Diese Massnahme ist auch für die kulturelle und ausserschulische soziale Integration und Durchmischung der Kinder von Bedeutung, vor allem aber erlaubt sie es ihnen, gemeinsam mit ihren Freunden ihre Freizeit zu verbringen.

Ich weiss, das war ein langes Votum, es war für mich ein wichtiges Votum und ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort wieder an entweder den Regierungsrat oder die Kommissionssprecherin. Sie verzichten beiden.

Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 12 des Berichts)

Titel und Ingress

I. Schulgesetz

§ 73

Unterrichtszeit der Volksschule (Überschrift geändert)

Abs. 1 (geändert)

Abs. 2 (aufgehoben)

Abs. 3 (aufgehoben)

Abs. 4 (aufgehoben)

§ 74

Abs. 2, lit j (geändert)

§ 75

Abs. 5 (aufgehoben)

Titel nach § 77a (neu)

II bis Tagesstrukturen und Ferienangebote



§ 77b (neu)

Abs. 1 bis 3

§ 77c (neu)

Abs. 1 bis 2

§ 77d (neu)

Abs. 1, lit a bis e

§ 77e (neu)

Abs. 1 bis 3

§ 77f (neu)

Abs. 1

Abs. 2 lit. a bis d

Abs. 3

§ 77g (neu)

Abs. 1

§ 77h (neu)

Abs. 1 bis 2

§ 77i (neu)

Abs. 1

§ 77j (neu)

Abs. 1 bis 3

§ 79b

Abs. 1 lit c (geändert)

Römisch II Änderung anderer Erlasse

Römisch III Aufhebung anderer Erlasse

Römisch IV Schlussbestimmung

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002970, 06.03.24 09:31:18]

Der Grosse Rat beschliesst

I.

Das Schulgesetz vom 4. April 1929 [1]) (Stand 1. Januar 2021) wird wie folgt geändert:

§ 73 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (aufgehoben), Abs. 3 (aufgehoben), Abs. 4 (aufgehoben)

Unterrichtszeit der Volksschule (Überschrift geändert)

1 Der Unterricht in der Volksschule erfolgt am Vormittag im Rahmen von Blockzeiten.

2 Aufgehoben.



3 Aufgehoben.

4 Aufgehoben.

§ 74 Abs. 2

2 Er erlässt insbesondere Bestimmungen über

j) (geändert) die Tagesstrukturen und Ferienangebote (§§ 77b-j)

§ 75 Abs. 5 (aufgehoben)

5 Aufgehoben.

Titel nach § 77a (neu)

IIbis. Tagesstrukturen und Ferienangebote

§ 77b (neu)

Tagesstrukturen

1 Kanton und Gemeinden stellen für die Schülerinnen und Schüler der Volksschulen bedarfsgerechte, nach pädagogischen Grundsätzen geführte, den Unterricht ergänzende schuleigene und schulexterne Tagesstrukturen bereit.

2 Bei der Ausgestaltung der Angebote sind die Bedürfnisse der Kinder und Erziehungsberechtigten zu berücksichtigen.

3 Die Angebote umfassen auf der Primarstufe vor und nach dem Unterricht Betreuung und an den Sekundarschulen nach dem Unterricht einen beaufsichtigten Aufenthalt und Aktivitäten.

§ 77c (neu)

Ferienangebote

1 Kanton und Gemeinden stellen für alle Schülerinnen und Schüler mit Aufenthalt im Kanton, die eine Schule der Primarstufe besuchen, bedarfsgerechte Ferienangebote bereit.

2 Die Angebote umfassen Betreuung und Aktivitäten während mindestens zwölf Schulferienwochen.

§ 77d (neu)

Anforderungen

1 Die Angebote erfüllen folgende Anforderungen:

a) sie basieren auf einem vom zuständigen Departement oder der zuständigen Stelle der Gemeinden genehmigten betrieblichen und pädagogischen Konzept;

b) sie verfügen über Leitungs- und Betreuungspersonal mit der ihrer Funktion entsprechenden fachlichen und persönlichen Eignung;

c) sie bieten eine ausgewogene und gesunde Verpflegung an;

d) der Betreuungsschlüssel und die Räumlichkeiten entsprechen den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler;

e) sie werden konfessionell und politisch neutral geführt.

§ 77e (neu)

Verantwortung

1 Die Verantwortung für die schuleigenen Tagesstrukturen obliegt der jeweiligen Schulleitung.

2 Die Verantwortung für die vom Kanton und den Gemeinden bereitgestellten schulexternen Tagesstrukturen und Ferienangebote obliegt der zuständigen Stelle des zuständigen Departements beziehungsweise der zuständigen Stelle der Gemeinden.

3 Die Gesamtverantwortung für die Tagesstrukturen und Ferienangebote trägt das zuständige Departement.

§ 77f (neu)

Private Anbieterinnen und Anbieter

1 Die für die Angebote zuständigen Stellen können private Anbieterinnen und Anbieter mittels Leistungsvereinbarung mit der Führung von Tagesstrukturen und der Durchführung von Ferienangeboten beauftragen.



2 Die Leistungsvereinbarung regelt insbesondere:

- a) die Organisation und den Betrieb des Angebots;
- b) die Art, den Umfang und die Qualität der zu erbringenden Leistungen sowie deren Abgeltung;
- c) das Rechnungswesen und Controlling;
- d) die Verantwortlichkeiten, insbesondere die Aufsicht durch das zuständige Departement oder die zuständige Stelle der Gemeinden.

3 Der Kanton oder die Gemeinden können beauftragten privaten Anbieterinnen und Anbietern Investitionsbeiträge gewähren.

§ 77g (neu)

Qualitätssicherung und Weiterentwicklung

1 Die für die Angebote zuständigen Stellen gewährleisten die Qualität der Angebote und sorgen für deren Weiterentwicklung.

§ 77h (neu)

Zusammenarbeit

1 Die Schul- und Tagesstrukturleitungen, die Lehr-, Fach- und Betreuungspersonen sowie die Betreuungspersonen und Erziehungsberechtigten arbeiten zusammen.

2 Sie informieren sich gegenseitig über Belange, die für die Betreuung und Förderung der Schülerinnen und Schüler relevant sind.

§ 77i (neu)

Datenbearbeitung

1 Die für die Angebote zuständigen und mit deren Durchführung beauftragten Stellen können zur Erfüllung ihrer Aufgaben Personendaten und besondere Personendaten von Schülerinnen und Schülern bearbeiten und untereinander austauschen.

§ 77j (neu)

Kostenbeteiligung

1 Die Erziehungsberechtigten beteiligen sich entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit an den Kosten des von ihrem Kind besuchten Angebots.

2 In Härtefällen kann auf eine Beitragserhebung verzichtet werden.

3 Der Regierungsrat legt die Berechnungsmodalitäten und die Höhe der Beiträge fest. Die Gemeinden können von der Höhe abweichende Beiträge festlegen.

§ 79b Abs. 1 (geändert)

1 Der Schulrat besteht grundsätzlich aus sieben Mitgliedern und einer Präsidentin oder einem Präsidenten. Er setzt sich wie folgt zusammen:

c) (geändert) drei schulinterne Mitglieder: eine Vertretung der Schulleitung, eine von der Schulkonferenz gewählte Vertretung der Lehr- und Fachpersonen und eine Vertretung der schuleigenen Tagesstruktur.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und tritt auf Beginn des Schuljahres 2024/25 am 12. August 2024 in Kraft. Sollte aufgrund eines allfällig erhobenen Referendums der Zeitpunkt des Inkrafttretens nicht eingehalten werden können, bestimmt im Falle der Annahme der Vorlage der Regierungsrat den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Grossratsbeschluss angenommen mit 92 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.



Mit dem Eintreten auf dieses Geschäft sind die Motionen Claudio Miozzari und Konsorten betreffend gesetzliche Regelungen für die Tagesstruktur- und Ferienangebote, Sandra Bothe und Konsorten betreffend Keine Ausgrenzung von Kindern in den Tagesferien aufgrund der Schulwahl und Brigitte Gysin und Konsorten betreffend gesetzlich verankerte Vertretung der Tagesstrukturen in Schulräten gemäss § 43 Abs. 5 der GO als erledigt abgeschlossen.

Die BKK beantragt auch den Anzug Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend Einführung Tagesschulen als erledigt abzuschreiben. Zudem beantragt die Kommission, den Antrag Kaspar Sutter und Konsorten betreffend familiengerechte Ferienbetreuung in den Tagesstrukturen stehen zu lassen.

Die Kommissionspräsidentin sowie der zuständige Regierungsrat verzichten auf ein Votum.

Ich habe keine Wortmeldungen vorliegen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

13.1. Motion Claudio Miozzari und Konsorten betreffend gesetzliche Regelungen für die Tagesstruktur und Ferienangebote, Bericht der BKK

[06.03.24 09:31:35, 21.5508.04]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion abzuschreiben

13.2. Motion Sandra Bothe und Konsorten betreffend "Keine Ausgrenzung von Kindern in den Tagesferien auf Grund der Schulwahl", Bericht der BKK

[06.03.24 09:31:37, 22.5081.04]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion abzuschreiben

13.3. Motion Brigitte Gysin und Konsorten betreffend Vertretung der Tagesstrukturen in den Schulräten, Bericht der BKK

[06.03.24 09:31:40, 22.5397.04]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion abzuschreiben

13.5. Anzug Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend Einführung Tagesschulen, Bericht der BKK

[06.03.24 09:32:05, 18.5390.05]



Claudio Miozzari, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben

13.4. Anzug Kaspar Sutter und Konsorten betreffend familiengerechte Ferienbetreuung in den Tagesstrukturen, Bericht der BKK

[06.03.24 09:32:12, 17.5195.06]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

6. Kantonale Volksinitiative "Hafen für alle - Freiräume statt Luxusprojekte!", Bericht des Ratsbüros

[06.03.24 09:32:48, 21.1523.05]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Ratsbüro beantragt dem Grossen Rat zu entscheiden, ob der unformulierte Gegenvorschlag an den Regierungsrat oder an eine Grossratskommission überwiesen wird. Im Falle der Überweisung an eine Grossratskommission muss diese bezeichnet werden. Der Regierungsrat beantragt mit einem Schreiben, ihm das Geschäft zu überweisen.

Für das Ratsbüro verzichtet Jo Vergeat auf ein Votum. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet ebenso. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Eintreten ist obligatorisch. Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen damit bereits zur Abstimmung.

Abstimmung

Wer das Geschäft dem Regierungsrat überweisen will, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002978, 06.03.24 09:34:11]

Der Grosse Rat beschliesst

Überweisung an den Regierungsrat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben das Geschäft dem Regierungsrat überwiesen mit 90 Ja-Stimmen ohne Gegenstimme bei einer Enthaltung.



7. Kantonale Volksinitiative "Basel baut Zukunft" - Fristverlängerung, Bericht der BRK

[06.03.24 09:34:27, 20.1006.05]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt, die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung bis zum 24. November 2024 zu verlängern. Für die Kommission geht das Wort an deren Präsidenten Michael Hut.

Michael Hug (LDP): Ich mache es ganz kurz. Sie haben unseren kurzen Bericht erhalten. Die BRK lotet derzeit auch nach Anhörung des Initiativkomitees und anderen Interessensvertretern einen abgeänderten Gegenvorschlag aus und wir bitten noch um etwas Zeit, weil auch das Verfassen des Berichts noch etwas dauern wird. Dies würde terminlich auch nicht für die Junisitzung passen und deshalb bitten wir Sie um Fristverlängerung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Die Vertreterinnen und Vertreter des Regierungsrates verzichten ebenfalls. Eintreten ist obligatorisch. Rückweisung wurde nicht beantragt.

Grossratsbeschluss (Seite 2 des Berichts)

Titel und Ingress

Einzigster Absatz

Publikationsklausel

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss unter Verzicht auf eine zweite Lesung zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 2 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002980, 06.03.24 09:36:23]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung zur kantonalen Volksinitiative «Basel baut Zukunft» wird bis zum 24. November 2024 verlängert.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 85 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

8. Kantonale Volksinitiative "1% gegen globale Armut" -Fristverlängerung, Bericht des RR

[06.03.24 09:36:35, 21.1247.04]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung bis zum 7. März 2025 zu verlängern. Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Die Lage hier ist sehr ähnlich wie beim Geschäft vorher. Wir sind an der Erarbeitung eines Gegenvorschlags durch den Regierungsrat und Sie haben sicher auch gesehen, dass es eine Vernehmlassung dazu gab. Diese Arbeiten sind noch im Gang und wir müssen Sie bitten, uns dafür die jetzt nach notwendige Zeit einzuräumen.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Eintreten ist obligatorisch. Rückweisung wurde nicht beantragt.

Grossratsbeschluss (Seite 4 des Berichts)

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel (wird ergänzt)

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss unter Verzicht auf eine zweite Lesung zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002982, 06.03.24 09:38:22]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung zur Volksinitiative «1% gegen globale Armut» wird bis zum 7. März 2025 verlängert.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 87 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

9. Kantonale Volksinitiative betreffend "Keine Steuerschulden dank Direktabzug"- rechtlichen Zulässigkeit und weiteres Vorgehen, Bericht des RR

[06.03.24 09:38:35, 23.1670.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Initiative als rechtlich zulässig zu erklären. Zudem beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zu übertragen. Das Wort geht an, den Vertreter oder die Vertreterin des Regierungsrats, Sie verzichten. Die Fraktionen scheinen ebenfalls zu verzichten und auch Einzelvoten liegen keine vor.

Eintreten ist obligatorisch. Wir kommen zur Abstimmung.

Grossratsbeschluss (Seite 9 des Berichts).

Abstimmung

Wer dem Beschluss zustimmt, stimmt JA, wer dem Beschluss nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002984, 06.03.24 09:40:03]

Der Grosse Rat beschliesst



Die mit 3'184 Unterschriften zustande gekommene formulierte kantonale Volksinitiative «Keine Steuerschulden dank Direktabzug» wird für rechtlich zulässig erklärt.

Dieser Beschluss kann beim Verfassungsgericht durch Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde ist innert zehn Tagen seit der Veröffentlichung im Kantonsblatt schriftlich beim Verfassungsgericht anzumelden. Innert 30 Tagen vom gleichen Zeitpunkt an gerechnet, ist die schriftliche Begründung einzureichen, welche die Anträge, die Angabe der Tatsachen und Beweismittel und eine kurze Rechtserörterung zu enthalten hat.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 87 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zu übertragen, wie Sie schon gehört haben. Auch hier liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

die Initiative stillschweigend dem Regierungsrat zur Berichterstattung innerhalb von 6 Monaten zu überweisen.

10. Soziales Wohnen Basel-Stadt, Bericht der GSK

[06.03.24 09:40:50]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Für die Kommission hat das Wort deren Präsident Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Aufgrund der Bedeutung des Themas für das soziale Basel werde ich ein wenig ausholen und detaillierter berichten, und entschuldigen Sie meine vielleicht ein wenig persönlichere Note bei meinem Votum, wie Sie wissen, liegt mir dieses Thema sehr am Herzen.

Seit dem 10. Juni 2018 ist das Recht auf Wohnen in der Basler Verfassung verankert. Der Kanton anerkennt dieses Rechts und trifft die zu seiner Sicherung notwendigen Massnahmen. Diese Verfassungsänderung wurde durch die vom Stimmvolk angenommene Initiative Recht auf Wohnen eingeleitet. Der Anstoss zu dieser Initiative kam von einem Netzwerk aus sozialen Organisationen, die täglich mit Menschen arbeiten, welche von Wohnungs- und Obdachlosigkeit betroffen sind. Zwei Jahre später, im Jahr 2020, wurden vom Regierungsrat erste Massnahmen getroffen. Dazu gehörte eine öffentlich-rechtliche Wohnbaustiftung, die bezahlbaren Wohnraum erwirbt und erstellt sowie ein Fonds für Anteilscheine, damit der Zugang zu Genossenschaften nicht mehr an der finanziellen Hürde scheitert. Zudem hat der Kanton Basel-Stadt sich dazu verpflichtet, selber beim preisgünstigen Wohnungsbaum tätig zu werden und in den kommenden Jahren 1'000 neue Wohnungen zur Kostenmiete zu bauen.

Diese Massnahmen sind alle sehr wichtig, hatten aber bisher kaum einen kurzfristigen Effekt für die von der Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen. Die Covidpandemie hat den Druck für die Betroffenen zusätzlich erhöht, und so war die Situation nach drei Jahren, seit Einführung des Rechts auf Wohnen, weiterhin unbefriedigend. Dies führte dazu, dass im Jahr 2021 weitere Vorstösse aus dem Parlament zum Thema und zur Förderung von eher kurzfristigen Massnahmen dem Regierungsrat überwiesen wurden. Übrigens ist das Menschenrecht auf Wohnen auch Bestandteil des Rechts auf einen angemessenen Lebensstandard gemäss Artikel 11 des UNO-Sozialpaktes, welcher von der Schweiz 1992 unterzeichnet wurde. Wir stehen also hier in der Pflicht, dieses Recht zu garantieren und entsprechende Massnahmen zu ergreifen.

Der Regierungsrat beantragt für die Jahre 2024 bis 2027 einen Gesamtbetrag von 4'459'000 Franken für verschiedene Massnahmen des sozialen Wohnens im Kanton Basel-Stadt. Insbesondere im unteren Preissegment besteht ein Druck auf dem Wohnraum. Die Konkurrenz um solche Wohnungen ist hoch und Menschen, welche von weiteren persönlichen Schwierigkeiten betroffen sind, haben kaum Chancen auf dem Wohnungsmarkt. Kommt erschwerend hinzu, dass unter den sozialen Einrichtungen ein grosser Bedarf besteht und sich alle auf dem gleichen Markt bewegen. Der Kanton steht also in der Pflicht, längerfristig bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und auch objektbezogene Förderung von preisgünstigem Wohnraum anzubieten. Soziales Wohnen fokussiert aber nicht nur auf die finanzielle Situation, sondern auch auf die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit grossen Zugangsschwierigkeiten. Die Massnahmen sollen besonders



benachteiligte Personen unterstützen, die aufgrund prekärer Lebenssituationen oder eingeschränkter beziehungsweise fehlender Wohnkompetenz keinen Zugang zum bestehenden Wohnungsmarkt haben.

Im 2019 startete das WSU drei Pilotprojekte mit Fokus soziales Wohnen, einerseits die Koordinationsstellen prekärer Wohnverhältnisse bei der Sozialhilfe und die Housing First bei der Heilsarmee sowie die zentrale Anlaufstelle Wohnen beim Gesundheitsdepartement, die unterdessen wieder aufgehoben wurde. Nach der Auswertung der Pilotprojekte beschloss der Regierungsrat, die unterschiedlichen Angebote und Projekte besser aufeinander abzustimmen und diese langfristig und nachhaltig abzustimmen. Hierfür wurde ein Gesamtkonzept soziales Wohnen erarbeitet und in vier Bereichen wurden Überschneidungen und Lücken entdeckt und Handlungsbedarf festgestellt. Aus dieser Erkenntnis wurden folgende vier Massnahmen definiert, über die wir nun mittels Ratschlag Soziales Wohnen abstimmen: Einerseits die Neuschaffung einer kantonalen Kompetenzstelle Wohnen für Betroffene und Vermieter:innen, die bisherige Koordinationsstellen Prekäre Wohnverhältnisse wird dabei integriert. Zweitens die Finanzierung von unterstützenden Massnahmen. Es handelt sich dabei um Mietzinsgarantien, Übernahmen von Doppelmietzinsen, ambulante Wohnbegleitung und das Angebot soziale Hauswirtschaft, Massnahmen, die jetzt schon im Bestehen, ein Ausbau von Housing First in einzelnen Mietwohnungen und als auch ein neues Angebot Housing First Plus in einer Liegenschaft mit Studios für Personen mit minimaler Wohnkompetenz ohne enge Begleitung. Der Kanton geht davon aus, dass bei Realisierung aller beabsichtigten Massnahmen auf bisherige Ausgaben für eine Notschlafstelle verzichtet werden kann. Insgesamt wird mit einer Verschlechterung des jährlichen Budgets um rund 545'000 Franken gerechnet.

Die Kommission hat sich intensiv mit dem Ratschlag auseinandergesetzt und hat Hearings einberufen, um neben der strukturellen auch auf der praktischen Ebene Informationen zu erhalten. So wurden Immobilien Basel-Stadt und die Behindertenhilfe von Seiten der Verwaltung und die Heilsarmee und der Schwarze Peter von Seiten der sozialen Organisationen eingeladen. Die Kommission legte ihren Fokus in den Hearings vor allem auf die vier zur Finanzierung vorgeschlagenen Massnahmen, stellte aber auch grundsätzliche Fragen zu Rolle, Aufgaben und Auftrag der Verwaltung.

Das Finanzdepartement betonte, dass das soziale Wohnen nicht zum Aufgabenbereich von Immobilien Basel-Stadt gehört, welche mit dem Finanzvermögen arbeiten und somit eine moderate Rendite erzielen muss. Die IBS stellt der Sozialhilfe Notwohnungen zur Verfügung sowie im Asyl und Flüchtlingsbereich, um diese danach dann aber wieder normal auf dem Markt vermieten zu können. Die IBS hat kein Interesse an Wohnungen im Verwaltungsvermögen mit sozialer Zweckbestimmung. Der Kanton geht davon aus, dass Housing First und andere Anbieter von ambulanter Wohnbegleitung nicht die Aufgabe haben, staatliche Wohnungen zu akquirieren, sondern mehrheitlich auf dem bestehenden Wohnungsmarkt. Zudem ist der Anteil von IBS mit nur 2,5 Prozent Wohnungen am Markt viel zu klein, um diesen zu steuern.

Die Behindertenhilfe hat ihren Fokus auf stationären und ambulanten Wohnleistungen für Menschen mit einer IV-Rente. Die Zielgruppe der Behindertenhilfe sei mit Ausnahme von Sucht erkrankten Menschen in der Regel besser integriert und besser erreichbar. Offen bleibt die Zuständigkeit und Abläufe zwischen Behindertenhilfe und Sozialhilfe, vor allem auch weil die Betroffenen sich zwischen den zuständigen Sozialversicherungssystemen bewegen. Die Behindertenhilfe hat die Erwartung, dass die neugeschaffene Kompetenzstelle auch regulierend und vermittelnd wirken kann.

Die Heilsarmee setzt seit ein paar Jahren das Angebot Housing First um. Sie sucht Wohnungen, vermietet diese weiter und unterstützt die Zielgruppe ohne die Bedingung an einer engeren Begleitung. Die Heilsarmee beurteilt den Ratschlag positiv und die betroffenen Massnahmen als wertvoll. Aus Sicht der Heilsarmee ist das grösste Problem die Anzahl verfügbarer Wohnungen am Markt. Die Heilsarmee wünscht sich ein stärkeres Engagement der Immobilien in Basel-Stadt. Die Konkurrenzsituation besteht dann zwar weiterhin, aber sie erhofft sich von der neuen Kompetenzstelle Wohnen eine Beruhigung und bessere Koordination.

Abschliessend zum Verein Gassenarbeit Schwarzer Peter und sowie dem Netzwerk Wohnungsnot. Beide begrüssen alle getroffenen Massnahmen, insbesondere Housing First Plus wird als die kurzfristig wirksamste Massnahmen angesehen. Aber auch der Schwarze Peter bemängelt die fehlende Rolle von Immobilien Basel-Stadt bei der Vermittlung und Unterstützung. Denn mit Ausnahme von Housing First Plus wird weiterhin auf den privaten Wohnungsmarkt verwiesen.

Zur Kommissionsberatung: Grundsätzlich begrüsst die GSK die geplanten vier Massnahmen und findet diese für die Erreichung der Zielsetzung zum sozialen Wohnen in unserem Kanton sehr förderlich. Es gab aber auch kritische Voten hinsichtlich der Umsetzung und das Rollenverständnis. Die GSK verzichtet aber auf Änderungsanträge, jedoch werde ich bei den einzelnen Massnahmen die Wünsche und Erwartungen der GSK, auch was die Rolle von Immobilien Basel-Stadt betrifft, zum Ausdruck bringen.

Zur ersten Massnahme Kompetenzstelle soziales Wohnen: Die kantonale Stelle bietet einerseits für besonders benachteiligte Personen niederschwellige und konkrete Hilfestellung, die Triagierung zu Partnerorganisationen und Vermittlung von Wohnraum sowie die Unterstützung für Vermieterinnen und Vermieter in ihren Fragen. Andererseits übernimmt sie Koordinationsleistungen im Bereich soziales Wohnen und fördert die interinstitutionelle Zusammenarbeit. Für den Betrieb der Kompetenzstelle werden jährlich 344'000 Franken zur Verfügung gestellt. Dies sind 176'600 Franken mehr als für die bisherige Koordinationsstellen. Die Kommission stellt fest, dass die Spannweite der Aufgaben und Zuständigkeiten der Kompetenzstelle sehr gross ist. Die GSK wünscht keine weitere Anlaufstelle ohne Kompetenzen, also keine Wiederholung



von AVO oder eine weitere Behördenstelle. Die Kompetenzstelle soll klare Schnittstellen definieren und die Zusammenarbeit im System aktiv fördern und bereits bestehende Angebote nicht konkurrenzieren.

Zu den unterstützenden Massnahmen: Die Fortsetzung der Finanzierung der unterstützenden Massnahmen wird von der GSK sehr begrüsst. Ob die Höhe der Finanzierung ausreichend sein wird, muss sich in den kommenden Jahren zeigen und bei Bedarf allenfalls angepasst werden. Die Kommission hat sich intensiver mit den Doppelmietzinsen auseinandergesetzt und es konnte glaubhaft dargestellt werden, dass der Ausbau in diesem Bereich sinnvoll ist und einem Bedarf entspricht. Die GSK wünscht sich aber einen Bericht hinsichtlich der Beanspruchung der Doppelmieten und ob die vorhandenen Mittel für die Zukunft auch dann Ausreichen. Für die Finanzierung der verschiedenen unterstützenden Massnahmen werden jährlich 255'000 Franken eingesetzt.

Zu Housing First. Auch der Ausbau des Angebots von Housing First wird von der GSK unterstützt. Das Angebot ist während dem Pilotprojekt zur Zufriedenheit des Kantons gut angelaufen und soll nun definitiv etabliert und leicht ausgebaut werden. Der limitierende Faktor bleibt aber der Wohnungsmarkt, der nur ungenügend bezahlbare Wohnungen zur Verfügung stellt. Die Kommission hat die Darstellung der beiden involvierten Departemente sowie von Immobilien Basel-Stadt betreffend Rollen, Aufgaben und Kompetenzen dargelegt bekommen und zur Kenntnis genommen. Die Kommission wünscht sich für die Zukunft aber ein deutlich höheres Engagement der staatlichen Stellen und abgestimmte sowie zielführende Verwaltungsabläufe. IBS soll in Zukunft vermehrt eine aktive Rolle im sozialen Wohnen einnehmen und ihren Einfluss ausbauen. Zudem ist für die Kommission nicht ganz nachvollziehbar, weshalb bei einer Ausgabenbewilligung im Rahmen einer Finanzhilfe von jährlich 190'000 Franken für die Fortführung eines bestehenden Angebots Richtlinien des Beschaffungswesens zwingend zum Tragen kommen müssen und die Heilsarmee sich nochmals für den Auftrag bewerben muss. Für das erweiterte Angebot Housing First werden insgesamt 67'000 Franken für die kommenden vier Jahre zur Verfügung gestellt. Dies bedeutet eine jährliche Erhöhung um 95'000 Franken zum bisherigen Betrag.

Und nun abschliessend zum Housing First Plus, dem grössten Angebot: Die Kommission begrüsst Housing First Plus zwecks Umsetzung der Motion für ein Stadthotel gegen die Obdachlosigkeit sehr. Die GSK ist überzeugt, dass dieses niederschwellige und wichtige Angebot entscheidend zu einer Entschärfung beitragen kann. Die Kommission hofft, dass der Kanton bald die entsprechende Liegenschaft finden wird, damit mit dem Angebot begonnen werden kann. Durch Housing First Plus ist mit einer Entlastung bei den Notschlafstellen zu erwarten, eine Notschlafstelle wird es aber auch weiterhin geben müssen und auch für obdachlose Frauen muss in Zukunft weiterhin eine auf ihre Bedürfnisse abgestimmte und sinnvolle Lösung gefunden werden. Die Kommission wünscht sich, dass der Übergang zwischen Eröffnung der Housing First Plus und der geplanten Schliessung der Frauennotschlafstelle nicht zu einer Angebotslücke führt. Es braucht einen Puffer für die Übergangszeit, damit für die betroffenen Frauen weiterhin ein sinnvolles Angebot besteht. Das neue Angebot Housing First Plus ist mit Abstand der finanziell grösste Posten, für die Durchführung des Angebots für muss für die Jahre 2024 bis 2027 eine Ausgabenbewilligung von rund drei Millionen Franken gesprochen werden, wobei mittelfristig, wie bereits erwähnt, zu Einsparungen bei den Notschlafstellen kommen wird. Der Kanton rechnet nach Schliessung der Notschlafstelle dann mit zusätzlichen Kosten von rund 20'000 Franken im Jahr.

Im Namen der GSK danke ich der Regierung für den ausführlichen und umfassenden Ratschlag und die Beantwortung der von der Kommission eingebrachten Fragen. Ebenfalls danke ich im Namen der GSK den beiden Notschlafstellen sowie den sozialen Einrichtungen dieser Stadt, welche in der Obdachlosenhilfe tätig sind. Sie leisten täglich eine sehr wertvolle Arbeit und dies oftmals abseits vom Scheinwerferlicht. Zudem danke ich den Mitgliedern der GSK für ihr grosses Interesse an der Thematik und für eine kritische Auseinandersetzung.

Die GSK beantragt dem Grossen Rat einstimmig, der Beschlusslagebeschlussvorlage betreffend sozialen Wohnen Basel-Stadt zuzustimmen und die beiden Anzüge aus dem Jahr 2016 von Georg Mattmüller und Jürg Meyer sowie die Motion Bolliger betreffend Stadthotel gegen die Obdachlosigkeit abzuschreiben. Den Anzug Tonja Zürcher betreffend Überprüfung und Erweiterung der Angebote für Obdachlose in der Stadt unabhängig von Anmeldekanton und Aufenthaltsstatus möchte eine Mehrheit der GSK mit 6 zu 5 Stimmen stehenlassen, dies deswegen, weil die geplanten Massnahmen dem Anzug nicht ganz gerecht werden und nicht integriert behandelt wurden und die Situation diesen Winter bei den Notschlafstellen zeigte, dass hier vielleicht noch nachgebessert werden müsste. Ich bedanke mich bei Ihnen für die Zustimmung zum Ratschlag und zum Gesamtbetrag von 4'459'000 Franken für die Massnahmen des sozialen Wohnens im Kanton Basel-Stadt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Wohnen ist ein essenzielles Grundbedürfnis für die Menschen allgemein und insbesondere auch bei uns in der Stadt. Eine gesicherte Wohnsituation ist die Grundlage für die Teilnahme am sozialen Leben, für Gesundheit, für Sicherheit und Stabilität. Das Wohnen ist eine Grundbedingung für weitere Schritte im Leben wie Arbeitssuche oder Ausbildung, und Wohnprobleme und Armut sind eng miteinander verknüpft. Deshalb haben wir auch grundlegend den Bereich des sozialen Wohnens angeschaut. Das Wohnen ist eine anspruchsvolle Sache hier bei uns im Kanton Basel-Stadt. Die Leerwohnungsziffer ist tief, die Mieten sind gestiegen, das verstärkt auch durch den



Referenzzinssatzanstieg im vergangenen Jahr. Das führt zu einer grossen Herausforderung, insbesondere für Menschen mit tiefen Einkommen und Menschen, die noch andere Herausforderung mit sich tragen.

Entsprechend hat der Regierungsrat im letzten Jahr dem Wohnungsbereich für tiefe Einkommen eine hohe Gewichtigkeit zugewiesen. Für sie ist die Verfügbarkeit für Wohnraum entscheidend. Wir haben entsprechend bei den Familienmietzinsbeiträgen die Pauschalen für die Nebenkosten erhöht. Wir haben in der Sozialhilfe die Referenzmietwerte erhöht, weil uns bewusst ist, dass die bisherigen Referenzhöhen für Mieten nicht ausgereicht haben. Entsprechend war eine Erhöhung notwendig. Das bedeutet, dass die Sozialhilfebeziehenden jetzt einen grösseren Handlungsspielraum haben, um eine Wohnung zu finden. Wir möchten auch die Mietzinsbeiträge gerne erweitern von Familien auf 1- und 2-Personenhaushalte. Wir haben diese Vorlage im letzten Jahr in die Vernehmlassung geschickt, um auch dort einen weiteren Beitrag zu leisten.

Beim Ratschlag, den wir heute diskutieren, geht es um eine spezifische Gruppe. Eine Bedingung ist, dass die Menschen ein tiefes Einkommen haben, aber die zweite Bedingung ist auch, dass sie mit einer zweiten Herausforderung konfrontiert ist, sei es, dass sie eine psychische Erkrankung haben, dass sie über eine geringe Wohnkompetenz verfügen oder eine Suchterkrankung haben. Die Menschen, die also eine zweite solche Bedingungen erfüllen, sind die Zielgruppe, mit dem sich dieser Ratschlag heute beschäftigt.

Wir haben das grundsätzlich angeschaut und analysiert, welches die Angebote sind, welches die Herausforderungen, welches die Lücken in diesem Angebot, um dem Anspruch von Recht auf Wohnen gerecht zu werden. Wir haben das Projekt Housing First, der GSK-Präsident hat es bereits erwähnt, pilotiert in den letzten Jahren. Es ist ein erfolgreiches Projekt und deshalb möchte der Regierungsrat dieses Projekt verstetigen und auch erweitern. Wir möchten aber auch ein zusätzliches Angebot, das Housing First Plus, das niederschwellig Angebote schafft. Wir erhoffen uns damit auch eine Entlastung der Notschlafstelle, denn wir haben Menschen, die regelmässig an diesem Ort sind und wir möchten nicht, dass Menschen regelmässig in der Notschlafstelle sind, denn wir sind überzeugt, dass es sicherer und besser ist, wenn diese Menschen einen stetigen Ort haben, wo sie wohnen können und nicht jeden Tag morgens um 8 Uhr den Ort wieder verlassen müssen. Da ist Housing First Plus sicher das bessere Angebot.

Das bedeutet höchstwahrscheinlich auch, dass wir weniger Plätze bei den Notschlafstellen brauchen und wie wir dann, wenn das Angebot von Housing First Plus implementiert ist, auch die Anzahl Plätze in der Notschlafstelle reduzieren können. Das kommt aber erst, wenn das neue Angebot sich etabliert hat. Wir beabsichtigen viele finanzielle Massnahmen, auch diese wurden bereits erwähnt, für die Übernahme von Mietzinsdepots, bei den Übernahmen von Doppelvermietungen oder auch die Weiterführung von Portinaio innerhalb der Sozialhilfe. In der Sozialhilfe schaffen wir eine Kompetenzstelle Wohnen, wo die ganze Kompetenz in diesem Bereich der Sozialhilfe gebündelt wird.

Das Ganze kostet 4,5 Millionen Franken. Wir gehen davon aus, dass wir einen grossen Teil dieser Kosten wieder reduzieren können, wenn wir dann auch die Notschlafstelle reduzieren können. Es ist ein wichtiger Ratschlag im Hinblick auf das Verfassungsrecht von Recht auf Wohnen. Dem kommen wir einen deutlichen Schritt näher mit diesen Massnahmen, wenn Sie denen heute zustimmen und der Regierungsrat bittet Sie, das zu tun.

Ich möchte an dieser Stelle der GSK danken für die sorgfältige Auseinandersetzung mit diesem Ratschlag, mit den kritischen Fragen und den Anregungen. Ich möchte den Organisationen danken, die im Bereich des Wohnens im sozialen Basel aktiv sind und ich möchte auch den Mitarbeitenden in der Sozialhilfe und in weiteren kantonalen Stellen danken für die Arbeit, die sie leisten für Menschen mit tiefen Einkommen und die Schwierigkeit haben auf unserem Wohnungsmarkt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Da hat sich Melanie Nussbaumer für die SP gemeldet.

Melanie Nussbaumer (SP): Obdachlosigkeit ist eine gravierende Form von Armut, die zu sozialer Vereinsamung, körperlichem Elend und gesellschaftlichem Ausschluss führt. Dass wir heute mit der Zustimmung zu diesem Ratschlag einen grossen Schritt vorwärtskommen in der Bekämpfung von Obdachlosigkeit, freut die SP-Fraktion sehr. Wir kommen damit nicht nur in der Bekämpfung von Obdachlosigkeit vorwärts, sondern wir kommen auch dem in der Verfassung verankerten Ziel des Rechts auf Wohnen ein grosses Stück näher. Denn leider gibt es auch im Kanton Basel-Stadt viele Menschen, die nicht ohne Unterstützung eine Wohnung auf dem freien Wohnungsmarkt finden, insbesondere nicht, wenn sie obdachlos sind oder waren oder kurz vor einer Obdachlosigkeit stehen, also sonstige Bedingungen auch prekär sind.

Die steigenden Mietpreise in den letzten Jahren haben natürlich die Situation noch verschärft. So sind beim Schwarzen Peter aktuell circa 300 Personen gemeldet, die keine Wohnung haben. Das Recht auf Wohnen, das nicht nur in unserer Fassung steht, sondern eigentlich einem Menschenrecht entspricht, wurde also bisher noch nicht umgesetzt. Dieser Ratschlag nun leistet aber einen grossen Beitrag zur Umsetzung und zwar für eine besonders benachteiligte Zielgruppe, weil sie eben Mehrfachproblematiken mitbringen. Wenn der eine oder andere «Grüselmieter» seine schlecht erhaltenen Wohnungen deswegen nicht mehr wegbekommt, dann ist das ein sehr sehr positiver Nebeneffekt, den wir sehr begrüssen.



Der Ratschlag basiert auf zwei Pfeilern: Auf der einen Seite soll das Wohnangebot wirklich auch ausgeweitet werden mit einem ausgeweiteten Housing First sowie einem Housing First Plus, und auf der anderen Seite soll eine Stelle diese Angebote koordinieren und mit Massnahmen wie Doppelmietzinszahlungen und Wohnbegleitungen unterstützen. Diese Pfeiler machen Sinn und antworten auch auf das Bedürfnis, dass die Angebote besser koordiniert werden sollen und weniger Konkurrenzkampf auch zwischen den sozialen Anbietenden besteht.

Lassen Sie mich trotzdem noch drei kritische Hinweise geben: Erstens, wir haben schon gehört, die Rolle der Immobilien Basel-Stadt IBS ist aktuell nicht befriedigend im Zusammenhang mit einem Wohnungsangebot im Tiefpreissegment für sozial benachteiligte Personen. Deshalb wünscht sich nicht nur die SP-Fraktion, sondern die ganze GSK, dass die IBS mehr als bisher im Bereich des sozialen Wohnens aktiv ist. Hier muss meiner Meinung nach unbedingt politisch nachgebessert werden und diese passive Haltung, dass man als IBS nicht dafür da sei, soziale Probleme zu lösen, muss überdacht werden.

Der zweite Kritikpunkt: Die neu zu schaffende Kompetenzstelle ist sicher wertvoll in verschiedenen Belangen. Diese Koordination ist extrem wichtig. Die Zielgruppe, um die es hier geht, weist sich aber auch dadurch aus, dass sie wahrscheinlich eher Mühe hat, mit Behörden in Kontakt zu stehen, Termine wahrzunehmen, von der einen Stelle zur nächsten zu gehen und so weiter. Das heisst, es muss zwingend darauf geachtet werden, dass die Stelle nicht einer weiteren Hürde für diese Person entspricht, weil man eben bei dieser Stelle dann auch noch vorbei muss, sondern eine Unterstützung und Ergänzung zum bestehenden Angebot wird. Meistens sind diese Leute sowieso schon irgendwo bekannt, sei dies zum Beispiel beim Schwarzen Peter oder bei den Sozialdiensten der UPK oder bei anderen. Die dort geleistete Beziehungsarbeit sollte unbedingt als Ressource gebraucht und verwendet werden.

Drittens wollen wir auch noch erwähnen, dass das Recht auf Wohnen eigentlich für alle gilt in Basel. Mit diesem Ratschlag werden mehr Personen auch «Rough Sleepers» wieder ein Dach über dem Kopf haben, aber noch na noch lange nicht alle 300 Personen, die beim schwarzen Peter zum Beispiel gemeldet sind. Es gibt also noch zu tun.

Zudem stimmt die SP-Fraktion dem Antrag der GSK zu, den Anzug von Tonja Zürcher stehen zu lassen, denn dieser Anzug will die Situation auch für obdachlose Menschen verbessern, die eben gerade nicht in Basel gemeldet sind. Hierzu gibt es leider im Ratschlag keine wirklichen Verbesserungsvorschläge und deshalb muss der Regierungsrat logischerweise nochmals über die Bücher. Es ist uns bewusst, dass es rechtliche und finanzielle Unterschiede gibt und dass man diese Personen vielleicht nicht ganz genau gleich behandeln kann wie diejenigen, die hier angemeldet sind. Und trotzdem bitten wir Sie, diesen Vorstoss stehen zu lassen und den Regierungsrat nochmals nachdenken zu lassen, wo es Verbesserungspotenzial gibt. Andere Kantone und Städte machen das nämlich auch. Basel kann das auch. Wie im Anzug schon vorgeschlagen, braucht es wahrscheinlich eine Zusammenarbeit mit privaten Dienstleistern, zum Beispiel mit kirchlichen Angeboten.

Und an dieser Stelle will ich mich auch bei all diesen privaten engagierten Organisationen und auch den staatlichen Stellen bedanken, denn sie kümmern sich um diese Menschen am Rande unserer Gesellschaft und das ist wichtige und wertvolle Arbeit für diese Menschen, aber auch für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Auch ein grosses Dankeschön an alle Beteiligten im zuständigen Departement für diesen wertvollen Ratschlag und an die GSK-Mitglieder für die konstruktiven Diskussionen dazu. Und den zukünftigen Bewohnenden von Housing First und Housing First Plus wünsche ich alles Gute und hoffe wirklich, dass es für sie zu einer Verbesserung der Wohnsituation kommt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Die Fraktion GAB stimmt allen Anträgen der GSK zum sozialen Wohnen zu, auch denjenigen zu Abschreiben und Stehenlassen.

Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis, als solches ist es in der Bundesverfassung als soziales Ziel verankert. Seit 2018 haben wir auch auf kantonaler Ebene das Recht auf Wohnen in der Verfassung verankert. Der Regierungsrat hat aufgrund der neuen Verfassungsbestimmung bereits einige Massnahmen ergriffen. Wir begrüssen, dass nun weitere Massnahmen ergriffen werden zugunsten von Personen, die wegen einer schwierigen Lebenslage, sei es aus geringeren ökonomischen Ressourcen und prekären Lebenssituationen auf dem so genannten freien Wohnungsmarkt nicht bestehen. Damit soll eine konkrete Unterstützung angeboten werden.

Bei diesem GSK-Bericht spüren wir einen kritischen Unterton. Wir haben Oliver Bolliger, den Präsidenten der GSK, gehört. Diese Kritik teilen wir voll und ganz. Ich möchte fünf Punkte hervorheben.

Erstens die Kompetenz stelle: Diese soll für besonders benachteiligte Personen niederschwellige und konkrete Hilfestellung aufgrund der persönlichen Situation anbieten. Sie soll auch für das Reagieren und Vermitteln von Wohnraum sorgen, Vermieterinnen und Vermieter unterstützen, im Bereich soziales Wohnen koordinierend wirken. Wir teilen die Bemerkung und die Forderung der GSK, wenn im Bericht steht, dass die Kompetenzstelle eine klare Schnittstelle zur Zusammenarbeit



und Koordination zu den anderen Projekten sein muss und klar ihr Netzwerk ausnutzen muss. Klient:innen dürfen nicht durch den ganzen sozialen Kompass, wie es früher hiess, weiter verwiesen werden.

Zweitens: Die Kompetenzstelle ist es wichtig, damit der Kampf auf dem Wohnungsmarkt um leistbaren Wohnraum nicht auf dem Buckel der besonders Betroffenen ausgetragen wird. Auch wenn sich alle Organisationen und Institutionen gegenseitig unterstützen, müssen alle um den gleichen leistbaren Wohnraum auf dem so genannten freien Wohnungsmarkt kämpfen. Dieser ist knapp und das führt dazu – als Beispiel nehme ich die im Bericht erwähnte Heilsarmee –, dass sie an die IBS gelangen mit der Bitte, sechs Wohnungen für das Housing First zur Verfügung zu stellen. Und da kommen wir auf die problematische Rolle der IBS. Ja, das Finanzdepartement hört nie auf zu betonen, dass die IBS mit dem Finanzvermögen arbeitet und dieses ist an gesetzliche Vorgaben gebunden, wie die Erwirtschaftung einer zumindest moderaten Rendite, was auch immer moderat heisst. Im Verwaltungsvermögen befinden sich Liegenschaften, die keinem Renditedruck unterstellt sind. Diese Gebäude werden vom Kanton benötigt, um seine öffentlichen Aufgaben zu erfüllen, also Schulen, Museen und Gebäude der Kantonsverwaltung. Liegenschaften, die der Sozialhilfe vermietet werden, befinden sich aber im Finanzvermögen, obwohl die Sozialhilfe beziehungsweise der Staat mit der Existenzsicherung ebenfalls eine öffentliche Aufgabe zu erfüllen hat. Die Begründung lautet, es sei einfacher, falls einmal die Liegenschaften nicht mehr von der Sozialhilfe benützt werden, diese wieder mit höheren Renditen zu vermieten. Dies ist aber eine rein politische strategische Entscheidung des Regierungsrates und ist vom Gesetz her nicht zwingend. Eigentlich sollten wir Grossrätinnen und Grossräte uns selbst an der Nase nehmen, wenn wir Liegenschaften, die eine öffentliche Aufgabe wie die Sozialhilfe übernehmen und auch dem sozialen Wohnen dienen könnten, vom Verwaltungsvermögen in das Finanzvermögen entwidmen, so wie wir das vor Kurzem im Fall der Liegenschaft beim Depot Wiesenplatz gemacht haben.

Auch problematisch und stossend finden wir, dass für den Regierungsrat in den kantonseigenen Liegenschaften kein Platz für Personen mit geringer Wohnkompetenz zur Verfügung steht. Dafür verweist er auf den so genannten freien Markt. Wie sollen dann private Eigentümer:innen auf eine solche Aussage reagieren? Wäre ich eine Vermieterin in Besitz von nur einer oder zwei Liegenschaften, würde ich mich ernsthaft fragen, wieso gerade ich diese Aufgaben übernehmen muss. Für uns ist es zwingend, dass der Regierungsrat hier seine Haltung ändert. Der Staat soll auch, wie es auch von Privaten erwartet wird, Wohnungen für das soziale Wohnen zur Verfügung stellen.

Drittens die Ausschreibungen: Wir erachten für das gute Gelingen des sozialen Wohnens ebenfalls als problematisch, wenn ein Auftrag dieser Art in so einem sensiblen Bereich immer neu ausgeschrieben werden muss. Eine wichtige Leistung einer Organisation besteht darin, Vertrauen aufzubauen, Vertrauen zu den Kund:innen, Vertrauen zu den Vermieter:innen. Nur so kann ein solches Angebot wie Housing First aufgebaut werden. Ändert sich die Leistungsträgerin, kommt es zu Unbeständigkeiten. Damit fällt das Vertrauen zusammen. Darunter leiden eben gerade die Betroffenen. Und die Suche nach bereitwilligen Vermieter:innen würde von Neuem beginnen müssen. Das ist nicht unser Ziel. Letztlich stellt sich für uns die Frage, wieso dieser Auftrag extern vergeben werden muss.

Viertens die Frauennotschlafstelle: Der Regierungsrat ist gefordert, keine Lücke zu schaffen zwischen dem Abbau beziehungsweise der Schliessung der Notschlafstelle für Frauen und der Eröffnung der Housing First Plus.

Fünftens: Reichen die vorgeschlagenen finanziellen Mittel aus? Wie viele Betroffene erreichen wir? An dieser Stelle möchte ich auch die Fragen der Petitionskommission im Zusammenhang mit der Umnutzung von Büroräumlichkeit in Wohnraum an den Regierungsräten verweisen. Darüber werden wir später eventuell noch sprechen. In der Tat wissen wir nicht, wie viele Betroffene mit diesen sozialen Wohnmassnahmen erreicht werden sollen. Der Schwarzer Peter führt immer noch 300 Namen auf seiner Liste.

Ob das seit 2018 in unserer Verfassung garantierte Recht auf Wohnen ergebnisreich umgesetzt wird, wird sich noch zeigen. Für uns hat die Arbeit erst begonnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die Mitte/EVP ist Pasqualine Gallacchi.

Pasqualine Gallacchi (Mitte-EVP): Gerne nehmen wir als Fraktion die Mitte/EVP-Stellung zum Ratschlag Soziales Wohnen Basel-Stadt. Die Kommission hat den Ratschlag, wie wir gehört haben, fundiert in sechs Sitzungen beraten und für gut befunden. Die Anliegen der Vorstösse Mattmüller, Meyer, Bolliger und Zürcher sind im Ratschlag gut abgebildet und berücksichtigt. Weshalb die Ratslinke nun den Anzug Zürcher stehenlassen will, ist für uns nicht ersichtlich. In der Kommission war die Abstimmung darüber sehr knapp entschieden mit 5 zu 6 Stimmen.

Der Anzug möchte Personen ohne Wohnsitz in Basel-Stadt gegenüber anderen Personen mit Bedarf an Nothilfe bevorteilen. Wir sehen diesen Mehrbedarf nicht ein, im Gegenteil, der Regierungsrat hat den Anzug Zürcher wie die anderen Vorstösse sehr sorgfältig und detailliert beantwortet und aufgezeigt, dass es eine Erweiterung des sozialen Angebots für Personen mit Nothilfebedarf ohne Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt nicht braucht.



Ich wiederhole, dass es keinen ersichtlichen Grund für Stehenlassen des Anzugs Zürcher gibt und bitte Sie, dem Ratschlag zuzustimmen und den Anzug Zürcher abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Tonja Zürcher möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Sie wird angenommen.

Tonja Zürcher (GAB): Sie haben von einer Bevorzugung gesprochen. Weshalb ist es eine Bevorzugung, wenn Menschen ein Dach über dem Kopf haben, wenn Sie nicht im Freien frieren müssen, was übrigens für Menschen mit Anmeldung in Basel-Stadt gilt und also keine Bevorzugung wäre?

Pasqualine Gallacchi (Mitte-EVP): Für Menschen, die ohne Wohnsitz in Basel-Stadt Nothilfe beantragen, gibt es Angebote. Das ist im Ratschlag sehr gut begründet und auch aufgezeigt. Weshalb es eine Erweiterung für genau diese Menschen braucht, ist für uns nicht ersichtlich.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Ich kann für die SVP, für die FDP und für die LDP sprechen und mache es relativ kurz. Das hat nichts mit Respektlosigkeit, sondern ganz im Gegenteil mit einem Riesenrespekt vor dem Ratschlag zu tun, der, glaube ich, ein richtiger Fortschritt im sozialen Wohnen ist, hinter dem wir voll und ganz stehen. Das ist wichtig und ich bedanke mich bei allen, die im Departement und in der GSK dafür gearbeitet haben. Es ist wirklich eine gute Sache. Betreffend abschreiben oder stehenlassen des Anzugs Tonja Zürcher kämpfen wir nicht mit Herzblut. Man kann durchaus noch einmal daran arbeiten lassen, aber für uns ist das eigentlich erledigt. Denn im Ratschlag steht ja ganz klar, wie man eine wirklich gute Versorgung erreichen kann mit diesen 12 Franken, die man zu Gute hat, zusätzlich zu medizinischer Versorgung usw.

Die Obdachlosen, von denen Melanie Nussbaumer korrekterweise geredet hat, müssen sicherlich nicht auf der Strasse sein. Nur, wir wissen und auch Oliver Bolliger als Präsident hat das auch immer wieder erzählt, dass das zum Teil Menschen sind, die leider einfach durch alle Maschen fallen, obwohl die Maschen sehr, sehr dicht sind. Es gibt einfach auch eine Resistenz dieser Menschen, die halt einfach auch sehr krank sind. Ich glaube, dafür haben wir gegenüber allen anderen Kantonen in der Schweiz ein so gutes Auffangnetz, das für mich absolut genügend ist.

Damit danke ich noch einmal ganz herzlich im Namen von uns allen für den Ratschlag. Die LDP, SVP und FDP sind für Abschreiben von allen anderen Anzügen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die GLP hat das Wort Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Wir von der GLP schliessen uns dem an. Ich will es auch kurz machen. Selbstverständlich stehen wir hinter dem Verfassungsanspruch auf Wohnen und sehen es auch als positiv an, was die Regierung hier jetzt vorschlägt und das hoffentlich eine Lücke zu schliessen oder ein Problem anzugehen vermag. Dies aus unserer Sicht durchaus auf die richtige Art und Weise, nämlich subsidiär und gezielt an der Stelle, wo es eben eine Lücke gibt, wo es einerseits Marktversagen gibt – das Stichwort «Grüselvermieter» oder «Grüselwohnungen» ist schon genannt worden –, und wo es andererseits auch zwischen gemeinnützigen privaten und staatlichen Anbietern Abstimmungsbedarf und Koordinationsbedarf gibt. Dass da der Staat eine Rolle hat und die auch wahrnehmen soll ist grundsätzlich aus unserer Sicht richtig. So können wir auch hier der Schaffung von neuen Stellen, und darum geht es letztendlich, zustimmen.

Was wir nicht ganz so stehenlassen wollen, ist die kritische Diskussion bezüglich der Rolle von Immobilien Basel-Stadt. Natürlich hat diese Diskussion in der Kommission stattgefunden, und ich kann selbstverständlich dahinter stehen, wie es im Kommissionsbericht steht. Man darf sich wünschen und soll sich wünschen, dass IBS die Verantwortung in dem Bereich auch wahrnimmt., aber wichtig ist dir mir der Aspekt, dass man das auch von privaten Anbietern erwarten kann und erwarten soll. Wir möchten diese hiermit gerne noch einmal auch an ihre soziale Verantwortung erinnern.

Es ist auch nicht verboten zu sagen, dass man die Rolle, die die IBS in diesem Bereich hat, noch einmal überdenken kann. Wir verschliessen uns daher nicht einer Diskussion. Ich kann noch nicht sagen, wie die GLP dann dazu stehen würde, wenn man tiefgreifende Änderungen beschliessen oder vorschlagen würde, aber ich gehe mal davon aus, dass wir da sehr kritisch wären. Wir verstehen durchaus, dass IBS im Moment sagt, dass ihnen im Moment die Hände gebunden sind, mehr zu machen. Das ist im Moment die Situation. Also wir wollen das durchaus nicht ganz so stehenlassen, durchaus auch sagen,



dass mein Verständnis eher war, dass sie durchaus ihrer Verantwortung jetzt im Rahmen ihrer Möglichkeiten schon nachkommen.

Den zweiten Punkt habe ich vorhin schon angedeutet. Wir sehen zwar durchaus auch den Bedarf für so eine Kompetenzstelle, wie sie geschaffen werden soll, aber wir haben etwas Bedenken, ob das wirklich gut funktionieren wird, weil es nicht ganz einfach ist. Deshalb wurde auch zu Recht viel darüber diskutiert, dass noch einmal genau geschaut wird, wie das funktionieren soll, welche Kompetenzen es eben braucht, damit das dann wirklich die nötige und erhoffte Wirkung entfalten kann.

Um das nicht so negativ stehen zu lassen, wünsche ich den Menschen, die diese Kompetenzstelle dann ausfüllen werden, viel Kraft und gutes Gelingen in diesem schwierigen Amt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Fraktionen haben gesprochen, Einzelvoten liegen keine vor. Damit geht das Wort noch einmal an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Ich möchte gerne auf zwei Punkte eingehen, erstens auf die Rolle der IBS und zweitens auf das Submissionsrecht. Das grundsätzliche Problem ist die Frage der Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum in unserer Stadt und in unserem Kanton. Das ist eigentlich die Frage, die sich hier stellt. Die Fokussierung auf die IBS bringt eigentlich das zum Ausdruck. Die IBS hat bezahlbaren Wohnraum und den stellt sie auch in in guter Zahl der Sozialhilfe zur Verfügung. Sie gibt uns Notwohnungen, die wir in Notsituationen den Betroffenen geben können. Sie gibt uns auch viele Wohnungen im Bereich des Asyls, wo die Unterbringung zurzeit eine sehr grosse Herausforderung ist, und sie gibt uns ja auch Wohnung für die Sozialhilfe. Die IBS ist aber gebunden im Finanzvermögen. Deshalb darf da keine Subventionierung stattfinden, denn das wäre ja nichts anderes als eine Umgehung des Grossen Rates. Deshalb muss sie sicherstellen, nur diese Wohnung aus ihrem Portfolio zur Verfügung zu stellen, die auch wirklich zu den Ansätzen, die die Sozialhilfe zahlen kann, angeboten werden können. Jede Wohnung, die sie so der Sozialhilfe zur Verfügung stellt, ist dann auf dem freien Wohnungsmarkt weg. Wir haben durch dieses auch Umwidmen nicht mehr bezahlbaren Wohnraum, sondern er wird einfach anders anders verwendet.

Es wurde die Idee äussert, das ins Verwaltungsvermögen zu überführen. Ich muss sagen, das kann man prüfen, aber ehrlich gesagt finde ich es auch schwierig. Das heisst, dass dann ganze Gebäude für Sozialhilfe Beziehende zur Verfügung stehen. Dann weiss jeder und jede, wer dort wohnt. Was ist, wenn jemand nicht mehr auf Sozialhilfe angewiesen ist? Dann muss diese Person eigentlich konsequenterweise aus dieser Wohnung ausziehen. Alle diese Herausforderungen haben wir beim heutigen Modell nicht, wo eben diese Wohnung, die diese Menschen nutzen können, aus dem Finanzvermögen kommen und einfach Teil sind des normalen Portfolios im Finanzvermögen. Deshalb bin ich nicht überzeugt, dass eine Umwidmung von solchen Wohnungen in diesem Bereich in das Verwaltungsvermögen wirklich ein guter Weg ist. Die IBS leistet einen wichtigen Beitrag und wir alle sind gefordert, im Kanton dafür zu sorgen, dass wir weiterhin genügend bezahlbaren Wohnraum haben, sei es bei der IBS, die auch mit dem Programm 1000+ viel macht, aber auch bei den privaten Besitzerinnen und Besitzern.

Der zweite Punkt ist die Vergabe im Housing First. Es ist ein Leistungseinkauf und da unterliegen wir dem von Ihnen verabschiedeten Submissionsrecht. Wir halten uns also an die gesetzlichen Vorgaben und Regeln, die auch das Parlament uns gibt und deshalb ist dieses Ausschreiben notwendig, aber ist ja auch ja ein Teil des Prozesses, der dazu führt, dass wir dieses Recht einhalten und dass sich auch weitere melden könnten. Eine Alternative dazu wäre das Insourcing, dass wir das also in Zukunft mit Kantonsangestellten und nicht mehr mit einem externen Anbieter machen würden. Das wird immer wieder geprüft, ob das sinnvoll ist oder nicht. Es war sicher nicht sinnvoll zur Zeit der Pilotierung. Wenn sich das verstetigt, kann man das auch wieder prüfen. Das wird aber jetzt in der nächsten Leistungsperiode nicht so gemacht.

Grundsätzlich ist die Frage, was der Staat mit kantonalen und städtischen Angestellten macht und was machen Private. Wir haben wirklich ein breites Spektrum an sehr aktiven Organisationen aus dem privaten Bereich, NGO, karitative Organisation und Stiftungen, die sehr wichtige und sehr gute Angebote für das soziale Basel leistend. Das hat eine lange Tradition, eine hohe Professionalität und auch eine grosse Vielfalt. An diesem Grundsatz möchten wir als Regierungsrat zurzeit nichts ändern und deshalb finde ich es durchaus auch gut, dass dieses Housing First und Housing First Plus durch Dritte und eben nicht durch den Staat selber betrieben, sondern nur finanziert und begleitet wird.

Ich möchte mich herzlich bedanken für diese Diskussion und Ihre Anregungen und bitte Sie noch einmal im Namen des Regierungsrats, diesen Ratschlag so zu verabschieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Kommission hat noch einmal das Wort deren Präsident Oliver Bolliger.



Oliver Bolliger (GAB): Nur kurz, ich bedanke mich für die wertvolle Debatte. Vielleicht noch eine kleine Ergänzung zur Frage, ob der Anzug Zürcher stehen gelassen werden soll oder nicht. Es war sehr eine knappe Entscheidung in der Kommission. Für die Mehrheit stellt sich vor allem einfach die Frage, ob der Regierungsrat Einzelfälle, die eventuell nicht vom Netz aufgefangen werden, noch einmal prüfen sollte.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschluss (Seite 12 des Berichts)

Titel und Ingress, einziger Absatz

Alinea 1: Jährlicher Beitragskompetenzstelle Wohnen

Alinea 2: Mietzinsgarantien

Alinea 3: Ausgabenbewilligung Angebot Housing First

Alinea 4: Ausgabenbewilligung Angebot Housing First Plus

Publikations und Referendums Klausel.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002987, 06.03.24 10:28:53]

Der Grosse Rat beschliesst

Es wird ein Gesamtbetrag von Fr. 4'459'000 für Massnahmen des Sozialen Wohnens im Kanton Basel-Stadt bewilligt. Diese Ausgabe teilt sich wie folgt auf:

- Fr. 344'000 jährlich für den Betrieb einer Kompetenzstelle Soziales Wohnen;
- Fr. 255'000 jährlich für die Finanzierung von unterstützenden Massnahmen in Form Mietzinsgarantien, Übernahme Doppelmietzinsen, Ambulante Wohnbegleitung und der Übernahme des Pilotprojektes «Portinaio» in den Regelbetrieb;
- Fr. 760'000 für eine Ausgabenbewilligung in den Jahren 2024 bis 2027 (jährlich Fr. 190'000) zur Durchführung des Angebots Housing First;
- Fr. 3'040'000 für eine Ausgabenbewilligung in den Jahren 2024 bis 2027 (jährlich Fr. 760'000 sowie Fr. 60'000 einmalig) zur Durchführung des Angebots Housing First Plus.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss ist angenommen mit 89 Ja-Stimmen ohne Nein-Stimme und einer Enthaltung.

10.3. Motion Oliver Bolliger und Konsorten betreffend einem Stadthotel gegen die Obdachlosigkeit (Umsetzung von Recht auf Wohnen), Bericht der GSK

[06.03.24 10:29:05, 21.5422.04]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident:



Der Grosse Rat beschliesst

die Motion abzuschreiben

10.1. Anzug Georg Mattmüller und Konsorten betreffend soziale Wohnberatung/Wohnhilfe, Bericht der GSK

[06.03.24 10:29:21, 16.5270.05]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

10.2. Anzug Jürg Meyer und Konsorten betreffend Bereitstellung von Wohnungen für Menschen mit besonderen Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt, Bericht der GSK

[06.03.24 10:29:27, 16.5272.05]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

10.4. Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Überprüfung und Erweiterung der Angebote für Obdachlose in der Stadt unabhängig von Anmeldekanton und Aufenthaltsstatus, Bericht der GSK

[06.03.24 10:29:40, 21.5513.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die GSK beantragt, den Anzug stehen zu lassen. Der Regierungsrat hingegen beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Kommissionspräsident verzichtet auf ein Votum zu diesen Anträgen. Für den Regierungsrat geht das Wort an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Die Bundesverfassung manifestiert ein Recht auf Hilfe in Notlagen. Diese ist gewährleistet hier bei uns im Kanton Basel-Stadt. Wenn jemand keine Wohnung hat in einer Notsituation im Winter, bekommt er oder sie eine Unterkunft in der Notschlafstelle., dies für eine Nacht und am Wochenende für das ganze Wochenende. Danach wird dieser Person geholfen, in die Gebietskörperschaft zu kommen, die verantwortliche für die soziale Unterstützung der Person ist. Dieses Recht in Notlagen ist gewährleistet und ich möchte hier nochmals erwähnen, dass wir in der Region der einzige Kanton sind, der ein solches Angebot im Bereich Wohnen hat, die anderen Kantone bieten dies nicht an.

Das ist der erste Punkt, der ist erfüllt. Dann gibt es weitere Forderungen im Anzug Zürcher. Einer ist es ein niederschwelliges mehrsprachiges Beratungsangebot für Armutsreisende. Das ist sichergestellt. Es gibt Beratungsangebote speziell für Wanderarbeiter:innen hier bei uns im Kanton zum Beispiel bei der Sozialberatung Caritas, bei der Sozialberatung der evangelisch-reformierten Kirche, bei der Sozialberatung der römisch-katholischen Kirche. Es gibt auch mehrere Institutionen, die sich speziell engagieren für Frauen im Sexgewerbe, zum Beispiel die Beratungsstelle Aliena, die Frauenoase, die Seelsorge im Tabubereich und die Unterstützung für Menschen in der Prostitution der Heilsarmee Basel.



Es bestehen weitere allgemeine Hilf- von Beratungsangeboten, in denen auch Wanderarbeiterinnen willkommen sind, zum Beispiel der Treffpunkt Kleinbasel, der Treffpunkt Gundeli, das Internetcafé Planet 13, das Café Elin und in beschränktem Mass auch die Gassenküche. Viele dieser Institutionen werden auch finanziell unterstützt durch den Kanton. Alle diese Angebote sind sehr bewusst auch sehr niederschwellig. Es braucht keine Anmeldung, es braucht keine Registrierung, sie sind mehrsprachig geführt und es stehen an gewissen Orten auch Personen für Übersetzungen zur Verfügung. Auch dieser Punkt ist somit abgedeckt und erfüllt. Das Koordinieren dieses Angebots von nichtstaatlichen Organisationen wird auch gestärkt mit der Kompetenzstellen Soziales Wohnen, das in diesem Ratschlag vorgestellt ist.

Was übrig bleibt - und ich glaube da liegt jetzt der politische Entscheid – ist die Frage, ob es soziales Wohnen auch für Menschen braucht, die den Wohnsitz nicht in Basel haben. Also ob Sie ein solches Angebot für Menschen wollen, die in einem anderen Kanton wohnen oder die nicht über einen gültigen Aufenthaltsstatus hier bei uns in der Schweiz verfügen. Das ist die Frage, die sich stellt. Die Haltung des Regierungsrats ist hier klar. Wir haben für Menschen, die den Wohnort in einem anderen Kanton haben, das nationale Gesetz, das Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger. Da ist klar geregelt, wer zuständig ist. Und selbstverständlich gilt für alle die Menschen mit Wohnsitz in der Schweiz, für die Basel-Stadt zuständig ist, dieses Angebot der Sozialhilfe Soziales Wohnen, aber nicht für die Menschen, für die ein anderer Kanton zuständig ist. Wir denken nicht, dass es sinnvoll ist, hier die anderen Kantone aus ihrer sozialen Verantwortung herauszunehmen. Deshalb plant der Regierungsrat nicht, hier ein langfristiges Angebot oder Sozialhilfe zu leisten für Menschen mit Wohnsitz in einem anderen Kanton. Und die anderen Menschen, über die wir sprechen, sind Menschen, die über keinen gültigen Aufenthaltsstatus in der Schweiz verfügen. Hier sind wir der Meinung, dass Nothilfe selbstverständlich richtig und nötig und notwendig ist und auch geleistet wird, aber ein mittel- und langfristiges Angebot im Bereich Wohnen nicht durch Basel-Stadt angeboten werden soll.

Das ist die Frage, die sich hier stellt und aus diesen Gründen möchte ich Sie im Namen des Regierungsrats bitten, diesen Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Melanie Nussbaumer. Sie wird angenommen.

Melanie Nussbaumer (SP): Der Anzug verlangt eine Verbesserung der Lage von Obdachlosen, die nicht in Basel-Stadt gemeldet sind. Inwiefern gab es jetzt in der Beantwortung durch diesen Ratschlag eine Verbesserung für diese Zielgruppe?

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: DAs haben wir geprüft und berichtet. Wie vorhin dargelegt, sind wir der Meinung, dass hier klar geregelt ist, wer zuständig ist. Wo wir zuständig sind, wird dieses Angebot jetzt deutlich verbessert mit diesem Ratschlag, aber nicht dort, wo ein anderer Kanton zuständig ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor und der Kommissionspräsident verzichtet auf ein Votum. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst gemäss Antrag GSK stehen lassen, NEIN heisst gemäss Antrag Regierungsrat abschreiben

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 45 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002992, 06.03.24 10:36:06]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 45 Nein-Stimmen gegen 42 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen.



11. **BaselArea: Ausrichtung von Betriebsbeiträgen für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der WAK**

[06.03.24 10:36:21, 23.1308.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Wirtschafts- und Abgabekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat die Kommissionspräsidentin Andrea Knellwolf.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Ich komme zur Ausgangslage: Der Verein BaselArea ist für die regionale Innovationsförderung und Standortpromotion der Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Jura zuständig. Finanziert wird der Verein BaselArea durch die drei Kantone und im Bereich Innovationsförderung auch durch den Bund. Die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft beteiligten sich in der Leistungsperiode 2020 bis 2023 mit einer jährlichen Finanzhilfe von 968'000 Franken an den Kosten. Der Kanton Jura unterstützte den Verein während der vergangenen Leistungsperiode mit jährlich 711'000 Franken. Durch diese Gelder finanzierten die drei Kantone die Erfüllung des Grundauftrags von BaselArea, also die Innovationsförderung und die Standortpromotion. Spezielle Programme erhalten weitere finanzielle Unterstützung aus dem Standortförderungs fonds. Sie erinnern sich an einen entsprechenden Ratschlag, den wir hier vor Kurzem behandelt haben.

Mit dem neuen Gesuch für die Weiterführung der staatlichen Finanzhilfen beantragt der Verein BaselArea eine Erhöhung der Staatsbeiträge. Die zusätzlichen Mittel sollen in erster Linie für den Ausbau der Aktivitäten in den USA eingesetzt werden. Das Ziel ist die bessere Durchdringung der Greater Boston Area und der San Francisco Bay Area, die beide ein hohes ausländisches Investitionspotenzial aufweisen. Für diesen Ausbau beantragt der Verein dem Kanton Basel-Stadt zusätzliche Mittel in der Höhe von 158'000 Franken pro Jahr. Ausserdem beantragt der Verein einen Teuerungsausgleich. Da die beteiligten Kantone unterschiedliche rechtliche Grundlagen für die Teuerungsausgleiche kennen, wurde für BaselArea eine Individuallösung erarbeitet. Dazu komme ich dann noch. Der Regierungsrat unterstützt einen Teuerungsausgleich im Umfang von 92'000 Franken pro Jahr.

Insgesamt beantragt der Verein BaselArea somit den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft eine Erhöhung des Staatsbeitrags pro Jahr um 250'000 Franken, also von 968'000 auf 1,218 Millionen Franken pro Jahr. Im Kanton Jura wird eine Erhöhung des jährlichen Beitrags von 711'000 auf 808'000 Franken beantragt. Der Regierungsrat hat dem Erhöhungsantrag des Vereins weitgehend entsprochen, jedoch bewilligt der Regierungsrat die Aufstockung der Mittel erst ab 2025. Da sich die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft an der Finanzierung des Vereins paritätisch beteiligen, sieht der Regierungsrat vor, die Erhöhung nur dann umzusetzen, wenn auch der Kanton Basel-Landschaft die Erhöhung bewilligt. Da unser Nachbarkanton jedoch noch nicht über die Erhöhung der Mittel beschlossen hat wurde dementsprechend ein Vorbehalt in den Beschluss aufgenommen.

Zur Kommissionsberatung: Der Grosse Rat hat den Ratschlag am 6. Dezember unserer Kommission überwiesen. Die WAK hat das Geschäft an zwei Sitzungen behandelt. In Bezug auf den Teuerungsausgleich hat die WAK beim Finanzdepartement weitere schriftliche Informationen eingefordert und bedankt sich an dieser Stelle.

Die Erwägungen der Kommission: Die WAK ist aufgrund der Unterlagen, der Ausführungen und Hearings während der Kommissionsberatung und der sichtbaren Erfolge überzeugt, dass BaselArea sehr gute Arbeit für den Standort Basel leistet. An dieser Stelle herzlichen Dank allen Beteiligten beim WSU und bei BaselArea für die Materialien und Auskünfte und insgesamt die wertvolle Arbeit. Die Kommission hat sich ausführlich über den geplanten Ausbau in den USA und die konkreten Vorgehensschritte informieren lassen. Der Ausbau der Tätigkeit des Vereins in den USA ist strategisch ein sinnvoller und wichtiger Schritt, um die Anzahl Ansiedlungen aus den USA zu stabilisieren respektive zu erhöhen. Die Ausführungen waren überzeugend und der Antrag des Regierungsrats unbestritten.

Jetzt komme ich im zum Teuerungsausgleich. Das Vorgehen in Bezug auf den Teuerungsausgleich wurde in der Kommission vertieft diskutiert. Vom Finanzdepartement wurde die Kommission auf Rückfrage informiert, dass beim Teuerungsausgleich zwischen der Anpassung des Staatsbeitrags während eines laufenden Vertrages, also eine Indexierung, und der Berücksichtigung der Teuerung bei Neuverhandlungen des Staatsbeitrags, in der Regel also alle vier Jahre, zu unterscheiden ist. Der Teuerungsausgleich eines laufenden Staatsbeitrags ist grundsätzlich in § 12 des Staatsbeitragsgesetzes geregelt. Bei Finanzhilfen wird ein Teuerungsausgleich gewährt, wenn die Personalkosten mindestens 70 Prozent der gesamten Betriebskosten ausmachen. Der Staatsbeitrag an den Verein ist zum einen nicht indexiert, weil es sich in Bezug auf den Kanton Basel-Landschaft um eine partnerschaftliche Finanzierung handle, für welche oft Individualregelungen gefunden werden müssten, weil die gesetzlichen Grundlagen im Partnerkanton anders ausgestaltet sind. Zum anderen sei eine Indexierung der Finanzhilfe schwierig, weil nicht für jedes Jahr klar ermittelt werden könne, ob die Schwelle von 70 Prozent Personalkosten an den gesamten Betriebskosten erreicht werde. Nicht klar geregelt sei insbesondere, ob Personal im Ausland, welches auf Mandatsbasis angestellt sei, auch an die Personalkosten angerechnet werden könne. Ausschlaggebend für den Teuerungsausgleich bei BaselArea ist nun also das Verhandlungsergebnis während



der Neuverhandlung des Staatsbeitrags. Grundlage für den nun berücksichtigten Teuerungsausgleich waren die Preissteigerungen seit 2020 sowie eine Annahme zur Preissteigerung in den kommenden Jahren der Leistungsperiode. In der Kommission war der Teuerungsausgleich unbestritten. Eine Anpassung des Lohnniveaus im Hinblick auf die Konkurrenzfähigkeit von BaselArea als Arbeitgeberin in einem internationalen Umfeld wurde als wichtig und gerechtfertigt erachtet.

Der Verein BaselArea wird von den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft zwar partnerschaftlich finanziert, da aber auch Beiträge des Bundes und des Kantons Jura an den Verein fliessen, handelt es sich nicht um ein echtes partnerschaftliches Geschäft, weshalb der Ablauf bei Erhöhungsanträgen nicht genau geregelt ist. Die beantragte Beitragserhöhung soll nur dann ausbezahlt werden, wenn auch der Kanton Basel-Landschaft seinen Beitrag entsprechend erhöht. Die von der Regierung vorgeschlagene Formulierung wurde in der WAK als nicht klar genug erachtet und entsprechend geschärft. Mit der neuen Formulierung, die Sie nun vorliegen haben, ist gesichert, dass die beiden Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft den Verein BaselArea weiterhin partnerschaftlich finanzieren.

Noch eine Bemerkung zum zeitlichen Ablauf: Der Ratschlag des Regierungsrats wurde dem Grossen Rat erst am 25. Oktober 2023 überwiesen. Die Überweisung an die WAK erfolgte am 6. Dezember 2023. Durch die späte Überweisung des Geschäfts an den Grossen Rat war es aufgrund der Abläufe und Fristen nicht möglich, rechtzeitig vor Ende Jahr den Beschluss des Grossen Rates zu erwirken. Die Kommission stellt generell fest, dass mehrere Geschäfte mit Verspätung dem Grossen Rat überwiesen werden. Die WAK fordert den Regierungsrat auf, die Geschäfte rechtzeitig dem Grossen Rat zu überweisen, damit eine fristgerechte Behandlung der Geschäfte in den Kommissionen und im Grossen Rat noch während der laufenden Beitragsperiode ermöglicht wird.

Die WAK hat diesen Bericht am 15. Januar 2024 einstimmig bei einer Enthaltung verabschiedet und beantragt Ihnen, dem Grossratsbeschluss, wie er im Kommissionsbericht nun formuliert ist, zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Verein BaselArea trägt die Verantwortung für die regionale Förderung von Innovation und Standortpromotion in den Kantonen Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Jura. Wir machen das nicht selber als Kanton, sondern das macht BaselArea auch hier als Leistungserbringer und wir tun das gemeinsam mit unseren Nachbarkantonen Basel-Landschaft und Jura. Das macht sehr viel Sinn. Auf einer Global Scale ist die Region eine Region und Basel-Stadt zu klein. Wir ergänzen uns auch in unserem Angebot an die Firmen, die kommen, an Flächen an an Stärken und Schwächen und in diesem Sinne ist das eine sehr fruchtbare und sehr gute Zusammenarbeit der drei Kantone in diesem Bereich. Wir treten geeint auf und für die Promotion des Wirtschaftsstandortes der Region Basel.

Mit dem neuen Gesuch für die Weiterführung der staatlichen Finanzhilfe für die Jahre 2024 bis 2027 beantragt der Verein BaselArea eine Erhöhung der Staatsbeiträge. Diese sind massvoll und die zusätzlichen Mittel sollen erstens eingesetzt werden für einen Ausbau der Aktivitäten in den USA und ausserdem wird ein Teuerungsausgleich beantragt. Dies ist dadurch gerechtfertigt, weil der Betrag an BaselArea nicht indexiert ist, wie das viele andere Staatsbeiträge sind, das wegen den nicht erreichten 70 Prozent und auch weil wir drei Kantone sind und daher die gleiche Indexierung herrschen müsste. Deshalb wird alle vier Jahre quasi der Teuerungsausgleich in globo vorgenommen und nicht indexiert, wie das in anderen Staatsbeiträgen der Fall ist. Aus diesem Grunde anerkennt auch der Regierungsrat die Notwendigkeit der Teuerungsanpassung, dies insbesondere auch, da die Aktivitäten von BaselArea ja auch ausserhalb der Schweiz stattfinden und zum Teil in Zielmärkten, die eine deutlich höhere Teuerung ausgewiesen haben in den letzten Jahren als die Schweiz. Daher ist dieser Teuerungsausgleich gerechtfertigt und soll nicht ab diesem Jahr, sondern ab dem kommenden Jahr 2025 erfolgen.

Der Regierungsrat unterstützt auch die Absicht, den Zielmarkt USA besser zu bearbeiten. Da sind andere Schweizer Standorte, die ja in einer gewissen Konkurrenz zu uns stehen, auch deutlich aktiver. Wir sind der Meinung, dass es Sinn macht, da stärker aktiv zu sein und unterstützen deshalb und beantragen Ihnen deshalb, auch diese Erhöhung zu gewähren.

Die WAK hat den Bericht ausführlich behandelt und auch noch eine wichtige Ergänzung angebracht, die der Regierungsrat so verdankt und auch unterstützt. Bei diesen bi- und trikantonalen Staatsbeiträgen ist ja immer die Bedingung, dass auch der Kanton Basel-Landschaft entsprechend seine Unterstützung zusagt und unser Beitrag nur in der Höhe stattfinden wird, wie Basel-Landschaft sie spricht. Wenn also Basel-Landschaft der Erhöhung für den Zielmarkt USA nicht zustimmen würde, dann würden wir diese Gelder auch nicht sprechen, aber der Rest der Verpflichtung oder der Zusage würde bestehen bleiben. Ich glaube, das ist im allgemeinen Interessen, war auch so beabsichtigt für uns, aber ich danke der WAK für diese Präzisierung in diesem Geschäft.

Ich möchte an dieser Stelle BaselArea für ihre gute und in den letzten Jahren auch sehr erfolgreiche Arbeit für unseren Standort danken. Und ich möchte der WAK danken für die kritische, gute und konstruktive Auseinandersetzung mit diesem Staatsbeitrag und bitte Sie im Namen des Regierungsrates, diesen Staatsbeitrag so zu bewilligen.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Fina Girard hat sich für das GAB gemeldet.

Fina Girard (GAB): Vielleicht wundern Sie sich gerade, weil sich sonst niemand von den Fraktionssprechenden gemeldet hat und auch im Bericht von Einstimmigkeit gesprochen wurde. Leider konnte ich an der entsprechenden Sitzung nicht teilnehmen, die Mitglieder der WAK kennen, aber meine Kritik bereits. Wie Sie der Kreuztabelle auch entnehmen konnten, hat dieser Bericht in der Fraktion GAB für Diskussionen gesorgt, weshalb wir in diesem Geschäft unterschiedlich abstimmen werden.

In diesem Votum werde ich nun versuchen, die kritischen Punkte darzulegen, die einen Teil der Fraktion dazu bewegen hat, den Staatsbeitrag für BaselArea abzulehnen oder sich zu enthalten. Als Stadt Basel verdanken wir unsere gut gefüllte Staatskasse und unseren Wohlstand zu grossen Stücken der hier ansässigen Pharmabranche. Die Geschichte der Stadt Basel und der Pharmaindustrie sind eng miteinander verwoben. Das verrät nicht zuletzt der Blick aus dem Fenster auf unsere Skyline. Auch wir vom GAB anerkennen unser Privileg als wirtschaftlich starke Region. BaselArea hat in der Vergangenheit durch sein Engagement zum wirtschaftlichen Wohlergehen unserer Stadt beigetragen und zahlreiche Unternehmen hier angesiedelt, welche Arbeitsplätze und Innovationen schaffen. Dieses Engagement soll auch in Zukunft erfolgreich weitergeführt werden können. Daher findet die Verlängerung der Staatsbeitrag an BaselArea auch in unserer Fraktion Unterstützung.

Nun aber zu den Punkten unserer Kritik. Neben der Sorge um vor allem ein Klumpenrisiko, wenn wir in unserer Wirtschaftspolitik weiter hauptsächlich auf das Pferd Life Sciences setzen, kritisieren wir auch, dass die Erhöhung des Staatsbeitrags in erster Linie dem Ausbau der Tätigkeiten in den USA zugutekommen wird. Dass gerade in zwei grossen Konkurrenzregionen in den Staaten Unternehmen abgeworben werden sollen, befeuert den internationalen Standort- und Steuerwettbewerb weiter. Bisherige Ansiedelungen aus dem näheren Ausland haben gezeigt, dass diese genauso erfolgreich sein können. Die Notwendigkeit dieser Expansion in die USA, welche wieder vor allem auf die Life Sciences setzt, erschliesst sich uns nicht abschliessend. Als Grünalternatives Bündnis hätten wir uns vom Regierungsrat den Mut gewünscht, Standortpolitik neu zu denken. Als Region mit hoher Wirtschaftsleistung tragen wir die Verantwortung, unsere Rolle in der globalen Verteilung von Reichtum zu reflektieren und neue Kriterien des guten Lebens und des Wohlstands zu ermitteln, Kriterien der globalen Verantwortung, Kriterien der Lebensqualität für die Menschen, die in dieser Stadt leben, Kriterien der Nachhaltigkeit und der Erschliessung unserer Ressourcenkreisläufe, statt die des ständigen Wachstums und der Gewinnakkumulation.

Denn es gibt kein endloses Wachstum auf diesem einen kleinen Planeten mit endlichen Ressourcen. Die Basler Bevölkerung hat deutlich gemacht, dass sie einen nachhaltigen und einen klimaneutralen Kanton Basel-Stadt will. Und das betrifft eben nicht nur, ob und wie und wo in unserer Stadt Pflanzenkübel aufgestellt werden, sondern in erster Linie, wie wir wirtschaften und welche Gewerbe und Unternehmen wir fördern möchten. Als Grünalternatives Bündnis vermessen wir in diesem Vorschlag die Konsequenz, unser Bekenntnis für ein klimaneutrales Basel bis 2037 auch auf die internationale Bühne hieven zu wollen. Was diesem Vorschlag fehlt, ist eine klare Ausrichtung unserer Standortförderung auf Unternehmen, welche Nachhaltigkeit und globale soziale Verantwortung gross schreiben, und zwar nicht nur in ihrem Firmenquartier auf Basler Boden, sondern genauso in ihrem internationalen Wirken.

Mit dieser vielleicht etwas weit gegriffenen Argumentation im Hinterkopf und mit der Überzeugung, dass eine andere Welt möglich sein muss, die nicht nur von einer Wachstumsmaxime diktiert wird, werden einige Mitglieder der Fraktion GAB das vorliegende Geschäft ablehnen oder sich enthalten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Lorenz Amiet an? Sie wird angenommen.

Lorenz Amiet (SVP): Entspricht des nicht gerade Ihrem grün-alternativen Weltbild, dass man die Wirtschaft dort abwerben soll, wo Reichtum herrscht anstatt Wirtschaft aus Schwellenländern oder ärmeren Ländern hierher zu holen?

Fina Girard (GAB): Uns geht es nicht darum, Unternehmen abwerben zu wollen aus Entwicklungsländern, sondern es geht darum, sich auf die lokale Wirtschaft zu fokussieren, hier Innovationsförderung zu betreiben und nicht Steuersubstrat anderer Staaten abzuziehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen aus den Fraktionen vor. Damit geht das Wort an Oliver Bolliger als Einzelsprecher.



Oliver Bolliger (GAB): Unsere Fraktionssprecherin Fina Girard hat bereits ein hervorragendes Votum gehalten und wer ihr wirklich zugehört hat, müsste sich meiner Meinung nach schon wirklich die Frage stellen, weshalb wir nun die Betriebsbeiträge für BaselArea ab 2025 um eine Viertelmillion erhöhen sollten. Ein Teil des GAB, namentlich namentlich wir von Basta, werden dieser Erhöhung nicht zustimmen, nicht weil wir etwas gegen BaselArea und ihren Auftrag hätten, sondern gegen die Erhöhung dieses Beitrags. Am 17. Januar dieses Jahres stand ich bereits hier vorne und habe unsere Kritik zum Ausbau des Innovations-Förderprogramm und die Vergabe von 42,5 Millionen Franken für den Standortförderungsfonds zum Besten gegeben, natürlich leider ohne Erfolg.

Ich habe den Eindruck, dass eine finanzielle Ausgabe die nächste jagt, alles unter dem Prinzip des Anfeuerns des Wirtschaftswachstums und der internationalen Standortkonkurrenz sowie der Ermöglichung von Steueroptimierungen. Ich frage mich, ob dies nun alle zwei Monate so weitergeht und ich jeweils mein Votum leicht angepasst im Copy Paste-Modus halten kann. Es ist schon klar, auch mir, der Reichtum unserer Stadt hängt mit der Geschichte der Pharma- und der Life Science-Branche sowie dem idealen Standort mitten in Europa zusammen, und wir profitieren alle davon. Aber politische Verantwortung hört aus unserer Sicht nicht an den Kantonsgrenzen auf. Wir sollten in der jetzigen Zeit nicht nur auf uns und auf unsere Staatskasse schauen, sondern unsere Standortförderung in Zukunft unter zwei Prämissen laufen lassen. Erstens, wie ökologisch nachhaltig sind unsere Massnahmen und zweitens, welchen Beitrag für eine soziale gerechte Welt wird damit gefördert? Werden diese zwei Bedingungen nicht erfüllt, sollten wir mit dem Geld etwas anderes fördern. Basel-Stadt kann und soll es sich leisten, in Anbetracht der aktuellen Weltlage, eine andere Wirtschaftsförderung einzuleiten. Mit einer Fokussierung auf die Life Science-Branche in zwei Regionen der USA und mit dem Ziel, Firmen abzuwerben, werden diese beiden uns wichtigen Punkte wieder einmal nicht erfüllt.

Zudem finde ich es ehrlich gesagt auch ein wenig risikobehaftet, den Standort USA ins Visier zu nehmen, bevor nicht klar ist, wer ab 2025 der Präsident dieses Landes sein wird. Je nach Ausgang dieser Wahlen hat dies konkrete Auswirkungen auf die internationale Zusammenarbeit und ein solches Engagement müsste dann vielleicht ohnehin nochmals geprüft werden.

Und zu dann muss ich noch eine Replik auf Lorenz Amiets Zwischenfrage geben. Grundsätzlich besteht nämlich auch als wirtschaftsökonomischer Perspektive einer Kritik auf die Standortförderung. Die Standortförderung in Ländern mit geringerem Bruttoinlandsprodukt wäre viel vorteilhafter und hätte einen besseren Effekt als bei uns. Die meisten Standortfördermassnahmen in reichen Ländern führen bestenfalls zu einem höheren Gesamteinkommen bei entsprechend höherer Einwohnerzahl, also zu keiner Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens, dafür aber zu einer höheren Belastung der knappen Ressourcen, Umwelt, Boden und Infrastruktur. Das habe nicht ich erfunden, sondern Professor Eichenberger von der Uni Fribourg.

Aber unabhängig davon haben wir nicht grosse Lust, auch die Wirtschaftsförderungsausgaben kritiklos einfach abzunicken. Auch wenn es für uns klar ist, dass wir mit unserer Ablehnung die Überweisung des Ratschlags nicht verhindern werden, werden wir auch in Zukunft die Wirtschafts- und Standortförderung kritisch unter die Lupe nehmen und weiterhin regelmässig hier vorne stehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Da diese Vorlage weitgehend unbestritten ist gemäss Kreuztabelle wollte ich eigentlich nichts sagen, entsprechend auch kein Fraktionsvotum halten. Nach den zwei doch sehr kritischen Voten denke ich trotzdem, dass man hier für BaselArea und auch für den Wirtschaftsstandort Basel-Stadt kurz noch eine Lanze brechen muss.

Sowohl Fina Girard wie auch Oliver Bolliger haben das Glück betont, das wir hier haben mit unserer sehr starken globalen Wirtschaft, insbesondere der Pharmabranche. Unser Wohlstand, unser stark ausgebauter Sozialstaat in diesem Kanton verdanken wir dieser Branche, verdanken wir diesen erfolgreichen Unternehmen. Beiden Firmen geht es relativ bis sehr gut im Moment. Wir haben Glück und wir dürften weiterhin Glück haben.

Aber dieses Glück ist nicht auf Ewigkeit gepachtet. Wir können heute nicht mit Sicherheit sagen, ob auch im 2030 beide diese Weltkonzerne nach wie vor ihren Sitz und Steuersitz in Basel haben und weiterhin unseren Wohlstand und unseren Sozialstaat finanzieren werden. Aus diesem Grund ist es enorm wichtig, dass wir heute schon in die längerfristige Zukunft investieren und genau dafür ist BaselArea da. Ja, das bedeutet, dass man Firmen hierher locken muss. Und wenn man Firmen aus den USA hierher lockt, dann schmerzt das die USA nur sehr bedingt. Die wirtschaftliche Kraft der USA wird auch nicht darunter leiden, ob der eine oder der andere Präsident wird im nächsten Herbst. Die Wirtschaft ist weitgehend unabhängig von der politischen Ausrichtung der Regierung in den USA, das haben Zahlen eindeutig belegt.

Man muss die Firmen dort holen, wo sie sind. Man muss den Dollar dort abholen, wo er ist, und das ist nun mal in den USA, und in diesem Sinn ist die Fokussierung auf den Markt USA zielführend, sinnvoll und für uns alle und insbesondere auch für



die Empfänger von Sozialleistungen, die irgendwie finanziert werden müssen, von grossem Interesse. Deshalb ein herzliches Dankeschön an BaselArea und BaselArea hat unsere alle Unterstützung verdient.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Adrian Iselin.

Adrian Iselin (LDP): Ich möchte gerne dieselbe Lanze brechen wie Lorenz Amiet. Fina Girard, Sie haben erwähnt, wie glücklich wir sein dürfen über die Pharmaindustrie. Wir müssen einfach anerkennen, dass ein Grossteil des Umsatzes eines Unternehmens aus den USA kommt. Von da kommt auch sehr viel Innovation. Andrea Knellwolf hat über die Bay Area gesprochen, direkt hinter der Bay Area liegt das Silicon Valley, Google ist dort ansässig, sehr viel Artificial Intelligence-Lösungen kommen von dort, viele grosse Medtech- und Pharmabiotechunternehmen sind da. Die Innovation läuft global, und wir müssen sicherstellen, dass wir in der Bay Area und im Silicon Valley weiterhin vertreten sind und deshalb unterstütze ich diesen Antrag sehr.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegt keine weiteren Wortmeldungen vor. Regierungsrat Kaspar Sutter hat noch einmal das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Ich möchte mich noch einmal zu Wort melden, weil auch spannende Inputs und grundsätzliche Fragestellungen hier in der Debatte geäussert wurden. Die Life Sciences ist unsere Basler Industrie, das sind Firmen, die hier entstanden sind, die unseren Reichtum stark mitprägen, die auch unsere Innovationskraft ausmachen. Auch diese Branchen notabene entstanden, weil wir zu früheren Zeiten offen waren für ausländische Arbeitskräfte und viel dieser Innovationen hier dank Migration überhaupt nach Basel gekommen sind. Ich glaube, dieser offenen Geist für innovative Kräfte auch von ausserhalb unseres Kantons oder der Schweiz sollten wir behalten. Es ist die Grundlage, dass wir die Innovationskraft und unseren Wohlstand auch in Zukunft behalten können.

Der Regierungsrat ist sehr froh und fördert auch die Verbreitung dieses Life Science-Sektors. Das Klumpenrisiko verringern wir auch, indem dieser Sektor breiter wird. Und BaselArea hat hier in der Vergangenheit einen sehr wichtigen Beitrag geleistet, dass eben gerade dieser Sektor sich verbreitert hat, neue Firmen aus diesem Bereich hierher kamen und deshalb heute dieser Standort nicht nur die zwei Grossen hat, sondern ganz viele Unternehmen, auch Startups und Biotechfirmen aus diesem Sektor, hier sind. Das ist ein ganz wichtiger Beitrag, um unsere Risikofähigkeit zu stärken und auch unsere Innovationskraft.

Und das ist einer der sehr wichtigen Beiträge, die BaselArea weiterhin tun soll, diesen Sektor zu verbreiten. Das ist auch für die Arbeitskräfte gut, wenn sie nicht nur zwei Anbieterinnen und Anbieter haben, sondern mehrere. Es ist auch gut für die Innovationskraft, wenn dieser Life Science-Bereich auf mehreren Beinen, also auf zwei ganz grossen Staaten aber ganz vielen anderen Beinen steht. Das hilft uns, das hilft den Angestellten, das hilft der Innovationskraft und dieser Weg ist richtig.

Der Standortwettbewerb existiert. Er existiert, er ist einfach eine Tatsache. Solange Menschen und Firmen und Kapital sich frei bewegen können, existiert dieser Standortwettbewerb, und das kann man beklagen oder gut finden, aber er existiert. Und ich fühle mich als Wirtschaftsdirektor schon verantwortlich, dass wir da nicht einfach zuschauen, sondern auch dafür schauen, dass wir diese Wettbewerbsfähigkeit behalten, weil sie zwingend ist für unsere Arbeitsplätze und für unsere Innovationskraft.

Und die USA ist in diesem Standortwettbewerb zurzeit sehr aktiv. Deshalb sehe ich auch nicht, wo das Problem sein soll, wenn wir in dem Markt USA aktiv sind. Ich würde die Kritik verstehen, wenn wir unsere Promotion in Schwellenländern und anderen Ländern ausbauen würden, aber ich sehe diese Argumentation nicht im Bereich der USA. Deshalb finde ich diesen Ausbau im Bereich der USA richtig, gerade in dieser Situation, in der sich die USA protektionistischer verhält und auch viele Firmen in die USA holen will.

Und wir kommen noch zum Klimaabdruck. Ich glaube, in vier Jahren werden wir dann die Klimafolgenabschätzung darlegen müssen bei einem nächsten Erneuerungsratschlag und da stellt sich die Frage, was es für das Klima heisst, wenn sich eine Firma heute nicht in Basel, sondern in den USA oder sonst irgendwo ansiedelt. Ich bin der festen Überzeugung, dass es nicht schlechter ist für das Klima, wenn diese Firma hier bei uns ist, einem Standort, der 2037 klimaneutral ist. Ich glaube nicht, dass das schlechter ist für das Klima, als wenn diese Firma an einem anderen Ort ihre Arbeitsplätze und Innovationskraft ausbaut. Daher glaube ich aus Klimasicht nicht, dass wir schlechter fahren, wenn wir uns darum bemühen, dass solche Firmen auch hier Arbeitsplätze generieren.

Aus diesem Grund möchte ich Ihnen noch einmal beantragen, diesen Ratschlag und diesen Betrag zu bewilligen und auch die Erhöhung in den USA zu unterstützen.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Kommissionspräsidentin verzichtet auf ein zweites Votum. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 5 des Berichts)

Titel und Ingress

Ziffer 1 Gewährung Ausgaben

Ziffer 2 Vorbehalt Zustimmung Basel-Landschaft

Publikations- und Referendums Klausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

84 Ja, 6 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002994, 06.03.24 11:07:12]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für den Verein BaselArea werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben in Höhe von Fr. 4'622'000 gewährt (2024: Fr. 968'000, 2025: Fr. 1'218'000, 2026: Fr. 1'218'000, 2027: Fr. 1'218'000).

2. Dieser Beschluss gilt unter dem Vorbehalt, dass der Kanton Basel-Landschaft über die gesamte Periode 2024 bis 2027 einen gleich hohen Gesamtbeitrag wie Basel-Stadt gewährt. Gewährt der Kanton Basel-Landschaft für die Jahre 2024 bis 2027 gesamthaft einen tieferen Beitrag, ist jener massgebend für den Beitrag des Kantons Basel-Stadt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 84 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

12. Erneuerung des Staatsbeitrags an Basel Tourismus für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der WAK

[06.03.24 11:07:25, 23.0940.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Wirtschafts- und Abgabekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an die Kommissionspräsidentin Andrea Knellwolf.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Gemäss Standortförderungsgesetz sorgt der Regierungsrat dafür, dass die Bekanntheit Basels gesteigert, das Image positiv beeinflusst sowie die Stärken Basels kommuniziert werden. Diese Aufgaben erfüllt der Verein Basel Tourismus im Auftrag der Regierung bereits seit Jahren mit Erfolg. Der Tourismus hat sich in den Jahren seit 2003 in Basel überdurchschnittlich gut entwickelt. 2019 erreichte diese Entwicklung mit 1,42 Millionen Logiernächten einen Höhepunkt. Bis zu diesem Zeitpunkt hat Basel Tourismus einen jährlichen Staatsbeitrag von 1.9 Millionen Franken erhalten. Sowohl für die Staatsbeitragsperiode von 2014 bis 2017 als auch von 2018 bis 2021 stellte dieser Betrag die Basis für den Staatsbeitrag dar. Der Verein Basel Tourismus kam bis zur Covid-19-Pandemie mit diesem gleichbleibenden Staatsbeitrag gut zurecht, weil sich Basel Tourismus auch durch die Gasttaxeneinnahmen finanziert. Mit den steigenden Übernachtungszahlen stiegen entsprechend auch diese Einnahmen.

Als aber aufgrund der Pandemie im Frühjahr 2020 Reisebeschränkungen in Kraft traten, kam der Tourismusbereich fast völlig zum Erliegen und die Einnahmen aus der Gasttaxe brachen weg. Auch die Einnahmen für Leistungen wie Führungen oder Ausflüge und die Erlöse von Waren und Dienstleistungen der Tourist Information entfielen. Die Covid-19-Pandemie hatte



aber nicht nur auf der Ertragsseite zu Veränderungen geführt, sondern auch beim Aufwand kam es zu Anpassungen. Der Betriebsaufwand und die Kosten für Material und Dienstleistungen sanken. Die Tourist Information am Bahnhof SBB wurde geschlossen und Einsparungen bei den Personalkosten wurden durch eine Reduktion der Anzahl Mitarbeitenden, Pensenanpassungen und Kurzarbeit realisiert. Basel Tourismus hat also mit Einsparungen und Fondsaufösungen grosse eigene Anstrengungen unternommen, um ein ausgeglichenes Betriebsergebnis zu erzielen.

Zusätzlich hat der Grosse Rat auf Antrag des Regierungsrats ausserordentliche Betriebsbeiträge für die Jahre 2020 und 2021 in Höhe von insgesamt 1,4 Millionen Franken bewilligt. Diese Beiträge dienten in erster Linie als Kompensation für die Covid-19 bedingten Ausfälle der Gasttaxe. Aufgrund der Covid-19-Pandemie wurde zudem im Jahr 2020 ein zusätzlicher Förderbetrag über 300'000 Franken für eine Marketingaktion gesprochen. An diesem Ansatz zielt der Regierungsrat fest, als er dem Grossen Rat im Oktober 2021 beantragte, den ordentlichen Staatsbeitrag von jährlich 1,9 Millionen Franken für Basel Tourismus für die Jahre 2022 und 2023 um einen ausserordentlichen Beitrag für das Jahr 2022 von 1,2 Millionen Franken und für das Jahr 2023 von 700'000 Franken zu ergänzen.

Diese ausserordentlichen Beiträge waren gemäss Ausführungen im Ratschlag wiederum als Kompensation der ausgefallenen Gasttaxenerträge gedacht. Der Regierungsrat schlug aufgrund der grossen Unsicherheit hinsichtlich der Erholung des Tourismus und der Logiernächte vor, die Staatsbeitragsperiode auf zwei Jahre zu verkürzen. Der ursprüngliche Antrag von Basel Tourismus an den Regierungsrat sah damals eine vierjährige Staatsbeitragsperiode vor und beinhaltete einen Antrag auf eine höhere Kompensationszahlung pro Jahr. Jedoch sah Basel Tourismus ebenfalls vor, die jährliche Finanzhilfe an die Entwicklung der Gasttaxeneinnahmen zu koppeln. Damals haben sich Vorstand und Direktion von Basel Tourismus trotz des Wunsches nach einem noch höheren Zuschlag bereit erklärt, einem Staatsbeitragsverhältnis über die Höhe von 3,1 Millionen Franken im Jahr 2022 und 2,6 Millionen Franken im Jahr 2023 zuzustimmen.

Ich komme nun zur Entwicklung in den Jahren 2022 und 2023. Im Vergleich zu den Annahmen, die dem Staatsbeitrag 2022/23 zugrunde liegen, hat sich der Tourismusbereich deutlich schneller erholt. Die Anzahl Logiernächte lag bereits 2022 wieder bei rund 1,3 Millionen, was rund 91,4 % des touristischen Rekord-Jahrs 2019 entspricht. Für das Jahr 2023 hatte sich im Dezember 2023 abgezeichnet, dass das Niveau 2019 bereits wieder erreicht wird. Der Regierungsrat geht in seiner Prognose davon aus, dass sich der Freizeittourismus auch rund um Grossanlässe weiterhin positiv entwickeln wird und die touristische Nachfrage in den kommenden Jahren weiter anziehen wird. Der Regierungsrat würdigt im Ratschlag den grossen Beitrag, den Basel Tourismus zur positiven Entwicklung des Freizeittourismus im Kanton geleistet hat. Aufgrund des deutlich geringeren Rückgangs der Logiernächte und der Gasttaxenerträge betragen die Einbussen in diesem Bereich im Jahr 2022 lediglich rund 350'000 Franken und gemäss dem hier zugrundeliegenden Kenntnisstand Ende 2023 lagen die Gasttaxeneinnahmen letztes Jahr wieder etwa auf dem Vor-Pandemie-Niveau. Mit den ausserordentlichen Staatsbeiträgen von 1,9 Milliarden Franken für die Jahre 2022 und 2023 wurde der Ertragsausfall weit mehr als kompensiert. Aus dieser Optik wurden faktisch 1,55 Millionen Franken zu viel an Basel Tourismus bezahlt.

Basel Tourismus hat die zusätzlichen Staatsbeiträge für die Nachfrageförderung eingesetzt und zusätzliche Reserven im Umfang von 765'000 Franken gebildet. Die Fondsreserven betragen Ende 2023 noch 1,7 Millionen Franken. Im Bereich der Nachfrageförderung konnte Basel Tourismus 2022 rund 600'000 Franken aus den zusätzlichen Staatsbeiträgen für die Imagekampagne «Swiss but different» einsetzen und 2023 rund 450'000 Franken. Ein Teil der Zusatzbeiträge floss in die Produktentwicklung, in die Digitalisierung und in neue Marketingkampagnen.

Zum aktuellen Antrag von Basel Tourismus: Der Antrag für die neue Staatsbeitragsperiode sieht die Rückkehr in den üblichen vierjährigen Zyklus vor. Aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen im Tourismus, der Teuerung und der grossen Herausforderungen in den Bereichen Nachhaltigkeit und Digitalisierung beantragte Basel Tourismus eine Erhöhung der Mittel um jährlich 400'000 Franken. Basel Tourismus argumentiert so viel mehr zu benötigen pro Jahr, um den Leistungsauftrag umzusetzen. Höhere Kosten fallen nach Angaben von Basel Tourismus vor allem aufgrund folgender Faktoren an: Teuerung und steigende Lohnkosten, Bewirtschaftung des elektronischen Logiernächtemanagements, Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele in der Tourismusbranche, Verbesserung der Willkommenskultur bei Grossanlässen, zum Beispiel der Art Basel.

Der Regierungsrat ist sich im klaren, dass Basel Tourismus die zentrale Organisation zur Förderung des Tourismus im Kanton darstellt und die Vermarktung von Basel als Reiseziel weiterhin zentral bleibt. Arbeitet Basel Tourismus erfolgreich, so wirkt sich dies positiv aus auf die Beschäftigungs- und Einkommenseffekte in der Basler Tourismuswirtschaft. Daher liegt es im Interesse des Kantons, die Tourismusförderung zu stabilisieren. Dennoch sieht der Regierungsrat keine Notwendigkeit, den Staatsbeitrag für Basel Tourismus in der Leistungsperiode 2024 bis 2027 wesentlich zu erhöhen. Der Antrag des Regierungsrats sieht für die Jahre 2024 und 2025 weiterhin einen Beitrag in Höhe von 1,9 Millionen Franken vor. Für die Jahre 2026 und 2027 ist eine Erhöhung um 50'000 Franken pro Jahr als Abgeltung für die Administration des elektronischen Logiernächtemanagements, kurz ELM, vorgesehen, also ein Staatsbeitrag von 1,95 Millionen Franken pro Jahr.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Für die gesamte Leistungsperiode beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat folglich 7,7 Millionen Franken. Der Regierungsrat anerkennt zwar den Anpassungsbedarf aufgrund der Teuerung sowie den



Leistungsausbau in den Bereichen Nachhaltigkeit und Willkommenskultur um 150'000 Franken pro Jahr, allerdings stellt er sich ja auf den Standpunkt, dass diese Mehrkosten in der Staatsbeitragsperiode 2024 bis 2027 mit den Reserven aufgrund der zu hohen Staatsbeiträge in den Jahren 2022 und 2023 an Basel Tourismus finanziert werden können. Einzig ab 2026 unterstützt der Regierungsrat die Erhöhung eben für die Abgeltung des ELM. Gemäss Ratschlag sollen die geplanten Aufgaben von Basel Tourismus selbst durch den Abbau der Reserven von jährlich 200'000 Franken finanziert werden können. Die neue Absprungbasis für die Leistungsvereinbarung ab 2028 läge somit um 200'000 Franken höher. So sollen die Reserven bis Ende 2027 auf ein angemessenes Niveau von rund 1,1 Millionen Franken gebracht werden. 1,1 Millionen Franken entsprechen ungefähr der Lohnsumme für ein Quartal. Dieser Betrag wird vom Regierungsrat als angemessene Reserve für Basel Tourismus erachtet. Es gäbe noch mehr dazu zu sagen, aber ich verweise Sie für weitere Details auf den Ratschlag und auf den Bericht der Kommission.

Der Grosse Rat hat den Ratschlag am 6. Dezember letzten Jahres der Kommission überwiesen. Die WAK hat das Geschäft an vier Sitzungen behandelt und sich vom Regierungsrat, repräsentiert durch Regierungsrat Kaspar Sutter, Vorsteher des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt und Samuel Hess über das Geschäft informieren lassen. Zudem hat die WAK Basel Tourismus für ein Hearing eingeladen. Carlo Conti, Präsident von Basel Tourismus und Letizia Elia, CEO von Basel Tourismus, haben ihren Standpunkt vor der Kommission vertreten und standen für Fragen zur Verfügung. Dabei führten sie aus, dass die Zusammenarbeit zwischen Basel Tourismus und dem Kanton gut und etabliert sei. Bei den Verhandlungen zur Erneuerung des Staatsbeitrags sei es dennoch zum ersten Mal zu einer Differenz gekommen. Basel Tourismus erhalte seit 20 Jahren den gleich hohen Staatsbeitrag. Dieser Beitrag sei nicht mehr ausreichend. Aufgrund der Teuerung sowie der veränderten Rahmenbedingungen im Tourismus beantragte Basel Tourismus eine Erhöhung des jährlichen Staatsbeitrags um 400'000 Franken pro Jahr. Dies sei notwendig, um die Destination Basel gegenüber Konkurrenzdestinationen zu positionieren und den eingebrochenen individuellen Geschäfts- und Messterrorismus zu kompensieren. Nach der Prüfung des Antrags habe der Regierungsrat beschlossen, den Erhöhungsantrag nicht zu unterstützen. Daraufhin habe Basel Tourismus einen Kompromissvorschlag erarbeitet, in welchem Basel Tourismus dem Regierungsrat seine Bereitschaft erklärte, die Hälfte der geforderten Beitragserhöhung für die Vertragsperiode 2024 bis 2027 zu fordern und den Rest, also 200'000 Franken, aus den eigenen Reserven zu finanzieren.

Der Regierungsrat wollte aber auch auf den Kompromissvorschlag nicht eintreten. Auch hier verweise ich Sie wieder auf die Details im WAK-Bericht. Es gibt dort noch sehr viele Hinweise auf die strategischen und betriebswirtschaftlichen Überlegungen, die bei Basel Tourismus angestellt worden sind. An dieser Stelle möchte ich auch einmal unserer Kommissionssekretärin danken. Es war bei diesem Geschäft besonders aufwendig, die umfassenden mündlichen und schriftlichen Äusserungen zu erfassen und in eine für Dritte nachvollziehbare Form zu bringen.

Die Erwägungen der Kommission: Die Ausgangslage für die Kommissionsberatung war, dass sich der Regierungsrat und Basel Tourismus in den Verhandlungen über den Staatsbeitrag nicht einig wurden. Der Regierungsrat hat sowohl den ursprünglichen Antrag sowie auch den Kompromissvorschlag von Basel Tourismus abgelehnt. Zwar erwartet der Regierungsrat einen Leistungsausbau in den Bereichen Nachhaltigkeit und Willkommenskultur, auch anerkennt er einen Anpassungsbedarf aufgrund der Teuerung. Der Regierungsrat stellt sich aber auf den Standpunkt, dass Basel Tourismus die dafür anfallenden Mehrkosten aufgrund der zu hohen Staatsbeiträge in den Jahren 2022 und 2023 aus den eigenen Reserven bezahlen soll. Lediglich für die Abgeltung des ELM sieht der Regierungsrat ab 2026 eine Erhöhung im Umfang von 50'000 Franken vor. Auch hier wieder weitere Details im Kommissionsbericht.

Das Fazit der WAK bei dieser Ausgangslage: Die Kommission konnte sich sowohl bei der Anhörung als auch aus den Unterlagen davon überzeugen, dass Basel Tourismus hervorragende Arbeit leistet. An dieser Stelle herzlichen Dank allen Mitarbeitenden und der CEO Letizia Elia. Während der Pandemie hat Basel Tourismus viel selbst dazu beigetragen, dass die Ertragsausfälle aufgefangen werden konnten. Basel Tourismus hat sich in der Krise vorausschauend verhalten und neue Aktivitäten und Schwerpunkte aufgebaut und dafür auf eigene Reserven zugegriffen. Dass sich der Tourismus in Basel überraschend schnell und gut erholt hat, ist zu einem Teil zweifelsohne auch der guten und innovativen Arbeit von Basel Tourismus selber zu verdanken. Basel Tourismus hat die Leistungen ausgebaut und ist mit einem mutigen Antrag in die Verhandlungen über die Staatsbeiträge mit der Regierung gestiegen. Basel Tourismus rechnet aufgrund der intensivierten Positionierung von Basel im Bereich Freizeit- und Kongresstourismus und den verstärkten Aktivitäten im Nachhaltigkeitsbereich, im Bereich der Willkommenskultur und der Digitalisierung mit einem jährlichen Mehrbedarf von 400'000 Franken, was einer Erhöhung von rund 20% entspricht.

Im Sinne eines sorgfältigen Umgangs mit den Steuergeldern ist die Kommission der Ansicht, dass der Regierungsrat richtig handelt, wenn er ein Erhöhungsgesuch in diesem Umfang sorgfältig prüft. Wie im Ratschlag ausgeführt wurde, anerkennt der Regierungsrat, dass durch den Leistungsausfall Mehrkosten von 200'000 Franken pro Jahr entstehen. Die Kommission sieht die Hauptursache für die Differenzen darin, dass der Regierungsrat entschieden hat, die ausserordentlichen Staatsbeiträge der Jahre 2022 und 2023 an die kommende Leistungsperiode anzurechnen. Ausser der Abgeltung für die Administration des ELM im Umfang von 50'000 Franken ab 2026 sieht der Regierungsrat deswegen keine Erhöhung des Staatsbeitrags vor.

Aus Sicht der Kommission fand ein ungenügender Austausch zwischen dem Regierungsrat und Basel Tourismus im Hinblick auf die Verwendung der ausserordentlichen Staatsbeiträge statt. Einerseits waren die zusätzlichen Beiträge als



Kompensation der Ertragsausfälle bei der Gasttaxe vorgesehen, andererseits gab es keine Rückzahlungsabmachung für den Fall, dass die Ertragsausfälle tiefer als erwartet ausfallen. Mit einer so raschen Erholung wurde nicht gerechnet. Hinzu kommt, dass Basel Tourismus seine Leistungen im Nachhaltigkeitsbereich oder bei der Willkommenskultur ausgebaut hat. Über diese zusätzlichen Leistungen war der Regierungsrat informiert. Ob er auch darüber informiert war, dass diese Aktivitäten aus der Reserve bezahlt wurden, lagen der Kommission allerdings widersprüchliche Angaben vor. Der Bescheid des Regierungsrats im August 2023, dass die ausserordentlichen Staatsbeiträge an die Leistungsperiode 2024 angerechnet werden, kam für Basel Tourismus aber offenbar unerwartet.

Die Kommission ist sich einig darüber, dass Basel Tourismus die neu aufgebauten Leistungen aufrechterhalten soll. Der Leistungsausbau in allen erwähnten Bereichen wird von der Kommission begrüsst. Ein Teil der Kommission hält die Ausführungen von Basel Tourismus in Bezug auf die Mehrkosten für plausibel und unterstützt den Kommissionsvorschlag, wie er von Basel Tourismus vorgelegt wurde, also Anerkennung der Mehrkosten um 400'000 pro Jahr, aber hälftige Finanzierung durch den Kanton aus den Reserven von Basel Tourismus bis Ende der Leistungsperiode. Dieser Teil der Kommission stört sich in Bezug auf die Position des Regierungsrats daran, dass nur der Zeitraum 2022 bis 2023 Beachtung fand. Würde man die Ausfälle bei den Gasttaxeneinnahmen seit Beginn der Pandemie berücksichtigen, so hätte der Kanton keine zu hohen Staatsbeiträge gesprochen. Die Ausfälle bei den Gasttaxen betragen 5,5 Millionen Franken, während der Kanton über diesen Zeitraum mit ausserordentlichen Staatsbeiträgen in der Höhe von lediglich 3,3 Millionen Franken plus 300'000 Franken für eine Marketingaktion unterstützt hat. Zusätzlich hat Basel Tourismus auch Zugang zur staatlichen Kurzarbeit wie alle betroffenen Betriebe während der Covid-19-Pandemie.

Die Mehrheit der Kommission schliesst sich allerdings dem regierungsrätlichen Ansatz an, wonach die ausserordentlichen Staatsbeiträge, die explizit als Kompensation für die Gasttaxen vorgesehen waren, an die Leistungsperioden 2024 bis 2027 angerechnet werden sollen. Wie die Ausführungen von Basel Tourismus aber deutlich gemacht haben, sinken die Reserven bei dieser Herangehensweise deutlich unter das geforderte Niveau. Dies ist insofern besonders störend, als dass die Höhe der Reserve vom Regierungsrat als betrieblich sinnvoll erachtet wird.

Vor diesem Hintergrund hat die Kommission an einem Kompromissvorschlag gearbeitet. Dieser sieht wie folgt aus: Die Entwicklung und Reserven von Basel Tourismus macht der Kommission Sorgen und das Ziel der Kompromissvorschlags war, diese Reserveentwicklung abzusichern. Die WAK anerkennt grossmehrheitlich, dass die ausserordentlichen Staatsbeiträge der vergangenen zwei Jahre an die Staatsbeitragsperiode 2024 bis 2027 anzurechnen sind. Die Kommission ist aber zum Schluss gekommen, dass die zusätzlichen Leistungen von Basel Tourismus für die Administration des ELM bereits ab 2024 abgegolten werden sollen. Basel Tourismus hat die Administration des ELM seit dessen Einführung im Oktober 2021 übernommen und bisher unentgeltlich geleistet. Die Absicht des Regierungsrats, diese Leistung erst ab 2026 abzugelten, war für die Kommission nicht nachvollziehbar. Da diese Leistung schon seit zweieinhalb Jahren erbracht wird und darüber ein Vertrag zwischen Basel Tourismus und dem Regierungsrat besteht, beantragt die WAK im Rahmen des Kompromissvorschlags, die Abgeltung dieser Leistung ab 2024 für die gesamte Leistungsperiode.

Der Kompromissvorschlag der WAK enthält eine zweite Abweichung zum regierungsrätlichen Antrag. Um zu verhindern, dass die Reserven von Basel Tourismus weit unter dem geforderten Niveau von 1 Million Franken zu liegen kommen, beantragt die WAK die Erhöhung im vierten Jahr des Staatsbeitrags um 200'000 Franken. Diese Erhöhung ist dazu gedacht, die Reserven von Basel Tourismus zu stärken. Von einer expliziten Zweckbindung sieht die Kommission ab. Dennoch erwartet die Kommission, dass Basel Tourismus bei Genehmigung des Kompromissvorschlags der WAK durch den Grossen Rat die Stelle im Bereich Nachhaltigkeit weiterführen wird.

In Zahlen sieht der Kompromissvorschlag der Mehrheit WAK also wie folgt aus: Für die Jahre 2024, 2025 und 2026 je 1,95 Millionen Franken, für das Jahr 2027 2,15 Millionen Franken. Im Vergleich zum Antrag des Regierungsrats hat der Kompromissvorschlag der WAK eine Erhöhung des Staatsbeitrags für die Leistungsperiode 2024 bis 2027 von 300'000 Franken zur Folge.

Die Wirtschafts- und Abgabekommission empfiehlt Ihnen einstimmig, dem vorliegenden Grossratsbeschluss zuzustimmen und ich bedanke mich für Ihre Geduld.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich begrüsse eine Schulklasse auf der Tribüne. Es ist das 10. Schuljahr aus dem Schulhaus Clara mit Lehrerin Sabi Sandschak. Schön, dass ihr hier seid. Wir freuen uns über den Besuch und über euer Interesse und hoffen, ihr habt spannende Einblicke in unsere Tätigkeit.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir beraten die Staatsbeiträge an Basel Tourismus. Nach der Kommissionssprecherin geht das Wort an Regierungsrat Kaspar Sutter.



RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Tourismus ist wichtig für unseren Kanton. Es steht uns als weltoffene Stadt und weltoffener Kanton gut an, eine starke Tourismusbranche hier bei uns zu haben. Die Tourismus der Tourismus ist auch eine wichtige Infrastruktur für uns, für unsere Firmen, die darauf angewiesen sind, dass sie für ihre internationalen Mitarbeiter oder auch für Kundinnen und Kunden eine Übernachtungsmöglichkeit finden. Es ist wichtig für uns als Messe- und Kongressstandort, dass diese hier stattfinden können und die Besuchenden einen Übernachtungsplatz haben und einen Ort, wo sie Essen können und einkaufen können. Sie leisten auch einen Beitrag für die Infrastruktur, die auch für unsere Bevölkerung wichtig ist, das Beizengebot oder im Bereich des Detailhandels etwa, aber auch das Transportgewerbe, zum Beispiel die Taxis, sind darauf angewiesen, dass Touristinnen und Touristen hier zu uns nach Basel kommen.

Die Branche leistet auch einen wichtigen Beitrag im Bereich der Arbeitsplätze, insbesondere auch für Arbeitsplätze für Menschen mit einem kleineren Bildungsrucksack. Der Tourismus ist auch geprägt durch viele positive Externalitäten und deshalb ist auch eine staatliche Unterstützung sehr gut, auch aus neoklassischer ökonomischer Sicht begründbar.

Wo steht der Tourismus in Baselstadt heute? Der Tourismus hat eine sehr schwierige Zeit in den vergangenen Jahren aufgrund von Covid. Davor ging es ihm eigentlich sehr gut. 2019 war mit Abstand ein sehr tolles Jahr mit einem Rekord an Übernachtungszahlen. Und dann kam die Covidkrise. Die Branche hat dies gut gemeisselt, sie wurde dabei auch stark unterstützt durch Bund und Kanton. Ich erinnere an die Härtefallgelder in dreistelliger Millionenhöhe, an die Kurzarbeitsgelder, auch an die Bürgschaften und auch an die Sonderzahlungen, die wir geleistet haben an Basel Tourismus in dieser Zeit.

Der Tourismus hat sich nach dieser Covidkrise deutlich besser und rascher erholt, als wir das vorausgeahnt hätten vor zwei Jahren. Wir hatten im vergangenen Jahr, im 2023, 4% mehr Übernachtungen als im Rekordjahr 2019. Das sind sehr positiven Zahl. In der gleichen Zeit ist das Bettenangebot gestiegen, was dazu führt, dass wir trotz höherer Übernachtungszahlen eine tiefere Auslastung haben pro Bett und wir haben auch leicht tiefere Preise pro Übernachtung pro Bett, was eine Herausforderung für die Branche ist.

Ich habe deutlich mehr Schweizer Gäste als im 2019. Wir haben auch mehr Gäste aus Europa und wir haben aber weniger Gäste aus Übersee. Der Geschäftstourismus ist zurückgegangen, der Freizeittourismus gewinnt an Stärke und ist wichtiger für die Auslastung der Betten. Die Anzahl Betten misst sich an den Grossevents wie der Art Basel oder Kongresse, wo wir eher zu wenig Betten haben, und wir haben dann in anderen Perioden ohne Grossanlässe eher zu viele Betten, die dann entsprechend gefüllt werden sollten.

Der Kanton und der Regierungsrat betreiben deshalb eine Tourismusförderung und setzen Steuergelder ein, um den Tourismus zu unterstützen und zu fördern. Gerade gestern haben wir die neue Kongressförderung kommuniziert. Den Rahmen dazu haben Sie gesetzt mit dem Ratschlag zur Innovationsförderung. Da findet quasi eine Verdoppelung statt von 500'000 auf 960'000 Franken pro Jahr, die wir einsetzen für die Förderung der Kongresse. Es hilft dann auch den Hotels und den Beizen, wenn diese Kongresse hier stattfinden und die Teilnehmenden ein Bett brauchen oder essen möchten.

Auch unsere Unterstützung für die MCH, unsere Kapitalerhöhung, ist eine Unterstützung für die Tourismusbranche. Es gibt auch die Gasttaxe. Ich glaube, die sollte man auch erwähnen, weil auch diese ist eine wichtige Ertragsquelle von Basel Tourismus und wenn man sagt, der Betrag ist in den vergangenen Jahren gleich geblieben, dann stimmt das für den Staatsbeitrag, aber das stimmt natürlich deutlich nicht für ihr die Gasttaxe, weil die in den vergangenen Jahren natürlich deutlich angewachsen ist und natürlich das auch mehr Möglichkeiten von Basel Tourismus ermöglicht hat. Wenn es mehr Übernachtung gibt, dann steigt auch weiterhin diese Gasttaxe. Das sind 4 Franken pro Übernachtung, die der Gast zahlt und die dann verwendet werden können.

Die Tourismusförderung, das Marketing, die Werbung von unserem Tourismusstandort, das machen wir nicht selbst, sondern das macht Basel Tourismus und das machen sie sehr gut. Deshalb unterstützen wir sie auch und haben wir eine Leistungsvereinbarung mit Basel Tourismus, damit sie diese Arbeit machen können. Neben den Eigeneträgen, neben den Gasttaxenerträgen, ist der staatliche Beitrag beim Staatsbeitrag ein wichtiger Pfeiler für ihre gute Arbeit. Sie haben ihre Arbeit sehr gut gemacht in der letzten Leistungsperiode während Covid. Da gibt es aus Sicht des Regierungsrats nichts zu kritisieren, sondern zu danken. Gemeinsam haben wir die Willkommenskultur klar gestärkt, weil der Regierung auch klar ist, dass wir eine gute Willkommenskultur brauchen, insbesondere wenn wir auch weiterhin Messestandort und Kongressstandort sein möchten. Da braucht es uns alle und da hat Basel Tourismus unter ihrer Direktorin Letizia Elia einen sehr wichtigen Beitrag und eine wichtige Arbeit geleistet im letzten Jahr, die wir in diesem Jahr weiterführen möchten.

Es ist allen, auch Basel Tourismus, klar, dass der Punkt der Nachhaltigkeit stärker gewichtet werden muss. Es gibt viele Grossveranstalter, die das einfach auch einfordern von den Standorten, und es ist richtig und wichtig, dass hier stärkere Anstrengung unternommen werden. Das möchte Basel Tourismus, das möchten wir als Regierung und da sind wir gemeinsam unterwegs. Der Regierungsrat anerkennt deshalb eine Erhöhung des Staatsbeitrages um 10 %. Das heisst, neben diesen 1,9 Millionen Franken sehen wir einen Mehrbedarf von 200'000 Franken, der gerechtfertigt ist, aufgeteilt in 50'000 Franken, also einen Viertel, für die Willkommenskultur, ein Viertel für die Nachhaltigkeit, ein Viertel für das gemeinsame tolle Projekt des elektronischen Logiermanagements und ein Viertel für die Teuerung, die auch stattgefunden



hat. Ich glaube, da gibt es auch eine grosse Übereinstimmung mit der WAK. Auch hoffe ich, dass die Gasttaxe weiter so hoch bleibt oder noch weiter ansteigt, was weitere Sachen ermöglichen wird.

Wie sollen diese 800'000 Franken finanziert werden? Wir erachten diese Summe als richtig, doch hier scheiden sich die Perspektiven, Interpretationen und Ansprüche. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass von diesen 800'000 Franken 100'000 Franken in den Jahren 2026 und 2027 durch den Kanton finanziert werden sollen und 700'000 Franken aber aus der Reserve genommen werden können. Das ist die Differenz zur WAK, die nur 400'000 Franken aus dieser Reserve aufnehmen möchte.

Wieso kommt der Regierungsrat zu diesem Schluss? Wir sind in der letzten Leistungsperiode für die Jahre 2022 und 2023 davon ausgegangen, dass die Gastzahlen deutlich tiefer sein werden. Das ist zum Glück nicht eingetroffen. Wir haben einen fixen Betrag berechnet bei einer Auslastung, die 45% tiefer ist im 2022. Da war der Zusatzbetrag bei 1,2 Millionen Franken, im 2023 bei 700'000 Franken. Jetzt sehen wir, dass wir sogar höhere Gastzahlen haben als im 2019. Also hätte man keinen Sonderbeitrag sprechen müssen. Wir haben das gemacht, das hat dazu geführt, dass Basel Tourismus mehr Möglichkeiten hatte, das Geld zu verwenden, und es hat auch dazu geführt, dass sie Reserven anhäufen konnten. Wenn man jetzt mit den Gasttaxenzahlen vergleicht, wurden 1,6 Millionen Franken zu viel bezahlt. Der Regierungsrat sagt nun lediglich, dass von diesen 1,6 Millionen 700'000 Franken, also weniger als 50%, verwendet werden sollen für eben diesen Mehrbedarf, den wir für die kommenden vier Jahre sehen, und die restlichen 900'000 Franken sollen bei Basel Tourismus bleiben. Es ist also nicht so, dass wir alles abschöpfen möchten, aber von diesen 1,6 Millionen Franken sollen doch 700'000 Franken verwendet werden für die wichtigen Sachen, die ich vorhin erwähnt habe.

Wir finden es wirklich vertretbar, dass von diesen 1,6 Millionen Franken 700'000 Franken jetzt weiterverwendet werden für diese gemeinsamen Anliegen. Das ist die Differenz zur WAK, die eben nur 400'000 Franken dafür verwenden und 1,2 Millionen bei Basel Tourismus belassen möchte. Es ist keine Einigung zustande gekommen, aber die Zusammenarbeit mit Basel Tourismus ist sehr gut, obwohl wir auch unterschiedliche Interessen vertreten. Basel Tourismus setzt sich natürlich vehement für die Interessen der Tourismusbranche ein, und wir als Regierungsrat setzen uns auch für die Tourismusbranche ein, aber gewichten auch noch die Interessen der Steuerzahlenden als ein wichtiger Punkt. Deshalb kommen wir zu unterschiedlichen Schlüssen. Sie haben jetzt die Möglichkeit, aus diesen unterschiedlichen Positionen diejenige auszuwählen, die Sie als richtig erachten.

Insgesamt beantragt der Regierungsrat Ihnen 7,7 Millionen Franken für die kommenden vier Jahre. Ich möchte an dieser Stelle danken, insbesondere Basel Tourismus und ihrer Direktorin und den Mitarbeitern für die wichtige Arbeit, die sie leisten für unsere Tourismusdestination. Ich möchte der WAK und ihrer Präsidentin danken für die Diskussion und die Auseinandersetzung. Es war nicht ganz so einfach bei diesem Ratschlag, aber ich denke, es ist jetzt gut, wenn wir nun einen Beschluss haben und wissen, was gilt. Und ich danke auch den Mitarbeitenden in meinem Departement, die dieses Dossier betreuen.

Deshalb beantrage ich im Namen des Regierungsrates, in leichter Abweichung zur WAK aber gemäss unserem ursprünglichen Antrag 7,7 Millionen Franken für Basel Tourismus in den nächsten vier Jahren zu bewilligen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich wollte die Kommissionssprecherin und den Regierungsrat nicht unterbrechen, aber es ist mir eindeutig zu unruhig im Saal. Ich bitte Sie, Gespräche draussen zu führen. Wir kommen zu den Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprechern. Hier hat sich als erster Beda Baumgartner für die SP gemeldet.

Beda Baumgartner (SP): Als Vertreter der SP Basel-Stadt möchte ich zuerst einmal einfach auch die wichtige und sehr gute Arbeit von Basel Tourismus während der Pandemie würdigen. Insbesondere die proaktive Reaktion und die Innovationsbereitschaft, die geleistet wurden, verdienen Anerkennung, auch das Personal hat, wie viele Betriebe, einen entscheidenden Beitrag zur Bewältigung dieser Krise geleistet, das vielleicht auch in Richtung Tribüne, wo die Direktorin von Basel Tourismus sitzt.

Der Bericht der WAG verdeutlicht die Herausforderung, denen der Basler Tourismus in den kommenden Jahren gegenüberstehen wird. Besonders hervorzuheben ist dabei der Wandel im Gästemix, der eine Neuausrichtung der Strategie erfordert. Während der Geschäftstourismus, wie wir gehört haben, rückläufig ist, gewinnt der Freizeit- und Kongresstourismus an Bedeutung. Es liegt in unserer Verantwortung sicherzustellen, dass dieser Wandel erfolgreich bewältigt wird, aber, und das ist mir auch wichtig als Vertreter der SP-Fraktion festzuhalten, die Nachhaltigkeit dabei nicht aus den vollen Augen verloren geht.

In Bezug auf die Nachhaltigkeit des Tourismus betonen wir, dass es nicht nur darum geht, mehr Touristinnen und Touristen anzulocken, sondern auch darum, welche Art von Tourismus wir fördern wollen. Wir sind uns in der SP-Fraktion einig, dass ein nachhaltiger Tourismus im Einklang mit den Klimazielen des Kantons stehen muss. Das bedeutet unter anderem auch, dass wir uns bewusst sein müssen, welche Auswirkungen eine verstärkte Anreise per Flugzeug haben kann und wie wir Alternativen fördern können. Wir erkennen auch an, dass die Herausforderungen, mit denen die Tourismusdestination Basel



konfrontiert ist, nicht allein durch statische Interventionen gelöst werden können. Sie können das gerne noch einmal festhalten, das sage ich Ihnen gerne als Vertreter der SP-Fraktion: Die Überkapazitäten, die es teilweise gibt, und die Marktschwierigkeiten von Hotels erfordern eine Zusammenarbeit in der Branche und innovative Lösungsansätze, aber es ist auch nicht unsere Ansicht, dass dies mit einem alleinigen Erhöhen von Beiträgen an Basel Tourismus gelöst werden kann.

Wir sind weiter der Ansicht, dass Basel Tourismus auf die eigenen Reserven bis zu einem gewissen Grad zurückgreifen sollte, um die Mehrkosten für eine neue und wichtige Ausrichtung zu stemmen, und gleichzeitig unterstützen wir die Forderung nach einer angemessenen finanziellen, zusätzlichen Beteiligung des Kantons, insbesondere für die Förderung der Nachhaltigkeit. In Anbetracht dieser Punkte und der Vielschichtigkeit der Herausforderung schlagen wir darum vor, dass die Staatsbeiträge nicht übermässig, aber im letzten Jahr der Staatsbeitragsperiode erhöht werden sollte, wie es der WAK-Kompromiss vorsieht. Wir folgen dem Kompromiss der WAK, weil wir uns sehr intensiv mit diesen verschiedenen Vorstellungen und Verhandlungen auseinandergesetzt haben. Uns ist es wichtig, dass die Gelder, welche der Kanton für die Bewältigung der Coronapandemie, beziehungsweise den Ausfall der Gasttaxe zur Verfügung gestellt hat, auch als faktisch zusätzlich zur Verfügung stehende Mittel zu betrachten sind. Die Erhöhung der Erstattung des Logiermanagements ab 2024 sehen wir aber als sehr zielführend an, weil Basel Tourismus diese Arbeit ja bereits schon leistet, und uns nicht wirklich nachvollziehbar war, warum das erst ab 2026 bezahlt werden soll.

Die Erhöhung am Ende ist aus unserer Sicht vor allem zielführend, weil damit das Reserve-Ziel, das vom Kanton nicht vorgegeben, aber empfohlen wird, so erreicht von Basel Tourismus werden kann. Wir finden es kohärent, wenn Basel Tourismus die Reserven nachher auf dem Level hat, welches der Kanton auch als empfehlenswert ansieht.

Wie wünschen uns weiterhin, dass diese gute Arbeit vorgesetzt wird. Wir wünschen uns aber auch, dass dem Fokus der Nachhaltigkeit noch eine grössere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Es ist für uns von entscheidender Bedeutung, dass Basel Tourismus seine Leistungen aufrechterhält und seine Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung verstärkt. Insgesamt möchte ich auch noch festhalten als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion, dass neben der Frage der Nachhaltigkeit oder der Frage, wie viele Touristinnen und Touristen nach Basel kommen, es auch konkret um eine Branche geht, die niederschwellige Arbeitsplätze zur Verfügung stellt in diesem Kanton. Wir führen immer wieder Diskussionen darüber, inwiefern unser Kanton diversifiziert ist in der Wirtschaftsbranche, inwiefern wir auch Arbeitsplätze in verschiedenen Branchen zur Verfügung haben, und ich glaube, die Tourismusbranche ist in diesem Kontext eine sehr wichtige, und auch aus sozialdemokratischer Perspektive ist es uns wichtig, diese niederschweligen Arbeitsplätze erhalten zu können, sie gut zu bezahlen und dafür ist Basel Tourismus ein wichtiger Puzzleteil.

Ich bitte Sie darum im Namen der SP-Fraktion, dem Bericht der WAK zuzustimmen und ihn so zu überweisen, wie ihn die WAK formuliert hat und nicht im Sinne des Regierungsrates.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die LDP ist Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Kennen Sie den Moment, in dem sie vielleicht zum hundertsten, wenn ich tausendsten Mal über die Mittlere Brücke spazieren und dann beim Käppelijoch trotzdem anhalten müssen, um wieder einmal ein Foto der schönen Basler Skyline zu machen, weil der Rhein einfach heute besonders schön glitzert? Und geniessen Sie es auch, dass man die meisten Distanzen in unserer Stadt in nicht viel mehr als 20 Minuten zu Fuss zurücklegen kann? Und haben Sie sich schon überlegt, dass unsere Brücken nicht nur unsere Stadtteile verbinden, sondern auch unser reichhaltiges Kulturangebot in unmittelbarer Nähe diverser Klein- und Grossanlässe rücken und so Pflicht und Genuss verbinden?

All diese Beispiele sind nicht nur für uns in Basel wohnhafte Personen ausschlaggebend für die gute Lebensqualität. Nein, sie sind auch ein gutes Argument, als auswärtige Person Basel zu besuchen oder bei einem geschäftlichen Besuch ein bisschen Freizeit in Basel anzuhängen. Genau dieses Ziel verfolgt Basel Tourismus und das schon sehr kurz nach der Pandemie wieder mit grossem Erfolg, wie wir dem Votum der Kommissionspräsidentin entnehmen konnten. Zeitgleich mit dem Abklingen der Pandemie hat Basel Tourismus eine neue Direktorin erhalten. Auch das hat Basel Tourismus nach einer schwierigen Zeit für diese Branche und alle zugehörigen Industrien ein gewisses Momentum und frischen Schwung verliehen. Mit der Kampagne «I'm part of it» konnte rund um die vergangene Art Basel auch die Willkommenskultur verstärkt und bewusst gelebt werden. Diese wurde rasch und agil konzipiert und umgesetzt, ein Vorgehen, das so nicht selbstverständlich aber sehr begrüssenswert ist.

Basel Tourismus Möglichkeiten, so dynamisch und bei Bedarf kurzfristig handeln zu können, kommt Basel-Stadt in vielerlei Hinsicht sehr zugute. Basel Tourismus bearbeitet nach der Veränderung im Messemarkt ganz gezielt neue Gästesegmente. Die Ausrichtung auf diese Segmente braucht frische Aufmerksamkeit und zumindest in der Phase der Neuausrichtung auch ausreichende und flexibel einsetzbare Mittel. Dann auch technische und nachhaltige Bestreben werden verfolgt. Diese stehen im Einklang mit den regierungsrätlichen Legislaturzielen und auch mit unserer klimapolitischen Ausrichtung. Beide Bestreben benötigen ausreichende finanzielle Mittel.



Die LDP-Vertretung in der WAK war irritiert über die im vorliegenden Bericht genannten Missverständnisse zwischen WSU und Basel Tourismus rund um die Auswirkung der zuletzt gesprochenen Gelder auf die Finanzreserven. Grund war der Ersatz der Pandemie bedingt stark reduzierten Gasttaxeneinnahmen. Die Berechnungsart und entsprechende argumentative Ableitungen der beiden Parteien wichen trotz Verhandlungsgesprächen immer noch ab. Beim Sprechen der Gelder war kein Szenario für die rasche Erholung des Tourismus vorgesehen. Beides wirkt trotz der durch den Regierungsrat genannten Zufriedenheit mit der Arbeit von Basel Tourismus verwunderlich und auch nicht ganz nachvollziehbar.

Zum Votum von Kaspar Sutter: Auch der LDP ist der vernünftige und sorgfältige Umgang mit Steuergeldern sehr wichtig. Allerdings ist uns aber auch wichtig, dass durch einen Vorschlag des Regierungsrats nicht dessen eigene Empfehlung an die Reservenhöhe untergraben wird. Die WAK hat die Entwicklung genau dieser Finanzreserven über die Staatsbeitragsperiode genau analysiert und einen sehr sinnvollen Kompromiss erarbeitet. Diesen unterstützen wir Liberaldemokratinnen und -demokraten sehr. Somit müssen die Reserven von Basel Tourismus bis dahin angezapft werden, dass sie unter das vom Kanton gewünschte Niveau fallen würden. Ein Kompromiss, der sich auf die Anforderungen des Kantons stützt und den aktuellen Finanzstand sowie die bestehenden Aktivitätskosten von Basel Tourismus mit einbezieht. Ebenso sehen wir es auch als sinnvoll, dass der Beitrag zum ELM bereits per dieses Jahr gesprochen wird, damit der Ausbau in Richtung Logiernächteprognose zeitig vorangetrieben werden kann. Auch dies ist Teil des Kompromissvorschlags der WAK.

Dennoch ist es uns von der LDP wichtig, dass Basel Tourismus gerade im Bereich Nachhaltigkeit weiterhin sehr sorgfältig abwägt, welche Aufgaben bereits durch Branchenverbände und kantonale Anlaufstellen wahrgenommen werden, um Doppelspurigkeiten und Ineffizienzen zu vermeiden. Basel Tourismus soll dort Partner zusammenführen und Zusammenarbeiten ermöglichen, wo dies im Tourismusumfeld schwierig oder träge vorangeht. Dass die WAK im Kompromissvorschlag auch rund um die Nachhaltigkeit auf eine Zweckbindung der Mittel verzichtet, begrüßen wir von der LDP sehr, einerseits weil dies unserer liberalen Gesinnung entspricht und andererseits, da so die eingangs genannte Agilität weiterhin maximal ermöglicht wird. Wir sehen das als Erfolgsfaktor für eine dynamische Unternehmung wie Basel Tourismus eine ist. Die Institution erfüllt einen breit gefächerten Auftrag des Kantons, der ebenso vielseitige und flexible Handlungsmöglichkeiten erfordert, die eine eng gefasste Zweckbindung verhindern würde.

Aus den genannten Gründen bitten wir Sie, dem Kompromissvorschlag der WAK zu folgen und den Antrag des Regierungsrats, am Ratschlag festzuhalten, abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für das GAB ist Jérôme Thiriet.

Jérôme Thiriet (GAB): Meine Vorredner und Vorrednerinnen haben es bereits gesagt. Ich glaube, es ist unbestritten, dass Basel Tourismus eine sehr gute Arbeit geleistet hat, vor allem auch die Herausforderungen, die während der Pandemie und nach der Pandemie auf sie zugekommen sind, sehr sehr gut gemeistert hat, auch proaktiv unternehmerisch gehandelt hat und die nötigen Schritte eingeleitet hat, um Basel Tourismus mittel- bis langfristig auf gute Beine zu stellen.

In der Kommissionsberatung zu diesem Geschäftes wurde dann schnell klar, dass es gewisse Missverständnisse gegeben hat über die Auffassung, wie mit den zusätzlichen Beiträgen, die während der Pandemie gesprochen worden sind, umgegangen werden sollte. Die Beträge sind von Basel Tourismus zu Recht eingesetzt worden, um die Herausforderungen während der Pandemie bewältigen, zu können, aber auch um vorzudenken. Ich habe ein gewisses Verständnis dafür, dass man bei Basel Tourismus davon ausgegangen ist, dass die Beiträge auch unabhängig von irgendwelchen Einschränkungen, die da gemacht worden sind und eben in der Vereinbarung nicht gestanden sind, verbucht worden sind. Da gab es einige Herausforderungen respektive unterschiedliche Auffassungen, wie hoch diese Reserven sein müssen, die man bilden sollte, und so ist es zu einem Missverständnis gekommen, zu einer schlechten Ausgangslage bei der Verhandlung der weiteren Staatsbeiträge. Wir wünschten uns vom GAB, dass die die Kommunikation zwischen Basel Tourismus und Regierungsrat vielleicht ein bisschen besser gelaufen wäre oder konkreter abgemacht worden wäre, wofür die zusätzlichen Beiträge während der Pandemie eingesetzt werden dürfen und wofür nicht.

Wir haben den Kompromiss der WAK unterstützt, vor allem auch weil wir es wichtig finden, dass die zusätzliche Vollzeitstelle im Bereich nachhaltige Entwicklung weiterhin finanziert werden kann. Es sind keine Bedingungen daran geknüpft worden im Bereich Nachhaltigkeit, aber wir wollen noch einmal mit Nachdruck Basel Tourismus nahelegen, dass das zusätzliche Geld auch oder hauptsächlich dieser nachhaltigen Entwicklung gewidmet wird und dort eingesetzt wird. Wir haben in der Kommissionsberatung auch darauf hingewiesen, dass wir es fragwürdig finden, wenn wir für einen Weihnachtsmarkt Charterflüge von ganz Europa hierher setzen, sondern dass man eher schauen sollte, dass die Gäste mit dem ÖV anreisen oder dass der mit vernünftigen Anreisewegen verbundene Markt in der Schweiz mehr bearbeitet wird. Überhaupt sollten die Bemühungen im Bereich Nachhaltigkeit mehr Gewicht finden.

Zusätzlich finden wir es auch vernünftig, dass das elektronische Logiernächtemeldesystem, das Basel Tourismus jetzt schon aus eigenen Mitteln finanziert, früher mitfinanziert wird. Entsprechend stehen wir auch dahinter, dass die Gelder früher ausbezahlt werden.



Alles in allem steht das grünalternative Bündnis hinter dem Kompromiss der WAK und bittet Sie, diesem zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Wir sind uns alle einig, Basel Tourismus funktioniert bestens. Es ist vermutlich eine der bestgeführten und erfolgreichsten privaten Organisationen mit öffentlichem Leistungsauftrag. Neudeutsch, the Bank for the Back funktioniert. Die Wirkung des eingesetzten Geldes ist hervorragend. Seit vielen Jahren hat diese Institution nun keine Erhöhung der Staatsbeiträge erfahren und das darf man nicht mit der Gasttaxe vertauschen. Ja, die Gasttaxe hat selbstverständlich linear mit den Logiernächten zugenommen, aber die Gasttaxe ist zweckgebunden. Mit dem Geld der Gasttaxe machen wir den Aufenthalt für die, die schon hier sind, besser und angenehmer, mit dem übrigen Budget und den Staatsbeiträgen holen wir die Leute erst hierher. Gleichzeitig haben die Logiernächte in all den Jahren, und damit die Wertschöpfung, die Beschäftigung insbesondere auch bei niederschweligen Berufen und nicht zuletzt auch die Steuereinnahmen für unseren Kanton stetig zugenommen. Trotz dem erwähnten Strukturwandel (Thema Geschäftsreisen) konnte sich die Branche nach den Covid-Jahren erstaunlich schnell erholen und dies ist nicht zuletzt eben gerade Basel Tourismus zu verdanken.

Sie haben es gehört, aufgrund von Teuerung, Fokusänderung (Thema Nachhaltigkeit), Zusatzaufgaben (Thema Logiernächtenmanagement) hat die Organisation den Antrag gestellt, insgesamt über vier Jahre 1,6 Millionen Franken mehr zu bekommen. Das wurde später daran reduziert auf 800'000 Franken. Die Regierung hat 100'000 geboten und die Wachs schlägt Ihnen nun 400'000 vor. Wir betrachten das von der SVP als das absolute Minimum.

Ein paar Worte zur Finanzlogik der Regierung betreffend der bereits getätigten Leistungen des Staates: Diese Finanzakrobatik können wir weder mathematisch noch materiell nachvollziehen. Ganz einfach formuliert bestraft man hier einen Verein dafür, dass er in den letzten Jahren vorsichtig war, und man bestraft ihn für seinen Erfolg. Gleichzeitig hat Regierungsrat Kaspar Sutter die zweckgebundenen Mittel der Gasttaxe beziehungsweise der Ersatzzahlung für die Gasttaxe vermischt mit den frei verfügbaren Mitteln fürs Marketing. Unter Berücksichtigung der von Basel Tourismus wie selbstverständlich auf eigene Kosten getätigten Leistungen zur Willkommenskultur im Rahmen der letztjährigen Art Basel im Umfang von 250'000 Franken ist der Vorschlag der WAK wirklich das absolute Minimum. Wir haben in der letzten Debatte gleich vorhin zur Bedeutung des Standortwettbewerbs geredet, insbesondere für unsere Wirtschaft und damit für unseren Wohlstand. Der Kongressstandort Basel ist dabei von nicht zu unterschätzender Bedeutung und wir haben es gehört, die Hotelkapazität ist für den Erfolg des Kongressstandortes wesentlich. Und gerade da sind wir davon abhängig, dass die Hotels auch dann gefüllt werden, wenn keine Kongresse hier sind und wer ist es dafür zuständig? Basel Tourismus.

Die Willkommenskultur hat einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass die Art Basel am Standort Basel stabilisiert werden konnte. Davon profitieren nicht nur unser Gewerbe, insbesondere unser Gastgewerbe und die Tourismusbranche, sondern es profitiert ganz zentral die MCH Group mit dem Hauptaktionär Kanton Basel-Stadt.

Aufgrund dieser Argumente und der Leistungen, die Basel Tourismus als zentrale Funktion für unseren Kanton gebracht hat, betrachten wir den Antrag der Regierung schlicht als knausrig und den WAK-Antrag als das absolute Minimum. In diesem Sinne stimmt die SVP diesem Antrag zu und dankt Ihnen, wenn Sie das auch so tun.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegt ein Ordnungsantrag vor von Eric Weber, der beantragt, dass wir dieses Geschäft fertig beraten. Ich schlage Ihnen vor, dass wir hier abrechnen und um 15 Uhr mit der Beratung dieses Geschäfts fortfahren. Ja heisst Zustimmung zum Ordnungsantrag Weber und Fortführung der Sitzung, Nein heisst Abbruch der Sitzung. Die Abstimmung startet jetzt.

Abstimmung

Ordnungsantrag

JA heisst Traktandum fertig beraten, NEIN heisst Sitzung abrechnen.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 72 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002996, 06.03.24 12:02:05]

Der Grosse Rat beschliesst



Die Sitzung zu unterbrechen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich entschieden abzubrechen und um 15 Uhr fortzufahren. Ich habe mir die eingetragenen Voten notiert und wünsche Ihnen einen schönen Mittag.

Schluss der 5. Sitzung

12:02 Uhr



Protokoll

der 6. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 6. März 2024, um 15:00 Uhr

Vorsitz: *Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung
Abwesende: *Alexandra Dill (SP), Lea Wirz (GAB), Christine Keller (SP), Daniel Seiler (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

12.	Erneuerung des Staatsbeitrags an Basel Tourismus für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der WAK	2
17.	Neue Interpellationen.....	5
17.1.	Interpellation Nr. 15 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Aufhebung des Jahreskartenverbunds für das unterirdische Immobilien Basel-Stadt/SBB Veloparking.....	5
17.2.	Interpellation Nr. 16 Fleur Weibel betreffend Ankündigung von Sicherheitspersonal an zwei Kleinbasler Schulen.....	6
17.3.	Interpellation Nr. 17 Raoul I. Furlano betreffend Auftragserteilung des BVD an eine Agentur für die Kommunikation über die Planung des «Tramnetz 2030»	7
17.4.	Interpellation Nr. 18 David Jenny betreffend steuerliche Attraktivität des Stiftungsstandort Basel-Stadt: Wie wird auf die Zürcher Konkurrenz reagiert?	8
17.5.	Interpellation Nr. 19 Michela Seggiani betreffend Rheinuferweg auf Grossbasler Seite	8
17.6.	Interpellation Nr. 20 Eric Weber betreffend Zunahme der Notrufe.....	9
17.7.	Interpellation Nr. 21 Adrian Iselin betreffend «Fasnachts Drämmli».....	9
17.8.	Interpellation Nr. 22 René Brigger betreffend fehlende Publikumsnutzung im Claratum	10
17.9.	Interpellation Nr. 23 Joël Thüring betreffend ein schockierender antisemitischer Vorfall bei der Basler Synagoge.....	10
17.10.	Interpellation Nr. 24 Béla Bartha betreffend Budget betreffend Budget für Lehrmittel an den Schulen Basel-Stadt	12
17.12.	Interpellation Nr. 25 Michael Hug betreffend ist der Regierungsrat nicht interessiert an der Erhöhung der Stromproduktion in Basel?.....	13
17.12.	Interpellation Nr. 26 Anina Ineichen betreffend Velounfälle am Burgfelderplatz – Folgen und Learnings..	13
14.	Petition P467 "Einführung eines obligatorischen Workshops zum Thema Umwelt und Nachhaltigkeit an den Sekundarschulen der Stadt Basel", Bericht der PetKo	13
15.	Petition P468 "Einführung von umfassender Aufklärung und Prävention gegen Allgemeine und sexuelle Belästigung in schulischen Bildungsprogrammen", Bericht der PetKo	17
16.	Petition P470 "Umnutzung leere Bürogebäude zu Wohnraum", Bericht der PetKo.....	19
18.	Motion 1 Franz-Xaver Leohnhardt für einen Neuanfang beim Areal Horburg.....	22
19.	Motion 2 Michael Hug und Konsorten betreffend mehr Transparenz bei projektbezogenen Beschäftigungsverhältnissen im Kanton Basel-Stadt.....	27
20.	Motion 3 Joël Thüring betreffend bequem durch die Innenstadt mit einem Trammersatz – damit betagte und mobilitätseingeschränkte Personen und das Gewerbe nicht vergessen gehen.....	30
21.	Anzug 1 Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Wiederaufnahme regelmässiger Wochenendfahrgelegenheiten des Rufbus auf dem Friedhof Hörnli	32
22.	Anzug 2 Eric Weber betreffend Hochgewichtige Menschen beim Kanton Basel-Stadt fördern.....	33



Beginn der 6. Sitzung

Mittwoch, 6. März 2024, 15:00 Uhr

12. Erneuerung des Staatsbeitrags an Basel Tourismus für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der WAK

[06.03.24 15:00:13, 23.0940.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung und habe Ihnen vorerst eine Mitteilung zu machen. Es geht um die Basler Geschichtstage. Das Rathaus ist Teil der Basler Geschichtstage, die nächste Woche stattfinden, im Programm finden Sie auch Führungen im Rathaus mit Eva Gschwind, André Salvisberg oder Jo Vergeat und Sie finden auch ein Programm auf Ihrem Platz.

Wir setzen die Beratung zu Traktandum 12 fort ‚Erneuerung des Staatsbeitrags an Basel Tourismus. Wir sind bei den Fraktionsvoten stehengeblieben. Nächster Fraktionssprecher ist Niggi Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Es wurde am Vormittag schon viel zu den Inhalten von Ratschlag und Bericht berichtet. Mein Votum ist eine kurze Zusammenfassung dessen, was vielleicht noch übrig bleibt. Es wurde berichtet über die verschiedenen Tätigkeiten von Basel Tourismus, über die gute Arbeit usw. Ich denke, Basel hatte allgemein aber besonders touristisch in den vergangenen Jahren mit zahlreichen Herausforderungen zu tun, der Wegfall von bedeutenden Messen aber auch die Pandemie hatte Folgen für die Besucherzahlen. Umso erfreulicher ist, dass sich nach einer zweijährigen kritischen Phase die Besucherzahlen derart erholen, dass sie sich beinahe wieder auf dem Niveau vor der Pandemie bewegen. Dies ist im touristischen Bereich hauptsächlich der engagierten Arbeit von Basel Tourismus zu verdanken. Es ist eine Freude zu sehen, dass sich auswärtige Gäste für unsere Stadt, deren Leben und Sehenswürdigkeiten interessieren. Gerade auch wir beim Zutritt zum Rathaus treffen ja immer wieder begeisterte Besucher an, und ich habe das Gefühl, es werden immer mehr, die Selfies und Filme machen und Basel in die Welt tragen.

Es ist richtig, dass der Kanton Basel Tourismus für die Sicherstellung ihrer Arbeit finanziell unterstützt, dies insbesondere auch, da die Arbeit von Basel Tourismus aus den Leistungsdaten, in den Berichten ist das ersichtlich, eine wichtige und sinnvolle und volkswirtschaftlich nicht unrelevante Auswirkungen auf unsere Stadt, insbesondere für das Gewerbe und die Einwohner:innen, aber auch für die Region hat. Auch in Bezug auf den Klimaschutz ist Basel Tourismus präsent und will mit der Nachhaltigkeitsstrategie bis 2030 erreichen, dass der Tourismus in Basel und seiner Umgebung einen maximal positiven Einfluss auf die lokale und globale nachhaltige Entwicklung hat.

Basel Tourismus beantragt rund 300'000 Franken mehr als vom Regierungsrat vorgeschlagen, dies hauptsächlich aus dem Grund, die unternehmerisch dringend notwendigen Reserven nicht auf ein risikoreiches Niveau abzubauen. Die Antragstellenden haben zu ihrem ursprünglichen Antrag, welcher höher gewesen wäre, während des Verhandlungsprozesses einem Kompromissvorschlag zugestimmt.

Gemäss WAK-Bericht soll eine Erhöhung bereits ab 2024 für das elektronische Logiernächtemanagement gewährt werden und bereits, entgegen dem Ratschlag, auf 2027 soll der Beitrag aufgrund der vorgelegten Finanzplanung so erhöht werden, dass die Reserven nicht angetastet werden müssen. Dies ist plausibel und macht durchaus Sinn. Aus diesem Grund und damit Basel Tourismus weiterhin innovativ und engagiert sichtbar und sehr gute Arbeit leisten kann, bitte ich Sie, den Bericht der WAK zu genehmigen und deren Antrag zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich betreibe als Grossrat Spasspolitik und habe Spass daran. Es geht um Basel Tourismus. Es geht um Basel. Basel heisst auf Deutsch übersetzt Schweinesuhle. Ich habe das den Briefkastenonkel von der Basler Zeitung, Herrn Forster, gefragt und zwar 1981, als ich Gymnasiast war. Darum hätten wir mehr Touristen, wenn wir den Namen ändern würden. Das wäre auch besser für Basel Tourismus.

Sie erinnern sich an meinen legitimen Anzug, den ich gestellt habe. Ich habe beantragt, Basel umtaufen.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber, bitte sprechen Sie zu Basel Tourismus.

Eric Weber (Fraktionslos): Genau, aber ich würde sagen, wenn Basel umgetauft würde in Eric Weber-Stadt, hätten wir mehr Touristen.

Ich bin der einzige Gegenkandidat vom Conradin Cramer, und wenn ich Präsident bin, werde ich für Basel Tourismus viel machen. Ich habe alles gehört, was meine Vorredner gesagt haben, darum darf ich auch zum Thema Basel Tourismus reden. Als Journalist habe ich 2011 eine Einladung bekommen von Basel Tourismus. Ich habe von Basel Tourismus Essensgutscheine bekommen, ich habe Hotelübernachtung bekommen in Baselland, und darum sage ich auch vielen Dank an Basel Tourismus für die Einladung an mich als Journalist für Zeitungen aus Deutschland. Ich möchte mich auch bei Basel Tourismus bedanken, Basel Tourismus versendet seit 30 Jahren auf meinen Wunsch hin Geschenkpakete über Basel, mit schönen Heften über Basel, Stadtplänen, Broschüren, und Basel Tourismus versendet das weltweit, auch nach Russland, auch nach Brasilien, auch wenn das Porto 20 Franken kostet. Das finde ich eine tolle Leistung von Basel Tourismus.

Schweiz Tourismus verschickt nichts mehr per Post, weil es einfach zu teuer ist. Und da habe ich mich beschwert. Es sei alles online, aber ältere Leute wollen nicht online gehen, und darum danke ich Basel Tourismus, dass Basel Tourismus weltweit gratis Prospekte verschickt auf Deutsch, Ukrainisch, Russisch, Französisch, Italienisch und Spanisch, die Broschüre mit schönen Bildern über Basel. Ich bitte, die Bilder von Basel Tourismus einzublenden. Diese schönen Basel Tourismus-Karten kann man kaufen, aber das Problem ist, die wunderschönen Motive, die Sie hier sehen, sind in den Basel-Prospekten von Basel Tourismus nicht vorhanden, die schönen Motive vom Münster, mit dem Rhein, Möwen am Kleinbasler Ufer, kann man in den Broschüren von Basel Tourismus nicht sehen, und das finde ich schade.

Ich habe Basel Tourismus gelobt, aber ich muss natürlich auch als Grossrat die schlechten Sachen sagen. Wenn man beim Bahnhof SBB ankommt, muss man sagen, ist es traurig, was man dort sieht. In Russland und in anderen Ländern, etwa den Emiraten, wird alles weggeräumt, das nicht arbeitet. Und ich bin traurig als Grossrat darüber, was man sieht, wenn man als Tourist hier in Basel SBB ankommt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber, bitte sprechen Sie zur Sache. Ich muss Sie warnen, solche Aussagen gehen zu weit.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber die Basler Zeitung thematisiert täglich, was vor dem Bahnhof ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ihre Redezeit ist um. Nächster Einzelsprecher ist Franz-Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Herzlichen Dank für diese sehr wohlwollenden Voten am späten Vormittag. Das hat mir gut getan. Unsere Branche hat es nötig. Für uns Hoteliers, und ich bin einer davon, ist die Situation nicht so rosig, wie es scheint. Natürlich sind die Übernachtungszahlen in Basel wieder über dem Niveau von 2019, aber wir haben gleichzeitig viel mehr Hotelbetten und unsere Auslastung ist im Moment sehr schlecht. Wenn sie sehr schlecht sind, sind die Preise tief. Wir kämpfen und wir kämpfen auch um die Arbeitsplätze. Bada Baumgartner hat natürlich recht, wir bieten sehr viel von den niederschweligen Einstiegsmöglichkeiten in der Stadt an.

Ich danke auch explizit Lorenz Amiet für das Votum. Er hat gesagt, es sei das Minimum. Er hätte mehr erwartet von der Regierung, aber wir sind mit diesem Minimum jetzt zufrieden und danken der WAK, dass sie hier einen Kompromiss geschmiedet hat.

Ich möchte einfach noch auf etwas hinweisen. Wenn es unserer Branche gut geht, wenn die Touristen in der Stadt sind, geht es noch viele anderen Branchen sehr gut. Ich habe um die Weihnachtszeit mit einer Verkäuferin von einem Schuhladen in der Gerbergasse gesprochen und sie hat gesagt, sie hätte noch nie so viele spontane Einkäufe gab wie dieses Jahr. Das ist eine Folge von unserem tollen Weihnachtsmarkt, der europaweit Ausstrahlungskraft hat. Also auch die Detailhändler in der Innerstadt, die Gastronomie profitieren, wenn wir eine attraktive Destination.

Und ich kann Ihnen sagen, Tourismus ist auch eine Wirkung von aussen und hier erwarte ich oder würde ich mir wünschen, dass wir als Parlamentarier und wir als Bevölkerung guter Gastgeber sein werden, auch wenn die Art wieder zu uns kommt. Hier haben wir Potenzial, noch besser zu werden. Bei uns ist das Beruf. Wir machen es mit Herzblut und wir laden Sie ein, auch Gastgeber zu sein für unsere tolle Stadt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für ein zweites Votum hat sich Eric Weber eingetragen.



Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin wahrscheinlich der einzige Grossrat, der schon ein paar Mal im Hotel meines Vorredners übernachtet hat, im Hotel Kraft.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Was haben Sie zum aktuellen Geschäft zu sagen?

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin seit 40 Jahre Grossrat. Ich möchte auf meinen Vorredner Bezug nehmen. Mein Vorredner hat sich beschwert, sachlich und elegant. Wir müssen genau zuhören. Mein Vorredner hat sich beschwert über die schlechte Auslastung der Hotels in Basel. Das muss ich noch einmal festhalten. Ich weiss jetzt nicht, ob er sein Hotel genannt hat oder andere, aber der Vorredner hat gesagt, die Auslastung in den Hotels in Basel sei schlecht. Warum ist die Auslastung schlecht? Weil die Preise zu hoch sind. Die Leute gehen nach Lörrach, nach Haltingen, Weil am Rhein. Sie gehen nach Saint Louis oder nach Colmar, weil es dort nicht so teuer ist. Wenn man dann halt so hohe Preise hat, dann tut es halt den Touristen einfach weh und man weicht aus bis an den Bodensee.

Und weil die Preise so teuer sind, ist die Auslastung schlecht und verlagert sich nach Frankreich und nach Deutschland und in den Kanton Baselland, wo es nicht so teuer ist. Selbst ich habe von Basel Tourismus das Hotel in Muttenz bekommen, weil Basel scheinbar zu teuer ist. Und dann habe ich natürlich auch gestaunt, dass ich als Journalist aus Deutschland eingeladen bin von Basel Tourismus und im Hotel in Muttenz bin. Und das muss man einfach einmal ganz klar festhalten. In der Basler Zeitung steht seit 30 Jahren, dass die Preise während den Messen zu teuer sind und dass das die Leute verärgert.

Ich bin halt in der Stadt unterwegs. Sie wissen, seit gestern ist das Hotel Merian wieder offen. Ich bin erschrocken, keine Persönlichkeit, kein Herz ist in diesem Hotel. Es gibt ein Self-Check-in, das keiner versteht, und dann kommen die Leute natürlich auch nicht. Ein Gast möchte an der Rezeption reden, möchte sagen, dass er eine lange Anreise gehabt habe.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 13 des Berichts)

Titel und Ingress, einziger Absatz.

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er beantragt Ausgaben von 7,7 Millionen statt 8 Millionen. Ich eröffne hierzu die Debatte. Zuerst geht das Wort an den Antragsteller. Er verzichtet. Die Kommissionssprecherin verzichtet ebenfalls. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

0 Ja, 88 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003000, 06.03.24 15:17:49]

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Änderungsantrag abgelehnt mit 88 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.

Wir führen die Detailberatung weiter.

Publikations und Referendums Klausel

Wir kommen bereits zur Schlussabstimmung.



Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003002, 06.03.24 15:18:35]

Der Grosse Rat beschliesst

Für Basel Tourismus werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 8'000'000 (2024: Fr. 1'950'000, 2025: Fr. 1'950'000, 2026: Fr. 1'950'000, 2027: Fr. 2'150'000) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 90 Ja-Stimmen, keiner Gegenstimme und keiner Enthaltung.

17. Neue Interpellationen

[06.03.24 15:18:59]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Das ist nicht der Fall. Damit hat Regierungsrätin Tanja Soland das Wort.

17.1. Interpellation Nr. 15 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Aufhebung des Jahreskartenverbands für das unterirdische Immobilien Basel-Stadt/SBB Veloparking

[06.03.24 15:19:25, 24.5057.01]

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Zu den Fragen 1,2 und 3: Die Kurzparktickets und Monatsparkkarten sind bereits nur für ein Park-Abteil gültig. Auf Vorschlag von SBB Immobilien wurde nun auch der Verbund der Jahresparkkarten aufgelöst, einerseits weil die Einnahmen bisher nicht eindeutig zugeordnet werden konnten, andererseits war es mit der Verbundlösung nicht möglich, die Anzahl der Jahresparkkarten pro Parkabteil zu beschränken. Da die Jahreskarten so günstig sind, verkaufen sowohl der Kanton als auch SBB Immobilien nur eine begrenzte Menge davon, damit es jeweils genügend freie Stellplätzen für Kurzparkende gibt. Da die Kundinnen und Kunden mit den Jahresparkkarten aber auch im jeweils anderen Parkabteil parken konnten, waren die geparkten Velos häufig nicht ausgeglichen verteilt. Eines der Parkabteile war stark überfüllt, während es im anderen noch viele freie Plätze gab.

Hinzu kommt, dass die Kundinnen und Kunden in der Regel immer im selben Parkabteil parken und dieses nicht täglich wechseln. Deshalb wurde der Jahreskartenverbund kaum genutzt. Im Anschluss an die Auflösung gab es vereinzelt Rückmeldungen von Kundinnen und Kunden, welche das Parkabteil wechseln wollten. Mit allen Betroffenen wurde eine Lösung gefunden und Sie bekamen auf Wunsch umgehend eine Parkkarte für das jeweils andere Parkabteil. Aus all diesen Gründen wird eine Wiederaufnahme des Jahreskartenverbands nicht als notwendige erachtet.

Zu Frage 4: Es handelt sich um einen bedauerlichen Fehler. Das Schreiben hätte so nicht aufgehängt werden dürfen. Zukünftig werden die Kommunikationsmittel vor ihrer Veröffentlichung enger von der zuständigen Stelle überprüft.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.



Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich bin selbstverständlich nicht glücklich über die Beantwortung dieser Interpellation. Es ist möglich, dass es für die Verwaltung einfacher ist, wenn man diese beiden praktisch nebeneinanderliegenden Veloparkings unten am Bahnhof getrennt führt. Ich benutze sie relativ oft, für mich ist als Kunde aber ist das eine klare Verschlechterung des bisherigen Zustandes und ich sehe nicht ein, weshalb man hier nicht kundenfreundlicher ist, nur damit es möglicherweise für den Betrieb einfacher ist. Dass das eine etwas besser gefüllt ist als das andere hat wohl auch mit der Bedienerfreundlichkeit zu tun. Das eine ist halt einfach viel einfacher zu handhaben als das andere. Also geht man wenn immer möglich in das eine, wenn da freie Plätze sind. Aber insgesamt hat das bestens funktioniert und es ist kein Grund ersichtlich, weshalb man das ändern sollte und weshalb man das nicht in Zukunft wieder zusammenführen soll.

Offenbar hatte das auch einen Zusammenhang mit dem Wechsel der Betreibergesellschaft. Das ist eher zufällig gleichzeitig geschehen, aber da werden offenbar schlechtere Bedingungen für die Mitarbeitenden gemacht. Das ist zufälliges zeitliches Zusammentreffen, aber es scheint, dass hier etwas sehr hemdsärmelig und rasch gemacht worden ist. Auf dem Bild sehen Sie, wie das den Kundinnen und Kunden kommuniziert wurde. Ich bin mit dem Velo dorthin gefahren und das war dann der Aushang. Das kann doch so nicht gehen.

Ich bin unglücklich darüber, wie das gemacht worden ist, und würde es sehr begrüssen, wenn das wieder zusammengeführt würde. Ich bin aber froh zu hören, dass das Departement die Kommunikation selber an die Hand nimmt künftig und dass man das nicht so hemdsärmelig macht.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist somit erledigt.

17.2. Interpellation Nr. 16 Fleur Weibel betreffend Ankündigung von Sicherheitspersonal an zwei Kleinbasler Schulen

[06.03.24 15:25:04, 24.5071.01]

Fleur Weibel (GAB): Ich möchte kurz begründen, warum ich die Interpellation zur Ankündigung von Sicherheitspersonal an zwei Kleinbasler Schulen eingereicht habe. Ende Januar hat Sicherheitsdirektorin Stephanie Eymann neben anderen Massnahmen zur Drogenproblematik im Kleinbasel auch verkündet, dass neu zwei Schulen im Kleinbasel von Sicherheitspersonal bewacht werden sollen, dies als Reaktion darauf, dass Schüler:innen teilweise auf Schultoiletten von Dealern angesprochen wurden und dass es ausserdem auch zu Fällen von sexueller Belästigung gekommen ist, was natürlich sehr besorgniserregende Darstellungen sind, die auch zu einem grossen Medienecho geführt haben.

Was aus meiner Sicht fehlt, um diese Massnahme einordnen zu können, ist eine sachliche und faktenbasierte Darlegung der effektiven Vorfälle, auf deren Grundlage diese aussergewöhnliche Sicherheitsmassnahme beschlossen worden. Eine Interpellation, die im letzten Monat von Beda Baumgartner eingereicht wurde, wurde nicht wirklich beantwortet und ich reiche jetzt deshalb diese Interpellation nach, um noch einmal ein bisschen Transparenz in die Sache bekommen zu können, um besser abschätzen zu können, ob diese Massnahme der Bewachung von zwei öffentlichen Schulhäusern gerechtfertigt ist.

Der Hintergrund ist auch, dass ich aus dem Umfeld der Schulen einerseits gehört habe, dass sich Lehrpersonen zum Teil nicht bewusst sind, um was für eine Situation es sich handelt und ich andererseits auch Kritik vernommen habe auch von Seiten von betroffenen Elternräten, die diese Massnahme der Bewachung der Schulen als nicht unbedingt geeignet angesehen haben, weil es gleichzeitig ja auch das Unsicherheitsgefühl stärken kann.

Meine Fragen sind deshalb einerseits, was die konkrete Faktenlage ist, auf der diese Massnahme beschlossen wurde. Gerade bezüglich der Vorfälle von sexueller Belästigung würde es mich interessieren, ob es zu Anzeigen gekommen ist, wer diese Fälle gemeldet hat, von wie vielen Fällen wir sprechen, das gleiche auch bezüglich dem Dealen auf den Schultoiletten, auch da würde mich interessieren, ob Anzeigen eingereicht wurden, um was für Drogen es sich handelt, wie häufig diese Fälle vorgekommen sind, ob beide Schulhäuser gleich betroffen sind, ob es auch andere Schulhäuser gibt, in denen solche Vorfälle geschehen sind.

Dann würde mich vor allem auch interessieren, was das Erziehungsdepartement zur Bewachung der öffentlichen Schulen sagt, inwiefern das Erziehungsdepartement auch beteiligt war. Und schlussendlich nimmt es mich auch wunder, ob bereits bekannt ist, ab wann, in welchem Umfang, durch wen und für wie lange die beiden Schulhäuser bewacht werden sollen. Mich würde auch interessieren, was das Ziel der Massnahme letztlich ist und wann das Ziel erreicht ist, so dass dann auch mit der Bewachung wieder aufgehört werden kann. Ich bin sehr gespannt auf die Antwort der Regierung auf meine Interpellation.



17.3. Interpellation Nr. 17 Raoul I. Furlano betreffend Auftragserteilung des BVD an eine Agentur für die Kommunikation über die Planung des «Tramnetz 2030»

[06.03.24 15:29:00, 24.5072.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Das Informationsgesetz verpflichtet die kantonale Verwaltung, die Öffentlichkeit über Angelegenheiten von allgemeinem Interesse zu informieren. Die Tramnetzentwicklung betrifft und interessiert die Bevölkerung in hohem Masse. Es geht bei dem Auftrag darum, der Öffentlichkeit alle Informationen in gut verständlicher Form zur Verfügung zu stellen und mit ihr im Dialog zu sein. So ist ein Meinungsbildungsprozess möglich.

Zu Fragen 2 und 3: Bei der Tramnetzentwicklung handelt es sich um einen Auftrag des Grossen Rats. Mit dem Grossratsbeschluss zum Gegenvorschlag zur Traminitiative wurde der Kanton mit der Tramnetzentwicklung beauftragt. Dazu hat der Grosse Rat einen Rahmenkredit von 350 Millionen Franken gesprochen. 2021 hat der Kanton gemeinsam mit Basel-Landschaft sowie mit BVB und BLT, den beiden Transportunternehmen, die Öffentlichkeit über das Tramnetz 2030 informiert. Mit dem genannten Auftrag werden die Kommunikationsaktivitäten weitergeführt. Mit der Verabschiedung des neuen Partizipationsgesetzes kommt zudem dem Einbezug der Bevölkerung eine noch höhere Bedeutung zu. Der Kanton setzt diesen Auftrag des Parlaments um.

Zu Frage 4: Das vorgesehene Budget von rund 225'000 Franken erstreckt sich insgesamt über vier Jahre. Das sind pro Jahr nur rund 56'000 Franken. Angesichts der hohen strategischen Relevanz des ÖV-Ausbaus für den Klimaschutz und für den Modalsplit ist dies angemessen.

Zu Frage 5: Angesichts der Vielzahl laufender und bevorstehender Projekte ist das BVD insbesondere bei der Kommunikation grösserer Infrastrukturvorhaben auf externe Unterstützung angewiesen.

Zu Frage 6: Das Budget für Kommunikationsmassnahmen wird jeweils im Rahmen eines Projektbudgets eingeplant. Es gibt dafür keine separaten Budgets.

Balz Herter (Mitte-EVP): Besten Dank. Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Raoul I. Furlano (LDP): Ich bin teilweise zufrieden mit dieser Antwort. Sie sagen, was Sache ist, völlig offen und ehrlich, und das ist gut so. Aber der Kern dieser Frage ist für mich und für die LDP, insbesondere weil wir das auch in der LDP diskutiert haben, dass wir gemerkt haben, dass gewisse Departemente gewisse Aufgaben, zu denen sie durchaus Fachwissen hätten, extern vergeben. Und das verstehen wir einfach nicht und das wollen wir auch nicht verstehen. Sie Erklärung ist sehr, sehr dünn. Wenn wir überall so denken, dann haben wir ein Giesskannenprinzip, das wir nicht so toll finden. Ihre Antworten sind offen, ehrlich und in Ordnung, aber was dahinter steckt, ist nicht in Ordnung, und deshalb bin ich nur teilweise zufrieden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

David Jenny (FDP): Ich bin froh, dass diese Interpellation schriftlich beantwortet wird, das heisst, sie wird ernst genommen, und ich hoffe, dass ich in einem Monat sagen kann, dass ich mit der Antwort zufrieden bin. Wir haben heute Morgen über die Konkurrenz unter Standorten geredet im Zusammenhang mit BaselArea, und die meisten von uns haben erkannt, dass wir uns dieser Realität stellen müssen.

Es gibt aber auch eine Konkurrenz bei den Standorten für Stiftungen. Wir sagen immer, wir seien die Stiftungshauptstadt, wir ruhen uns ein bisschen auf den Lorbeeren aus. Vor ein paar Jahren hat Genf auch eine relativ grosse Initiative unternommen, um eben aufzuholen in diesem Bereich. Und nun, näher bei uns, hat Zürich zugeschlagen und dort, wo es wirklich einschlägt, nämlich bei der steuerlichen Behandlung. In einigen Punkten sieht so aus, als ob wir doch entscheidend



zurückfallen. Ich nenne zum Beispiel die Behandlung der Fördertätigkeit im Ausland, nämlich wie das steuerlich beurteilt wird, wenn es um die Gemeinnützigkeit geht. Solche Stiftungen sind vor allem oft Stiftungen, die relativ gross sind, die auch Personal beschäftigen. Es gibt auch diese Studie der PWC von 2019 und der Swiss-Foundations, in der auch gesagt wird, dass steuerbefreite Stiftung sehr schnell ein lohnendes Geschäft für die Gesellschaft sind, indem sie weitaus mehr Mittel ausschütten, als der Staat oder die Besteuerung erzielen könnte.

Ich hoffe, dass dann aus der Antwort der Regierung hervorgehen wird, dass sie bereit ist, um unsere Konkurrenzfähigkeit bezüglich Stiftungen zu kämpfen. Das meiste, was hier angeregt wird um Zürich zu folgen, braucht keine Gesetzesänderungen. Da muss nur die Praxis der Steuerverwaltung entsprechend angepasst werden. In diesem Sinne freue ich mich schon jetzt auf eine konstruktive Antwort unserer Regierung, die uns helfen wird, unseren Platz an der Sonne unter den Stiftungsstandorten aufrechtzuerhalten.

17.4. Interpellation Nr. 18 David Jenny betreffend steuerliche Attraktivität des Stiftungsstandort Basel-Stadt: Wie wird auf die Zürcher Konkurrenz reagiert?

[, 24.5074.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet.

17.5. Interpellation Nr. 19 Michela Seggiani betreffend Rheinuferweg auf Grossbasler Seite

[06.03.24 15:36:32, 24.5075.01]

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Zu Frage 1: Die temporäre Baupiste ist auf eine Dauer von zwei bis drei Jahren und die Nutzung durch Baumaschinen ausgelegt. Sie erfüllt die gesetzlichen Erfordernisse an einen öffentlichen Weg nicht, wie beispielsweise im Bereich Behindertengleichstellung und Gewässerschutz. Bei Hochwasser besteht das Risiko, dass die Baupiste weggespült wird. Auch für die Schifffahrt stellt die Baupiste ein Risiko dar, das nur temporär geduldet wird.

Zu Frage 2: Die Baupiste müsste vollständig zurückgebaut und es müsste ein neues Projekt ausgearbeitet werden. Die Voraussetzungen für eine Bewilligung eines Rheinuferwegs könnte erst anhand eines konkreten Projekts geklärt werden.

Zu Frage 3: Weil das Appellationsgericht im Jahr 2001 das öffentliche Interesse an einem Rheinuferweg als geringer einschätzte als dasjenige an der Erhaltung der heutigen Situation, befragte man in einer Volksabstimmung die Bevölkerung. Eine Annahme der Initiative hätte der Regierungsrat als Bestätigung eines öffentlichen Interesses gewertet. Das Basler Stimmvolk lehnte das Projekt jedoch im Mai 2014 ab. Seit diesem Volksentscheid liegt kein neuer politischer Auftrag vor. Entsprechend plant der Regierungsrat keinen Rheinuferweg an dieser Stelle. Die Rahmenbedingungen für ein solches Projekt haben sich zudem in den letzten Jahren erschwert. Heute befindet sich das Gebiet sowohl im Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz, genannt ISOS, als auch im kantonalen Inventar der schützenswerten Naturobjekte.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Michela Seggiani (SP): Vielen Dank für die sehr rasche Bearbeitung und auch für die Beantwortung meiner Interpellation. Offensichtlich ist es doch ein grosses Anliegen der Basler Bevölkerung, den Rheinuferweg auch auf der Grossbaslerseite weiterzudenken, wie auch diverse Medienberichte zum Vorstoss beweisen. Es ist auch ein sehr emotionales Thema, wie ich an den zahlreichen sehr positiven, aber zum Teil auch wirklich negativen Reaktionen gespürt habe.

Natürlich ist es wirklich sehr schade, dass man die jetzige Kiespiste nicht stehenlassen kann. Als Spaziergängerin aber auch als Politikerin bedaure ich das sehr, auch, dass die Bestimmungen, die ich ja verstehe, dagegensprechen. Als Nichtexpertin muss ich das einfach akzeptieren, aber wirklich verstehen kann ich das dann trotzdem nicht.

Was ich auch nicht verstehe ist, warum man die Uferböschung dann im Zuge der Bauarbeiten nicht gleich so bearbeitet oder aufbereitet hat, dass sie nachhaltig auch für die Bevölkerung verwendet werden kann im Anschluss. Es wäre eben genau



nicht meine Idee gewesen, wieder einen ganz neuen politischen Auftrag zu generieren, um vielleicht einmal einen Rheinuferweg an dieser Stelle zu haben. Meine Idee war, ganz pragmatisch vorzugehen und ich gebe es zu, eher im Sinne der Baslerinnen und Basler als im Sinne zum Beispiel des Denkmalschutzes, die Lebensqualität in der Stadt mit einem Rheinuferweg zu steigern. Ich werde jetzt auch schauen, wie und ob es Sinn macht, das Thema weiterzutragen.

Ich bin teilweise zufrieden mit der Antwort, denn «geht nicht» geht oft genau so lange nicht, bis es eben dann trotzdem geht.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

17.6. Interpellation Nr. 20 Eric Weber betreffend Zunahme der Notrufe

[06.03.24 15:41:25, 24.5077.01]

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe Fragen gestellt im Februar. Meine Fragen wurden einfach nicht beantwortet. Das geht nicht. Jedes Kind lernt, dass das Parlament da ist, um die Regierung zu kontrollieren, aber wir Grossräte bekommen oftmals keine Antworten von der Regierung. Ich habe diese Interpellation im Februar eingereicht, die Fragen sind nicht beantwortet worden. Wenn das so weitergeht, gibt es auch beim Polizeiministerium einen Wechsel, wie damals bei Baschi Dürr.

Mitte Februar kam es gross in den Medien, dass die Notrufen stark zunehmen. Ich gab aber meine Interpellation schon im Januar ab. Meine Fragen wurden nicht beantwortet. Ich wollte wissen, wie oft die Polizei Anzeige erstellt hat wegen Missbrauch des Notrufes. Ich kann Ihnen die Antwort geben, weil Regierungsrätin Stephanie Eymann nicht fähig ist. Ich weiss die Antwort: Die Polizei hat in den letzten 10 Jahren zwei Mal Anzeige erstellt wegen Missbrauch des Notrufes, und das gegen wen? Gegen Grossrat Eric Weber, gegen den Präsidenten der Liste Ausländer stopp.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber, ich erteile Ihnen einen ersten Ordnungsruf, das ist zu persönliche Kritik, sprechen Sie zur Sache.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Damit hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

17.7. Interpellation Nr. 21 Adrian Iselin betreffend «Fasnachts Drämmli»

[06.03.24 15:46:05, 24.5082.01]

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten die Interpellation wie folgt.

Zu Fragen 1 und 2: Ein allfälliges Fasnachts-Trämmli müsste mit der Stiftung BVB Oldtimer, die künftig für alle Extrafahrten mit Oldtimern zuständig ist, abgesprochen werden. Die wichtigste Frage ist dabei die Finanzierung. Wichtig ist, dass eben die Kompetenz zur Lancierung eines solchen Projekts bei der BVB liegt. Das Weihnachtstram ist dank der finanziellen Unterstützung von Stadtkonzept Basel möglich. Angesichts der zusätzlichen Fahrdienststunden sowie Zusatzkosten für die Bereitstellung des Trams müsste auch bei einem allfälligen Fasnachts-Tram eine finanzielle Unterstützerin gefunden werden.

Zu Frage 3: Wenn jemand bereit ist, sich finanziell und auch darüber hinaus zu engagieren, wäre es möglich, das Fasnachts-Tram bereits im Jahr 2025 umzusetzen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellation hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Adrian Iselin (LDP): Ich bin mit der Antwort sehr zufrieden. Die Idee ist entstanden bei ein paar Jungen, die auf mich zugekommen sind und gefunden haben, das Weihnachtstram sei eigentlich eine tolle Sache. Sie haben dann Ideen gesponnen und wünschen, dass man das Tram auch vor der Fasnacht losschicken könnte, vielleicht irgendwie ein paar



Fasnachts-Bücher darin ausstellt, ein paar alte Schnitzelbänke laufen lässt oder irgendwelche Märchen erzählt. Ich selber bin in einem Stammverein und fand das auch eine gute Idee. Mir ist auch klar, dass es jemand bräuchte, der das finanziert. Ich habe das eigentlich mehr als Denkanstoss gemacht, aber sicher nicht als Jux. Ich bin mit der Antwort sehr zufrieden.

17.8. Interpellation Nr. 22 René Brigger betreffend fehlende Publikumsnutzung im Claraturm

[06.03.24 15:48:06, 24.5083.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort sehr zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

Die nächste Interpellation wird der Regierungsrat schriftlich beantworten. Der Interpellant will begründen.

René Brigger (SP): Normalerweise begründe ich eine Interpellation bei schriftlicher Beantwortung nicht, aber ich möchte doch vielleicht auf dieses Problem noch aufmerksam machen. Wir haben in der BRK vor ca. 10 Jahren den Bebauungsplan Clara-Turm verabschiedet. Die BRK hat dieses Geschäft mehrheitsfähig gemacht und wir haben für das Kleinbasel und für den schon damals tot wirkenden Platz vor der Mustermesse beschlossen, dass als Auflage das oberste Geschoss zur Publikumsnutzung geöffnet werden sollte.

Ich war damals Sprecher der BRK. Es gab ein Referendum. Das Referendum wurde relativ knapp abgelehnt mit circa 51 Prozent und ich bin überzeugt, wenn dieses Zückerchen vor allem auch für das Kleinbasel nicht im Bebauungsplan gewesen wäre, dann wäre dieser Bebauungsplan abgewiesen worden. Jetzt steht dieser Turm seit zwei Jahren, die Wohnungen unten sind alle vermietet, das ist erfreulich. Aber wir können in der Kleinbasler Zeitung lesen, dass das Obergeschoss im Zustand des Rohbau 1 steht. Die UB sagt ja, wir finden niemanden, der da investiert, den Endausbau macht und uns eine Genehmigung gibt, Mietzins zahlt.

Das mag alles sein. Gerade in der Gastronomie ist es nicht einfach, einen guten Mieter und einen guten Partner zu finden. Nach zwei Jahren sollte man langsam zum Ziel kommen. Entscheidend ist aber, dass ich eine schriftliche Anfrage gemacht habe und die Regierung sagt, man könne die UBS gar nicht zwingend, die Publikumsnutzung einzurichten, das wäre Eigentums- und Wirtschaftsfreiheit. Aber das ist doch Humbug. Wir machen einen verpflichtenden Bebauungsplan, das ist kein Plan à la carte. Wenn man den Bebauungsplan wirklich ausführt, müssen alle Punkte umgesetzt werden, nicht unbedingt von heute auf morgen, aber es ist genau gleich wie bei anderen Auflagen hinsichtlich Grünflächen, Parkplätzen, Erschliessung. Da kann der Investor nicht sagen, ja gut, wir haben es gebaut, aber wir haben das vergessen oder es ist halt schwierig.

Das ist der Punkt. Die Regierung oder das Planungsamt muss darauf einwirken, dass hier eine Publikumsnutzung stattfindet- das ist ein offener Begriff, es kann Gastronomie sein oder etwas anderes. Aber wenn es kaum Bewerber gibt oder nur Bewerber, die wenig Mietzins bezahlen, dann ist das halt der Marktzins. Wenn die Nachfrage klein ist, ist der Mietzins auch klein ist, und entsprechend muss auch dieser Punkt des Bebauungsplanes erfüllt werden. Da bin ich als Bau- und Planungsrechtler relativ sauer. Und ich finde es doch seltsam, dass die Frage so beantwortet wird. Ich nehme an, es kommt eine Revision oder vielleicht eine detailliertere und präzisere Antwort. Da bin ich sehr gespannt.

17.9. Interpellation Nr. 23 Joël Thüring betreffend ein schockierender antisemitischer Vorfall bei der Basler Synagoge

[06.03.24 15:51:52, 24.5084.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Damit hat Regierungsrätin Stephanie Eymann das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrats wie folgt.

Einleitende Bemerkungen: Der Regierungsrat stellt unmissverständlich klar, dass er den inakzeptablen Übergriff auf die Synagoge vom 25. Februar 2024 in aller Form verurteilt. Einleitend erlaubt er sich auch festzuhalten, dass sich die Schweizer



Strafverfolgungsbehörden aufgrund des Amts- und Untersuchungsgeheimnisses sowie der weiteren Vorgaben der Strafprozessordnung, aber auch mit Blick auf die Persönlichkeitsrechte mutmasslich beteiligter, auch Anzeige stellender Personen oder Institutionen, öffentlich in aller Regel nicht zu laufenden Straf- und Jugendstrafverfahren äussern dürfen. Der Gesetzgeber umschreibt die Möglichkeiten der Öffentlichkeitsorientierung für Strafbehörden in Artikel 74 der Schweizerischen Strafprozessordnung relativ detailliert und eher restriktiv. Namentlich die kriminalpolizeiliche aktive Medienarbeit fokussiert sich auf die Mitwirkung der Bevölkerung bei der Aufklärung von Straftaten oder bei der Fahndung nach Verdächtigen, wobei sich diese Zeugenaufrufe meistens auf schwere Straftaten im öffentlichen Raum mit unbekannter Täterschaft beziehen. Bei jährlich rund 25'000 Anzeigen wegen mutmasslicher Verstösse gegen das Strafgesetzbuch müssen auch die Basler Strafverfolgungsbehörden in der Öffentlichkeitsorientierung nach vorab ermittlungstaktisch gebotenen Kriterien selektionieren. Beim nachgefragten Thema sehen die Strafverfolgungsbehörden aufgrund der weltpolitischen Lage, den jüngsten tagesaktuellen Vorkommnissen in Zürich und des politischen Vorstosses ein Informationsinteresse der Öffentlichkeit gegeben, weshalb gestützt auf Art. 74 Abs. 1 lit d. der Strafprozessordnung ausführlicher als üblich über die laufenden Verfahren und deren Hintergründe orientiert werden kann.

Zu Frage 1: Die beiden Tatverdächtigen sind identifiziert. Es handelt sich um eine Person aus Algerien, die gemäss aktuellem Altersgutachten neu als volljährig zu behandeln ist. Der zweite Tatverdächtige ist ein Jugendlicher aus Marokko. Aufgrund der bisherigen Ermittlungen ist von folgendem Sachverhalt auszugehen: Die erwachsene Person ist bei der Synagoge über den Zaun geklettert und hat eine im Vorhof an einem Eingangstor angebrachte Israel-Flagge entfernt und mitgenommen. Ausserdem wischte sie vor dem Verlassen des Geländes über den Gedenktisch, der anlässlich des Überfalls vom 7. Oktober 2023 der Hamas in Israel im Vorhof aufgestellt worden war und brachte die darauf abgestellten Gegenstände zu Fall. Unweit der Synagoge sengten die beiden die Israel-Flagge an und warfen Sie an der Leimenstrasse unter einen Baum.

Zu Frage 2. Das Asylverfahren des tatverdächtigen Erwachsenen ist abgeschlossen worden, jenes des tatverdächtigen Jugendlichen noch aktiv.

Zu Frage 3: Der erwachsene Tatverdächtige befand sich aus anderem Grund kurz in Untersuchungshaft, verfügt wurde dies durch den Kanton Basel-Landschaft.

Zu Frage 4: Die beiden Personen waren vor dem aktuellen Altersgutachten als Jugendliche im Asylzentrum in Aesch untergebracht. Es bestand keine Fernhaltmassnahme bezüglich Basel.

Zu Frage 5: Im Jugendstrafverfahren wird kein Landesverweis verfügt. Im Verfahren gegen den Erwachsenen wird bei Abschluss eines Verfahrens über einen Landesverweis entschieden.

Zu Frage 6: Nach aktuellem Wissensstand kam es in den vergangenen Wochen in Basel-Stadt nicht zu weiteren gravierenden antisemitischen Vorfällen.

Zu Frage 7: Antisemitismus manifestiert sich in feindseligen Überzeugungen, Vorurteilen oder Stereotypen, die sich deutlich oder diffus in der Kultur, der Gesellschaft oder in Einzelhandlungen zeigen und die darauf zielen, jüdische Personen und Institutionen zu beleidigen, herabzusetzen, auszugrenzen, zu benachteiligen oder auch als grundsätzlich anders zu betrachten. Leider ist der Antisemitismus immer noch ein gesamtgesellschaftliches Problem, das viele betrifft. Die Bekämpfung von Antisemitismus als Teilgruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist dem Regierungsrat ein wichtiges Anliegen. Der Kanton Basel-Stadt setzt sich bei der Bekämpfung von Antisemitismus auf Prävention und Erinnerung. Im Bereich Prävention wird etwa das Projekt Likrat des schweizerischen-israelitischen Gemeindebundes für die Basler Volksschulen zugänglich gemacht. Mit der Aktionswoche gegen Rassismus, die rund um den internationalen Tag gegen Rassismus vom 18. bis zum 24. März 2024 stattfinden, setzt der Regierungsrat ausserdem ein Zeichen gegen jegliche Form von Herabsetzung aufgrund von Hautfarbe, Herkunft, Sprache und/oder religiöser Zugehörigkeit. Gemeinsam mit rund 20 zivilgesellschaftlichen Organisationen wird der Blick auf unterschiedliche Formen von Rassismus, verschiedene Lebensbereiche und betroffene Personengruppen gerichtet. Im Rahmen der Aktionswoche lanciert der Runde Tisch der Religionen beider Basel in Zusammenarbeit mit der israelitischen Gemeinde Basel und der Basler Muslimkommission auch ein Video-Projekt gegen Juden- und Muslimfeindlichkeit, das sich direkt an Jugendliche richtet. Dem Vergessen und Verdrängen soll durch stetige Erinnerung entgegengewirkt werden. So unterstützt der Regierungsrat etwa eine Initiative aus den jüdischen Communities, mit der an das Basler Pogrom gegen Jüdinnen und Juden von 1349 erinnert wird. Die Erinnerungsfeier fand am 16. Januar 2024 im Grossratssaal statt. Bereits an die Hand genommen wurde die Planung und Umsetzung einer Erinnerungsinstallation. Schliesslich sind mehrere politische Anzüge in unterschiedlichen Departementen in Bearbeitung, die das Thema Antisemitismus unter verschiedenen Blickwinkeln behandeln. Der Regierungsrat wird zu gegebener Zeit berichten.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.



Joël Thüring (SVP): Ich danke für die doch sehr ausführliche Beantwortung meiner Interpellation und auch für die Bestätigung des Vorfalls. Sie haben heute bestätigt, dass es sich bei den Tätern um zwei Asylmigranten gehandelt hat und Sie haben auch bestätigt, dass einer der beiden Asylmigranten offenbar auch hinsichtlich des Alters gelogen hat und aufgrund des Altersgutachten nun nicht mehr als unbegleiteter minderjähriger gelten kann, sondern als «normaler Erwachsener».

Diese Tat ist tatsächlich sehr aufwühlend. Sie hat auch die Vertreter und Vertreterinnen der jüdischen Gemeinde, die natürlich bei der Synagoge jeden Tag ein und ausgehen sehr stark beschäftigt und auch sehr schockiert, und ich habe aufgrund meines Vorstosses diverse Rückmeldungen bekommen, dass man sehr dankbar ist, dass diese Ereignisse thematisiert werden, weil sie eben aufzeigen, welche Bedrohungssituationen und Bedrohungslagen derzeit für jüdische Mitmenschen, auch in der Schweiz, leider bestehen.

In diesem Zusammenhang ist mir immer wieder auch ein Satz einer Holocaustüberlebenden in den Sinn gekommen, die vor einigen Wochen im deutschen Bundestag an einer Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus gesprochen hat. Diese Frau hat in einer bewegenden Rede gesagt, dass die Shoah nicht mit Auschwitz begonnen hat, sondern sie begann mit Worten, sie begann mit dem Schweigen und dem Wegschauen der Gesellschaft. Deshalb muss es uns auch aufrütteln, wenn sich die antisemitischen Ereignisse auch in Basel-Stadt häufen. Was mit antisemitischen Veranstaltungen der in Deutschland verbotenen Terror-Gruppierung Samidoun im Basler Gewerkschaftshaus begann, setzte sich fort mit vielen Demonstrationen in Basel, an welcher »From the River to the Sea, Palestine will be free« skandiert wurde, setzte sich leider auch fort mit einer widerlichen Spuckattacke auf den Rabbiner unserer israelitischen Gemeinde in Basel, setzte sich fort mit vielen antisemitischen Vorfällen auf Pausenhöfen, in Schulklassen, wie uns auch das Erziehungsdepartement bereits berichtet hat, und setzt sich nun leider fort mit dem Entreissen und Verbrennen der israelischen Flagge hier in Basel und leider auch nach meiner Interpellation mit einem schrecklichen Terrorangriff eines 15-jährigen eingebürgerten Tunesiers, welcher sich in einem Video zum IS bekannte und einen jüdischen Mitmenschen abgestochen hat und, man muss es vermuten, umbringen wollte.

Alle diese Ereignisse schreien nach raschem Handeln und ich erwarte deshalb vom Regierungsrat, dass er nicht nur wie heute sehr ausführlich und detailliert Auskunft darüber gibt, welche Ereignisse es im Zusammenhang mit jüdischen Mitmenschen gibt, sondern dass auch ganz konkret gehandelt wird. Hier vertraue ich der Regierung, dass diese Forderungen und Planungen, wie sie Regierungsrätin Stephanie Eymann erwähnt hat, bezüglich eines Massnahmenpakets gegen Antisemitismus, vorangetrieben werden.

Es beruhigt mich auch, dass der Regierungsrat gestern zusätzliche Mittel gesprochen hat für das jüdische Museum, für die Sicherheit. Das sind wichtige Signale, die auch gehört werden. Ich kann Ihnen versichern, dass das, was wir hier im Grossen Rat besprechen, unsere jüdischen Mitmenschen mitbekommen. Ich habe gerade gestern mit der israelischen Botschafterin telefoniert, die sich bei mir bedankt hat. Das wird wahrgenommen. Es wird aber eben auch berichtet, dass die Unsicherheit in der jüdischen Gemeinde immer grösser wird, weil man spürt, dass dieser latente Antisemitismus stark zugenommen hat seit dem Angriff auf Israel am 7. Oktober. Hier sind wir als Gesellschaft gefordert und hier zeigt sich eben auch, dass wir weiterhin grosse Probleme haben und deshalb gehandelt werden muss.

Es ist auch klar aus meiner Sicht, und das bestätigen in der Zwischenzeit auch Integrations- und Rassismusexperten, die mir politisch nicht sehr nahe stehen, dass wir dieses Problem allein mit Prävention nicht lösen werden können. Wir müssen dieses Problem eben auch mit Repression lösen und auch anerkennen, dass ein Teil dieses Antisemitismus leider auch importiert wurde. Das bestätigen diese Vorfälle in Zürich und Basel sehr deutlich und ich hoffe sehr, dass dieser Asylmigrant aus Algerien nun rasch möglichst verurteilt und dann auch ausgeschafft wird. Er ist ja, wie Regierungsrätin Stephanie Eymann heute quasi als Primeur verkündigt hat, illegal in der Schweiz. Er hat sich auch diesem Verfahren wahrscheinlich entzogen, ansonsten wäre das Asylverfahren auch nicht abgeschrieben worden. Das heisst, er ist illegal hier, er hat beim Alter gelogen und da ist es deshalb auch wichtig, dass wir in der Repression so weit gehen, dass wir sagen, wir wollen keine Menschen in unserem Land haben, die sich antisemitisch verhalten, und diejenigen, die keinen Schweizerpass haben, gehören, wenn sie antisemitische Taten begehen – und dazu gehört aus meiner Sicht sicher das Verbrennen einer Flagge und im ganz krasserem Bereich das, was in Zürich passiert ist –, Menschen umgehend aus unserem Land ausgewiesen. Nie wieder ist jetzt, das muss gelten in allen Lebensbereichen. Ich bin mit der Beantwortung der Interpellation zufrieden.

17.10. Interpellation Nr. 24 Béla Bartha betreffend Budget betreffend Budget für Lehrmittel an den Schulen Basel-Stadt

[06.03.24 16:03:49, 01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Beantwortung zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.



17.11. Interpellation Nr. 25 Michael Hug betreffend ist der Regierungsrat nicht interessiert an der Erhöhung der Stromproduktion in Basel?

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet.

17.12. Interpellation Nr. 26 Anina Ineichen betreffend Velounfälle am Burgfelderplatz – Folgen und Learnings

[, 24.5093.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet.

14. Petition P467 "Einführung eines obligatorischen Workshops zum Thema Umwelt und Nachhaltigkeit an den Sekundarschulen der Stadt Basel", Bericht der PetKo

[06.03.24 16:04:56, 23.5509.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen. Das Wort geht an den Kommissionspräsidenten Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne berichte ich Ihnen heute zu insgesamt drei Petitionen, welche die Kommission in den vergangenen zwei Monaten behandelt und verabschiedet hat. Bei den ersten beiden Petitionen handelt es sich um Vorstösse, welche der junge Rat ausgearbeitet und eingereicht hat. Diese sind zwar anlässlich der Kommissionssitzung gemeinsam vorgestellt und beraten worden, ich werde jedoch selbstverständlich separat dazu berichten

Petition 467 Einführung eines obligatorischen Workshops zum Thema Umwelt und Nachhaltigkeit an den Sekundarschulen der Stadt Basel. Zum Anliegen der Petentschaft: Um die schlimmsten der mit dem Klimawandel verbundenen Szenarien zu verhindern, sei es wichtig, dass die Menschen ihr Alltagsverhalten überprüfen und anpassen. Vielen jungen Menschen sei die Problematik zwar bekannt, nicht aber bewusst, dass sie selbst einen Beitrag zur Verbesserung der Situation leisten können. Wichtig sei zum einen, dass den Leuten bewusst ist, was sie mit ihrem Verhalten auslösen und bewirken, zum anderen, mit welchen Verhaltensänderungen sie einen Beitrag zur Verbesserung leisten können. Der geeignete Ort zur Wissensvermittlung ist aus Sicht der Petentschaft die Schule, gegen Ende der obligatorischen Schulzeit. Konkret schlägt die Petentschaft einen aus einem theoretischen und einem praktischen Teil bestehenden zweitägigen obligatorischen Workshop für alle Sekundarschülerinnen und -schüler vor. Das fehlende Obligatorium für den Bildungsinhalt Umwelt und Klima stuft die Petentschaft als Mangel am heutigen System ein. Sie stellt fest, dass nach der obligatorischen Schulzeit den wenigsten Basler Schülerinnen und Schülern bekannt ist, wie der Klimawandel funktioniert und was sie dagegen unternehmen können. Dies muss sich aus ihrer Sicht zwingend ändern, was mit einer Bündelung der theoretischen und praktischen Wissensvermittlung in einem Workshop möglich wäre.

Zur Haltung des Erziehungsdepartementes: Der Vertreter des Erziehungsdepartementes erklärte, dass er auf dem Gebiet der Umweltbildung bereits zahlreiche Präventionsprogramme wie Abfall sammeln und Pflanzen pflegen und ernten gibt, die von den Schulen zusätzlich in den Unterricht aufgenommen werden können. Würde ein Workshop als zusätzliches Element in den Lehrplan aufgenommen, ginge dafür aufgewendete Unterrichtszeit zu Lasten anderer Themen. Den von der Petition geforderte Einbezug von Expertinnen und Experten bedinge finanzielle und personelle Ressourcen, die heute für eine flächendeckende Abdeckung nicht vorhanden seien. Die Einführung eines obligatorischen Workshops für ein spezifisches Thema dürfte zudem mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit dazu führen, dass dasselbe für weitere ebenfalls wichtige Themen gefordert wird. Unabhängig von der vorliegenden Petition hat der Vertreter des Erziehungsdepartementes festgehalten, dass immer mehr Themen, bei denen eine gesellschaftliche Veränderung stattfindet, in die Schulen getragen werden. Das von der Petition angesprochene Thema sei wichtig und deshalb auch Bestandteil des Lehrplans. Um es



nachhaltig in den Köpfen der Schülerinnen und Schüler zu verankern, sei ein einmaliger Workshop aber auch kaum das geeignete Mittel.

Zur Erwägung der Petitionskommission: Die Petitionskommission stuft die von der Petentschaft angeregte Schulung im Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit angesichts der gesellschaftlichen Bedeutung des Themas als wichtig ein. Den entsprechenden Unterrichtsinhalten eine höhere Verbindlichkeit zu geben, findet deshalb ihre Unterstützung. Es darf nicht von den Präferenzen und Schwerpunkten der Lehrpersonen abhängen, in welchem Umfang die Schülerinnen und Schüler sich mit diesem Thema auseinandersetzen. Ob ein zweitägiger Workshop mit externen Expertinnen und Experten das richtige Format ist, kann und will die Petitionskommission aber nicht beurteilen. Wichtig scheint ihr aber, dass das Thema in geeigneter Form zu einem obligatorischen Bestandteil des Lehrplans wird und nicht nur in einzelnen Fächern quasi nebenbei angesprochen wird. Ziel muss eine gewisse Standardisierung sein, also eine möglichst einheitliche Form und ein möglichst einheitlicher Inhalt. Bei der Auseinandersetzung mit dem Thema sollten zudem die Selbstreflexion und das eigene Verhalten im Vordergrund stehen. Festhalten möchte die Petitionskommission an dieser Stelle, dass für die Empfindlichkeit von Themen wie dem vorliegenden und auch das soziale und kulturelle Umfeld der Schülerinnen und Schüler eine Rolle spielt. Ist dieses dafür nicht sensibilisiert, verschlechtert sich diese Ausgangslage.

Zum Antrag der Kommission: Die Petitionskommission beantragt dem Grossen Rat mit 12 zu 1 Stimmen, die Petition an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Als erster hat sich Beat K Schaller für die SVP eingetragen.

Beat K. Schaller (SVP): Der Vertreter des Erziehungsdepartements hat es ja schon klar gesagt und auch der Präsident hat es erwähnt. Die angesprochenen Themen sind bereits im Lehrplan 21 verankert, wohlgemerkt ein Lehrplan, der schon heute überlastet ist. Das Bewusstsein für Umweltfragen zu schärfen – als ob das nicht schon geschähe. Wenn unsere Kinder und Jugendlichen mit etwas zugetrommelt werden, dann ist es das Klima und die Umwelt. Diese Themen sind zu komplex, als dass wir den Schülern vorgaukeln dürften, innerhalb von ein paar wenigen Schulstunden zu erklären, was da passiert. Ja sogar die Expertenwissen nicht, was passiert. Ich zitiere den Weltklimarat, der vor über 20 Jahren sagte: Das Klima ist ein so komplexes System, dass es nicht langfristig vorhergesagt werden kann.

Die Mehrheit der PetKom unterstellt, dass die Themen, die hier angesprochen sind, in der Sek 1 nicht genügend beachtet würden. Empirische Grundlagen für diese Aussagen sucht man vergebens. Im Gegenteil, die Petitionäre outen sich ja selbst. Es sollen sogenannte Expert*innen und Aktivist*innen Vorträge halten. Das angebliche Wissen, das da vermittelt wird, können wir heute schon vorhersagen. Es ist das böse CO₂, die nach böseren Autofahrer und im übrigen sind wir Menschen sowieso ganz böse.

Die Umwelt- und Klimasysteme sind sehr komplexe Themen. Ich hoffe, daran zweifelt hier niemand. Es ist unseriös zu behaupten, ich sage es noch einmal, dies lasse sich in ein paar Schulstunden vermitteln. Wir sehen es schon seit langem, die Gesellschaft wird in diesem Bereich sensibilisiert durch Angstmacherei und Schuldzuweisungen. Und das ist das letzte, was wir brauchen in unseren Klassenzimmern. Wir haben schon genügend Jugendliche, die in der Psychiatrie landen. Aber natürlich wird an der Forderung der Petition festgehalten, denn welche bessere Gelegenheit haben Aktivisten, um junge Menschen zu gängeln, Menschen, denen das kritische Hinterfragen noch nicht so gegeben ist.

Ich kann es nur betonen, die Stundentafel ist beschränkt. Es steht nur eine begrenzte Anzahl Schulstunden zur Verfügung. Welches Fach oder welche Fächer für diese zwei Tage geopfert werden sollen, darüber schweigen sich die Petitionäre und die Mehrheit der PetKom vornehmen aus. Im Gegenteil, sie schreiben ja im Bericht, es soll etwas geopfert werden, aber was, das erfahren wir nicht. Wir in der SVP unterstützen es, wenn Klima-, Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen Teil des obligatorischen Schulfach sind. Und das ist bereits heute der Fall, es gilt in diesem Fall, mit den Lehrern die bestehenden Instrumente umzusetzen.

Zum Fazit dieser Petition: Wenn sie eingeführt wird wie geplant, können unsere Schüler nach der Sek 1 immer noch nicht richtig lesen, schreiben und rechnen, aber im Abfallsammeln sind sie Weltmeister. Wir müssen uns wirklich fragen, ob wir die richtigen Prioritäten setzen. Was nützt es, einen Schulabschluss in «Abfallologie» zu haben, wenn man nicht einmal zusammenrechnen kann, wie viel man gesammelt hat. Vielleicht machen das dann andere, welche nicht einen Schulabschluss im Abfallsammeln haben, sondern welche Natur- oder Ingenieurwissenschaften studiert haben. Wenn wir Menschen mit den natürlichen und auch menschengemachten Änderungen dieser Welt umgehen wollen, dann müssen wir uns auf solche Themen, Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften, konzentrieren. Das sind die richtigen Prioritäten.

Aufgabe unserer Schulen ist es, den Schülern die Freude am Lernen zu vermitteln und um Wissen zu erlernen, welches sie später im Beruf zum Nutzen unserer Gesellschaft und unserer Welt einsetzen. Abfallsammeln und Bäume pflanzen können, das sind ganz ganz winzige Randerscheinungen, mit solchen isolierten Vorgaben werden wir kaum irgendetwas Messbares erreichen. Das Instrument einer Petition ist ein mächtiges demokratisches Instrument, dazu stehen wir. Das darf aber nicht



dazu missbraucht werden, ideologische Themen und Anliegen durchzusetzen und das sehen wir in der SVP im vorliegenden Fall deutlich gegeben. Deshalb bitte ich Sie namens meiner Fraktion, die Petition als erledigt zu erklären.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Zwischenfrage von Oliver Thommen wird angenommen.

Oliver Thommen (GAB): Sie haben kurz zusammengefasst gesagt, das Klima, seine Funktionen und der Klimawandel seien ein so komplexes System, das noch nicht verstanden würde und das man deshalb auch nicht einfach so den Schülern vorwerfen solle. Das Gehirn ist auch noch nicht zur Gänze erforscht und viele seiner Funktionen kennen wir auch noch nicht. Sollten wir dann die Anatomie auch aus den Lehrplänen streichen, weil sie zu komplex ist?

Beat K. Schaller (SVP): Ganz im Gegenteil, dann würden sie ja nicht einmal lernen, wie man Bäume pflanzt und Abfall sammelt. Also nein, die Schulstunden sind beschränkt. Wir dürfen sie nicht missbrauchen für Plattformen von Aktivisten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen damit zum Fraktionssprecher für das GAB Harald Friedl.

Harald Friedl (GAB): Ich darf hier bei diesem Geschäft auch gleichzeitig für die Fraktion der SP sprechen. Ich mache jetzt bewusst keinen Bezug auf meinen Vorredner, das würde ausufern, und ich werde mich an mein Votum halten, dass ich vorbereitet habe.

Umweltschutz mit all seinen Facetten ist ein aktuelles und dringliches Thema bei unseren Jugendlichen. Das zeigen zum Beispiel die Bewegungen wie Strike for Future oder jetzt eben auch diese Petition, die ihren Ursprung beim jungen Rat hat. Auch wenn man mit den Jugendlichen spricht, wird man immer wieder darauf hingewiesen oder man erfährt von Ihnen, dass sie ihre Zukunft bedroht sehen angesichts des Raubbaus, den wir betreiben an unseren Ökosystemen auf unserem Planeten. Die Jugendlichen wünschen sich also, verständlicherweise in meinen Augen, mehr Verständnis und Sensibilisierung in diesem komplexen Thema der Zusammenhänge, die alle zusammengefasst werden mit dem Umweltschutz. Es geht nicht nur um das Klima, die Zusammenhänge des Klimawandels oder der Klimaerwärmung sind sehr komplex. Es geht ja auch nicht darum, dass man jedes letzte Komma versteht, sondern es geht darum, dass man versteht, was passiert und was man dagegen unternehmen kann.

Wir erachten die Vorschläge der Petitionäre und Petitionärinnen als sehr sinnvoll, das Thema Umwelt in Form eines Blocks in der Sekundarschule zu vermitteln. Denn komplexe Zusammenhänge können in Blöcken besser erarbeitet und erfasst werden, als wenn es nur Inhalte von Zeit zu Zeit sind am Rande einer Unterrichtsstunde. Mit den vorgeschlagenen Workshops kann das Thema eben intensiv, konzentriert diskutiert werden und es können auch Lösungsvorschläge erarbeitet werden.

Die Petent:innen konnten uns an der Kommissionssitzung in einer bewundernswerten Ernsthaftigkeit darlegen, was sie denn eigentlich wollen. Sie verdienen daher in meinen Augen wirklich unsere Unterstützung, was sich dann auch in einer fast vollständigen Zustimmung innerhalb der Kommission zeigte. Erstaunt war ich eher auf der anderen Seite bezüglich der eher reservierten Aufnahme der Petition durch den Vertreter des Erziehungsdepartements, der bei der Anhörung in der PetKom anwesend war. Es besteht nur eine geringe Bereitschaft im ED, sich vertieft mit dieser Forderung der Petition auseinanderzusetzen. Es würde mit den wohl bekannten Argumenten operiert, dass es unter anderem bereits im Lehrplan 21 integriert sei. Wir sind aber der Meinung, dass sich da wirklich einiges optimieren lässt und dazu ist ja auch diese Petition da, dass es nämlich einen Denkanstoss gibt im ED.

Wir wollen mit der Überweisung der vorliegenden Petition zur abschliessenden Behandlung dem Regierungsrat hiermit auch einen Auftrag mitgeben, dass er sich dem Vorschlag wirklich annimmt und ein Konzept erarbeitet, wie ein solcher Workshop oder eine ähnliche Form einer Unterrichtseinheit, die vielleicht über 1 bis 2 Tage geht, wirklich annimmt und ein solches Konzept ausarbeitet.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die Mitte / EVP ist die Brigitte Gysin.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): In der Kreuztabelle sehen Sie, dass auch die Fraktion die Mitte / EVP ein E eingetragen hat. Ich möchte das kurz begründen. Wir sind natürlich der Meinung, dass es selbstverständlich sein sollte, dass Schülerinnen und Schüler auf allen Schulstufen und auch auf Sekundarstufe auf verschiedene Weise mit den Themen der Nachhaltigkeit



konfrontiert werden und dass sie die Gelegenheit haben, eine möglichst vielseitige fundierte Sichtweise auf die Probleme und Lösungsansätze zu erhalten.

Wir glauben aber, dass das Thema Nachhaltigkeit auch auf nachhaltige Art und Weise vermittelt werden muss und wir teilen hier die Einschätzungen des ED, dass dies besser geschehen kann, wenn das in verschiedenen Fächern und immer wieder zum Thema wird als einmalig in einem zweitägigen Workshop. Im Deutschunterricht, beim Debattieren zum Beispiel oder beim Lesen und Verstehen von Sachtexten, die ja möglichst aktuelle Themen aufnehmen, in RZG, wenn zum Beispiel in einer geschichtlichen Betrachtung über die Industrialisierung das Thema der Umweltbelastung zum Vorschein kommt, im gleichen Fach, wenn dann Aktualitätsbezüge geschaffen werden, im Fach Natur und Technik, wenn dann eher die naturwissenschaftlichen Aspekte behandelt werden können. Und wenn dann die Schule auch passend zum einen Schulstandort oder zu dem was gerade sonst in der Schule läuft, das Thema auch nochmal auf das Tapet bringen kann, vielleicht im Wasgenring in der Nähe des Bachgrabens, wenn es um Bachreinigung geht. Ein anderes Schulhaus mach ein Schulhausfest und redet vielleicht darüber, wie man mit Recycling umgehen will, wie man die Abfallbewirtschaftung macht, wie man Food Waste verhindert. Im Hauswirtschaftsunterricht übrigens kann das auch ein Thema sein, auch zusammen mit Fragen, mit welchen Nahrungsmitteln man kocht und so weiter und so fort.

Das heisst, der Schulalltag in den verschiedenen Fächern bietet sehr viele Gelegenheiten, diese Thematik einzubringen. Jetzt kann man auch misstrauisch sein und sagen, die Lehrpersonen werden das alle nicht tun. Ein bisschen Vertrauen darin, dass die Lehrpersonen eigentlich gerne Themen aufnehmen, die gerade so aktuell sind, weil das eigentlich Themen sind, bei denen man eher auch das Interesse wecken kann, als wenn man bei der Industrialisierung zum Beispiel Aspekte aufgreift, die keinen Bezug zur Gegenwart der Schülerinnen und Schüler und zu aktuellen Themen haben. Dieses Vertrauen dürfen wir wohl haben, dass das geschieht

Und deshalb ist die Fraktion die Mitte/EVP der Meinung, dass wir hier nicht nochmals diesen Ball dem ED zuspielen müssen, damit sie dann in ähnlicher Weise begründen, warum sie jetzt vielleicht nicht einen solchen zweitägigen Workshop oder ein ähnlich verbindliches Gefäss zur Vorschrift für alle Sekundarschulen machen wollen.

Dazu kommen die auch genannten ganz praktischen Gründe: Wie können die Ressourcen für einen Workshop oder für ein anderes verbindliches Gefäss geschaffen werden? Was fällt weg, wenn man bestimmte verbindliche Gefässe fordert? Darum sind wir der Meinung, dass es eingebunden werden sollte in das, was sowieso geschieht und wir vertrauen den Lehrpersonen, dass sie das dann nicht einfach weglassen. Ich bitte Sie also darum, unserem Antrag zu folgen und die Petition als erledigt zu erklären.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat der Kommissionspräsident noch einmal das Wort. Er verzichtet ebenfalls. Beat K Schaller beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst an RR zur abschliessenden Behandlung gemäss Antrag PetKo, NEIN heisst Erledigt

Ergebnis der Abstimmung

63 Ja, 27 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003019, 06.03.24 16:26:21]

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 63 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung dafür entschieden, die Petition zur abschliessenden Behandlung gemäss PetKo an den Regierungsrat zu überweisen.



15. **Petition P468 "Einführung von umfassender Aufklärung und Prävention gegen Allgemeine und sexuelle Belästigung in schulischen Bildungsprogrammen", Bericht der PetKo**

[06.03.24 16:27:00, 23.5510.02]

Christian C. Moesch (FDP): Zum Anliegen dieser Petition beziehungsweise der Petentschaft: Die Vertreterin der Patentschaft hat mit Bezug auf den ausführlichen Petitionstext auf die Wichtigkeit und Bedeutung einer verstärkten Prävention und besseren Aufklärung über allgemeine und sexuelle Belästigung hingewiesen. Ich als geeignet stuft die Petentschaft dafür die zweite Klasse der Sekundarschule ein. Die Schülerinnen und Schüler sollen sich den Konsequenzen von Belästigungen bewusst werden und den richtigen Umgang mit dem Thema sowohl theoretisch als auch praktisch lernen. In einem solchen Rahmen wäre es für Schülerinnen und Schüler einfacher, über ihre Erfahrungen und Erlebnisse zu sprechen. An der Sekundarschule gäbe es nur freiwillige Angebote, die wiederum nur einen Teil der Schülerinnen und Schüler erhielten.

Zur Haltung des Erziehungsdepartements: Gemäss dem Vertreter des Erziehungsdepartements ist die sexuelle Aufklärungsbestandteil des Lehrplans 21 im Fach Natur Mensch Gesellschaft. In der dritten Primarklasse findet das obligatorische Programm «Mein Körper gehört mir» statt. Alle Lehrpersonen sind verpflichtet, einen Sensibilisierungsanlass zum Thema Prävention vor sexueller Gewalt an Kindern zu besuchen. Für ältere Schülerinnen und Schüler gibt es weitere, allerdings nicht obligatorische Programme. Diese können von den Schulen gebucht und extern eingekauft werden.

Im April 2023 hat zudem der Grosse Rat dem Regierungsrat die Motion Karin Sartorius und Konsorten betreffend «Sexualisierte Gewaltprävention soll bereits in der Schule beginnen» überwiesen. Diese verlangt eine Stärkung der Präventionsmassnahmen betreffend sexualisierte und öffentliche Gewalt an den Schulen, dies mit dem Ziel, dass alle Schülerinnen und Schüler über die gesamte Schullaufbahn hinweg an altersgerecht gestalteten Präventionsprogrammen teilnehmen können. Der Regierungsrat ist also bereit, das Thema Sexualität und körperliche Integrität weiterzuverfolgen. Er kann sich vorstellen, weitere obligatorische und/oder freiwillige Angebote zu schaffen. Orientiert worden ist die Petitionskommission weiter darüber, dass verwaltungsintern eine Bündelung aller Programme im Präventionsbereich im Gange ist. Damit sollen die künftigen Prioritäten und allenfalls zusätzlich obligatorisch zu vermittelnde Inhalte definiert werden. Dass die Lehrpersonen mitentscheiden können, welche Schwerpunkte gesetzt werden, ist aus Sicht des Erziehungsdepartements richtig.

Zu den Erwägungen der Petitionskommission: Die Petitionskommission stuft das Anliegen der Petentschaft, an der Sekundarschule ein obligatorisches Aufklärungs- und Präventionsprogramm gegen allgemeine und sexuelle Belästigung einzuführen, als grundsätzlich berechtigt ein. Das Handlungsbedarf besteht, zeigt auch die vom Grossen Rat mit deutlichem Mehr überwiesene Motion von Karin Sartorius und Konsorten. Da der Regierungsrat also bereits einen entsprechenden Auftrag hat, beantragt die Petitionskommission dem Grossen Rat, die Petition dem Regierungsrat zur abschliessend Behandlung zu überweisen. Dass die einzelnen Schulen und Lehrpersonen bei der Gestaltung des Unterrichts aufgrund der Heterogenität eine gewisse Autonomie haben sollen, stellt die Petitionskommission nicht in Frage. Dass kein flächendeckendes Angebot zur Prävention vor sexualisierter Gewalt existiert, stuft sie jedoch als unbefriedigend ein. Sie unterstützt deshalb die in der Petition aufgestellten Forderungen und erwartet, dass es nach der laufenden Überprüfung aller Präventionsprogramme in diesem Bereich mehr obligatorische Angebote gibt. Ob die jungen Menschen über die mit allgemeinen und sexuellen Belästigungen verbundenen Folgen aufgeklärt werden, darf nicht dem Zufall oder dem Willen von einzelnen Lehrpersonen überlassen werden. Angezeigt sein dürfte zudem der Einbezug von externen Spezialistinnen und Spezialisten, da zum einen nicht alle Lehrpersonen gleich befähigt sein dürften, diese Inhalte zu vermitteln, zum anderen ein gewisser Standard und eine gewisse Qualität sichergestellt sein sollte.

Dass die Schulen tendenziell immer mehr erzieherische, eigentlich den Eltern obliegende Aufgaben übernehmen müssen, stuft die Positionskommission als gesellschaftliche Tatsache ein. Eine Voraussetzung für den nachhaltigen Erfolg von Programmen wie etwa eines zur Prävention vor sexueller Belästigung ist deshalb auch die Sensibilisierung für die Problematik im sozialen und kulturellen Umfeld der Schülerinnen und Schüler.

Zum Antrag: Wie bereits erwähnt, beantragt die Petitionskommission dem Grossen Rat einstimmig, die Petition an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Gianna Hablützel-Bürki hat sich für die SVP eingetragen.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Am 19. April 2023 hat der Grosse Rat dem Antrag bezüglich sexualisiert Gewalt zugestimmt und der Vorstoss wurde überwiesen. Es scheint jedoch wenig plausibel, warum nun eine zusätzliche Petition mit ähnlicher



Zielsetzung überwiesen werden sollte. Die Forderung nach einer Petition zur Integration, umfassender Aufklärung und Prävention gegen allgemeine sowie sexuelle Belästigung im Schulischen Bildungsprogramm für ältere Schülerinnen und Schüler wirkt wenig sinnvoll. Die bereits vorhandenen Massnahmen und vielfältigen Angebote auch des Ressorts Prävention gegen Gewalt bieten bereits umfassende Unterstützung für alle Altersgruppen.

Das Erziehungsdepartement weist daraufhin, dass bereits Programme zur sexuellen Aufklärung im Lehrplan verankert sind, beginnend im Kindergarten und bis zur Sekundarschule. Das Programm und die obligatorische Sensibilisierung der Lehrpersonen bieten bereits eine umfassende Basis für die Auseinandersetzung mit dem Thema.

Die Petitionskommission betont die Autonomie der Schulen und Lehrpersonen bei der Gestaltung des Unterrichts. Eine zwangsweise Einführung eines weiteren verpflichtenden Programms würde also die Flexibilität und individuelle Anpassungsfähigkeit an die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler einschränken. Zudem würde die Umsetzung neuer obligatorischer Programme zusätzliche finanzielle Mittel und Ressourcen erfordern. Für Weiterbildungen zum Thema, wie zum Umgang mit den problematischen Verhaltensweisen Gewalt, Radikalisierung und strafrechtlichen Aspekten, kann man sich direkt an das Ressort Prävention Gegengewalt wenden. Bei Bedarf zieht das Ressort auch andere Dienststellen hinzu und betont die Zusammenarbeit mit relevanten Akteuren wie Schulsozialarbeit, schulpsychologischem Dienst, Kinder- und Jugenddienst sowie Familien- und Erziehungsberatung. Die bestehende Struktur ist somit darauf ausgerichtet, einen ganzheitlichen Ansatz zur Prävention von Gewalt und problematischen Verhaltensweisen in schulischen Kontexten zu gewährleisten.

Der Regierungsrat hat also bereits Massnahmen in Bezug auf die Prävention gegen sexualisierte Belästigung und allgemeine Gewalt an den Schulen eingeleitet. Die Tatsache, dass Schulen zunehmend erzieherische Aufgaben übernehmen müssen, die eigentlich den Eltern obliegen, ist sehr bedauerlich. Es muss einmal mehr betont werden. Kindererziehung ist nicht Aufgabe des Staates.

Aus den genannten Gründen spricht sich die SVP-Fraktion gegen die Überweisung dieser Petition aus.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Wir haben schon wieder eine Bildungspetition vor uns und das zeigt auch ein wenig, wo offenbar die Probleme in diesem Kanton liegen. Neben Verkehr ist die Bildung, gefühlt, jedes zweite oder dritte Mal Thema im Grossen Rat. Und die Antwort aus dem Erziehungsdepartement ist, etwas abstrahiert, immer die gleiche: Ja, das ED findet das Thema auch ganz wichtig, ja, es gibt ganz viele Programme und Projekte und es steht sowieso alles schon im Lehrplan 21. Aber was dann durchgeführt wird in den Schulklassen, das ist abhängig von der Lehrperson. Wenn Sie Glück haben und eine Lehrpersonen haben, die entweder super motiviert ist oder das Thema äusserst wichtig finden, dann wird das Thema behandelt, und sonst halt leider nicht. Und leider hat das ED keinen Einfluss darauf, was in den Schulklassen dann wirklich behandelt wird, ausser es geht um ein obligatorisches Angebot. In diesem Zusammenhang ist diese Petition vielleicht ein bisschen anders als alle anderen, hier gibt es ein obligatorisches Angebot, ja, es gibt ein obligatorisches Aufklärungsangebot in der Primarschule.

Ich bin sehr froh, dass es dieses gibt, aber Sie wissen alle, dass Aufklärungsarbeit schon auch altersgerecht stattfinden soll, das heisst, Sie können in der Primarschule nicht alles durchnehmen, was die Kinder und Jugendlichen bis Ende ihrer Schullebens alles gelernt haben sollten. Das heisst, es braucht unbedingt auch in den weiterführenden Schulen Angebote. Und dass diese freiwilligen Angebote, diese Programme, die grundsätzlich zur Verfügung stehen, nicht reichen beziehungsweise nicht oft genug abgeholt werden, hat die Petentschaft sehr klar ausgeführt. Es geht hier eben nicht «nur» um die Prävention vor sexualisierter Gewalt, das alleine würde ja reichen, um eine Petition zu machen, es geht auch um die Aufklärung. Und das betrifft eben die bereits überwiesene Motion nicht.

Deshalb ist es aus unserer Sicht sehr wichtig, dass wir als Ergänzung zur Motion Sartorius, die wir hier überwiesen haben, diese Petition hinzufügen. Die Petitionskommission beantragt die abschliessende Bearbeitung durch den Regierungsrat zusammen mit der Motion. Es geht also jetzt nicht darum, weitere parallele Prozesse zu schaffen sondern darum, dass die Bearbeitung der Motion Sartorius mit dieser Petition ergänzt wird.

Und vielleicht noch etwas Grundsätzlicheres: Wir haben jetzt ja gerade zwei solche Petitionen hintereinander behandelt, und bei der letzten gesagt wurde, es sei halt schwierig, weil es sonst schon so viele Sachen gibt und man müsse dann halt schauen, ob da nicht andere inhaltliche Angebote oder Lerninhalte wegfallen. Vielleicht braucht es schon einmal eine Überprüfung, nicht gerade das Stundentafel, aber welche Prioritäten innerhalb der Fächer gesetzt werden. Ich erwarte vom Erziehungsdepartement schon, dass man etwas genauer hinschaut. Ich möchte an eine an eine Petition erinnern, in der es darum ging, wie die Fragen von Diskriminierung in der Schule behandelt werden. Da hiess es, im Fach Ethik, Gesellschaft und so weiter würde nur Religion unterrichtet werden. Es ist nicht schlimm, dass das auch darin vorkommt. Aber wenn das Erziehungsdepartement keinen Einfluss hat darauf, was in den einzelnen Fächern dann auch behandelt wird und welche



zwingenden Inhalte durchgesetzt werden, dann frage ich mich schon, weshalb so viele Menschen in diesem Departement arbeiten.

Aber zurück zu dieser Petition: Bitte überweisen Sie diese dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SP hat das Wort Nicole Amacher.

Nicole Amacher (SP): Auch wir von der SP unterstützen das sehr wichtige Anliegen der jungen Petentschaft. Wir sind dafür, die Aufklärung und die Präventionsprogramme gegen allgemeine und sexuelle Belästigungen im schulischen Bildungssystemen noch verbindlicher zu implementieren. Sie haben es schon gehört, die sexuelle Aufklärung ist bereits Bestandteil des Lehrplans 21 und liegt in den verschiedenen Stufen in der Verantwortung der Lehrperson. Wann und wie das Thema aufgenommen wird, ist nebst den vielen Aufgaben und Ansprüchen an Lehrpersonen eine weitere grosse Verantwortung, insbesondere beim Thema der sexualisierten Gewalt. Für ältere Schülerinnen und Schüler existiert zwar ein nicht obligatorisches Programm, das nennt sich Herzsprung, Freundschaft, Liebe, Sexualität ohne Gewalt, das von den Lehrpersonen gebucht werden kann. Wir waren jedoch sehr erstaunt zu hören vom ED, dass die finanziellen Mittel beim ED und somit bei den einzelnen Schulen nicht ausreichend eingeplant sind, so dass dieses Programm überhaupt standardmässig gebucht werden könnte, wenn dies gewollt würde.

Das darf nicht sein und da erwarten wir, dass die dafür nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Deshalb sind wir für die Überweisung zur abschliessenden Stellungnahme der Regierung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Gianna Hablützel-Bürki beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Wir stimmen deshalb darüber ab.

Abstimmung

JA heisst an RR zur abschliessenden Behandlung gemäss Antrag PetKo, NEIN heisst Erledigt

Ergebnis der Abstimmung

70 Ja, 17 Nein, 6 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003022, 06.03.24 16:41:10]

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Petition geht an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung. Sie haben dies mit 70 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen 6 Enthaltungen entschieden.

16. Petition P470 "Umnutzung leere Bürogebäude zu Wohnraum", Bericht der PetKo

[06.03.24 16:41:25, 23.5549.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert 6 Monaten zu überweisen. Das Wort hat der Kommissionspräsident Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne berichte ich zur Petition 470 Umnutzung leere Bürogebäude zu Wohnraum.

Zum Anliegen der Petentschaft: Vertreter der Petition sind der Ansicht, dass die 2018 vom Basler Stimmvolk angenommene Volksinitiative Recht auf Wohnen bisher nicht ausreichend umgesetzt wurde. Die Zahl der in Basel-Stadt als obdachlos gemeldete Personen ist seit Einführung der Initiative lediglich um 20 Prozent zurückgegangen und liegt weithin bei rund 320 Personen. In Basel besteht ein erheblicher Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Die Petentschaft anerkennt, dass es in einer



dicht bebauten Stadt wie Basel nicht einfach ist, neuen und vor allem bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Sie sieht deshalb Potenzial in der Umwandlung von Bürogebäuden in Wohnungen. Zukünftig ist gemäss der Petentschaft nicht damit zu rechnen, dass leerstehende Büroflächen wieder ihrer ursprünglichen Nutzung zugeführt werden. Vielmehr wird die Zahl der leerstehenden Büroflächen noch weiter zunehmen. Sie fordert den Staat einerseits dazu auf, geeignete eigene Immobilien umzuwidmen und andererseits Anreize für Einzelpersonen zu schaffen, ungenutzte Bürogebäude in Wohnraum umzuwandeln. Dafür spricht, dass mehr Wohnraum benötigt wird und ein Überangebot an Büroflächen besteht. Die Petitionsvertreter erwähnten insbesondere auch junge Menschen, die sich im Übergang zwischen Schule und Beruf befinden und auf Sozialhilfe angewiesen sind. Diese könnten von der Umwandlung von Bürogebäuden in Wohnräume besonders profitieren. Insgesamt stellt die Petentschaft fest, dass ein akuter Mangel an bezahlbarem Wohnraum besteht für Menschen mit einerseits sehr begrenzten finanziellen Mitteln, aber auch limitierten Wohnkompetenzen. Auf Fragen der Kommission erklärten die Vertreter der Petition, dass Personen ohne festen Wohnsitz überwiegend auf eigene Faust nach Wohnungen suchten. Für obdachlose Menschen ist es wichtig, ein Dach über dem Kopf, ein eigenes Bett, ein eigenes Bad und Kochmöglichkeit zu haben.

Die Haltung des Präsidialdepartements: Die Vertreterin des Präsidialdepartements hat zum einen dargelegt, wie die Umnutzung von Bürogebäuden in Wohnraum von der Kantons- und Stadtentwicklung grundsätzlich beurteilt wird, zum anderen, welche Massnahmen der Kanton zugunsten wirtschaftlich schwächerer Menschen auf dem Wohnungsmarkt ergriffen und geplant hat. Wir haben heute auch dazu bereits einiges gehört. Der Büroleerstand hat sich im Kanton Basel-Stadt in den letzten Jahren erhöht. Dieser stieg durch den Zusammenschluss der Büroarbeitsplätze der Roche auf dem eigenen Areal auf über 5 Prozent an. Bei Wirtschaftsflächen wird der Leerstand in dieser Grössenordnung allerdings als gesund eingestuft. Die Nachfrage nach Büroflächen sinkt aber durch Flächenoptimierung und das vermehrte Homeoffice. Dem steht jedoch wiederum das Beschäftigungswachstum entgegen, denn bis 2035 soll es im Kanton Basel-Stadt 220'000 Arbeitsplätze geben.

Der Kanton ist gemäss der Vertreterin des Präsidialdepartements im Jahr 2014, basierend auf einer Potenzialstudie, davon ausgegangen, dass infolge der erwähnten Absichten der Roche bis 2021 durch Umnutzung von Büros 400 bis 600 zusätzliche Wohnungen entstehen könnten. Rückblickend lässt sich feststellen, dass innerhalb von acht Jahren 450 Wohnungen entstanden sind, allerdings kaum preisgünstige. Aufgrund der unterschiedlichen Struktur von Büro- und Wohnhäusern sind Nutzungsänderungen mit hohen Umbaukosten verbunden. Sie liegen im Schnitt etwa bei 80 Prozent der Kosten von Neubauten. Wirtschaftlicher als bei reinen Bürogebäuden dürften die Umnutzung bei zum Wohnen gebauten, später aber in Büros oder zum Beispiel Arztpraxen umfunktionierte Gebäude sein. Solche wieder in ihren ursprünglichen Zweck zurückzuführen ist einfacher, da die Grundstruktur auf das Wohnen ausgerichtet ist. Die meisten privaten Eigentümerinnen und Eigentümer von Büroliegenschaften gehen zudem grösstenteils davon aus, dass leerstehende Räumlichkeiten früher oder später wieder vermietet werden können. Die Zahl der Umnutzung ist deshalb eher gering.

Zur Umsetzung des Verfassungsauftrages, dem Ausbau des Angebotes an preisgünstigen Wohnungen hat der Regierungsrat verschiedene Massnahmen ergriffen. Seit 2014 existiert die Objekthilfe bei Genossenschaftswohnungen. Mit der Abgabe von Baurechten an Genossenschaften mit einer breiten Mieterschaft werden diese Bemühungen weiter verstärkt. Die Immobilien Basel-Stadt hat das ebenfalls auf eine breite Mieterschaft ausgerichtete Wohnbauprogramm 1000 Plus lanciert. Zudem ist die Einrichtung einer öffentlich-rechtlichen Stiftung für preisgünstigen Wohnraum vom Grossen Rat beschlossen worden. Sie soll mit dem Kauf von Wohnungen in Bestandesbauten zum Erhalt von günstigem Wohnraum beitragen. Schliesslich verfügt der Kanton über eine gewisse Zahl an Notwohnungen. Das Pilotprojekt Housing First für wohnungs- und obdachlose Menschen mit geringen Wohnkompetenzen soll weitergeführt und ausgebaut werden. Wir haben heute, wie Sie ja wissen, darüber abgestimmt.

Zudem soll der Anteil der preisgünstigen Wohnung von 13,5 Prozent im Jahr 2018 auf 25 Prozent im Jahr 2050 steigen. Als für den Kanton kaum möglich bezeichnet hat es die Vertreterin des Präsidialdepartements, leerstehende Wohnhäuser zu kaufen und die Wohnungen an besonders benachteiligte Menschen zu vermieten. Auch die von der Stiftung für preisgünstigen Wohnraum erworbene Gebäude sind in der Regel bewohnt. Eine Herausforderung ist es auch, einzelne Wohnungen für das Housing First zu finden. Im Rahmen von Housing First Plus ist es ja die Absicht des Regierungsrates, eine Immobilie zu kaufen, die ausschliesslich für die Betreuung wirtschaftlich benachteiligter Menschen mit unzureichender Wohnkompetenz zur Verfügung steht.

Zu den Erwägungen der Petitionskommission: Die Petitionskommission geht mit der Petentschaft einig darin, dass es in Basel mehr bezahlbaren und zugänglichen Wohnraum für wenig begüterte Menschen braucht. Dass in Basel über 300 Menschen als wohnungslos gemeldet sind, stuft sie allerdings als Alarmzeichen ein. Ein Fragezeichen setzt die Kommission hinter den von der Petentschaft ins Spiel gebrachten Lösungsvorschlag, ist doch mit der Umwandlung von Büros in Wohngebäude noch kein günstiger Wohnraum geschaffen. In der Tendenz dürfte die Umnutzung von grossen Büroflächen in, wie von der Petentschaft gefordert, kleine Wohneinheiten, sogar überproportional aufwendig und teuer sein, braucht es doch für jede einzelne Wohnung eine Grundinfrastruktur wie etwa Nasszelle oder Küche.

Mit Blick auf die Zielgruppe der Petition hinaus kann sich die Petitionskommission durchaus vorstellen, dass die Umnutzung von Büroräumlichkeiten zur Minderung der Wohnungsknappheit beitragen kann. Dass sich aufgrund der Umbaukosten nicht



jedes Bürogebäude dafür eignet, kann sie nachvollziehen. Die Umwandlung von Büro- in den Wohnraum sollte aber nicht auf das Ziel der Schaffung von günstigem Wohnraum reduziert und die Idee deshalb weiterverfolgt werden. Je mehr Wohnraum zur Verfügung steht, desto einfacher wäre es auch für Leute mit kleinem Budget, eine Wohnung zu finden.

Zum Antrag der Petitionskommission: Da am Hearing einige Fragen offen geblieben sind, beantragt die Petitionskommission einstimmig dem Grossen Rat, die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 6 Monaten zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Als erster hat sich Andreas Zappalà für die FDP eingetragen.

Andreas Zappalà (FDP): Wenn ich die Kreuztabelle anschau, dann hätte ich vermutlich auch sitzen bleiben können, aber der Antrag der Petitionskommission hat uns in der Fraktion schon ein bisschen geärgert. Vor allem geht es heute wieder darum, dass man eine Petition hat. Die Petition wurde eigentlich sehr gut von der Petitionskommission bearbeitet, die einzelnen Fragen wurden geklärt, und dann stellt man am Schluss über diese Petition hinausgehende Zusatzfragen an den Regierungsrat. Offenbar wurden diese Fragen im Hearing nicht geklärt. Wenn das so ist, dann hätte man ja auch noch nachfragen können und dann diese Beantwortung in den Kommissionsbericht einbauen können.

Aber ungeachtet dessen wurde ein Teil dieser Fragen heute morgen schon beantwortet, als wir das Traktandum 10 behandelt haben. Mindestens zwei dieser Fragen wurden nämlich dort schon thematisiert. Und dann gibt es ja auch noch den Anzug Adrian Iselin, den wir vor ein paar Wochen überwiesen haben. Auch dort geht es um die Frage, inwiefern Büroräume zu Wohnräumen umfunktioniert werden können. Also auch dort wird der Regierungsrat berichten, wie das möglich ist und was seine Meinung dazu ist.

Aus diesem Grund macht es gar keinen Sinn, dass man den Regierungsrat nochmals mit Fragen bombardiert oder die Verwaltung mit Fragen bearbeiten will. Die sollen sich auf die Fragen konzentrieren, die tatsächlich im Raum stehen und nicht auf Fragen, die noch durch eine zusätzliche dritte Kommission gestellt werden.

Im übrigen hat die Kommission, wie bereits gesagt und das hat der Kommissionspräsident jetzt auch sehr klar erläutert, Stellung genommen zur Problematik der Umnutzung von Geschäftsliegenschaften oder Geschäftsräumen zu Wohnraum. Für mich ist das Anliegen, dass man eine Umnutzung von Geschäftsräumlichkeiten zu Wohnräumen, die dann auch noch preisgünstig sein müssen, ein Widerspruch, denn das ist fast nicht möglich. Man kann durch Umnutzung mehr Wohnraum schaffen, aber man kann nicht umnutzen und so viel mehr preisgünstigen Wohnräumen schaffen dass es wirklich auch etwas bringt.

Aus diesem Grund bitte ich Sie im Namen der Fraktion FDP, die Petition als erledigt zu erklären.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die Fraktion SP ist Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Ich spreche auch für die Fraktion des GAB. Ich möchte Ihnen gemeinsam mit der Mehrheit der Petitionskommission empfehlen, diese Petition an den Regierungsrat zur Beantwortung der Fragen zu überweisen. In diesem Kanton haben wir es momentan mit einem Kapitalstreik zu tun, das Kapital streikt und weigert sich, im Wohnbereich das zu tun, was es angeblich sonst immer machen will, nämlich adäquaten Wohnraum zur Verfügung zu stellen. In diesem Kontext muss alles wieder auf den Tisch, auch etwas, das wir in in diesem Kontext in diesem Rat auch schon diskutiert haben, zum Beispiel das Vorkaufsrecht des Kantons. Es ist darum umso wichtiger und zentral, dass wir uns diesen Fragen jetzt noch einmal annehmen. Ich glaube auch, dass die Petition anders als andere Vorstösse, die wir zu diesem Thema schon behandelt haben, sehr konkret ist, und sie kommt auch von derjenigen Petentschaft, die 2018 eine Volksinitiative in diesem Kanton erfolgreich bestritten hat und das Recht auf Wohnen in der Verfassung verankert hat.

In diesem Sinne finde ich es sehr gut, wenn wir in diesen Zeiten des Kapitalstreiks im Wohnbereich auch den Regierungsrat bitten, diese Fragen zu beantworten. Ich bitte Sie im Namen der SP und der GAB-Fraktion, die Petition zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert 6 Monaten zu überweisen. Andreas Zappalà hat den Antrag gestellt, sie als erledigt zu erklären. Wir kommen zur Abstimmung.



Abstimmung

JA heisst Erledigt, NEIN heisst an RR zur Stellungnahme gemäss Antrag PetKo

Ergebnis der Abstimmung

20 Ja, 68 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003024, 06.03.24 16:54:49]

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben mit 68 Nein-Stimmen gegen 20 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung entschieden, die Petition zur Stellungnahme an den Regierungsrat zu überweisen.

18. Motion 1 Franz-Xaver Leonhardt für einen Neuanfang beim Areal Horburg

[06.03.24 16:55:07, 24.5018.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Die erste Wortmeldung als Einzelsprecher geht an Ivo Balmer.

Ivo Balmer (SP): Heute geht es in die nächste Runde für das Horburg-Areal. Wir diskutieren die erste Überweisung einer Motion, die einen echten Neuanfang ermöglichen könnte. Ich denke, alle hier drin in diesem Saal und vor allem auch die Quartierbewohner:innen vor Ort haben den Scherbenhaufen und die Ohnmacht noch bestens in Erinnerung, welcher die Regierung, die CS aka UBS unter fleissiger Mithilfe der HKBB angerichtet haben. Der Motionär Franz-Xaver Leonhardt verbindet nun mit diesem Vorstoss geschickt eine grundsätzliche Position mit diesem konkreten Scherbenhaufen aus unserer aktuellen Stadtentwicklung. Es ist ein politisches Angebot, den gordischen Knoten zu zerschlagen und einen echten Neuanfang an diesem Ort zu wagen. Nachdem die Hochhausträume zerbrochen sind, ist das genau der richtige Vorstoss zur richtigen Zeit.

Zum Grundsätzlichen: Diese Motion erinnert an die heute leider verschüttete Idee einer liberalen Bodenpolitik. Diese wurde von einem prominenten Basler, Hans Bernoulli, geprägt. Sein Buch »Die Stadt und ihr Boden« gilt heute noch als das Standardwerk. Darin sind folgende Grundsätze beschrieben: Erstens, die Gemeinde verkauft kein Land. Zweitens, die Gemeinde erwirbt in privatem Eigentum stehendes Land nach Möglichkeit. Drittens, die Gemeinde lässt ihr Land durch Private Nutzen, indem sie ihnen ein Baurecht einräumt an diesem Land. Geradezu aktuell klingt eine weitere Passage in diesem Buch: Die Stadtbaukunst von heute ist ohnmächtig. Es ist klar, dass Kunst und Wissenschaft von der Stadt mit einer wirkungsvoll vollen Bodenpolitik Hand in Hand gehen müssen, wenn sie zur Verwirklichung kommen wollen. Das klingt in unseren Ohren aktueller denn je. Gestern Hans Bernoulli, heute Franz-Xaver Leonhardt, das ist bürgerliche Politik.

Zum Konkreten: Was waren eigentlich die Hauptargumente des Widerstands? Versuchen wir uns zu erinnern, und man kann es heute in der Mittagsausgabe der Baz, auch nochmals nachlesen, die Eigentümerin hat mehrfach und über verschiedene Kanäle immer wieder angekündigt, dass sie ohne rechtsgültigen Bebauungsplan erwägt, das Areal Horburg zu verkaufen und nicht mehr baulich weiterzuentwickeln. Diese Drohung kennen wir auch aus anderen Debatten und ich nenne es genau wie mein Vorredner Beda Baumgartner Kapitalstreik. Kapitalstreik ist die Praxis von Unternehmen, Neuinvestitionen in eine Volkswirtschaft zurückzuhalten, bis eine für sie günstigere Politik Einzug findet. Mir kommen diese Beweggründe bekannt vor. Bei unserer Megabank UBS kommen vermutlich noch interne Gründen dazu, die muss ich gar nicht weiter ausführen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, und vor allem diejenigen der Parteien, die sich einer liberalen Grundhaltung verschrieben haben, Sie müssen wirklich keine Angst haben. Ihr Kollege Franz-Xaver Leonhardt hat sich bei diesem Vorstoss ganz bestimmt keine roten Handschuhe angezogen. Diese Motion zeugt lediglich von einem hervorragenden bürgerlichen Polithandwerk. Das muss ich neidlos eingestehen. Einen solch weitsichtigen Vorstoss unterstützt die SP sehr gerne, und ich hoffe, hier folgt die bürgerliche Zusammenarbeit.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Andreas Zappalà.



Andreas Zappalà (FDP): Meiner Art entsprechend werde ich eher sachlich argumentieren und nicht so theatralisch. Ebenso bin ich mir nicht sicher, ob es wirklich ein Lob ist, wenn ein Bürgerlicher mit seinem Vorstoss so gelobt wird von einem Linken im Parlament. Ich bin zwar Einzelsprecher hier, ich weiss aber, dass mein Votum unterstützt wird von der FDP-Fraktion und auch von der GLP-Fraktion.

Ich glaube, es ist darin klar, dass auf bürgerlicher Seite Anliegen, die den Kauf von Boden durch den Kanton oder die Einwohnergemeinde zum Inhalt haben, nicht sehr gut ankommen. Hier haben wir grundsätzliche Differenzen zu unseren Kolleginnen und Kollegen aus der SP oder dem Linksgrünen Bündnis.

Ob diese Motion zum richtigen Zeitpunkt kommt, mag ich zu bezweifeln. Was wir im Moment haben, ist ein Bebauungsplan, den wir hier diskutiert haben und den wir dann zurückgewiesen haben an den Regierungsrat. Im Moment gibt es also keine rechtlichen Grundlagen, dass hier sich an diesem Grundstück irgend etwas ändert. Die Motion will nun, dass der Regierungsrat Kaufvertragsverhandlungen aufnimmt, und zwar innerhalb eines Jahres. Diese Verkaufsvertragsverhandlungen müssen dann auch zu einem positiven Ergebnis führen. Wenn man dann gekauft hat, dann muss man einen Bauträger bestimmen und dieser Bauträger muss dann neu planen. Die Rückweisung an den Regierungsrat hat genau das zum Inhalt, nämlich dass der Regierungsrat mal schauen soll, was man neu planen kann und welche Möglichkeiten es gibt in Zusammenarbeit mit dem Quartier und mit der heutigen Eigentümerschaft.

Wenn nun der Regierungsrat sagt, er sei vom Parlament verpflichtet worden, Vertragsverhandlungen aufzunehmen, dann ist das ein Signal an die Gegenseite, zu sagen, ja, wenn die kaufen müssen, dann bestimmen wir den Kaufpreis. Und dieser Kaufpreis ist dann nicht ein Kaufpreis, den man jetzt einfach so zahlt, sondern das ist dann eher ein Kaufpreis, der höher liegt. Was handelt man sich mit dem Kauf der Liegenschaft ein? Nichts anderes, als was die Eigentümerschaft heute hat, nämlich eine unklare Rechtslage, Probleme im Bebauen dieses Grundstückes. Und da stellt sich mir schon die Frage, wollen wir jetzt Geld aufwenden, damit wir dann ein Grundstück haben, über dessen Bebauung im Quartier gestritten wird? Wollen wir nicht lieber Leitplanken setzen der heutigen Eigentümerschaft und sagen, das ist bebaubar, das ist nicht bebaubar, hier setzt das Quartier Grenzen. Ich bin der Meinung, dass dieser Weg der richtige ist, und dass die Rückweisung an die Regierung, die wir beschlossen haben, der richtige Weg war. Die Regierung soll jetzt schauen, zusammen mit dem Quartier und der Eigentümerschaft, was möglich ist, und dementsprechend vorgehen. Aus diesem Grund bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Ich muss zugeben, als ich zuerst von diesem Vorstoss gelesen habe, damals noch in der Zeitung, nicht die Motion selber, musste ich ein bisschen den Kopf schütteln und schmunzeln. Das ist wieder mal Franz-Xaver Leonharst mit einem ungewöhnlichen Vorgehen, mit einer fixfertigen Visualisierung. Das kann man so machen, okay. Als ich dann den Vorstoss selber auch noch gelesen habe, musste ich sagen, dass es sinnvoll ist, so vorzugehen. Ivo Balmer hat es bereits sehr deutlich ausgeführt und auch mit vielmehr Hintergrundwissen als ich das hier machen kann, auch mit viel mehr Rhetorik. Aber es ist klar, wir haben eine verfahrenere Situation. Und mit dem, was die CS damals noch zusammen mit der Regierung gemacht hat, haben sie sich verrannt. Dieses Projekt war nicht bewilligungsfähig, hatte nie eine Chance auf eine Mehrheit bekommen. Wir haben es zurückgewiesen mit der Idee, dass ein Neuanfang gemacht werden kann.

Einen kreativen Neuanfang braucht es jetzt, und ich denke, dieser Vorstoss ermöglicht das und ermöglicht eben auch, dass nicht die Interessen eines privaten Investors ganz hochgestellt werden, sondern dass man wirklich schauen kann, was die Bevölkerung möchte und was Sinn für den ganzen Kanton macht. Und das ist eben einfacher, wenn das Land auch dem Kanton gehört. Und gerade weil es eben auch sehr unsicher ist, wem dieses Land, dieses Areal, diese Überbauung irgendwann gehören wird – die UBS hat ja angetönt, dass sie das Land vielleicht verkaufen möchte –, macht das Sinn, dass der Kanton das Land selber kauft. Vielleicht ist es ja auch nur eine leere Drohung, der Verkauf durch die UBS. Das könnte schon auch sein, denn wir wissen, diese Überbauung ist rentabel, da braucht es keine Weiterentwicklung. Es braucht kein Hochhaus, damit das funktioniert und es ist eine sehr attraktive Überbauung. Da möchten die Menschen sehr gerne wohnen, es hat für das Quartier ist sehr viel Grün. Es hat viel Charme und bietet gutes Zusammenleben zwischen den verschiedenen Blocks.

Wenn man schon davon redet, dass man Angst hat, was sich der Kanton hier einhandelt, muss man entgegen, dass wir schon ab und zu ein Risiko eingehen, wenn der Kanton etwas kauft, ich denke ans Rosental, aber bei dieser Überbauung besteht nun wirklich kein grosses Risiko. Man weiss, was man bekommt und man kann schlussendlich auch ein bisschen mit sich selber das Ganze weiterentwickeln. Und wir als Grosser Rat und die Bevölkerung haben endlich die Möglichkeit, auch wirklich mitzureden und zu schauen, dass es eine sinnvolle Entwicklung gibt. Ich bitte Sie, der Motion zuzustimmen.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Ob Sie nun mein Votum zu baufreundlich oder -unfreundlich, zu wenig bürgerlich oder zu stark links oder umgekehrt finden, ist mir offen gesagt egal. Es geht mir um die Sache. Ich bin immer wieder begeistert von der Rhetorik von Ivo Balmer, auch wenn ich meistens seine Meinung nicht vertrete.

Aber es stimmt natürlich, dass wir im Dezember diesen Ratschlag zurückgewiesen haben, weil er einfach nicht mehrheitsfähig war. Das heisst nicht generell, dass wir gegen Bauen in diesem Kanton sind, das heisst auch nicht generell, dass wir jetzt als Kanton grossflächig Areale kaufen sollten. Es heisst schlicht und einfach, dass die Quartierbevölkerung diesen Ratschlag nicht wollte. Der Widerstand war riesig. Ich habe vor und nach dieser Debatte viele Nachrichten kommen aus der Quartierbevölkerung. Als wir von der SVP damit argumentierten, wurden wir medial etwas belächelt, dass das jetzt unser Hauptargument ist, diesen Ratschlag zurückzuweisen. Selbstverständlich kann man dieses Argument belächeln, wenn man keine Ahnung von Politik hat, aber selbstverständlich macht man natürlich auch Politik für die Menschen. Und dieses Hochhaus war halt einfach nicht mehrheitsfähig.

Zur Motion: Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass diese Motion der falsche Weg ist. Wir haben diesen Ratschlag an den Regierungsrat zurückgewiesen, damit der Regierungsrat verschiedene Varianten prüfen kann. Wir sagen nicht, dass dieser Kauf gar keine Option ist, aber wir sagen auch nicht, dass es die einzige Option ist. Wenn man aber den Motionstext etwas genauer liest, dann sieht man, dass Verhandlungen mit dem Eigentümer aufgenommen werden sollen und möglichst auch der Vertrag abgeschlossen werden soll. Das ist schon sehr, sehr absolut. Da sind wir eher der Meinung, dass der Regierungsrat jetzt verschiedene Möglichkeiten prüfen soll, wie man hier weiter vorgeht.

Aus Sicht der SVP-Fraktion kann ich Ihnen auch ehrlich sagen, es ist auch eine Option für uns, dass dort jetzt nicht zwingend viel neuer Wohnraum entstehen muss. Wenn Sie immer sagen, dass hier im dichtbesiedelten Gebiet im ganzen Kanton, im Kleinbasel zwingend neue Wohnungen entstehen müssen, weil es nicht anders geht und weil die Nachfrage zu hoch ist, dann rate ich Ihnen dringend, sich mit der Nachhaltigkeitsinitiative der SVP Schweiz auseinanderzusetzen. Wenn Sie immer das Narrativ vertreten, dass eine 10-Millionen-Schweiz kein Problem ist und hier bei ein paar Dutzend neuer Wohnungen der Widerstand in der Quartierbevölkerung derart gross ist, dass ein derartiges Projekt scheitert, dann haben wir hier doch mehr Probleme, als Sie hier teilweise alle denken. Dementsprechend sind wir nicht in der Verantwortung zu sagen, dass wir überall neuen Wohnraum schaffen müssen, während der Widerstand in der Quartierbevölkerung gross ist. Wir müssen dort neuen Wohnraum schaffen, wo es auch akzeptiert ist, in der breiten Bevölkerung. Das war bei diesem Projekt nicht der Fall. Deshalb haben wir es abgelehnt. Jetzt ist der Regierungsrat am Ball und dafür benötigt es keine neue Motion, die dem Regierungsrat direkt vorgibt, welche Option die richtige ist.

Dementsprechend bitte ich Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich beginne relativ trocken. Ich habe mal in unserer Geschäftsordnung geschaut, § 42 Abs. 3, darin wird gesagt, dass unzulässig eine Motion sei, die auf den verfassungsrechtlichen Zuständigkeitsbereich des Regierungsrates, auf einen Einzelfallentscheid usw. einwirken will. Ich nehme an, die Regierung wird, falls diese Motion überwiesen wird, zu Recht prüfen, ob sie überhaupt zulässig ist. Das interessiert natürlich die Vertreter der Bodenverstaatlichungsideologie, zu denen neuerdings auch die Mitte zählt, und ihr definierter Präsident nicht.

Aber wie soll die Regierung das jetzt umsetzen? Da nimmt sie ja ein bisschen Geld in die Hand, das wahrscheinlich das Kompetenzkonto übersteigt. Wo ist da irgendwo ein finanzrechtlicher Beschluss dafür? Sie sagen, das Finanzvermögen, aber das Finanzvermögen sollte eben nach Prinzipien angelegt werden, die nicht politisch vorgegeben werden durch einen Einzelbefehl, um das ein bisschen zu verdeutlichen. Andreas Zappalà hat schon darauf hingewiesen, wenn Sie jetzt dem Regierungsrat Carte blanche geben, der UBS das Areal abzukaufen, dann höre ich jetzt schon die Champagnerkorken, nicht nur das Alarmtelefon von Raoul Furlano. Das Finanzvermögen über einen politischen Auftrag zu plündern, koste es was es wolle – über so viel Naivität der Mitte staune ist wirklich.

Wir können die Regierung in ihrer Weisheit überlassen, vielleicht ist der Kauf dieses Areals eine gute Idee. Dann soll sie das selber machen und ohne preistreibenden Auftrag durch die Mitte, die wie Honig das Lob der Linke einsaugt. Ich bin wirklich erstaunt. Wenn die Mitte nach links abdriftet, ist eine Mehrheit nicht möglich, aber ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen. Da wird gegen das Prinzip in unserer Verfassung verstossen. Es wird sehr unklug gehandelt und das alles noch begründet mit einer Verstaatlichungsideologie. Es ist ein wichtiges Thema. Vielleicht will die Regierung das aus eigenem Entscheid im Finanzvermögen kaufen, sofern es sich um einen angemessenen Preis handelt. Da lobe ich dann vielleicht, aber das über eine Motion anzustossen, ist unverantwortlich.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Ich begrüsse grundsätzlich das Anliegen von Franz-Xaver Leonhardt in einem Punkt, nämlich dass er die Entwicklung des Areals vorantreiben will und mehr Wohnraum entstehen lassen will. Die Fraktion kann jedoch die Motion nicht unterstützen. Die Motion suggeriert, dass sich etwas ändere bezüglich der Qualität des Projektes, wenn der Staat den Boden kauft. Die CS-Anlagestiftung hat über die letzten 10 Jahre alle Optionen geprüft, Wettbewerbe gemacht und ist zum Schluss gekommen auch durch die Beratung der Verwaltung, dass das Projekt, das keine Akzeptanz gefunden hat, die bestmögliche Verdichtungsform ist auf diesem Perimeter.

Es liegen also nicht andere Optionen vor, die grundsätzlich besser wären. Wir haben hier ein Gebiet, auf dem Liegenschaften stehen, die unter Denkmalschutz gehören, und das erschwert die Entwicklung in einer extremen Weise, genau so wie der darunter liegende Strassentunnel. Diese wichtigen Punkte muss man auch noch ins Feld führen, um die Optionen genau zu sehen. Was ändert sich, wenn der Kanton den Boden kauft? Ich gehe nicht davon aus, dass er einfach die Gebäude im Baurecht abgeben kann und jemand einen adäquaten Preis dafür bezahlt, denn wenn das der Fall ist, dann kann ja die CS-Anlagestiftung das auch selbst machen.

Es ist ein interessantes Thema, das hier angesprochen wird und David Jenny hat es auch schon bereits erwähnt. Hier fordert der Motionär, dass Steuergelder, die im vom Finanzvermögen liegen, verwendet werden, um einfach ein Projekt zu kaufen, das mit Anforderungen, die wir selbst definiert haben, so belastet sind, dass es der Eigentümer nicht als rentabel auffasst und darum, wir haben es heute in der Zeitung gelesen, allenfalls verkaufen will. Die Steuergelder im Finanzvermögen müssen auch eine angemessene Rendite abwerfen können. Ansonsten müsste man das Areal ins Verwaltungsvermögen kaufen, und dafür sind auch wir im Grossen Rat zuständig. Das wäre dann immerhin eine gerechte Behandlung dieses Geschäfts.

Ich weiss nicht, welches Signal wir aussenden, wenn wir sagen, wir kaufen alle Projekte oder Immobilien, die nicht mehr rentabel sind oder die Schwierigkeiten haben. Sie haben es alle gelesen, der Kanton hat das Clara-Areal gekauft, die Gartenstrasse gekauft, und die LDP ist kritisch diesen Käufen gegenüber. Wir wollen kein Signal aussenden an die ganze Stadt im Sinne: «Habt ihr ein Problem mit eurer Liegenschaft, verkauft sie uns und geht nach Basel-Landschaft oder Solothurn.» Dies darf nicht das Signal sein.

Ich glaube auch, Hans Bernoulli hätte in der heutigen Zeiten anders darüber geschrieben, wenn die Auflagen so hoch wären, dass der Steuerzahler eigentlich den Scherbenhaufen bezahlen muss und der Private dann einfach verkauft. Das ist auch ein Grund, wieso wir diese Motion nicht unterstützen können. Die Diskussion aber, wer der Bodeneigentümer sein soll in einem dicht besiedelten Gebiet wie der Kanton Basel-Stadt, müssen und werden wir führen, und da bieten wir auch Hand daz. Aber nicht in der Form dieser Motion. Und darum bedanke ich mich dafür, wenn Sie die Motion nicht überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Ivo Balmer an? Sie wird angenommen.

Ivo Balmer (SP): Mich interessiert nur, inwiefern Sie das Gefühl haben, dass der Architekt Hans Bernoulli heute die Bodenspekulation nicht mehr als Problem für die Planung sehen würde, er, dessen Hauptproblem die Bodenspekulation und die Planung war.

Michael Hug (LDP): Damals waren die Rahmenbedingungen wohl anders. Man hatte nicht so ein enges Korsett an Anforderungen, die man erfüllen musste, und vielleicht gab es auch keine Baukommission, die zum Teil Vorschriften machte, dass ein Bau gar nicht mehr möglich war. Und die gleichen Anforderungen muss auch der Kanton als Eigentümer erfüllen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich glaube, es wurden alle Argumente auf den Tisch gelegt. Daher kann ich nur noch eines vorbringen, das mir aber als wichtiges Argument erscheint. Es spielt keine Rolle, ob man jetzt will, dass der Kanton mehr Boden kauft oder nicht. Da haben wir einen grossen Graben. Aber wenn Sie diese Motion überweisen, erreichen Sie nur eines, und das ist ein Hochtreiben des Preises.

Daher wäre ich Ihnen sehr dankbar, Sie würden sie nicht überweisen. Ich finde, es sind Themen, die man auch mal in einer Kommission ansprechen könnte. Man kann uns auch einladen, das ist kein Problem. Man kann darüber diskutieren. Aber die Überweisung dieses Vorstosses halte ich für unsere Staatsfinanzen nicht für sinnvoll.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zum Motionär Franz-Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Ich danke schon vorweg für diese wirklich interessante Diskussion. Für mich ist es wie der Gang nach Canossa. Ich habe das extra als Einzelmotionär unterschrieben, als einfaches Parteimitglied der Mitte, das scheinbar seine Verantwortung nicht übernimmt. Einige sagen, ich sei in der falschen Partei. Nein, ich bin in der richtigen Partei, und am Montag können unsere Mitglieder wählen, ob sie ein Co-Präsidium möchten. Sie sind ganz frei. Nachher werde ich solche Einzelgänge nicht mehr machen, ich habe dann einen anderen Hut auf.

Sie kennen den Canossagang. Der deutsche Kaiser hatte Krach mit dem Papst. Der Papst hat ihn exkommuniziert, er war dann drei Tage vor der Burg und sie haben sich wieder vertragen. Ich hoffe, wir vertragen uns dann heute Abend auch noch.

Was will ich erreichen? Sie haben den Scherbenhaufen erwähnt, wie dieser zustande gekommen ist, wissen wir alle. Ich hatte die Idee, diese Motion einzureichen. Es ist mir wichtig, es ist eine Idee von mir, jetzt halt als Motion. wie dieser gordische Knoten gelöst werden kann. Ich bin doch etwas erstaunt. Ich bin kein Jurist und kann nicht sagen, ob die Motion zulässig ist oder nicht, ich habe mir das auch nicht überlegt. Ich bin nicht so gewandt wie David Jenny. Aber das einzige Argument dreht sich um den Preis. Schauen wir doch den Preis mal an. Es geht hier um eine Fläche von 15'000 m². Man bezahlt ungefähr 3'500 Franken, was leider schon sehr viel ist. Das ergibt eine Totalsumme von 52 Millionen Franken. Jetzt sagt Regierungsrätin Tanja Soland, ich würde den Preis hochtreiben. Ja das stimmt. Nehmen wir an, es seien 20 Prozent zu viel. Dies wird ja bewertet und ich bin ja nicht so dumm zu schreiben, dass das Areal zu jedem Preis gekauft werden müsse. Das ist eine Unterstellung. Ich fordere Kaufverhandlungen, aber nicht, dass das Areal zu jedem Preis zu kaufen sei. Bitte lesen Sie die Motion richtig. Jetzt nehmen wir an, dass die Regierung wegen meiner Motion 20 Prozent zu viel bezahlt. Dann sind das zehn Millionen. Die UBS muss ja noch Steuern bezahlen über den Mehrwert, und da können wir noch 20 oder 30 Prozent Prozent abziehen. Der eventuelle Mehrpreis, den ich allenfalls durch meine Motion verursache, beträgt dann noch acht Millionen. Was machen wir mit acht Millionen? Wir können einen halben Kilometer neue Tramschienen bauen. Das kostet sicher mehr. Wenn wir dieses Land haben, haben wir auch einen Baurechtszins. Nehmen wir an, dieser beträgt 2 Prozent. Das sind jedes Jahr Zinsen von einer Million. In 100 Jahren haben wir einen Ertrag von 100 Millionen. Es ist gut angelegtes Geld. Ich würde es machen.

Mein Verband, der Gewerbeverband, hat mich ja auch angegriffen. Ein Problem ist, dass die Regierung einen Schutzvertrag für Unterschutzstellung dieser Gebäude gemacht hat. Das ist ein Problem, weil die Verdichtung durch diesen Schutzvertrag nicht gemacht werden sollte. Jetzt bitte ich, das Bild einzublenden. Das ist eine Möglichkeit. Wenn wir wieder anfangen und die Unterschutzstellung nur von unten und oben, mit einer Leichtbauweise von Holz Wohnraum auf dem Bestand schaffen, wäre das eine Lösung.

Ich bitte Sie also, seien Sie mutig. Die Erstüberweisung ist noch nicht schlimm. Man könnte sie wieder zurückweisen. Ich bitte Sie, geben Sie sich einen Ruck. Ich bleibe bei der Mitte und danke vielmals für die Diskussion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfragen von David Jenny und Beat K Schaller an? Sie werden angenommen.

David Jenny (FDP): Ich habe die Anspielung auf den Reuegang nach Canossa als Rückzug der Motion verstanden. Liege ich völlig falsch?

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Sie liegen vollkommen falsch, das ist parteiintern.

Beat K. Schaller (SVP): Sie haben eine interessante Aussage gemacht. Der Kanton soll Kaufsverhandlungen führen, aber nachher dann doch nicht kaufen. Das verstehe ich nicht.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Nein, Sie verstehen das schon. Ich habe gesagt, die Regierung soll verhandeln, aber nicht zu jedem Preis kaufen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisung der Motion.



Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 45 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003027, 06.03.24 17:28:44]

Der Grosse Rat beschliesst

die Abstimmung zu wiederholen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gab ein nicht funktionierendes Gerät. Wir wiederholen die Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung (Stichentscheid des Präsidenten)

46 Ja, 45 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003029, 06.03.24 17:30:01]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 46 Ja-Stimmen bei 45 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

19. Motion 2 Michael Hug und Konsorten betreffend mehr Transparenz bei projektbezogenen Beschäftigungsverhältnissen im Kanton Basel-Stadt

[06.03.24 17:30:17, 24.5021.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir kommen zu den Einzelsprechenden Michela Seggiani hat sich zuerst eingetragen.

Michela Seggiani (SP): Diese Motion evoziert, dass das Vorgehen bei Stellen, die projektbezogen sind, nicht transparent sei. Es wäre interessant gewesen, in einer schriftlichen Anfrage die Frage zu stellen, was mit den Stellen und den Stellenbesetzungen passiert, wenn das entsprechende Projekt abgeschlossen ist. Im Text der Motion wird vermutet, dass die Vollzeitstellen behalten und die Personen verschoben werden.

Wenn dem so ist, nehme ich an, dass jeweils in der Abteilung entsprechend und genau budgetiert werden muss. Die Verwaltung, wir wissen es, ist ja auch verpflichtet nach dem Öffentlichkeitsprinzip, da transparent zu agieren und auch entsprechend zu arbeiten. Die Motion fordert auf, rechtliche Grundlagen anzupassen. Meiner Meinung nach ist es aber ja noch gar nicht sicher, ob es das braucht, weil es zuerst erfragt wird. Genau für solche Fragen ist, ich wiederhole mich, eine schriftliche Anfrage ideal. Oder man kann ja auch einmal informell telefonisch oder per E-Mail nachfragen. Mit einer Motion dann gleich so mit der Tür ins Haus zu fallen erachten wir von der SP-Fraktion nicht als zielführend und deshalb sind wir auch gegen die Überweisung dieser Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Anina Ineichen.



Anina Ineichen (GAB): Im Namen des GAB bitte ich Sie, diese Motion nicht zu überweisen. Eine Motion scheint uns das falsche respektive zu starke Mittel zu sein. Meine Vorrednerin hat das ja auch schon ausgeführt. Es wäre zuerst zu prüfen, ob die in der Motion dargelegten Behauptungen auch wirklich eintreffen. Entsprechend wäre die Fraktion bei einem milderem Mittel wie einer Anfrage oder vielleicht sogar einem Anzug vermutlich offener gewesen.

Persönlich stellt sich für mich noch die Frage, ob das Parlament oder zumindest die beiden Aufsichtskommissionen mit den Berichten zur Jahresrechnung und zum Budget nicht bereits genügend Möglichkeiten zur Hand haben, die Situation beim Personal zu analysieren und in der Budgetdebatte entsprechende Konsequenzen zu ziehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Regierungsrat möchte die Motion nicht entgegennehmen. Das liegt aber nicht am Thema inhaltlich, sondern eigentlich mehr aus formalen Gründen. Es sind sehr operative Fragen, die wir gerne mit Ihnen diskutieren können, vor allem auch mit der Finanzkommission würde das Sinn machen. Sie werden, wenn Sie die Motion überweisen, sehen, dass es nicht so einfach ist, eine Stellungnahme zu machen. Es ist wohl eher eine Frage des Aushandelns. Was sollen wir darstellen im Budgetbericht oder Jahresbericht? Das besprechen wir jeweils mit der Finanzkommission und das macht auch Sinn. Die Motion ist nicht das ganz geeignete Mittel. Daher bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen. Aber selbstverständlich würden wir die Themen auch gerne mit der Finanzkommission aufnehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Daniel Albietz.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Gerne gebe ich Ihnen bekannt, dass die Motion von Michael Hug durch die Fraktion der Mitte/EVP unterstützt wird. Natürlich bedauern wir, dass solche Vorstösse überhaupt nötig sind. Wir wünschen uns in diesen Fragen eigentlich mehr Selbstregulierung und Augenmass in der Verwaltung. Aber das stetige Verwaltungswachstum ist vermeintlich ein Naturgesetz, ein Dogma oder ein Axiom, und für Menschen, die dieses ungebremste Wachstum nicht gutheissen, stellt sich die Frage, wie es wirksam eingedämmt werden kann.

Kurz nach dem zweiten Weltkrieg formulierte der britische Historiker Cyrill Parkinson ein Gesetz zum Wachstum der Bürokratie. In der Kurzfassung lautet es wie folgt: Erstens, die Arbeit dehnt sich genau in dem Mass aus, wie Zeit für ihre Erledigung zur Verfügung steht und nicht in dem Mass, wie komplex sie tatsächlich ist. Zweitens, Staatsangestellte wünschen grundsätzlich die Zahl ihrer Untergebenen, nicht aber die Zahl ihrer Rivalen zu vergrössern. Drittens, Staatsangestellte schaffen sich gegenseitig Arbeit. Fazit: Die Bürokratie bläst sich eigendynamisch auf, wenn diese Eigendynamik nicht konsequent zurückgebunden wird.

Auch in Basel-Stadt wächst die Verwaltung bekanntlich unaufhörlich. Die Gegenüberstellung von Bevölkerungs- und Personalentwicklung macht deutlich, dass das Personalwachstum im Verhältnis zur Anzahl Kantonsbewohnerinnen und -bewohner seit Jahren überproportional ist. Die Verwaltung wächst demnach trotz Skaleneffekten deutlich schneller als die Bevölkerung in unserem Kanton. Ein Teil des Problems ist, dass die Verwaltung nicht rentieren muss. Umso mehr wäre die Eindämmung des stetigen Personal- und Ressourcenwachstums eine strategische Aufgabe der Regierung und eine Führungsaufgabe in der Verwaltung.

Damit es klar ist: Die Motion verlangt im Grunde nur die Eindämmung des Wachstums, nicht die allenfalls auch mögliche Verkleinerung und Restrukturierung von Verwaltungseinheiten. Dafür gäbe es verschiedene Ansatzpunkte: Digitalisierung, gesteigerte Effizienz, Stärkung der verwaltungsinternen Mobilität, Outsourcing von Aufgaben sowie internes Wirkungscontrolling. Also man könnte durchaus auch in die andere Richtung gehen. Zwar wäre es, wie gesagt eine Führungsaufgabe, den Personalbestand mit den genannten und weiteren Massnahmen unter Kontrolle zu halten. Wenn diese jedoch nicht oder nur ungenügend wahrgenommen wird, muss offenbar das Parlament mit solchen Vorstössen Abhilfe schaffen. Entsprechend bitten wir Sie, die Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage vor von Michela Seggiani. Sie wird angenommen.

Michela Seggiani (SP): Diese Motion sagt nicht explizit, dass sie dieses sogenannte ungebremste Wachstum stoppen möchte. Warum steht es denn nicht drin, wenn Sie das erreichen wollen?



Daniel Albietz (Mitte-EVP): So wie ich die Motion verstanden habe, will sie primär Transparenz schaffen, um dann eben je nachdem weitere Massnahmen zu ergreifen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen damit zum Motionär Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Ich habe das Instrument der Motion gewählt, weil es für mich ein sehr dringliches Problem ist. Sie wurde eingereicht, nachdem die Budgetdebatte geführt wurde, und ich habe auch gesehen, dass diese Diskussion virulent auch in anderen Kantonen geführt wird. Die Motion zielt nicht nur auf eine Gesetzesänderung ab. Eine Motion kann auch den Regierungsrat auffordern, eine Massnahme zu ergreifen. Wie Sie sehen, gibt es in meinem Vorstoss keine direkte Anweisung, ein Gesetz zu ändern. Darum ist meines Erachtens die Motion durchaus ein gutes und richtiges Instrument, indem jetzt auch drei Monate Zeit gegeben wird, einen ersten Bericht zu geben. Aus diesem Grund kann ich auch nicht verstehen, dass die Fraktion der SP dagegen ist mit dem Vorwand, dass die Motion das falsche Mittel sei, aber keine inhaltliche Stellung dazu bezieht.

Die Zahlen sprechen für sich. Während die Bevölkerung zwischen 2011 und 2021 nur um 5 Prozent gewachsen ist, hat das Staatspersonal im Kanton Basel-Stadt um ganze 16 Prozent zugenommen. Diese Diskrepanz ist alarmierend und erfordert Massnahmen. Marco Portmann, Ökonom am Luzerner Institut für Wirtschaftspolitik, meinte zur basellandschaftlichen Zeitung, Basel schwingt schweizweit oben aus, was das Wachstum von Vollzeitstellen in den letzten 10 Jahren angeht. Die Auswirkungen des übermässigen Staatswachstums reichen weit über die Verwaltung hinaus und haben direkte Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Der öffentlichen Sektor bietet im Durchschnitt höhere Löhne als der private Sektor, was zu einem anerkannten Fachkräftemangel in kleinen und mittleren Unternehmen führt. Dies, meine Damen und Herren, verzerrt den Wettbewerb und beeinträchtigt die Wirtschaft insgesamt.

Die Motion zielt darauf ab, die Schaffung befristeter Stellen für projektbasierte Aufgaben zu regulieren, um sicherzustellen, dass diese Positionen nicht dauerhaft in der Verwaltung verbleiben. Zugegeben ist das Parlament nicht unschuldig an dieser Entwicklung, aufgrund vieler Vorstösse, welche arbeitsaufwändig generieren. Beispiele sind der Ausbau der Fernwärme, Informatikprojekte oder auch die Überbauung der Transformationsareale. Sind die Projekte beendet, ist man geneigt, die entsprechenden Personen für andere Aufgaben zu verwenden. Kommen wiederum neue Vorstösse, werden wiederum Headcounts beantragt. Dies fördert das Stellenwachstum. Ich habe mir das nicht aus den Fingern gesogen, wie suggeriert wird. Ich habe natürlich Gespräche geführt im Vorfeld, ich habe auch das vertieft und es gibt natürlich eine Neigung, im Kanton Basel-Stadt wird tendenziell oder grundsätzlich nicht temporär angestellt und dann muss man auch schauen, was man mit den angestellten Personen wiederum macht. Es gibt natürlich durch diese Vorstösse immer ein Argument, wiederum Personen einzustellen, was auch komplett nachvollziehbar ist aus einer Perspektive der Verwaltung. Mehr Mitarbeitende sind natürlich immer gern gesehen als Unterstützung.

Die Motion möchte hier ansetzen und die Behörden dazu verpflichten, alle projektbezogenen Stellen im Jahresbericht transparent auszuführen. Gegen Transparenz, nehme ich an, hat niemand etwas in diesem Parlament. Es soll auch eine Rechtfertigungsobliegenheit geben, ob die Stelle noch benötigt wird beziehungsweise ob das Projekt noch andauert. Das ist in der Privatwirtschaft ebenfalls der Fall. Dauert ein Projekt länger, kann der Grosse Rat im Rahmen des Budgetprozesses eine Verlängerung der befristeten Stelle beantragen. Es sollen nach Möglichkeiten von Anfang an Temporärstellen geschafft werden. Dies ist auf Bundesebene teils auch so vorgesehen.

Wir müssen sicherstellen, dass die Verwendung von Steuergeldern transparent und verantwortungsbewusst ist, insbesondere bei befristeten Projekten wie Infrastruktur- und Informatikprojekten. Es ist an der Zeit, dass wir gemeinsam eine nachhaltige Lösung finden, die die Interessen aller Beteiligten berücksichtigt und sicherstellt, dass der Staat effektiv und effizient arbeitet, was ich natürlich hier nicht in Frage stellen möchte.

Aus diesem Grunde bitte ich Sie, diese die Motion zu überweisen. Machen wir heute den ersten Schritt für eine Verbesserung der Situation.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Oliver Thommen an. Sie wird angenommen.

Oliver Thommen (GAB): Sie haben gesagt, es sei ein dringendes Problem. Sie haben in der Motion keine Frist gesetzt, das heisst nach § 43 Abs. 3 geht es vier Jahre, bis der Regierungsrat das umsetzen muss. Möchten Sie nicht doch lieber einen Anzug einreichen?

Michael Hug (LDP): Ich will eine Massnahme und nicht ein Prüfen und Berichten erwirken. Und zum ersten Punkt: Ich habe bewusst keine Frist gesetzt, weil es immer heisst, in dieser Frist sei es nicht möglich, dies umzusetzen.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisung der Motion.

Bis alle anwesend sind, kann ich Ihnen noch etwas anderes sagen. Es ist so, dass die Prognose der Geschäfte und der Dauer besagt, dass wir nächste Woche noch genau bis am Mittag ungefähr beschäftigt sind. Ich gehe davon aus, dass wir in einer Woche nur eine halbtägige Sitzung haben werden. Das ist noch nicht ein definitiver Entscheid, weil wir ja bei einem Traktandum dann ja auch plötzlich ganz lange diskutieren können. Aber wenn wir so unterwegs sind wie bisher, wird es nächste Woche nur eine halbtägige Sitzung geben.

Jetzt kommen wir also zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 44 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003031, 06.03.24 17:45:40]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wurde überwiesen mit 49 Ja-Stimmen gegen 44 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

20. Motion 3 Joël Thüring betreffend bequem durch die Innenstadt mit einem Tramersatz – damit betagte und mobilitätseingeschränkte Personen und das Gewerbe nicht vergessen gehen

[06.03.24 17:45:54, 24.5031.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Als erste Sprecherin hat sich Raffaella Hanauer eingetragen.

Raffaella Hanauer (GAB): Meine Fraktion und ich haben wenig Verständnis für diese Motion. Auch uns ist natürlich wichtig, dass alle Menschen barrierefrei in die Innenstadt kommen können, und dies möglichst immer. Und auch uns ist wichtig, dass die Geschäfte in der Innenstadt möglichst wenig betroffen sind und von den Gleissanierungen, die notwendig sind, tangiert werden. Aber das ist nicht die erste Baustelle in der Innenstadt, wo Trams nicht fahren können. Gleissanierungen sind wichtig, damit die Trams sicher durch die Stadt kommen. Üblicherweise sorgt die BVB im Rahmen ihrer Möglichkeiten für einen Ersatzverkehr, auch bei der Linie 3 ist bereits ein Ersatzverkehr mit Bussen angekündigt. Wir hätten uns gewünscht, dass Joël Thüring diese Abklärungen fundiert trifft, die parlamentarische Arbeit ernst nimmt, zuerst einmal eine schriftliche Anfrage macht oder den Hörer in die Hand nimmt und bei den Zuständigen nachfragt, was dann die Ersatzverkehrspläne sind. Er hat das nicht getan. Wir finden, mit einer Motion direkt so einzufahren unverständlich und bitten Sie daher, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Georg Mattmüller.

Georg Mattmüller (SP): Ich kann Raffaella Hanauer eigentlich nur zustimmen. Eine Interpellation hätte es auch getan, dann hätte man die Informationen erhalten. Nach meinen Abklärungen wird es eine Ersatzlösung geben, daher können wir uns diese Motion sparen. Ich bitte Sie im Namen der SP-Fraktion, diese nicht zu überweisen.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Sie haben es gesehen, die Regierung möchte die Motion nicht entgegennehmen. Das ist auch vor allem dem geschuldet, dass auch wir die Motion nicht als geeignetes Mittel sehen, einerseits aufgrund der Frist, auch wenn sie dringlich überwiesen worden wäre im Februar, die Baustelle ist, wie Sie vielleicht wissen, bereits im April und eine Erstüberweisung ist noch kein Auftrag zur Erfüllung, sondern einfach mal zur Berichterstattung. Also schon vom zeitlichen her scheint uns die Motion nicht geeignet. Und dann ist es doch ein sehr operatives Thema, etwas sehr Konkretes. Ich kann nur anbieten, Sie dürfen mir jederzeit eine E-Mail schreiben, mich etwas fragen, selbstverständlich auch eine Interpellation einreichen, und dann werde ich solche Dinge auch gerne abklären.

Hier ist es sogar die BVB, die zuständig ist. Und ich kann Ihnen sagen, dass doch einige Leute auf uns, auf den Kanton, aber auch auf die BVB zugegangen sind mit der Frage, ob sich da nicht noch was machen lässt. Ich kann Ihnen so viel schon sagen, das es sehr gut aussieht, obwohl es nicht ganz einfach ist, weil eben nicht nur die Tramgleise gesperrt sind, sondern auch die Strasse neu gemacht wird. Die Strasse ist gar nicht frei, um sich zu bewegen mit Fahrzeugen. Deshalb gibt es auch keinen standardmässigen Ersatzbus, wie wir das sonst manchmal machen, wenn Tram-Trassees gesperrt sind. Aber es zeichnet sich eine Lösung ab, die die BVB voraussichtlich auch bald kommunizieren kann, weil der Steinenberg respektive dieser Perimeter natürlich sehr sehr intensiv genutzt wird.

Insofern darf ich Sie nochmals bitten, diese Motion nicht zu überweisen. Denn was passiert sonst? Wir würden Ihnen einfach in drei Monaten berichten, was passiert oder nicht passiert ist. Das scheint mir das falsche Mittel zu sein. Wir sind schon daran, das kann ich Ihnen versichern.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Raoul Furlano an? Sie wird angenommen.

Raoul I. Furlano (LDP): Falls durch eine externe Kommunikationsfirma, wird das kommuniziert?

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Das können wir zum Glück mit eigenen Ressourcen, respektive die BVB kann das mit eigenen Ressourcen kommunizieren. Normalerweise machen wir das relativ zeitnah zu den eigentlichen Bauarbeiten, damit die Leute auch wissen, wann die Bauarbeiten stattfinden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit kommen wir zum Motionär, der damit auch selber sagen kann, mit wem er telefoniert hat und mit wem nicht.

Joël Thüring (SVP): Ich bin Raffaella Hanauer sehr dankbar, dass sie mir als ehemaligem Grossratspräsident die parlamentarischen Instrumente erklärt. Ich kenne sie natürlich selbstverständlich nicht. Vielen Dank für die Belehrung. Auch generell finde ich es immer schön, wenn man so belehrende Voten hält, wenn man selber bei Vorstössen vielleicht manchmal sich auch zwei Mal überlegen könnte, ob es einen solchen Vorstoss braucht. Wenn ich auf der Liste der letzten Monate schaue, was alles mit einem Telefonat hätte erledigt werden können, was hier die Ratslinke eingebracht hat, dann wäre die Swisscom wahrscheinlich wegen der Überlastung der Linie zusammengebrochen. Ich finde es immer sehr speziell, wenn man der einen Seite vorwirft, dass man etwas telefonisch hätte klären können, aber bei beim eigenen Anliegen ist dann das Telefon, das wahrscheinlich auch noch eher abgenommen werden würde, weil man der Regierungsmehrheit angehört, offenbar weiter weg.

Ich möchte damit nicht unterstellen, dass Regierungsrätin Esther Keller meinen Anruf nicht entgegengenommen hätte, aber jetzt möchte ich einfach schon dieses Narrativ, dass man ja schon etwas machen wollte, noch ein wenig korrigieren. Das ist einfach nicht klar. Es gab eine Pressekonferenz, das weiss Regierungsrätin Esther Keller sehr gut, an dem diese Projekte der Bauarbeiten in der Innenstadt vorgestellt worden sind, und da war genau diese Tramsperrung, die für viele Menschen und auch für das Gewerbe in der Innenstadt nicht einfach so toll ist, sehr wohl ein Thema. Auf die entsprechende Nachfrage auch eines Journalisten von Telebasel hat der zuständige Leiter der Abteilung in der BVB gesagt, es werde nicht möglich sein, einen Trammersatz anzubieten. Jetzt also so zu tun, als wäre das doch schon von Anfang an angedacht gewesen und mein Vorstoss hätte auch überhaupt keinen Einfluss darauf gehabt, dürfen Sie sich gerne erzählen, ich glaube nicht daran.



Selbstverständlich war es richtig, dass dieser Vorstoss auch eingereicht wurde, und es ist ja auch bis heute nichts kommuniziert. Raoul Furlano hat auf seine Zwischenfrage auch keine Antwort darauf bekommen. Also normalerweise werden doch solche Dinge selbstverständlich bei der Ankündigung einer Sperrung zum ersten Mal auch publik gemacht und wenn es dann zur Sperrung kommt, ein zweites Mal, damit es die Menschen, die davon betroffen sind, nicht vergessen.

Deshalb ist es tatsächlich so, und da bin ich sogar ein Stück weit bei Raffaella Hanauer, für diesen ganz konkreten Fall ist es nicht ganz einfach, das richtige Instrument zu finden. Das liegt ein bisschen in der Natur der Sache dieses hohen Hauses, dass das nicht immer ganz so einfach ist. Der Anzug wäre auch nicht geeigneter gewesen und nein, Georg Mattmüller, ich glaube auch die Interpellation wäre dafür nicht das geeignete Instrument gewesen, und deshalb braucht es manchmal eben trotzdem eine Motion, die auch auf eine Massnahme hinwirkt, die wir hier im Grossen Rat auch einverlangen können. Das ist selbstverständlich, so lesen Sie den Praxiskommentar unseres Altparlamentsdienstleiters Thomas Dähler, der wird Ihnen erläutern, was eine Motion nach neuem System alles kann, und sie kann eben auch das. Deshalb bitte ich Sie, diese Motion dem Regierungsrat zu überweisen, dass er wirklich auch von uns noch einmal das Signal bekommt, dass wir einen Trammersatz wollen. Und es ist eben auch ein Signal für die Zukunft. Ich glaube schon, und da bin ich erneut bei Raffaella Hanauer, dass das gemacht werden muss, auch weil wir diese Tramgleise regelmässig erneuern müssen und weil das auch selbstverständlich ist, auf dieser sehr volatilen Achse zwischen Aeschenplatz, Bankverein, Schiffflände bis vielleicht zum Claraplatz. Wir können eben nicht einfach sagen, dann fährt halt einfach nichts. Das geht einfach nicht, wenn wir wollen, dass die Menschen auf den öffentlichen Verkehr umsteigen. Das ist ja Raffaella Hanauer ein ganz besonders wichtiges Anliegen, um dem Klimaschutz gerecht zu werden. Dann ist es sehr wichtig, dass wir bei jedem dieser Bauprojekte schauen, dass es einen entsprechenden Trammersatz gibt, und damit ist diese Motion auch ein Signal für die Zukunft, auch an die BVB. Dann braucht es weder Motionen noch Telefonate.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

31 Ja, 58 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003033, 06.03.24 17:56:22]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wurde nicht überwiesen mit 58 Nein-Stimmen gegen 31 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

21. Anzug 1 Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Wiederaufnahme regelmässiger Wochenendfahrgelegenheiten des Rufbus auf dem Friedhof Hörnli

[06.03.24 17:56:37, 24.5022.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie sind auf den Anzug eingetreten und haben ihn dem Regierungsrat stillschweigend überwiesen.



22. Anzug 2 Eric Weber betreffend Hochgewichtige Menschen beim Kanton Basel-Stadt fördern

[06.03.24 17:57:00, 23.5027.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Das Wort geht an den Anzugstellenden.

Eric Weber (Fraktionslos): Es ist mein letzter Anzug, daher möchte ich als Grossrat die Wichtigkeit dieses Anzuges unterstreichen. Sie alle wissen, mein Lieblingspolitiker ist Joël Thüring und ich arbeite jetzt für den neuen thüringischen Ministerpräsidenten in Thüringen. Das ist Zufall das Wort Thüringen. Ich bin ein Virtuose der Wortakrobatik. Ich esse gerne und daher dieser Anzug.

Der Präsident hat mich darauf angesprochen, dass ich keine Namen nennen darf, und ich werde darum auch keine Namen nennen. Ich habe eine Frage, Herr Präsident. Kann ich jetzt den Anzug zurückziehen? Denn ich werde massiv angegriffen wegen Menschen, denen ich habe helfen wollen, die hoch gewichtig sind? Kann ich den Anzug noch zurückziehen oder geht das nicht mehr?

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie dürfen ihn zurückziehen und das Rednerpult verlassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wurde zurückgezogen.

Der Anzug ist erledigt.

Schluss der 6. Sitzung

17:59 Uhr



Protokoll

der 7. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 13. März 2024, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	<i>Claudio Miozzari, Grossratspräsident</i>
Protokoll:	<i>Beat Flury, I. Ratssekretär Sabine Canton, II. Ratssekretärin Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung</i>
Abwesende:	Jérôme Thiriet (GAB), David Jenny (FDP), Bruno Lötscher (die Mitte/EVP), Alexandra Dill (SP), Brigitte Gysin (GLP), Anouk Feurer (GAB).

Verhandlungsgegenstände:

23.	Anzug 3 Salome Bessenich und Konsorten betreffend Nutzung des Horburg-Parkings als Quartierparking	
24.	Anzug 4 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Kultur für alle - Swisslos-Fonds Unterstützung auch bei kulturellen Veranstaltungen mit Kollekte.....	3
25.	Anzug Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend bessere Durchmischung der Schulklassen für mehr Chancengerechtigkeit, Schreiben des RR.....	3
26.	Anzug Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend Evaluation und Beruhigung der integrativen Schule, Schreiben des RR.....	6
27.	Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend mehr männliche Betreuungs- und Lehrpersonen in Basler Kitas, Tagesstrukturen, Kindergärten und Primarschulen, Schreiben des RR	8
28.	Anzug Michelle Lachenmeier und Konsorten betreffend Pavillon für die Bildungslandschaft Bläsiversum, Schreiben des RR.....	9
29.	Interpellation Nr. 164 Tonja Zürcher betreffend Wissenschaftsfreiheit in Gefahr, Schriftliche Beantwortung	9
30.	Interpellation Nr. 14 Sasha Mazzotti betreffend Klassenzahlen auf dem Campus Bäumlilhof, Drei Linden, Hirzbrunnen, Schriftliche Beantwortung	10
31.	Bericht zu den Anpassungen und weiteren Entwicklungen im Bau und Gastgewerbeinspektorat, Bericht des RR	11
31.1.	Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend kundenfreundliche Öffnungszeiten beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat, Bericht des RR	16
32.	Anzug Karin Sartorius und Konsorten betreffend Veloverbindung Friedrich-Miescher-Strasse - Burgfelderstrasse, Schreiben des RR	17
33.	Anzug Lydia Isler-Christ und Konsorten betreffend «temporäre Genussorte» in der Freien Strasse, Schreiben des RR.....	19
34.	Motion Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Velopasserelle vom Gundeli über die Bahngeleise zum Elsässertor, Stellungnahme des RR.....	21
35.	Interpellation Nr. 162 Daniel Albietz betreffend Ausbauschnitt Entwicklungsprogramm Nationalstrassennetz, Schriftliche Beantwortung	22
36.	Interpellation Nr. 4 Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend alarmierenden Situation im Betrieb des Kasernen-Hauptbaus, Schriftliche Beantwortung.....	22
37.	Interpellation Nr. 12 Heidi Mück betreffend Museumsnacht für alle, Schriftliche Beantwortung.....	23
38.	Interpellation Nr. 13 Fina Girard betreffend Kindertankstelle Dreirosenmatte, Schriftliche Beantwortung .	23
39.	Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend automatisch ausgefüllte Steuererklärung, Stellungnahme des RR.....	24
40.	Interpellation Nr. 11 Tonja Zürcher betreffend Flughafenausbau verhindert Klimagerechtigkeit, Schriftliche Beantwortung.....	27
41.	Interpellation Nr. 3 Eric Weber betreffend Sicherheit bei Parlaments-Sitzungen, Schriftliche Beantwortung	27



Beginn der 7. Sitzung

Mittwoch, 13. März 2024, 09:00 Uhr

23. Anzug 3 Salome Bessenich und Konsorten betreffend Nutzung des Horburg-Parkings als Quartierparking

[13.03.24 09:00:15, 24.5032.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen folgende Mitteilungen zu machen:

Rücktritt Thomas Gander

Thomas Gander hat auf den 30. April seinen Rücktritt aus dem Grossen Rat erklärt. Wir werden ihn an seiner letzten Sitzung vom 17. April gebührend verabschieden.

Weiterbildungsworkshop der ILK

Am 19. April findet ein Weiterbildungsworkshop der ILK zum Thema «Parlamentarische Aufsicht von kantonalen Energieversorgungsunternehmen» in Zürich statt. Es liegen einige Anmeldeformulare auf dem Tisch des Hauses und falls Sie Fragen zum Anlass haben, gibt Ihnen Joël Thüring, unser Delegierter bei der ILK, gerne Auskunft.

Besuch auf der Tribüne

Ich begrüsse ganz herzlich eine 1. Klasse des Gymnasiums Oberwil mit Lehrer Tobias Senn. Die Klasse besucht uns im Rahmen der Basler Geschichtstage und hat vorhin eine Rathaus-Führung zu Hitzköpfe, Fackeln, kalte Füsse mitgemacht. Schön, dass ihr hier seid. Wir freuen uns über euren Besuch und wünschen euch spannende Einblicke.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Er wird bestritten von Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Ich ersuche Sie, den Anzug nicht zu überweisen. Natürlich kann das Parkhaus vermutlich aufgrund der Inventarisierung nicht abgebrochen werden und man muss sich fragen, was man damit macht. Es macht aus Gründen der grauen Energie vermutlich auch keinen Sinn, es abzureissen. Sicher wären auch andere Nutzungen im Parkhaus möglich oder zusätzliche neben dem Parkieren. Sollte aber einer Umnutzung als Quartierparking zugestimmt werden, dann wären im Umkreis von 500 Metern 60 Prozent der Parkplätze aufzuheben, welche im Parkhaus für das Quartierparking entstehen würden und das in einem Quartier, in welchem bereits heute ein sehr grosser Parkierungsdruck besteht. Ich denke dabei vor allem an die dortigen Familien, Frauen, Kinder, ältere Menschen, die gerade in diesem Quartier nicht einen langen Heimweg in der Nacht möchten. Ich könnte mir vorstellen, dass die Zahlen von Gewaltdelikten, aber auf Sexualdelikten dann einfach wieder in die Höhe gehen würden.

Ich kann einer Streichung von öffentlichen Parkplätzen in diesem Quartier nicht zustimmen und bin aus diesem Grund gegen die Überweisung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit hat die Anzugsstellerin Salome Bessenich das Wort.

Salome Bessenich (SP): Ich kann mich kurz halten. Ich freue mich sehr über die breite Unterstützung für diesen Vorstoss. Es geht, wie gesagt, darum, diese Infrastruktur des Horburg-Parkings, das schon heute offensichtlich unternutzt ist und gleichzeitig langfristig stehen bleiben wird, dass man diese besser nutzt. Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch festhalten, dass ich persönlich auch einer anderen sinnvollen Nutzung nichts entgegenzusetzen habe. Ich beziehe mich da auf die mediale Berichterstattung zu den Projekten von FHNW-Studierenden, die das Parkhaus zu einem Schulhaus umnutzen wollten. Dies stiess insbesondere bei den Quartierorganisationen auch auf Anklang.



Zur Frage der SVP. Wenn Sie den Vorstoss lesen, dann merken Sie, dass zu diesem Thema im Vorstoss nichts festgehalten wird und selbst bei einer Kompensation wären ja immer noch 40 Prozent mehr Parkplätze im Quartier vorhanden als jetzt. Aber wie gesagt, dazu steht nichts im Vorstoss. Es geht eben um diese Infrastruktur, die bereits da ist und die im Sinne des Quartiers aktiviert werden soll und dass die Regierung bei einer Überweisung des Anzugs dies gesamthaft prüfen und dazu berichten soll.

Ich freue mich, wenn Sie dies ermöglichen und danke für die Unterstützung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung des Anzugs, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 7 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003048, 13.03.24 09:06:06]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 79 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

24. Anzug 4 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Kultur für alle - Swisslos-Fonds Unterstützung auch bei kulturellen Veranstaltungen mit Kollekte

[13.03.24 09:06:12, 24.5040.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

25. Anzug Edibe Gögeli und Konsorten betreffend bessere Durchmischung der Schulklassen für mehr Chancengerechtigkeit, Schreiben des RR

[13.03.24 09:06:45, 21.5425.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrätin Esther Keller verzichtet in Vertretung des Erziehungsdirektors Conradin Cramer auf ein Votum. Wir kommen zu den Fraktionssprechenden und da hat sich Jessica Brandenburger eingetragen.

Jessica Brandenburger (SP): Das GAB und die SP möchten, dass der Anzug stehen bleibt. Es macht uns ein wenig den Anschein, dass die Verantwortung für die Durchmischung auf die einzelnen dezentralen Schulleitungen abgeschoben wird. Dabei sollte auch diese Frage über die Schulkreise hinaus genau gedacht werden. Mit der Beantwortung der Fragestellung



sind wir auch nicht ganz zufrieden. Es wird beispielsweise nicht erklärt, wieso der Regierungsrat findet, dass das Computerprogramm des Zentrums für Demokratie in Aarau zum aktuellen Zeitpunkt keinen Mehrwert bringt. Was genau sind die Gründe, wieso Sie finden, dass es keinen Mehrwert bringt? Warum sind Sie auf diese Entscheidung gekommen? Das steht halt nicht im Bericht und ich finde, wenn man so etwas ablehnt, dann muss man doch das auch begründen.

Dann überzeugt mich auch die Möglichkeit nicht, dass mit einer neuen Zusammensetzung der Klassen nach der 3. Primar ungute Konstellationen oder Dynamiken, das ist aus dem Bericht, das sind nicht meine Worte, dass dem entgegengewirkt werden kann. Das heisst, man lässt die Schulkinder drei Jahre lang zusammen in einer Klasse, wo zum Beispiel eine Stigmatisierung beginnen kann, und dann, wenn die Motivation gesunken ist nach drei Jahren, das ist eine sehr lange Zeit für Kinder und die Verhaltensweisen, die daraus resultieren, die sind dann schon erprobt, dann gibt es eine neue Zusammensetzung und dann muss man wieder lernen, in einem neuen Umfeld zu lernen. Das macht für mich keinen Sinn so.

Wir bitten den Regierungsrat deshalb, sich der Thematik nochmals anzunehmen und plädieren darum für Stehenlassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Zwischenfrage wird abgelehnt. Nächste Fraktionssprecherin für die LDP ist Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Ich ersuche Sie, den Anzug abzuschreiben. Der Regierungsrat nimmt, finde ich, sehr ausführlich Stellung zu diesem Anzug. Er hat das computergestützte Hilfstool des Zentrums für Demokratie Aarau geprüft und sieht derzeit keinen Nutzen für die Volksschule.

Die Volksschulen wenden bereits verschiedene Massnahmen an, um sicherzustellen, dass Ungleichheiten in der Bildungslaufbahn der Kinder nicht verstärkt werden. Dazu gehört unter anderem die gezielte Durchmischung der Klassen bei ihrer Zusammensetzung, also das passiert auch nach der 3. Primarstufe, das nehmen ja die Schulleitungen vor, die die Kinder auch kennen. Dabei wird darauf geachtet, dass sowohl die soziale Herkunft als auch die Geschlechterverteilung ausgeglichen berücksichtigt werden. Auch wird darauf geachtet, dass keine homogenen Sprachgruppen entstehen. Dabei spielt die Erstsprache eine wichtige Rolle. Kinder mit einer anderen Erstsprache als Deutsch werden gleichmässig auf die Klassen verteilt.

Eine weitere Massnahme ist die frühe Vermittlung der deutschen Sprache. In den Spielgruppen und Kitas ist die frühe Deutschförderung für Kinder ohne oder mit geringen Deutschkenntnissen obligatorisch. Diese Frühförderung soll ja weiter ausgebaut werden, das haben wir hier im Grossen Rat im Dezember beschlossen. Die frühe Förderung ist ein wichtiger Beitrag für die schulische Integration sowohl sprachlich wie auch sozial.

Eine entscheidende Rolle für das Herstellen von Chancengleichheit spielt die Arbeit der Lehrpersonen. Sie sind es, die die Potenziale der Kinder entdecken und fördern, auch wenn die Kinder aus sozial benachteiligten Verhältnissen stammen oder einen Migrationshintergrund haben. Damit leisten die Lehrpersonen einen ersten Beitrag zu mehr Chancengleichheit. Auch die FHNW bietet zu diesem Thema verschiedene Weiterbildungsangebote an. Neben dieser Förderung bietet die Volksschule auf allen Stufen individuelle Massnahmen, um die Schülerinnen und Schüler wirkungsvoll zu unterstützen.

Aufgrund dessen sind wir der Meinung, dass in der Volksschule viel für mehr Chancengerechtigkeit unternommen wird und das genannte Hilfstool eher Unruhe bringt. Wir betrachten den Anzug als erfüllt. Die LDP-Fraktion beantragt Ihnen, den Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SVP ist Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Die SVP-Fraktion wird den Anzug von Edibe Gölgele abschreiben. Wir waren bereits gegen eine Erstüberweisung des Anzuges. Die Forderung, quartierübergreifende Schulzuweisungen zu machen, widerspricht dem Grundgedanken, dass die Schülerinnen und Schüler in das nächstmögliche Schulhaus zugewiesen werden sollen, damit kurze Schulwege garantiert sind. Auch sollten ja die Schulkinder mit ihnen bereits bekannten Kinder zusammen in die Schule gehen können, dies, um den Schuleinstieg zu vereinfachen. Dazu kommen die Einteilungen zu den Tagesstrukturen. Auch hier müssen die Wege, die zurückgelegt werden müssen, kurz gehalten werden. Auch ist ein vertiefter Austausch zwischen Tagesstrukturen und Schulen Pflicht. Dies würde durch eine Durchmischung torpediert. Die Tagesstrukturen müssten sich ansonsten mit zu vielen verschiedenen Players austauschen, was wiederum viel Zeit in Anspruch nehmen würde.

Was uns jedoch sehr irritiert hat, ist die Aussage, auf die nicht weiter eingegangen wurde, des Erziehungsdepartementes, dass Lehrpersonen eine stereotypische Erwartungshaltung gewisser Schülergruppen gegenüber haben. Dies ist doch sehr erschreckend und das ED sollte in dem Fall dringend ihr Augenmerk darauf richten, dass Lehrpersonen solche Einstellungen abzulegen haben und solche Haltungen nicht geduldet werden können. Negative Erwartungshaltungen gegenüber



Schülerinnen und Schülern haben Einfluss auf deren Motivation und in der Konsequenz wieder auf ihre Lern- und Leistungs- und Bildungsqualität.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die GLP ist Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Es herrscht sicher Konsens darüber, dass jedes Kind das Recht auf ausgezeichnete Bildung hat und darauf sein Potenzial zu entfalten. Die Frage also, die sich die GLP stellte, ist, ob sich die Bildungslaufbahn eines Kindes auf den Herkunftseffekt konzentrieren sollte. Dabei wird nämlich übersehen, das wurde jetzt bereits beschrieben, dass die Schule selbst, der Unterricht und die Lehr- und Fachkräfte einen erheblichen kompensatorischen Einfluss auf die Schulleistungen der Kinder haben. Die Forschung unterstreicht zudem die Notwendigkeit, stereotype Erwartungen und ihre Effekte kritisch zu betrachten.

Die Grünliberalen sind zum Schluss gekommen, der Empfehlung der Regierung zu folgen und den Vorstoss abzuschreiben. Die Lösung liegt für uns nicht im Einsatz von Technologie, die die Herkunftseffekte in den Mittelpunkt rücken und nichts zur Minderung der Bildungsungleichheit beiträgt. Für uns liegt der Schlüssel in der Praxis und der pädagogischen Grundhaltung. Denn wenn wir den Zusammenhang zwischen Herkunft und Bildungserfolg überbetonen, verstärken wir ihn ungewollt und erreichen genau das Gegenteil. Statt Herkunft zu überwinden, lassen wir zu, dass sie die Bildungskarriere der Kinder bestimmt, anstatt ihre individuellen Leistungen in den Vordergrund zu stellen. Dabei sollte jedes Kind unabhängig von seiner Herkunft als Schüler oder Schülerin betrachtet werden, mit seinen Fähigkeiten, seinen Möglichkeiten und seinem individuellen Potenzial und es sollte die Unterstützung erhalten, die es benötigt.

Ein weiterer nicht unwichtiger Aspekt ist die Tatsache, dass Eltern schulpflichtiger Kinder sich bemühen, bestimmten Quartiere zu entfliehen, sobald es die sozioökonomische Möglichkeit zulassen. Der Einsatz eines Computer-Tools würde diese Bemühungen teilweise unterwandern, was zu einer Zunahme von Rekursen bei der Volksschulleitung führen wird. Dieser Effekt konnte schon einmal beobachtet werden, als Einzugsgebiete verändert wurden. Der langfristige Fokus sollte auch dringend bei der Stadtentwicklung liegen. Sie soll die soziale Durchmischung mit einer gezielten Wohnbaupolitik direkt in den Quartieren zum Ziel haben.

Die GLP ist der Ansicht, dass der Schlüssel zur Überwindung der Bildungsungleichheit in einer ganzheitlichen Betrachtung liegt, die über die Einführung neuer Computer-Tools hinausgeht. Chancengleichheit schaffen wir, indem wir die Grundursachen der Ungleichheit angehen, das heisst, dass wir gemeinsam dafür sorgen müssen, dass jedes Kind die Möglichkeit erhält, sich gemäss seinem Potenzial zu entwickeln, unabhängig von seiner Herkunft.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber. Ich möchte an dieser Stelle zuhänden des Protokolls festhalten, dass ich Eric Weber heute Morgen in einem Gespräch einen zweiten Ordnungsruf erteilt habe für beleidigendes Verhalten während der letzten Sitzung.

Eric Weber (Fraktionslos): Als Grossrat und Präsident der Liste Ausländerstopp bin ich eine Ein-Thema-Partei und als Ein-Thema-Partei muss ich natürlich noch zu diesem Thema Durchmischung sprechen. Auch schon das Wort Durchmischung, ich will jetzt nicht sagen, von wo das herkommt. Ich darf auch keinen Ordnungsruf mehr bekommen, darum fasse ich mich auch ganz kurz und knapp und lasse viele Sachen weg, die ich gerne gesagt hätte.

In freier Rede, wie immer gekonnt und mit guter Laune, möchte ich zu meinen Vorrednern Stellung nehmen. Die erste Sprecherin, Jessica Brandenburger, hat gesagt, sie ist nicht zufrieden, was da die Regierung sagt. Jessica Brandenburger, ich sage Ihnen, ich bin zufrieden, was die Regierung sagt und ich bin glücklich als Grossrat und zufrieden mit der Regierung. Ich möchte Ihnen nur zur Erinnerung geben, ich lese seit 50 Jahren die Basler Zeitung und was die Basler Zeitung zu diesem Anzug geschrieben hat. Ich zitiere aus der Basler Zeitung: Selbst SP-Leute und Grüne ziehen von Kleinbasel nach Baselland. Das sind Tatsachen, weil sie wollen, dass die Schüler, woanders in die Schule gehen. Jessica Brandenburger hat von Stigmatisierung gesprochen. Das stimmt nicht, ich stelle das in Absprache.

Und jetzt wird es spannend. Ich habe zugehört, was die GLP gesagt hat. Die GLP ist für Abschreiben des Anzuges. Und weil die GLP jetzt mit den Bürgerlichen stimmt, bin ich das Zünglein an der Waage und ich möchte, dass es einen Stichentscheid gibt. Darum stimme ich heute ausnahmsweise mit der SP und den Grünen, weil ich das Zünglein an der Waage sein möchte.

Jenny Schweizer aus Riehen hat richtig gesagt, für unsere kleinen Kinder ist der kurze Schulweg wichtig. Das ist richtig. Ich bin auch zu Fuss in die Primarschule gegangen und es ist wichtig, dass man kurze Schulwege hat. Man kann nicht ein Kind vom Kleinbasel ins Grossbasel schicken. Dann muss es über eine Brücke und hat vielleicht Angst auf dieser Brücke, dass es in den Rhein fällt. Darum muss man kurze Schulwege haben und nicht lange. Das ist wichtig. Wenn man selbst mehrere



Kinder hat wie ich, dann weiss man, dass man die Kinder in der 1. Klasse in die Schule begleiten muss, weil sie einfach Angst haben.

Sandra Bothe-Wenk, ich bin Ihnen dankbar, dass die GLP mit den Bürgerlichen stimmt, aber Sandra Bothe-Wenk, Sie haben auch das Wort Bildungslaufbahn gesagt. Ich habe mich zum Thema Bildungslaufbahn kundig gemacht, da ist es leider so, dass die Eltern gebildet sind und ein bisschen Geld haben und die Kinder eher auf dem Gymnasium sind. Das ist statistisch bewiesen und es ist auch statistisch bewiesen, dass ausländische Kinder halt nicht so oft auf dem Gymnasium sind, weil die Eltern vielleicht nicht so viel Geld haben. Aber es gibt natürlich auch Ausnahmen. Es gibt auch ausländische Kinder, die auf das Gymnasium gehen können, auch wenn die Eltern arm sind. Aber das entspricht nicht der Statistik. Und ich bin Ihnen, Sandra Bothe-Wenk, dankbar, dass Sie das gesagt haben, dass gewisse Leute das Quartier verlassen, wenn sie das Geld haben. Aber ich verlasse mein Quartier nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich darf, wie gesagt, kurz für Conradin Cramer sprechen, der an der Gesamtkonferenz der Schulkonferenz heute ist und mich gebeten hat, je nachdem nochmals kurz etwas aufzugreifen. Ich möchte jetzt nicht auf die ganzen Massnahmen auch nochmals hinweisen, Catherine Alioth hat diese oder einige davon genannt. Ich glaube, wichtig ist mir einfach nochmals zu sagen, es geht nicht nur darum, die Schülerinnen und Schüler innerhalb der Schulen zu verteilen, sondern in einem ersten Schritt geschieht die Zuteilung über die Volksschulleitung, welche die Schülerinnen und Schüler auf die Standorte zuteilt, und da spielen eben sprachliche und soziale Herkunft eine Rolle. Und dann erst in einem zweiten Schritt erfolgt die Zuteilung durch die Schulleitungen auf die Klassen und auch da wird darauf geachtet, dass es eben ausgewogene und durchmischte Klassen sind. Damit denken wir, dass die hohe Durchmischung gewährleistet ist und das Tool eben keinen Mehrwert bringt.

Deshalb bittet Sie der Regierungsrat, diesen Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 45 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003051, 13.03.24 09:23:53]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben. Der Anzug ist erledigt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 47 Ja-Stimmen gegen 45 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

26. Anzug Annemarie Pfeifer und Consorten betreffend Evaluation und Beruhigung der integrativen Schule, Schreiben des RR

[13.03.24 09:24:04, 17.5077.05]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein erstes Votum. Damit kommen wir zu den Fraktionsprechenden. Für das GAB hat sich Béla Bartha eingetragen.



Béla Bartha (GAB): Wie Sie wissen, stehen wir beim Thema der Weiterentwicklung und Förderung der integrativen Schule mitten in der Diskussion und diese ist ja mitnichten abgeschlossen und der Grosse Rat hat dazu auch noch keine Entscheidungen getroffen. Mit der Empfehlung, den Anzug abzuschreiben, suggeriert die Regierung in ihrer Antwort auf diesen Anzug, dass der Grosse Rat die von der Regierung vorgeschlagenen Massnahmen schon akzeptiert und abgesegnet hat. Hier befinden wir uns aber nach wie vor in einem Findungsprozess.

Aber ich möchte auf einen anderen Punkt zu sprechen kommen. Im Anzug wird eigentlich gefordert, dass die bisherigen Massnahmen in der integrativen Schule evaluiert werden, das heisst, die Grundlagen dazu erarbeitet werden, um danach entsprechende Massnahmen zu treffen. In der darauffolgenden Antwort der Regierung werden dann aber nur die Massnahmen, die getroffen werden sollen, aufgezählt. Aber wir tapen weiterhin im Dunkeln aufgrund von welchen Grundlagen und ich spreche hier wirklich von begleitenden statistischen Zahlen, die dann erläutert werden, und als Entscheidungsbasis für die zu treffenden Massnahmen dienen. Haben wir nun mehr Schüler*innen im Übergang von einer Stufe in die andere, die das besser schaffen, oder haben wir weniger Lehrer*innen, die in einem Burnout landen? Vergebens sucht man nach bestimmenden quantifizierbaren Erfolgsfaktoren in den Antworten. Natürlich ist es schliesslich immer ein Mix aus qualitativen und quantitativen Aussagen, aber diese Form der Analyse benötigen wir als Entscheidungsgrundlage in den für uns erarbeiteten Vorlagen und diese sollten wir uns nicht irgendwo zusammensuchen müssen, da ich sehr wohl davon ausgehe, dass einige dieser Zahlen sehr wohl vorhanden sind.

Die Anzugsstellerin bezieht sich auf die Evaluation von 2014. Ich habe mir diese noch einmal angeschaut. Gegen Schluss des Dokuments steht unter dem Kapitel Fazit und Entwicklungshinweise folgender Entwicklungshinweis an das ED. Ich zitiere: «Das ED sollte die eingeschlagene Richtung konsequent weiterverfolgen. Weder an der Grundkonfiguration der integrativen Schulung noch an den Ressourcen sollte etwas ändern.» Das tönt nach zehn Jahre später fast wie ein Hohn und riecht etwas nach Studienresultat auf Bestellung. Denn auch wenn wir sicher an dem Grundsatz der integrativen Schule festhalten wollen, so stehen wir genau in diesen beiden Punkten der Grundkonfiguration und der zur Verfügung stehenden Ressourcen wohl heute an einem etwas anderen Punkt. Kurzum, Evaluation benötigt es und diese werden uns auch im Ratschlag, der uns vorliegt, versprochen, aber diese sind leider noch kein Garant dafür, dass aus den Informationen, die meist in qualitativer Form vorliegen, die richtigen Schlüsse gezogen werden.

Als Fazit kann ich sagen, dass ich beim heutigen offiziellen Wissens- und Entwicklungsstand die Forderung nach einer Studie zu den Erfolgen und Misserfolg der bisherigen integrativen Schule in Basel-Stadt genau gleich wieder stellen würde. Deshalb die Bitte um Stehenlassen des Anzugs.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Sasha Mazzotti.

Sasha Mazzotti (SP): Danke Béla Bartha für Ihre Worte, wir kommen zu einer anderen Schlussfolgerung. Ich möchte hier auf eine kleine Zeitreise eingehen. An einem meiner ersten Grossratssitzung als frisch gewählte Parlamentarierin wurde dieser Anzug damals 2017 überwiesen. Er machte damals Sinn und tut es auch heute noch. Ich muss das allerdings etwas relativieren. Jetzt, nebst den Massnahmen zur integrativen Schule, die wir gerade in der BKK diskutieren, macht es natürlich keinen Sinn mehr.

Im Bericht 2018, in dem gleichzeitig mehrere Vorstösse zur integrativen Schule behandelt wurden, wird eine Befragung der KSBS zitiert. Aus den Rückmeldungen von 372 Lehrpersonen und Fachpersonen sowie zehn Schulleitungen zieht die KSBS folgendes Fazit: «Eine sehr grosse Mehrheit spricht sich für eine Wiedereinführung der EK aus. Diese wird als grösste Chance zur Entlastung der Schuleingangsstufe wahrgenommen. Ebenfalls als Verbesserung wird ein vermehrtes Team-Teaching, Lerngruppengrössen in der Primarschule von maximal 20 Kinder und weniger Bezugspersonen pro Klasse sowie genügend Raum gesehen.» Das war 2018, also vor sechs Jahren. Es folgten noch andere Motionen, die auch nicht umgesetzt wurden. Das ED schrieb aber selber, am wirkungsvollsten wäre aus Sicht des Erziehungsdepartements eine vermehrte Doppelbesetzung der Lehrpersonen in der 1. Klasse der Primarschule. Es geht noch weiter.

Und den Bericht nochmals zu lesen, gerade jetzt während unserer derzeitigen Beratung in der BKK zu den Massnahmen zur integrativen Schule, ist gar nicht so uninteressant. Aber warum diskutieren wir denn eigentlich jetzt diese Massnahmen in der Kommission? Weil es eine Initiative zu den Förderklassen gibt und warum gibt es diese Initiative? Eine Hypothese. Eine Evaluation zur integrativen Schule war 2016 mit dem Resultat, dass es mehr Instrumente und Massnahmen für lernschwache und verhaltensauffällige Kinder braucht. Es gab 2018 eine Petition vom VPOD, auch ein Hilferuf, der hiess: Gute Arbeitsbedingungen für gute Bildung. Reagiert wurde, um es wohlwollend auszudrücken zögerlich. Durch die Zweitüberweisung der Motion Wenk damals zur Einführung der EK vom Grossrat 2019 wurde eine weitere Massnahme aufgegleist, mit wenig Wirkung trotz der Empfehlung des KSBS und FSS. Es musste noch eine weitere Motion von Andreas Zappalà zum selben Thema geben.



2017 forderte Annemarie Pfeiffer vorausschauend und nicht, um irgendjemandem zu Leide zu leben, eine Evaluation. Ich zitiere: «Der Regierungsrat soll mit einer zweiten Studie insbesondere aufzeigen, welche Erfolge oder Misserfolge die integrative Schule in Bezug auf die Förderung von schwachen Schülern oder auch bei hochbegabten vorweisen. Auch soll sie untersuchen, wie der Schulerfolg der ganz «normalen» Kinder verläuft. Weiter soll festgestellt werden, welche Folgen der erhöhte Stress auf das Wohlergehen der Lehrpersonen hat. Darauf aufbauend soll er dem Grossen Rat berichten, wie er die integrative Schule weiter verbessern will, natürlich zum Wohle der Kinder.» Das war 2017. Im Januar 2022 habe ich mich für Stehenlassen eingesetzt, da der Anzug mitnichten als erledigt betrachtet werden konnte.

Es braucht einiges, um das Gelingen der integrativen Schule zu gewährleisten. Das ED hat bis jetzt die Lehrpersonen und ihre Sozialpartner wenig miteinbezogen oder beachtet oder warum denken Sie, dass die FSS beschlossen hat, dass die Förderklassen-Initiative zu unterstützen ist? Mein erneut kritisches Votum heute ist ein Appell an Conradin Cramer, an das ED, die Sache nicht ernst zu nehmen, ernst zu nehmen und nicht alles auszusetzen Ups, die letzten beiden Abschnitte waren von meinem Votum 2022. Hätten Sie es bemerkt? Kaum. Es hat sich tatsächlich wenig getan in der integrativen Schule und das liegt einzig daran, dass es eine Initiative gibt und geben musste, damit sich endlich etwas bewegt. Die Motion Roth zum Beispiel müsste seit einem Jahr umgesetzt werden.

Am Gegenvorschlag ist einiges gutes dran. Trotzdem, zum Gelingen der integrativen Schule braucht es mehr als Pflaster und Verbandszeug, auch die oberflächige Röntgenaufnahme zeigen nur, wo etwas kaputt ist. Es braucht eine genaue Analyse der vielschichtigen komplexen Problematik, eine richtige Evaluation also. Aber das ED hatte da kein Interesse scheinbar, was ich sehr bedauere. Denn erstens hätten wir schon länger Massnahmen, die greifen könnten, und zweitens könnte eine funktionierende integrative Schule auch dazu führen, dass der Beruf der Lehrpersonen an Attraktivität gewinnen würde und wir müssten nicht händeringend nach Personal suchen.

Wie Sie sehen, lassen wir von der SP den Anzug aber nicht stehen. Vor zwei Jahren hatte ich hier vorne noch gesagt, ich bitte Sie, ihn stehen zu lassen, damit das ED die Möglichkeit hat, die kritischen Punkte, die wir heute im Saal erwähnen, in den Bericht einfließen können. Zählt irgendetwas, was wir hier drin monieren, kritisieren oder anregen, liebe Verwaltung? Offensichtlich nicht. In der BKK haben wir zu tun, um das Beste aus dem Gegenvorschlag herauszuholen. Daher schlage ich und die SP vor, dass wir und das ED dort unsere Energie einsetzen und ihn zwar ungern abschreiben. Erledigt ist dieser Anzug noch lange nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet in der zweiten Runde auf ein Votum. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben des Anzugs gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen

Ergebnis der Abstimmung

75 Ja, 15 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003053, 13.03.24 09:35:19]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben. Der Anzug ist erledigt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 75 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

27. Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend mehr männliche Betreuungs- und Lehrpersonen in Basler Kitas, Tagesstrukturen, Kindergärten und Primarschulen, Schreiben des RR

[13.03.24 09:35:27, 19.5424.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.



Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug als erledigt abzuschreiben.

28. Anzug Michelle Lachenmeier und Konsorten betreffend Pavillon für die Bildungslandschaft Bläsiversum, Schreiben des RR

[13.03.24 09:35:56, 19.5228.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

29. Interpellation Nr. 164 Tonja Zürcher betreffend Wissenschaftsfreiheit in Gefahr, Schriftliche Beantwortung

[13.03.24 09:36:22, 24.5009.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Tonja Zürcher (GAB): Ich möchte mich zuerst bedanken für die Antworten, die ich doch jetzt schon vor einer Weile bekommen habe, und auch für die Bestätigung der Wichtigkeit der Wissenschaftsfreiheit. Problematisch ist jedoch, dass in den Antworten betont wird, es gäbe eine scharfe Abgrenzung zwischen der Wissenschaftsfreiheit und dem, was der Regierungsrat als öffentliche Debatte bezeichnet, aber eigentlich politische und mediale Angriffe auf universitäre Fachbereiche sind.

Ich glaube, das ist juristisch richtig, dass es diese Abgrenzung gibt, in der Praxis sieht es leider ganz anders aus und das haben wir in den letzten Monaten mehrfach erleben dürfen. Wenn aufgrund des politisch medialen Drucks Gelder für eine Forschungseinrichtung wie swisspeace gestrichen werden, universitäre Institute umstrukturiert oder ganz geschlossen werden, dann ist die Wissenschaftsfreiheit direkt betroffen. Fachrichtungen, die sich kritisch mit aktuellen Machtverhältnissen auseinandersetzen, sind besonders gefährdet, unter Druck gesetzt zu werden, wenn ihre Forschung nicht dem politischen Mainstream entspricht. Umso wichtiger ist es oder wäre es, dass sich die Universitätsleitung und der Regierungsrat sich zu ihnen bekennt und ihnen Rückendeckung gibt.

In erster Linie ist da die Universitätsleitung gefordert, die sich nicht nur für wirtschaftlich lukrative, sondern auch für gesellschaftskritische Forschung und Lehre einsetzen soll. Dabei hat sie aber bei der aktuellen Kampagne gegen Urban Studies klar versagt. Das lässt sich leider nicht schönreden, wenn die Rektorin eine Behauptung eines Kampagnen-Journalisten unterstützt und damit die Angriffe auf einen Fachbereich der Universität Basel nährt, anstatt sich mit wissenschaftlichen Theorien und Methoden auseinanderzusetzen und für die Autonomie der Wissenschaft einzustehen.

Gefragt ist aber in zweiter Linie auch die Politik und hier auch klar der Regierungsrat unseres Kantons. Die Universität ist von den Kantonen finanziert, also abhängig von der Politik und damit auch von der sogenannten öffentlichen Debatte, man könnte es leider auch Hetze nennen. Die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, dass aufgrund dieser politisch medialen Kampagne Gelder gekürzt werden, wie wir spätestens seit, wie gesagt, swisspeace und Baselland wissen.

Ich zitiere: «Sehr wahrscheinlich gehen wir jetzt in Basel wieder einmal durch eine Phase, indem wir die Wissenschaftsfreiheit verteidigen müssen. Diese gibt es nicht einfach so, die müssen wir uns immer wieder erarbeiten.» Das sagte der Historiker Giorgio Miescher vor einiger Zeit gegenüber Bajour. Es ist ein Armutszeugnis für die Universitätsleitung und für unseren Regierungsrat, dass diese Aufgabe den Studierenden überlassen wird.



Ich bin deshalb nicht befriedigt mit der Antwort und erwarte vom Regierungsrat mehr Mut, sich für die wissenschaftliche Freiheit und gegen wissenschaftsfeindliche Kampagnen einzusetzen. Und vielleicht, weil jetzt der zuständige Regierungsrat nicht anwesend ist, können Sie das ihm gerne ausrichten oder vielleicht Ihrem zukünftigen Kollegen, der sich damit auseinandersetzen muss.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

30. Interpellation Nr. 14 Sasha Mazzotti betreffend Klassenzahlen auf dem Campus Bäumlihof, Drei Linden, Hirzbrunnen, Schriftliche Beantwortung

[13.03.24 09:40:18, 24.5053.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Sasha Mazzotti (SP): Ich bin natürlich nicht zufrieden. Motion Alex Ebi. Ihm wurde vorgeworfen, dass er lügt, weil er Zahlen reingebracht hat über Klassen, Klassen, die fehlen bei der Berechnung der Dreifachturnhalle, die notwendig ist. Ich habe es aufgegriffen, Conradin Cramer hat gesagt, wir würden Gerüchte in die Welt setzen. Das wollte ich nicht auf mir ruhen lassen, darum habe ich eine ganz einfache Interpellation gemacht, wo eigentlich das ED nur noch Zahlen einfügen musste. Eine kleine Hilfe, eine mathematische Hilfe, damit das Ausrechnen besser geht. Das ED musste mir recht geben, ja, sie haben tatsächlich ein ganzes Schulhaus vergessen.

Jetzt haben hier drin 80 Leute, 80 von Ihnen haben die Motion ein zweites Mal überwiesen, weil Sie die Notwendigkeit dieser Dreifachturnhalle sehen. In der Zwischenzeit habe ich erfahren, dass das egal ist, was wir hier drinnen sagen, weil, wir hatten es ja auch davon, die Motion rechtlich nicht zulässig ist und die Regierung weitermacht wie bisher. Ich hatte auch Gespräche, es geht um die graue Energie, usw. Ich möchte hier nicht an Sie appellieren, sondern vor allem an die Regierung. Die Zahlen stimmen nicht in der Beantwortung einer Motion. Motionen sind Gesetzesentwürfe oder Massnahmen und trotzdem sollen wir Vertrauen haben in die Regierung, in das Departement, die sowas Grobes, also sehr grobfahrlässig heisst das, glaube ich, und da habe ich doch einfach auch kein Vertrauen in die ganze Schulraumplanung und da bitte ich die Regierung, nochmals über die Bücher zu gehen.

Ich kann gerne dann Hand bieten, wenn im BVD, wenn Sie die Diskussion wieder mit dieser grauen Energie haben. Es geht hier um die Zukunft und Sie nutzen dieses Argument, ja, jetzt wollen ja alle, dass wir weniger, dass wir für die Klimaziele, da können wir jetzt das nicht bauen. Was soll das? Ich verstehe es nicht und ich bitte wirklich alle sechs im Moment und bald sieben Regierungsräte, wenn so ein grober Fehler passiert, dann gehen Sie nochmal über die Bücher, überlegen Sie, egal, ob es rechtlich zulässig ist oder nicht, Sie haben es in der Hand zu sagen, okay, wir haben uns geirrt, wir gehen einen Schritt zurück. Es dauert dann zwar länger, dafür haben wir für den freiwilligen Schulsport, die Tagesstrukturen und die Vereine nebst den Schulen genügend Sporthallen. Weil das ist nicht nur Alex Ebi, der das feststellt, es ist die ganze Strategie zu den Sporthallen, usw. Es ist schon lange bekannt, die Schulleitungen haben vor zwei Jahren gesagt, es wird nicht reichen, es wurde ignoriert.

Ja, so schimpfe ich, wenn ich nicht wirklich ein Blatt Papier vor mir habe mit einem Satz drauf. Esther Keller, Sie sind als einzige jetzt hier. Wir können gerne mal noch von Auge zu Auge besprechen und ich bitte Sie, das reinzutragen zu Ihren Kolleg*innen, so geht es nicht. Ich habe kein Vertrauen mehr, wenn Sie solch grobe Fehler machen, also nicht Sie, sondern das ED.

Ich bin sehr, sehr unzufrieden. Also die Beantwortung war super, ich hatte recht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.



31. Bericht zu den Anpassungen und weiteren Entwicklungen im Bau und Gastgewerbeinspektorat, Bericht des RR

[13.03.24 09:44:49, 23.1773.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben.

Zuerst geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Sie haben im vergangenen Sommer die Motion Thüring uns zur Erfüllung überwiesen und wir haben das zum Anlass für eine längere Berichterstattung genommen. Sie haben das gesehen. Sie wissen, dass wir einen Personalengpass, eine Krise im 2022 hatten. Dadurch haben sich Gesuche aufgestaut, es haben sich Pendenzen angesammelt und wir mussten dann sehr rasch reagieren. Wir haben das Team stabilisiert, wir konnten auch die Pendenzen mittlerweile weitgehend abarbeiten, wir konnten die Vakanzen wieder besetzen mit Personen und wir sind da wirklich auf gutem Weg. Nichtsdestotrotz, wir müssen dranbleiben, das ist uns absolut klar.

Die Motion forderte längere Öffnungszeiten und das haben wir sehr rasch dann auch realisiert. Die Teams sind jetzt zu Bürozeiten erreichbar, die Öffnungszeiten wurden deutlich verlängert. Wir sind daran, wie in der Motion darum gebeten, die digitale Beratungsvereinbarung auszuweiten. Wir haben das bereits beim Gastgewerbebereich getestet und werden das weiter ausrollen. Mittlerweile ist auch der Online-Erfassungsassistent online. Da muss man sich darunter vorstellen, dass jemand, der ein Gesuch machen möchte, sei es Umbau oder Neubau oder etwas ganz Einfaches wie ein Reklamebegehren, der wird durch einen Assistenten durch diesen Prozess geführt, stösst da auf die nötigen Merkblätter, findet nur die Informationen, die es für dieses Gesuch auch tatsächlich braucht und das ist eine grosse Hilfe. Das wird uns auch helfen, einerseits die Qualität zu erhöhen der Gesuche und andererseits die Vollständigkeit. Weil ich glaube, das ist ein Punkt, der auch immer wieder thematisiert wird, dass es ärgerlich ist, wenn man nach einigen Wochen das ganze Dossier zurückgeschickt bekommt, weil irgendeine Angabe fehlt und der Online-Erfassungsassistent stellt sicher, dass man eben die nötigen Formulare auch tatsächlich einreicht. All das, glaube ich, wird wirklich dazu beitragen, dass die Zufriedenheit auch der Kundinnen und Kunden steigt mit dem Bau- und Gastgewerbeinspektorat. Wir bleiben dran.

Wir haben auch weitere Schritte angestossen, einerseits die Gründung des Runden Tisches, wo wir ja direkt auch mitbeteiligt im Austausch sind, wie wir die Prozesse verbessern können, wie wir auch schauen können, wo wir einige gesetzliche Anpassungen planen können. Aber auch das vollständige digitale Dossier ist am Tun, also dass es irgendwann dann mal gar kein Papier mehr braucht, und auch der politische Auftrag, dass man wirklich die Beratungstätigkeit wahrnimmt und die Spielräume nutzt. Mir ist sehr bewusst, dass wir da nach wie vor auf einem Weg sind, die neuen Leute müssen jetzt auch Zeit haben, sich einzuarbeiten.

Der Regierungsrat bittet Sie, die Motion abzuschreiben, weil die eigentlichen Anliegen, hier die Öffnungszeiten, erfüllt sind.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Für die LDP hat sich Michael Hug gemeldet.

Michael Hug (LDP): Das Bau- und Gastgewerbeinspektorat führt alle Baubewilligungsverfahren durch und ist die zentrale Koordinationsstelle. Bauen in Basel ist bekanntermassen heutzutage sehr kompliziert und dies nicht nur wegen den Wohnschutzbestimmungen. Wenige Bewilligungen, wir haben es in den Berichten letztes Jahr gelesen, werden in der gesetzlich vorgeschriebenen Frist von drei Monaten erfüllt oder gegeben.

Die LDP nimmt darum gerne zur Kenntnis, was in diesem Bericht steht, und dies liegt an verschiedenen Gründen. Grundsätzlich liegen viele Vorstösse vor, die auch eine Verbesserung der Umstände hier fordern und die zeigen auch, dass ein unbedingter Handlungsbedarf besteht. Vorhin angesprochen von Departementsvorsteherin Esther Keller, der Runde Tisch einfacher umbauen, dies soll eine Verbesserung bringen, gesetzliche Massnahmen oder Änderungsmassnahmen liegen im Raum, das finden wir grundsätzlich begrüssenswert. Wir finden es auch gut, dass die Praxis hier einbezogen wird, es ist einfach so, dass die Zeit extrem drängt.

Ich will nochmal zu Protokoll geben, dass die Bau- und Raumplanungskommission bereits im Jahr 2018 eine Motion eingereicht hat für eine Vereinfachung des Baubewilligungsverfahrens und seit dem Jahr 2018 ist man auch nicht weitergekommen, auch wenn bereits konkrete Verbesserungen gefordert wurden. Und meine Angst oder die Angst der Fraktion ist auch, dass man hier in diesem Bericht viel Gutes liest, aber die konkreten Umsetzungsmassnahmen dann wieder Ewigkeiten in Anspruch nehmen.

Die Aufhebung der Gebietszuständigkeit. Es ist sehr nachvollziehbar, wieso man das macht, man will eine Verbesserung, dass man eine dauernde Erreichbarkeit hat. Wenn jemand in den Ferien ist, der zuständig ist, dann kann das



Baubewilligungsbegehren weiter betreut werden. Aber ich habe auch kritische Stimmen gehört von Architektinnen und Architekten, die gehen dann dort zu der Behörde und sagen, ich habe in Riehen dieses Projekt und dann ist immer eine andere Person zuständig an diesem Tag und sagt, ich weiss jetzt nicht genau, ich muss mich noch kurz schlau machen, und dann ist der Effekt, den man sich verspricht, irgendwie auch wieder verpufft. Also hier muss man ein Augenmerk darauf halten, wie sich diese neue Praxis entwickelt, dass es sich nicht zum negativen wendet.

Ein weiterer Punkt, der wurde schon angesprochen, ist die Digitalisierung. Natürlich ist die gut und wichtig, wir sind aber im Vergleich zu vielen anderen Kantonen hier total im Rückstand. Wir haben immer noch Medienbrüche, eine komplette Digitalisierung ist noch nicht vorhanden und es ist auch so, dass wie in der Timeline, die versprochen wurde, hier hinterherhinken, als wir dieses Geschäft hier überwiesen haben.

Ein sehr wichtiger Punkt, der jetzt noch nicht genannt wurde, ist der Punkt 2.7, dass man in Zukunft auch Möglichkeiten schaffen will, sogenannte Ausnahmeanträge zu schaffen oder dass man das Ermessen, sage ich jetzt, mehr nutzen kann. Hier verstehe ich noch nicht, wie man das genau machen will, weil auf der anderen Seite wird auch vorausgesetzt, dass es keine öffentlichen Interessen, keine Gesetze tangiert, die bestehen. Da wird ja ein ganz kleiner Raum dann für ein Ermessen effektiv vorhanden sein und darum ist dies ein entscheidender Punkt aus der Perspektive der LDP, dass man hier genau hinschauen will und auch erwartet, dass man noch näher erläutert, wie ein solches Ermessen dann aussehen kann.

Alles in allem begrüssen wir den Bericht, nehmen ihn zur Kenntnis und möchten aber an dieser Stelle auch gleich mitteilen, dass wir die Motion von Joël Thüring stehen lassen wollen, bis alle genannten Massnahmen auch konkret umgesetzt wurden. Insbesondere die digitale Umsetzung des Baubewilligungsverfahrens soll komplett medienbruchfrei umgesetzt werden und auch die Massnahmen, die jetzt in Aussicht gestellt wurden, die müssen zuerst greifen, umgesetzt werden und erst, wenn das dann wirklich abgeschlossen ist, sind wir auch bereit, diese Motion dann abzusetzen. Aber wie wollen sie heute stehen lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die Mitte/EVP ist Franz-Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Ich bin ganz froh, ich habe zehn Minuten als Fraktionssprecher und auch wir haben entgegen der Kreuztabelle unsere Meinung geändert. Wir sind auch für Stehenlassen und ich möchte das kurz begründen.

Bauen ist ganz wichtig und bringt unseren Kanton voraus und wir sind der Meinung von der Fraktion EVP/Mitte, wir haben hier ein Problem und mit dem Bericht ist dieses Problem noch nicht angesprochen. Im Bericht steht, Krise, viele politische Vorstösse und das zeigt eigentlich, dass in dieser Amtsstelle etwas nicht funktioniert. Ich als Unternehmer, der verantwortlich ist, weiss, wie man ein Gastro-/Hotelbetrieb führt und ich weiss, es geht gut, wenn es gut geführt ist, und das wird von den Menschen gemacht, die die Verantwortung tragen, nämlich die Amtsleitung. In diesem Fall haben wir, es steht auch im Bericht, 30 Mitarbeitende, ich denke, das ist eine überschaubare Grösse. Wir haben hier eine Amtsleitung, ich denke, normalerweise kennt man das nicht, wie die anderen Amtsleiter von anderen in diesem Departement, die man kennt, es sind zwei Jurist*innen und das Problem bei den Jurist*innen, sie möchten es immer gesetzeskonform umsetzen.

Bauen ist keine genaue Wissenschaft, Bauen ist meistens ein dynamischer Prozess. Man plant, man errechnet die Kosten, man baut um und es kommen neue Sachen. Und in dieser Phase erwarten wir, dass dieses Departement mehr Dienstleisterin ist anstatt Kontrollorgan. Es steht nicht im Betrieb von der Leitung und ich glaube, hier ist ein wirklich grosses Problem. Ich zitiere schnell aus dem Bericht und hier steht bei 2.3.2 Betriebliche Situation: «Die strategische Ausrichtung des Amtes verdient gerade auch in Zeiten von starken personellen Veränderungen eine hohe Aufmerksamkeit. Das Bau- und Gastgewerbeinspektorat arbeitet hierfür mit einer Strategielandkarte.» Ich lese Strategielandkarte und wenn ich das lese, weiss ich, dass dieses Amt, ich habe nicht nachgefragt, von einer Beratungsfirma begleitet wird, nämlich die Beratungsfirma, die mit Strategielandkarten arbeitet.

Wenn man eine Strategielandkarte hat, die strategische Ausrichtungen macht, das ist gut, aber man muss sie auch umsetzen und die Umsetzung der Strategie liegt in der Verantwortung der Regierungsrätin mit dem Amtsleiter. Ich möchte hier auch die ganze Regierung in die Verantwortung nehmen. Amtsleiterinnen und Amtsleiter werden vom gesamten Regierungsrat gewählt. Das Wählen ist das eine, aber es ist auch das Kontrollieren, ob sie eine gute Arbeit machen. Und wenn sie keine gute Arbeit machen, und ich finde, in diesem Fall wird keine gute Arbeit gemacht, weil ich eine von diesen Amtsleiterinnen als Beizer schon Jahrzehnte, ich bin jetzt über zwei Jahrzehnte in der Rheingasse, persönlich kenne wegen den Problemen und es ist immer noch die gleiche Person, die das macht, und ich hatte damals schon genau diese juristischen Verschiedenheiten, also bitte Frau Regierungsrätin, gehen Sie hierhin, schauen Sie es gut an, es liegt an der Führung und nicht an den Leuten, die unter der Führung sind.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Patrizia Bernasconi.



Patrizia Bernasconi (GAB): Es ist die Zeit gekommen, die Motion über kundenfreundliche Öffnungszeiten beim BGI abzuschreiben, und zwar nicht, weil wir die Motion als erfüllt erachten, sie ist es nicht, sondern weil die Weigerung des Regierungsrates, die Motion als rechtlich zulässig zu erklären, leider nicht zu ändern ist. Die Frage, wann eine Motion rechtlich unzulässig ist, werden wir leider nicht mit dem Stehenlassen dieser Motion klären. Sie nochmals stehen zu lassen, was meine Fraktion bis jetzt gemacht hat, würde ausserdem nichts an der Haltung des Regierungsrates ändern.

Ich möchte noch ein paar wichtige Bemerkungen zum Bericht, zu den Anpassungen und weiteren Entwicklungen im Bau- und Gastgewerbeinspektorat bringen. Dort, wo es zu Gesetzesänderungen und Anpassungen kommen wird, werden wir uns, wenn es so weit ist, hier im Grossen Rat äussern können. Es gibt aber Bereiche, zum Beispiel die schon erwähnte Praxis des BGI, in denen wir im Parlament uns nicht äussern werden können.

Das BGI wird gemäss Bericht neu aktiv auf die Möglichkeit hinweisen, Ausnahmegewilligungen zu beantragen. Dazu äussern wir unsere Kritik. Es wird seitens des Regierungsrates beteuert, die Ausnahme soll nicht zur Regel werden. Im gleichen Atemzug wird aber das Ziel genannt, die Ausnahmekosten solle gesteigert werden, auch wenn damit das Risiko erhöht werde, so im Bericht, im Rekurs-Fall von einer nächst höheren Instanz korrigiert zu werden. Das BGI beziehungsweise der Regierungsrat gibt also zu, rechtswidrig handeln zu wollen und nimmt einfach so in Kauf, dass allfällige rekurrierende Personen für eine höhere Instanz mit Gerichts- und Anwaltskosten zu rechnen haben, weil das BGI die Ausnahmen bewilligen wird und hiermit jeden Rekurs ablehnen würde. Ich rede hier nicht nur von Rekursen von Mieter*innen, sondern auch von Nachbarn von ausnahmsweise bewilligten Projekten, also Hauseigentümer*innen oder sonst Organisationen, die im Umweltbereich tätig sind, die, um ihr legitimes Recht zu erkämpfen, tief in die Tasche greifen müssen.

Diese neue Praxis stösst gegen die Grundprinzipien der Rechtsstaatlichkeit und ist völlig willkürlich. Wir können diese Praxis hier heute aber nicht formell ablehnen, wir können sie lediglich zur Kenntnis nehmen, was wir hier nicht wohlwollend machen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Es wurde bereits sehr vieles richtig und Gutes gesagt von meinen beiden bürgerlichen Vorrednern Franz-Xaver Leonhardt und Michael Hug, deshalb kann ich mich sehr kurzfassen. Sie haben insbesondere auch im Votum von Franz-Xaver Leonhardt gehört, wo wahrscheinlich ein Grund oder ein Hauptproblem liegt in diesem Amt. Es ist immer so, dieses Sprichwort gilt wahrscheinlich auch für das Bau- und Gastgewerbeinspektorat, der Fisch stinkt vom Kopf und hier glaube ich schon, muss man ernst nehmen, was auch Leute berichten, die ja regelmässig mit diesem Bau- und Gastgewerbeinspektorat in Kontakt sind, seien es zum Beispiel Beizer, die ein Anliegen haben, seien es aber auch Architekten, die mit diesem Amt zu tun haben, und da hört man halt einfach schon immer noch und immer wieder nicht nur sehr erfreuliches. Es ist halt bei diesem Amt, das sehr viele Kundenkontakte hat, wichtig, dass man hier auch mit einem gewissen Pragmatismus vorgehen kann und das scheint uns bei der aktuellen Situation mit der Führung dieses Amtes tatsächlich so teilweise nicht gegeben zu sein. Ich selber kann da auch nur berichten von dem, was man mir zuträgt. Ich habe das Pech oder das Glück, wie man es auch immer nennen will, dass ich nicht sehr oft direkt als Kunde mit diesem BGI zu tun habe, aber das, was ich höre, hat sich in den letzten Jahren nun wirklich nicht verbessert.

Es werden nun in diesem Bericht des Regierungsrates ja diverse Anpassungen auch mitgeteilt, die vollzogen worden sind. Ich kann nicht abschliessend beurteilen, ob jede einzelne dieser Anpassungen auch tatsächlich erfolgreich war. Ich höre, dass es nicht nur einfacher geworden ist, dass beispielsweise auch die Öffnung der Zuständigkeiten, dass jetzt quasi die Bauinspektoren nicht mehr nach Ressort oder nach Rayon zuständig sind, dann jeweils auch nicht nur positiv ankommt, dass man da dann trotzdem auch des Öfteren noch mit unterschiedlichen Ansprechpartnern zu tun hat. Hier wird zwar im Bericht erwähnt, dass dies nicht der Fall sei, wenn man mal eine Verantwortung habe, dann habe man diese das ganze Verfahren hindurch, da höre ich auch wiederum anderes. Also es scheint hier schon immer noch einen gewissen Gap zwischen dem zu geben, was uns der Regierungsrat in seinem Bericht mitteilt und wie es dann in der Praxis tatsächlich auch geschieht.

Hier sind wir als SVP-Fraktion der Meinung, muss weiter genau hingeschaut werden und diese Entwicklungen auch weiter überwacht werden und der Regierungsrat sollte aus unserer Sicht deshalb auch hier weiter an diesem Anliegen dranbleiben. Regierungsrätin Esther Keller als zuständige Departementsvorsteherin muss diese Entwicklungen auch weiter beobachten, muss allenfalls auch eingreifen, um eben diese Anregungen, aber auch diese Kritik weiter ernst zu nehmen, die wir, und Franz-Xaver Leonhardt hat diese ja heute sehr pointiert geäussert, von verschiedenen Seiten auch weiterhin regelmässig hören, sei es eben von Beizern, sei es von Architekten, sei es von Juristen, die selber dann mit diesem Amt zu tun haben. Das kann man nicht so vom Tisch wischen. Ich glaube, deshalb muss da auch weiter einen Fokus darauf gelegt werden, dass diese Probleme, die dort weiterhin herrschen aus unserer Sicht, auch behoben werden.

Und meine Motion, die Motion Thüring, die ja nun der Regierungsrat zum Abschreiben beantragt, ist hier auch ein Stück weit eine Möglichkeit, dass wir hier als Grosser Rat weiter darauf schauen. Einerseits, weil die Motion tatsächlich, das hat Patrizia Bernasconi, die dann aber zu einem anderen Schluss als der Antrag kommt, gut festgehalten, noch nicht vollständig erfüllt ist. Der Regierungsrat schreibt das ja auch selber, dass sie nicht vollständig erfüllt ist, obwohl dies der Wille des Parlamentes



ist und mehrfach ausgedrückt worden ist. Mit dieser Motion, wenn wir sie heute stehen lassen, das ist auch der Antrag meiner Fraktion, haben wir die Gelegenheit, dass der Regierungsrat hierzu auch noch einmal berichten muss und auch dann die Gelegenheit hat, zu den anderen Massnahmen uns als Parlament nochmals zu berichten, weil ja viele dieser Massnahmen nun vom Regierungsrat auch erst in Aussicht gestellt worden sind. Es wird, Michael Hug hat das ja auch erwähnt, darauf hingewiesen, dass das im Laufe der kommenden Jahre in Umsetzung ist, 2024, 2025, und deshalb scheint es eben sinnvoll zu sein, wenn wir auch mit dem Stehenlassen meiner Motion noch einmal darauf hinwirken, dass der Regierungsrat zu einem späteren Zeitpunkt uns berichten muss.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist René Brigger.

René Brigger (SP): Vorab, es wurde von allen vier Vorredner*innen sehr viel Richtiges gesagt, da kann ich mich anschliessen. Die SP-Fraktion hat das kurz diskutiert. Die SP-Fraktion stellt hier den Antrag, dass die Motion, weil erfüllt, die Öffnungszeiten sind so angepasst worden, abgeschrieben wird und wir nehmen diesen Zwischenbericht zur Kenntnis.

Jetzt aber möchte ich als Praktiker da noch einige Sachen anfügen. Es wurde einiges gesagt, auch von Franz-Xaver Leonhardt, das Bau- und Gastgewerbeinspektorat läuft, vorsichtig gesagt, höchstens suboptimal. Es wurde gesagt und im Bericht steht, dass die meisten Gesuche die Dreimonatsfrist einhalten. Früher waren es 80, 90 Prozent, heute sind es weniger. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Regierungsrätin Esther Keller, wie wird diese Dreimonatsfrist, die gesetzlich verbindlich ist, berechnet? Wenn einer ein Baugesuch einreicht, früher kam die Publikation nach der sogenannten Vorprüfung nach ein, zwei Wochen und die Frist wird erst nach Publikation gezählt. Heute, auch ein mittelschweres Baubegehren wird ein bis zwei Monate geprüft. Schon in diesen ein bis zwei Monaten werden schon die Mitberichte eingeholt, etc., aber da läuft keine Frist, erst bei der Publikation, die ein bis zwei Monate später stattfindet. Dann kommen bei mittelprächtigen Baugesuchen regelmässig sogenannte Zwischenberichte, also Rückfragen von den Architekten, usw. Wie ist das, reichen Sie ein Stockwerkeigentümerreglement ein und das und jenes und da fehlt noch was. Die kommen nicht konzentriert einmal, pro Gesuch kommen drei bis vier Zwischenberichte. In dieser Frist dieser Zwischenberichte läuft die Frist auch nicht. Wenn Sie drei bis vier Zwischenberichte machen und die Zwischenberichte sofort beantwortet werden, haben Sie eine Dauer bis zur Baubewilligung ab Baueingabe von problemlos sechs Monaten. Wenn man in sechs Monaten eine Baubewilligung hat, dann ist man gut bedient. Die Zählweise, die ist gefaked, das Gesetz macht diese Rechnung nicht. Ich bin der Ansicht, die drei Monate werden klar unter 50 Prozent erfüllt.

Es sind diverse Probleme, die Aufhebung der Rayonzuständigkeit. Ich kann das so sagen, das finde ich nicht optimal. Man wusste, in Kleinhüningen oder Rosental, usw. konnte man Herr oder Frau X ansprechen, die haben Erfahrungen, die müssen sich nicht voll einarbeiten. Man kann bei Abwesenheit eine Stellvertreterregelung machen. Und ich muss sagen, auch die Bau- und Raumplanungskommission, das hat Michael Hug gut gesagt, wir haben ja das Problem schon im Jahre 2018 erkannt und eine Kommissionsmotion eingereicht. Diese Kommissionsmotion, die ist noch nicht behandelt, die wurde zweimal an den Regierungsrat überwiesen und schlussendlich ging das an die Bau- und Raumplanungskommission zurück. Also ich will da nicht das Kommissionsgeheimnis verletzen, aber wir haben das dann bearbeitet, eine Subkommission eingesetzt, etc., wir haben zwei, drei Vorschläge gemacht, die stossen vollkommen ins Leere. Man will das nicht, die Regierung oder die Amtsleitung fühlt sich pikiert und sagt, das ist nicht unsere Sache, aber das ist ein politisch wichtiges Problem. Auch die Strategielandkarte, etc., das ist alles gut und recht, aber es funktioniert nicht. Man kann das wohl abschreiben, aber die Probleme bleiben.

Ich habe Altregierungsrat und Vorsteher des BVD Hans-Peter Wessels auf ein paar Punkte angesprochen und gesagt, Sie, kann man da nicht, und wissen Sie, was er mir geantwortet hat, macht einfach. Und das ist doch die Folge dieser langen, dieser absolut übergesetzestreu Anwendung mit allen Formalien. Die Folge ist, dass man einfach macht und das kann und soll nicht sein. Wir brauchen eine Rechtssicherheit, wir brauchen ein kundenorientiertes Bauinspektorat und wir brauchen auch ein starkes Beininspektorat. Das ist auch der Inhalt der Motion der BRK. Das Bauinspektorat sollte die Oberbaubehörde, die Leitbehörde sein, die auch allenfalls die Mitberichte der Fachstellen koordiniert und allenfalls auch übersteuert und sagt, okay, wir nehmen zur Kenntnis. Die Verkehrsabteilung sagt, da ist ein Problem und die Stadtbildkommission sagt das, die Denkmalpflege sagt das, ich weiss auch nicht, und da muss man irgendwie einen Entscheid treffen und das wird nicht gemacht. Das ist eine Kombination von Angst, aber wieso, man kann doch mal entscheiden und dann gibt es halt einen Rekurs, dann soll die Baurekurskommission entscheiden.

Da ist irgendwie in der Führung dieses zentralen Amtes in unserem Kanton der Wurm drin. Ich bin da zum Teil ratlos, wenn die Leute zu mir kommen. Heute ist es in der BaZ, ein Pizzaofen in einem bestehenden Restaurant, die brauchen Dreivierteljahre. Die hätten lieber den Pizzaofen geheim gebaut und wenn niemand das gemerkt hätte, dann wäre die neue Pizzeria beim Klingeli schon seit letztem Sommer offen. Leider haben sie sich dem unterstellt und das Resultat ist, sie können in zwei, drei Tagen eröffnen. Sie zahlen jetzt Miete, etc., aber ich verstehe das auch nicht, eine Portion gesunder Menschenverstand und die Dienstleistungsorientierung, die fehlt.



Wir können das abschreiben, wir haben noch die Motion der BRK, da müssen wir drangehen. Wir sind leider relativ belastet oder überlastet mit anderen wichtigen Geschäften, aber das muss man schon grundsätzlich angehen. Und vielleicht auch die Digitalisierung, das ist ein Thema, gut, ob das viel bewirkt, der Entscheid treffen immer noch die Personen, die Bauinspektorinnen und Bauinspektoren, und da fehlt auch - gut, man hat neue Person, das ist gut und recht, aber ich vermisse vielleicht die alten Bauinspektoren, die die Übersicht hatten. Man kann viele neue Leute einstellen, aber wenn die sich immer rückversichern müssen bei der Teamleitung, dann geht das länger und besser wird es nicht. Von daher muss ich, also weniger von der SP, ich bin ja sehr gouvernemental, aber als Praktiker sagen, da muss was gehen, Esther Keller, und nicht nur schöne Berichte. Aber wir bleiben dran.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort in der zweiten Runde an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Geschätzte Grossrätinnen und Grossräte, die jetzt auch votiert haben. Ich nehme Ihr Unbehagen sehr ernst, wir müssen aber schon sehen, es ist einiges gegangen. Nicht alles in diesem Bericht sind Ankündigungen, sondern es wurden konkrete Massnahmen getätigt. Es wurde sehr lange gefordert, die Öffnungszeiten zu verlängern, wir haben es jetzt gemacht. Das Online-Erfassungstool ist jetzt online, also es hat sich wirklich einiges getan. Die Vakanzen konnten besetzt werden, das ist angesichts des Fachkräftemangels nicht selbstverständlich. Wir haben Leute gefunden und diese neuen Leute sind jetzt unterwegs. Es ist so, wenn Leute pensioniert werden, wenn Leute kündigen und eine neue Stelle in Anspruch nehmen, dann geht Wissen weg, dann geht Erfahrung weg und das schlägt in einem Moment auf die Erfüllungsquote. Das ist so, aber ich bitte Sie, geben Sie den neuen auch die Chance anzukommen, sich einzuarbeiten und diese Erfahrungen auch zu gewinnen.

Ich darf auch nochmals auf die Relation hinweisen. Wir haben jährlich 1'500 Baubegehren. Ja, es wird immer Fälle geben, in denen Kunden nicht zufrieden sind, aber viele Baubegehren laufen gut. Die Bauinspektorinnen und Bauinspektoren, die beraten, und ich darf Sie bitten, wenn Sie Fälle hören von Architekten, von Bauherren, die Sie auf Prozesse hinweisen, die nicht stimmen oder auf Bestimmungen, wir haben eine Fallsammlung gestartet und die Fallsammlung hat zum Ziel, genau die Punkte zu finden, wo es schwierig ist. Ich bitte Sie, teilen Sie diesen Link, der ist öffentlich, die Bauherrinnen/Bauherren, die Architekten können sich melden und das ganz konkret melden und dann schauen wir das an.

Ich kann nämlich so viel berichten, ich bin mit vielen Baudirektoren aus der ganzen Schweiz in Kontakt und Sie müssen auch gar nicht so weit suchen, Sie können auch das kurz googeln, es kämpfen alle Kantone, alle Städte damit, dass Bauen komplexer wird. Wir haben jährlich neue Regulierungen im Gesetz, das erhöht die Komplexität und das erhöht auch die Schwierigkeit zu bauen. Auch da, wie gesagt, setzen wir an, wir schauen, wo wir Dinge ändern können, aber es ist nicht so einfach und deshalb war ich ganz froh auch um das Votum von Grossrätin Patrizia Bernasconi, wenn es zum Thema Ausnahmen kommt. Es ist eine Möglichkeit, aber wir müssen bei Ausnahmen immer schauen, dass sie juristisch verheben, wie wir so schön sagen. Das nützt Ihnen nichts als Bauherr, wenn Ihnen eine Ausnahme gegeben wird, die nachher vor Gericht gekippt wird. Das heisst, auch deshalb ist dieser juristische Blick auf die Dossiers auch sehr wichtig, weil die Beständigkeit, dass das auch hält vor Gericht, ist extrem wichtig für die Planungssicherheit. Wir werden Ausnahmen gezielt einsetzen, aber sicher nicht willkürlich, weil da, und da hatte Patrizia Bernasconi in ihrem Votum natürlich recht, das wäre nicht rechtens. Also Spielraum nutzen, Ausnahmen da, wo es rechtlich möglich ist, und gut beraten, aber ein Allweckmittel ist das auch nicht.

Dann vielleicht noch zur Aufhebung der Gebietszuständigkeit. Die Idee war da, das war bisher wirklich in, ich sage jetzt mal, relativ starre Zonen aufgeteilt. Das Problem war, wenn ein Gebiet ganz viele Baugesuche hatte, dass dann dieses Gebiet überlastet war, während ein anderes Gebiet vielleicht noch Kapazität gehabt hätte. Wir haben deshalb diese Zonen aufgehoben. Wir beobachten das jetzt. Wir haben auch kritische Stimmen gehört dazu, wir beobachten das. Was wir sehen, ist, dass man heute schneller zugewiesen wird. Also tatsächlich hat sich der Arbeitsfluss verbessert, die Dossiers sind gleichmässiger verteilt. Und ganz wichtig festzuhalten, ab dem Moment, wo Sie ein Projekt eingeben, werden Sie von derselben Person betreut. Es ist nicht so, dass Sie mit einem Projekt zuerst bei Bauinspektor A und dann bei Bauinspektorin B, das wäre nicht effizient, also ab dem Moment, wo Sie ein Projekt eingeben, bleibt das bei derselben Person. Aber auch das sind wir bereit zu überprüfen, wenn wir dann gesehen haben, wie sich das niederschlägt.

Ich höre, dass Sie auch weiter möchten, dass wir berichten. Wie gesagt, der Regierungsrat ist der Meinung, dass die eigentliche Motion, die Öffnungszeiten hier erledigt ist. Sie haben andere Mittel und Möglichkeiten, um sich auch berichten zu lassen. Es gibt laufende Vorstösse, ich höre aber auch, dass einige der Fraktionen wünschen, dass hier wieder berichtet wird. Das mache ich sehr gerne, denn ich verspreche Ihnen, ich bleibe an diesem Thema dran. Ich denke, dass wir wirklich im Bereich Bauen, wie alle anderen Städte und Kantone in der Schweiz, Handlungsbedarf haben und auch Dinge wieder zu vereinfachen und wir werden natürlich, egal in welche Form, auch wieder darüber berichten.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Esther Keller, nehmen Sie die Zwischenfragen von Annina von Falkenstein und Tim Cuénod an? Sie werden angenommen.

Annina von Falkenstein (LDP): Regierungsrätin Esther Keller, Sie bitten uns, den Link zur Fallsammlung zu promoten in den Kreisen, die betroffen sind. Wie macht denn das BVD das selbst? Muss man den Link finden oder wird man in den betroffenen Kreisen aktiv darauf hingewiesen, dass diese Möglichkeit besteht?

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ja, diesen Link habe ich einerseits auch selber geteilt und wir haben über die entsprechenden Fachverbände geteilt. Das ist auffindbar im Internet, sonst gerne melden.

Tim Cuénod (SP): Esther Keller, mich hätte Ihre Einschätzung zum Rückgang der Bearbeitungsdauer interessiert. Ist sie nicht in erster Linie auch auf den Rückgang der Baugesuche zurückzuführen? Wie nachhaltig ist das, was jetzt erfreulich dort erzielt werden konnte?

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich habe nicht von der Erfüllungsquote gesprochen, sondern vom Abbau der Pendenzen. Wir konnten die Pendenzen aus den letzten Jahren erfreulicherweise praktisch abarbeiten und erwarten bis Ende März da vollständig durch zu sein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Raoul Furlano möchte Ihnen noch eine Frage stellen. Sie wird angenommen.

Raoul I. Furlano (LDP): Regierungsrätin Esther Keller, das neue Tool, wo Sie sammeln, wie lange dauert das, bis man eine Antwort bekommt und bekommen alle eine Antwort?

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Der Vorteil des Tools ist, dass Sie sofort eine Fehlermeldung kriegen, wenn Sie ein Formular vergessen oder etwas nicht erfüllen und das erhöht eben die Qualität und die Vollständigkeit der Gesuche. Und ja, selbstverständlich wird das dann bearbeitet.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

Kenntnisnahme.

31.1. Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend kundenfreundliche Öffnungszeiten beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat, Bericht des RR

[13.03.24 10:20:55, 19.5512.07]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung über die Motion Joël Thüring und Konsorten.

Abstimmung

JA heisst erledigt gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen gemäss Antrag Michael Hug

Ergebnis der Abstimmung

52 Ja, 37 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003060, 13.03.24 10:21:33]



Der Grosse Rat beschliesst

die Motion als erledigt abzuschreiben. Die Motion ist erledigt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion abgeschrieben mit 52 Ja-Stimmen gegen 37 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen. Die Motion ist erledigt.

32. Anzug Karin Sartorius und Konsorten betreffend Veloverbindung Friedrich-Miescher-Strasse - Burgfelderstrasse, Schreiben des RR

[13.03.24 10:21:44, 21.5769.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein erstes Votum. Damit kommen wir zu den Fraktionsprechenden. Für die SP hat sich Jean-Luc Perret gemeldet.

Jean-Luc Perret (SP): Ich rede für die Fraktion der Mitte/EVP und für meine eigene Fraktion, die der SP. Bei diesem Anzug ging oder geht es einmal mehr darum, eine Veloverbindung im Basisroutennetz zu schliessen. Es scheint mir leider ein bisschen sinnbildlich. Auf einer übergeordneten Ebene mittelfristig redet man immer davon, die Situation für alle Verkehrsteilnehmenden zu verbessern. Das lesen wir auch im Fazit dieser Anzugsbeantwortung. Wenn es dann aber an die konkrete Umsetzung geht, dann klappt es in vielen Fällen aus irgendwelchen Gründen doch nicht. So kommen wir nicht vorwärts und die Situation bleibt für die Velofahrenden unbefriedigend und so motivieren wir natürlich auch keine potenziellen Velofahrerinnen und Velofahrer, auf das umweltfreundliche Verkehrsmittel umzusatteln.

Die angesprochene Verbindung befindet sich heute noch am Stadtrand zwischen dem Bürgerspital-Areal mit dem Rehab und der Burgfelderstrasse mit direkter Weiterfahrt in Richtung Bachgraben. Sie sehen das hinten. Es ist schon jetzt klar, dass in diesen Gebieten in Zukunft jede Menge Wohn- und Arbeitsfläche erschlossen wird. Entsprechend werden sich auch viele Menschen darin bewegen. Unsere Aufgabe ist es, die Verkehrsbeziehungen rechtzeitig bereitzustellen. Sie sehen auf der Karte einen Ausschnitt des Teilrichtplans. Die Stelle, wo die Veloverbindung hin sollte, ist pink eingekreist. Aktuell befindet sich weder an der Stelle der rot durchgezogenen noch an der rot gestrichelten Linie ein Veloweg. Man muss also in jedem Fall einen Umweg fahren. Die roten Linien wären das, was der Anzug wünscht.

In der Beantwortung werden Varianten für die Velofahrenden dargelegt, die aber aus unserer Sicht allesamt nicht befriedigen. Beispielsweise eine Fahrt von über einem Kilometer quer zur eigentlichen Fahrtrichtung durchs Freizeitgartenareal. Diese Verbindung ist braun eingezeichnet und ebenfalls mit einem pinken Pfeil markiert. Nur am Rande erwähnt wird die Möglichkeit einer Velorampe und sogleich als unverhältnismässig aufwendig wieder abgetan. Wir sind der Meinung, diese Rampe müsste noch ernsthafter geprüft werden, auch wenn der Aufwand dafür etwas grösser sein sollte. Das ist die orange Linie, die so halb in den Kreis hineinragt. Vor Ort sehen wir eine überwachsene Böschung. Ein Augenschein vor Ort erweckt den Eindruck, das müsste möglich sein, ohne Freizeitgärten im grossen Stil aufzuheben.

Deshalb bitte ich Sie im Namen der Mitte/EVP und der SP, den Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die Fraktion GAB ist Raffaella Hanauer.

Raffaella Hanauer (GAB): Auch wir von der GAB-Fraktion möchten diesen Vorstoss gerne stehen lassen. Ich möchte gerne auf zwei Aspekte eingehen in meinem Votum. Einerseits, wie Jean-Luc Perret schon gesagt hat, zeigt dieser Vorstoss ein Problem auf, dass wir in der Veloweg-Planung haben. Der Vorstoss betrifft eine Route, die im Teilrichtplan eingezeichnet ist und es zeigt, dass diese Vorstösse kommen, weil der Teilrichtplan nicht genügend ernst genommen wird. Und andererseits möchte ich auch auf das Veloweggesetz eingehen, wo ich denke, dass hier dieser Vorstoss auch wieder einiges an Klärungsbedarf aufzeigt.

Zuerst zum Veloweggesetz. Seit dem 1. Januar des letzten Jahres ist das nationale Veloweggesetz in Kraft und gemäss dem Veloweggesetz gibt es Planungsgrundsätze. Die Velonetz-Routen, die die Kantone planen und bis in 19 Jahren umsetzen müssen, die müssen direkt und attraktiv sein. Ich zitiere hier den Artikel 6 des Veloweggesetzes zu Planungsgrundsätzen,



dort steht, dass die Netze eine angemessene Dichte und die Velowege eine direkte Streckenführung aufweisen müssen. Wir haben vorhin die Karte gesehen, auch mit der Umleitung, die im Zickzack eine ziemlich längere Strecke bedeutet für die Velofahrenden. Die Planungsgrundsätze des nationalen Veloweggesetzes sind mit der Alternativroute, die von der Regierung vorgeschlagen wurde, nicht umgesetzt.

Ich zitiere gerne noch einen weiteren Artikel aus dem nationalen Veloweggesetz, nämlich den Artikel zur Ersatzpflicht. Wir haben gehört, dass die Verbindung, die hier gefordert wird, eigentlich schon als Netzlücke im Teilrichtplan aufgeführt ist. In Artikel 9 des Veloweggesetzes steht: Müssen in Plänen festgelegte Velowege oder Teile davon aufgehoben werden, so sorgen die zuständigen Behörden für angemessenen Ersatz durch vorhandene oder neu zu schaffende Wege. In der Botschaft des Bundesrates geht der Bundesrat auch darauf ein und klärt, dass diese Ersatzpflicht nicht nur für bereits umgesetzte Wege gilt, sondern auch für Wege, die erst geplant werden, aber in einem Richtplan vorhanden sind. Man kann die gestrichelte Linie auf der Karte daher, auch wenn sie noch nicht gebaut ist, nicht einfach ausradieren und wenn sie ersetzt wird, dann muss es ein angemessener Ersatz sein, der auch den Planungsgrundsätzen entspricht, entsprechend auch eine direkte Streckenführung aufweist.

Nun zum Teilrichtplan Velo. Die Umsetzung des Teilrichtplans Velo muss in meinen Augen mit mehr Engagement angegangen und ernster genommen werden. Das ist der x-ste Vorstoss, der in diesem Parlament eingereicht wurde und jeweils oftmals stehen gelassen wurde, der eine Verbindung des Teilrichtplans betrifft, die nicht umgesetzt wurde. Ich frage mich da ernsthaft, warum müssen wir in diesem Parlament Vorstösse einreichen, damit ein behördenverbindlicher Richtplan umgesetzt wird und warum lautet die Antwort dann danach, dass man eine Route, die eigentlich festgelegt wurde, auflösen möchte. Nun, in diesen zwei Punkten wünsche ich mir Klärung.

Ich hoffe, dass wir in der Velopolitik deutlich vorankommen. Soeben hat der Regierungsrat per Medienmitteilung den Gegenvorschlag zu der Sichere Velorouten-Initiative verschickt und da hoffe ich mir durchaus, dass wir dadurch schneller vorankommen mit durchgehenden Velowegen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die LDP ist Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Beim Versuch, dieses Votum an die SVP oder die FDP abzugeben, habe ich von beiden Parteien das Votum übernehmen dürfen. Deshalb darf ich jetzt für alle drei Parteien hier sprechen.

Das Anliegen ist politisch hängig, was der Regierungsrat im vorliegenden Traktandum erklärt, und es soll einfach etwas globaler behandelt werden mit der Gesamtprüfung der Verbindungen im Bachgraben-Gebiet für alle Verkehrsteilnehmenden und mit dem ZUBA, dem Zubringer Bachgraben. Dies begrüssen wir auch sehr, da dieses Quartier starke Verkehrsverstopfungen hat, entsprechend sollte das eben global geprüft werden und nicht partiell, wie in diesem Vorstoss jetzt betont wird. Das Vorhaben hier wäre relativ teuer mit der Rampe, die der Regierungsrat aufnimmt, und gleichzeitig wären einige Freizeitgärten betroffen, was uns auch nicht optimal dient und wie schon vorher erwähnt, es ist nicht im Grundkonzept zu Ende gedacht und es bezieht nicht alle Anspruchsgruppen, die in dieser Region unterwegs sind, mit ein.

Die genannte Alternative durch das Freizeitgartenareal Milchsuppe inklusive Beleuchtung, die hier auch schon mehrfach gefordert werden musste, dünkt uns als Lösung, bis dieser mittelfristige Plan umgesetzt werden kann, genügend und entsprechend denken wir, dass hier das Abschreiben der korrekte Weg wäre. Ich bitte Sie deshalb für die SVP und die FDP, diesen Vorstoss abzuschreiben und dann später, wenn wir das Gesamtkonzept prüfen, erneut kritisch zu hinterfragen, ob so die Ansprüche des Teilrichtplans Velo, aber eben auch die der Wander- und Fusswege erfüllt sind, damit dort ein Konzept entstehen kann, das allen Anspruchsgruppen zugutekommt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Fraktions- oder Einzelvoten vor. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich glaube, Sie wissen wirklich, dass dem Regierungsrat und mir persönlich auch Velo-Anliegen wirklich sehr wichtig sind. Dennoch, wir haben nicht unbeschränkt Ressourcen. Die Leute, die wir haben, auch in der Planung und der Umsetzung von Projekten, die müssen wir an den besten Orten einsetzen und der Regierungsrat ist der Meinung, dass hier ist nicht der beste Ort. Wenn Sie die Situation vor Ort kennen, wissen Sie, dass es dort doch einen erheblichen Höhenunterschied gibt, es bräuchte also doch ein ziemliches Bauwerk, das man diese direkte Verbindung herstellen kann. Das wiederum würde unserer Annahme nach auf Kosten von einigen Freizeitgärten gehen und wir sehen hier wirklich den unmittelbaren Bedarf nicht.

Es gibt eine Verbindung, diese wird ausgebaut, verbessert, länger geöffnet, direkt und ohne Autoverkehr durch das Milchsuppen-Areal, das Freizeitgartenareal da, das hat die BRK entschieden und das machen wir so. Ich glaube, so gibt es



da wirklich eine gute Verbindung und es ist kein grösserer Umweg, den man dort als velofahrende Person wahrnehmen muss. Auch sollten wir doch wieder umsichtig sein mit Ressourcen, unnötige Bauwerke vermeiden. Wie gesagt, es wäre ein ziemliches Bauwerk an dieser Stelle, diesen Höhenunterschied zu überwinden und ich darf Sie deshalb bitten, sich auch zu gedulden. Wir möchten auch die Verkehrserschliessung des gesamten Gebiets anschauen, wie im Bericht ausgeführt.

Deshalb darf ich Sie bitten, jetzt diesen Anzug, der ganz konkret diese Verbindung dort über die Freizeitgärten hindurch fordert, dass Sie diesen abschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage vor. Sie wird angenommen.

Raffaella Hanauer (GAB): Ich habe mich gefragt, wenn man einen Teilrichtplan festlegt und dort auch Netzlücken plant zu schliessen und diese auch im Richtplan verankert, warum schafft die Regierung es nicht, die notwendigen Personalressourcen bei der Verabschiedung dieses Richtplans zur Verfügung zu stellen und warum müssen wir dann jetzt aufgrund der Personalressourcen sagen, dass wir das nicht können?

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Dann hätte ich mich missverständlich ausgedrückt. Der Hauptgrund sind nicht die Personalressourcen, sondern dass es wirklich ein grösseres Bauwerk wäre mit grösseren Eingriffen, dass ich deshalb die Ressourcen lieber in andere, besser umsetzbare, sinnvolle Projekte einsetzen möchte.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen

Ergebnis der Abstimmung

36 Ja, 51 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003063, 13.03.24 10:34:31]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug stehen gelassen mit 51 Nein-Stimmen gegen 36 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

33. Anzug Lydia Isler-Christ und Konsorten betreffend «temporäre Genussorte» in der Freien Strasse, Schreiben des RR

[13.03.24 10:34:40, 21.5813.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Damit geht das Wort an die erste Sprecherin Lydia Isler-Christ.

Lydia Isler-Christ (LDP): Wenn man den «Chrüzlistich» anschaut, ist der Fall klar. Ich komme mir hier ein bisschen vor wie die einsame Ruferin in der Steinwüste der Freien Strasse. Ich habe den Vorstoss mit Franz-Xaver Leonhardt zusammen geschrieben, der ja vom Fach ist, was die Gastro betrifft, und das Ziel war eine Belebung der Freien Strasse. Das hätte die Freie Strasse dringend nötig. Ein paar Bäume in Blumentöpfe bringen da auch nicht wahnsinnig viel, vielleicht ein bisschen



Schatten, aber mobile Gastroangebote, dort gäbe es auch Schatten. Es wäre also wesentlich gemütlicher, dort unter einem Sonnenschirm zu sitzen mit etwas Feinem in der Hand.

Ich hätte mir darum von der Regierung ein aktives Vorgehen gewünscht mit wirklich einfacheren Bewilligungen, attraktiven Bedingungen, was erwähnt wird, ist einfach nur der Status quo, was ich wirklich bedauere. Die Fraktion der LDP ist darum für Stehenlassen, auch wenn ich weiss, wenn ich den «Chrüzlistich» anschau, dass es ziemlich chancenlos ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Franz-Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Ja, wie schnell gehen zwei Jahre ins Land. Als wir den Anzug zusammen geschrieben haben, war Covid noch ganz in unseren Knochen und wir hatten Saison mit Lockdown. Das ist erst vier Jahre her, am 13. März wurde es verkündet, es war Freitag um 16 Uhr, der Bundesrat hat das verkündet, ich werde das nie vergessen.

Die Freien Strasse, ich glaube, ich bin auch wie Lydia Isler-Christ nicht happy mit der Beantwortung. Es hat zwar keinen Sinn, den Anzug stehen zu lassen, sondern wir können ihn abschreiben, aber abschreiben können wir das Problem nicht. Die Freien Strasse ist unsere Haupteinkaufsstrasse. Nicht nur einkaufen ist in dieser Stadt gefragt, für uns auch mal sonntags, das ist ein anderes Thema, das können wir dann noch mit der SP mal besprechen, wie das ist. Wir in der Gastronomie arbeiten schon Jahrzehnte auch sonntags.

Die Gastronomie ist ein ganz wichtiger Punkt für eine lebendige Innenstadt und die Freien Strasse nach Ladenschluss ist einfach tote Hose und tote Hose ist einfach nicht gut für eine Innenstadt. Ich möchte Sie daran erinnern oder einfach aufzeigen, in fünf Jahren ist die Hauptpost umgebaut, ein wunderbarer Bau von Herzog & de Meuron. Das wird wieder ein Magnet in dieser Innenstadt, keine grüne Wand, sondern wirklich eine Flaniermeile dort. Es ist wunderbar und ich bin auch überzeugt, wir haben es gestern, glaube ich, gelesen, der Globus wird fertig gebaut und das wird wieder ein tolles Warenhaus. Also über den Marktplatz ein zweiter grosser Anziehungspunkt und dazwischen bräuchte es einfach mehr Gastronomie, das ist ganz wichtig.

Wir haben hier an dieser Strasse ein grundsätzliches Problem, das sind die Quadratmeterpreise dort. Ein Apple-Shop, der verkauft etwas, mit dem man mit wenig Aufwand eine Riesenrendite hat. In der Gastronomie ist es umgekehrt, wir haben Riesenaufwand mit wenig Rendite und wir können uns diese Quadratmeterpreise einfach nicht leisten. Ich appelliere an gewisse Eigentümer, in der Freien Strasse gibt es diese noch, Privateigentümer, mit 20 m² kann man schon ein super Gastrokonzept machen. Geben Sie etwas Quadratmeter in Ihren Häusern frei für eine Zwischennutzung oder Sie können dann mit dem Gastgewerbeinspektorat Formalitäten machen. Ich bin dann gespannt, wie dann das wird. Also die Freien Strasse braucht Gastronomie, schauen Sie für gute Quadratmeterpreise, es braucht wenig Fläche und dann haben wir in fünf Jahren eine Bahnhofstrasse, die in Basel Freien Strasse heisst.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet ebenfalls. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen

Ergebnis der Abstimmung

68 Ja, 20 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003065, 13.03.24 10:41:02]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für Abschreiben entschieden mit 68 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.



34. Motion Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Velopasserelle vom Gundeli über die Bahngleise zum Elsässertor, Stellungnahme des RR

[13.03.24 10:41:13, 23.5452.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese zu überweisen.

Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein erstes Votum. Damit kommen wir zu den Fraktionsvoten und das Wort geht für die SVP an Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion hat diese Motion bei der Erstüberweisung unterstützt, auch ich habe die Motion damals unterschrieben. Es macht ja auch Sinn, wenn wir gewisse Ideen prüfen und insbesondere auch die Entflechtung von Verkehr, dass es kein Auspielen gibt zwischen Veloverkehr und mobilisierten Individualverkehr, macht ja grundsätzlich auch Sinn. Deshalb haben wir beispielsweise die Brücke zwischen Wolfsacker zum Schulhaus Walkeweg auch mitgetragen und werden dies auch weiterhin unterstützen.

Wenn wir jetzt aber die Antwort des Regierungsrates nach der Erstüberweisung sehen, klingt das ja schon sehr negativ. Eine derartige Brücke wäre nur mit sehr viel Aufwand und wahrscheinlich mit unverhältnismässigen Kosten realisierbar und hier sind wir der Meinung, dass es nicht hier eine Machbarkeitsstudie benötigt, welche auch teuer ist, um dann uns zu sagen in einem zweiten Schritt, dass es zu teuer ist oder nur mit einem unverhältnismässigen finanziellen Aufwand. Da sind wir der Meinung, kann man auch darauf verzichten, wenn hier gleich auch die Experten in der Verwaltung von Anfang an sagen, dass das hier eher schwierig wird und der Mehrwert wäre ja dann auch nicht so gross, weil es dann nicht so ist, dass dann keine Brücke in dieser Region mehr existiert. Dementsprechend wäre das halt einfach ein zu hoher Aufwand mit sehr wenig Ertrag und hier eine Machbarkeitsstudie, die auch teuer ist, ins Leben zu rufen, würde es nicht bringen.

Dementsprechend bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion Mitte/EVP geht das Wort an Christoph Hochuli.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Da die SBB eine provisorische Fussgängerpassarelle von der Meret Oppenheim-Strasse über die Bahngleise zum Elsässertor baut, könnte parallel zu dieser Passarelle eine ebenfalls provisorische Velobrücke errichtet werden. Diese Idee ist nicht neu und wurde durch das BVD bereits einmal geprüft, aber leider verworfen.

Nun wollten wir mit der vorliegenden Motion erreichen, dass eine Machbarkeitsstudie erstellt wird, welche als Grundlage für die abschliessende Beurteilung dienen soll, ob der Bau einer provisorischen Velo-Passarelle umsetzbar ist. Denn sinnvoll wäre eine provisorische Velobrücke über die Bahngleise auf jeden Fall, weil während dem Neubau der Margarethenbrücke sowie dem im gleichen Zeitraum laufenden Bau des Projekts Nauentor auch auf der Peter Merian-Brücke mit erheblichen Verkehrseinschränkungen für den Langsamverkehr zu rechnen ist. Die gewünschte provisorische Velo-Querung soll deshalb so lange bestehen bleiben, bis auf der Peter Merian-Brücke und der neuen Margarethenbrücke wieder genügend Kapazitäten für den Veloverkehr bestehen.

Es hat uns gefreut, dass der Regierungsrat die Motion als Motion überwiesen haben möchte. Dies kommt ja nicht allzu oft vor. Der Regierungsrat schlägt in seiner Stellungnahme vor, dass er zuerst eine Prüfung der technischen Machbarkeit und der Verhältnismässigkeit des Aufwands und der Kosten mit externen Fachleuten durchführen will. Erst dann soll allenfalls eine Machbarkeitsstudie durchgeführt werden. Wir können uns mit diesem Vorgehen einverstanden erklären, auch wenn uns eine direkte Durchführung der Machbarkeitsstudie lieber gewesen wäre. Wir bitten aber den Regierungsrat respektive das BVD baldmöglichst mit diesen Prüfungen zu starten, denn die Zeit drängt wirklich.

Nun bitte ich Sie im Namen der Mitte/EVP-Fraktion, diese Motion nochmals als Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum auch in der zweiten Runde. Pascal Messerli hat einen Antrag auf Nichtüberweisung der Motion gestellt. Ein Antrag auf Umwandlung in Anzug wurde nicht gestellt. Wir kommen zur Abstimmung.



Abstimmung

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

76 Ja, 13 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003067, 13.03.24 10:46:44]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 76 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

35. Interpellation Nr. 162 Daniel Albietz betreffend Ausbauschnitt Entwicklungsprogramm Nationalstrassennetz, Schriftliche Beantwortung

[13.03.24 10:46:51, 24.5007.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Mein Dank geht zunächst an die Regierung für die informative Antwort und das klare Bekenntnis zum Rheintunnel. Es ist ein Jahrhundertprojekt, wird aber die Stadt von viel Lärm und Schmutz befreien. Die Ip-Beantwortung enthält auch sehr instruktive Ausführungen zur Osttangente, die ich besonders von Verfechter*innen und Befürwortern eines Rückbaus ans Herz lege.

Wie die Regierung plausibel darlegt, wäre ein Rückbau der Osttangente ein klassisches Eigentor, denn ein solcher Rückbau ist nicht nur kostspielig, unnötig und vernichtet erhebliche Sachwerte. Wer nicht erkennt, dass der Rückbau zu einer Verlagerung des innerstädtischen Verkehrs in die Quartiere führen würde, der will das wahrscheinlich nicht sehen und hat verkehrspolitisch möglicherweise einen blinden Fleck. Nach dem Bau des Rheintunnels werden Fahrten mit Anfang oder Ziel im Kantonsgebiet wieder über die Osttangente stattfinden, über das Stadt- oder Ortsstrassennetz abgewickelt und damit werden die Wohnquartiere vom Verkehr entlastet.

Zusammenfassend, mit der materiellen Interpellationsantwort bin ich bis und mit Frage 4 sehr zufrieden. Nicht ganz glücklich bin ich mit Antwort 5. Hier hätte ich mir jetzt schon eine klarere Positionierung der Regierung für den Abstimmungskampf gewünscht, und zwar bereits jetzt. Ich hoffe, dass der Regierungsrat diesen Schritt zu gegebener Zeit noch nachholt und erkläre mich mit der Beantwortung teilweise zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

36. Interpellation Nr. 4 Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend alarmierenden Situation im Betrieb des Kasernen-Hauptbaus, Schriftliche Beantwortung

[13.03.24 10:48:52, 24.5036.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin steht bereit, um zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.



Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Ich bin zufrieden mit der Antwort, aber nicht mit der Situation. Ich bedanke mich für die Ausführungen in der Interpellationsantwort. Diese sind jedoch zum Teil derart vage im Sinne von, was machen Sie gegen die Situation, es werden Lösungen geprüft. Also ich meine, es zeigt einfach, wie schwierig die Situation ist, wie komplex auch das Konstrukt zur Bewirtschaftung dieser riesigen Anlage aufgestellt ist, wie gravierend das Fehlen einer Gastronomie im Hauptbau sich auswirkt, wie erschwerend hinzukommt, dass die Drogendealerszene, usw. sich im Kleinbasel verschiebt aufgrund verschiedener polizeilicher Massnahmen. Es ist ein, freundlich gesagt, «Chrüsümüsi», das sich nicht so ohne weiteres in Luft und Wohlgefallen auflösen wird.

Die Interpellation hat jetzt einige Anhaltspunkte geliefert, um weiter daran arbeiten zu können. Auch wir als Grossrätinnen und Grossräte können anhand der Antworten oder der Antwortlücken ungefähr abschätzen, in welche Richtung wir da weiter hinschauen müssen und den Druck aufrechterhalten müssen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

37. Interpellation Nr. 12 Heidi Mück betreffend Museumsnacht für alle, Schriftliche Beantwortung

[13.03.24 10:50:49, 24.5051.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Heidi Mück (GAB): Ich bin sehr zufrieden mit der Antwort und ich bedanke mich. Es ist nicht nur eine schriftliche Antwort eingetroffen, sondern es ist auch eine konkrete Aktion daraus resultiert, nämlich dass Begleitpersonen von Menschen mit Behinderungen, die auf Hilfe angewiesen sind, ab dem kommenden Jahr auch freien Eintritt in die Museumsnacht haben. Das war ja ein Ausreisser gegenüber dem Usus, den wir haben bei den staatlichen Museen, dort ist das schon lange der Fall, dass Begleitpersonen von Menschen mit Behinderungen gratis Eintritt haben und die Museumsnacht, die hatte das nicht. Ich selbst habe das nicht bemerkt und ich denke, das ist ein gutes Beispiel dafür, dass wir einfach solche Stolpersteine, solche Hindernisse selbst nicht bemerken und nur darauf kommen, wenn uns Betroffene darauf hinweisen. Ich denke, wir müssen hier weiterhin wach bleiben. Das ist jetzt eine kleine Massnahme, aber von den Rückmeldungen, die ich erhalten habe, hat das grosse Freude ausgelöst und deshalb bedanke ich mich ganz herzlich dafür.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

38. Interpellation Nr. 13 Fina Girard betreffend Kindertankstelle Dreirosenmatte, Schriftliche Beantwortung

[13.03.24 10:52:28, 24.5052.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Fina Girard (GAB): In meiner Interpellation habe ich den Regierungsrat gefragt, ob die Errichtung einer Kindertankstelle auf der Dreirosenmatte möglich wäre. Das nicht nur, weil ich Kindertankstellen eine gute und wichtige Sache finde, sondern auch weil in der Quartierbevölkerung ein grosses Bedürfnis besteht, die Dreirosenanlage nicht nur mit Videoüberwachung und Rangerdiensten zu sichern, sondern aktiv zu beleben und Orte der Begegnung zu schaffen, damit eben keine No-Go-Areas entstehen, sondern lebendige Treffpunkte für alle.



Der Regierungsrat hat die Idee der Kindertankstelle verworfen mit der Begründung, es bestünden bereits entsprechende ähnliche Angebote. Ja, bei der Dreirosenmatte gibt es die Freizeithalle, den Jugendtreff und das RiiBistro, alles erfolgreiche und tolle Angebote, die aber eher zu stark ausgelastet sind, als dass sie auf weitere Aufgaben warten würden. Denn eine Kindertankstelle wäre ein Angebot draussen auf der Matte, nicht nebendran und nicht innen drin. Es wäre ein Angebot mit der Zielgruppe Kinder im Vorschul- und Primarschulalter, denn die bestehenden Angebote verlangen entweder nach einer erwachsenen Begleitperson oder sind ganz auf Jugendliche ausgerichtet. Die Idee der Kindertankstelle kommt auch nicht von irgendwo her, sondern sie stammt von der Anwohnerschaft, von betroffenen Familien. Sie kennen die Angebote und Bedürfnisse rund um die Dreirosenmatte und hier liegt ganz klar das Bedürfnis vor, nicht nur auf repressive Sicherheitsmassnahmen zu setzen, sondern die Dreirosenmatte zurückzuholen für alle, damit sie wieder zu dem unbeschwerten Spiel- und Erholungsort werden kann, den sie eigentlich schon immer hätte sein sollen.

Der Regierungsrat schreibt nun, er wolle in Kürze auf Grundlage einer Auslegeordnung weitere Massnahmen beschliessen und ich erwarte, dass hier nicht nur weitere Sicherheitsmassnahmen getroffen werden, sondern in erster Linie die Bedürfnisse im Quartier abgeholt werden und Orte der Begegnung und der Belebung geschaffen werden. In diesem Sinne bin ich gespannt auf die Vorschläge der Regierung und hoffe sehr, dass die Bedürfnisse der Schulkinder rund um die Dreirosenanlage und ihrer Familien dabei mitgedacht und priorisiert werden. Ich bin daher mit der Beantwortung meiner Interpellation nicht zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

39. Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend automatisch ausgefüllte Steuererklärung, Stellungnahme des RR

[13.03.24 10:55:13, 23.5477.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich möchte Ihnen nochmal beliebt machen, uns das Geschäft als Anzug zu überweisen. Wenn Sie es als Motion überweisen, dann verlangen Sie von uns, dass wir die Vorlage so bringen, wie Sie sie möchten. Das heisst, alle Schnittstellen, die es gibt im Kanton, alle Daten müssen dann digital eingepflegt werden in die Steuererklärung. Das bedeutet, man kann da nicht mehr wählen, wir haben auch nicht mehr die Freiheit anzuschauen, macht es wirklich überall Sinn, weil wenn die Steuerverwaltung das kann, dann wird man wohl auch die heutig bestehenden Hürden abbauen müssen für andere Behörden. Es kann sein, dass es nicht überall Sinn macht, es kann auch sein, dass es dazu führt, dass wir von der Papierversion absehen müssen, dass wir dann irgendwann wirklich nur noch die digitale Version anbieten können. Ob das sinnvoll ist, mag ich jetzt heute noch bezweifeln und es besteht die Gefahr für die Steuerpflichtigen, dass sie nicht mehr die Kontrolle darüber haben. Ob dann die Steuerpflichtigen noch genau kontrollieren, ob das jetzt so korrekt ist, ob das jetzt richtig ist, das können wir dann nicht überprüfen. Es wird dann automatisiert geschehen und könnte auch zu einem gewissen Unverständnis führen.

Das, finde ich, sind Gründe, wo wir einfach froh wären, ein wenig mehr Freiheit zu haben. Das Anliegen kann ich wirklich sehr gut verstehen. Ich persönlich würde es auch sehr begrüessen, wenn das möglich wäre, wenn wir dort vorwärtsmachen, das wollen wir auch, aber es gibt gewisse Punkte, die ich auch als heikel erachte. Und da wären wir froh gewesen, ein Anzug, wir hätten das dann aber genauso pflichtbewusst gemacht, einfach mit etwas mehr Freiheit.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher für die FDP ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Ich darf auch im Namen der SVP zu Ihnen sprechen. Was ist das Ziel dieser Motion? Das Ziel der Motion ist eine Erleichterung für die Steuerpflichtigen. Der Kanton verfügt über eine Vielzahl von Daten, die er über uns hat, die er auch benötigt für seine tägliche Arbeit, das ist auch völlig richtig so. Da gibt es ganz verschiedene Beispiele. Er weiss, wie viele Kinder, dass wir haben, in welchem Alter, dass wir sind, von manchen weiss er aufgrund der eingeschickten



Lohnausweise, was wir verdienen, was die Liegenschaftswerte sind, wenn man eine Liegenschaft hat, usw. Alles Daten, die schon da sind, und alles Daten, die helfen können, die Steuererklärung einfacher auszufüllen.

Der Regierungsrat in seiner schriftlichen Antwort nennt im Wesentlichen drei Gründe, wieso dass das jetzt in dieser Form nicht möglich ist. Erstens sagt der Regierungsrat, man müsse die bundesrechtliche Zulässigkeit vertieft abklären. Man kann einen kurzen Blick in das DBG und in das StHG werfen, ich habe so spontan nichts gefunden, was dem entgegenstehen würde, weil selbstverständlich jeder Steuerpflichtiger, jede Steuerpflichtige immer noch persönlich bestätigen muss, dass die Daten, die da angegeben worden sind, die Daten, die vielleicht auch automatisch eingetragen worden sind, dass diese korrekt sind, mit der Wahrheit übereinstimmen. Also diesen Akt der Bestätigung, den braucht es selbstverständlich auch bei einer automatisierten Steuererklärung nach wie vor, also ist mir überhaupt nicht klar, weshalb das Bundesrecht dem entgegenstehen sollte. Ich meine, es gibt ja auch schon in der heutigen Steuererklärung Beispiele dafür. Je nachdem, was Sie ausfüllen, wenn Sie das ganze digital ausfüllen, werden ja Abzüge schon heute teilweise automatisiert gemacht oder es finden automatisierte Berechnungen statt und Sie müssen dann am Schluss sagen, ja, das ist richtig so, das möchte ich gerne so der Steuerverwaltung übermitteln.

Der zweite Punkt ist die Frage des Datenschutzes und dass es heute hierfür keine genügend gesetzlichen Grundlagen gäbe und dass das deshalb eher schwierig sei. Geschätzte Kollegen und Kolleginnen, genau das ist ja der Auslöser dieser Motion, dass es heute eben nicht möglich ist, weil es heute nicht im Einklang wäre mit der datenschutzrechtlichen Gesetzgebung und die Motion fordert ja gerade, dass man die Gesetzgebung so anpasst, dass das dann künftig möglich sein soll. Es erschliesst sich mir irgendwie nicht ganz, wieso dass das jetzt ein Grund gegen die Motion sein sollte. Das könnte man ja gegen jede Gesetzesänderung vorbringen, dass es ein Gesetz gibt, das dem widerspricht, und dann lassen wir die Gesetze einfach so, wie sie heute sind.

Und dann noch die Frage der der lückenhaften Daten. Ja, der Kanton verfügt heute nicht über alle Daten von uns und das ist ja auch gut so, dass der Kanton dann doch nicht ganz alles über uns weiss. Aber das kann doch kein Argument dagegen sein, diese automatisierte Steuererklärung einzufüllen. Man kann doch mit den Daten, die man bereits hat, arbeiten, die, soweit verfügbar, entsprechend einfügen und die, die man nicht hat, die muss dann halt die steuerpflichtige Person nach wie vor händisch eintragen. Ob das jetzt auf Papier oder ob das auf Computer ist, das ist doch wirklich kein Problem. Und es ist übrigens auch im Einklang mit der Digitalstrategie des Kantons. Die Strategie, die besagt, man muss nicht die perfekte Lösung dann haben am Schluss. Sie nennen das Fast Prototyping, man kann mit den Daten arbeiten, die man schon hat, und dann schauen, ob man das dann laufend erweitern kann. Wenn man zuerst wartet, bis der Kanton über alle Daten von uns verfügt, die er für die Steuererklärung benötigt, dann kommt die automatisierte Steuererklärung nie.

Und jetzt hat Regierungsrätin Tanja Soland hier noch drei neue Argumente vorgebracht vorher in ihrem Votum. Das erste neue Argument, ja, andere Behörden wollen dann Daten auch haben, wenn die Steuerverwaltung diese haben will. Ich meine, wir haben jetzt die Idee, die gesetzlichen Grundlagen mit dieser Motion zu schaffen und wenn andere Behörden dann plötzlich auch einen solchen Datenhunger bekommen sollten, dann werden wir in diesem Rahmen, im Rahmen einer Gesetzgebung darüber diskutieren müssen, ob wir das so wollen. Das hat aber mit unserem Vorstoss nichts zu tun, da werden wir jederzeit die Freiheit haben, dies zu entscheiden, ob wir das der entsprechenden Behörde so gewähren wollen oder nicht, erstens.

Dann erschliesst sich mir nicht, das war das zweite Argument, wieso dass man deswegen die Papierversion abschaffen müsste. Es ist ein Angebot an die Steuerpflichtigen. Wir bieten an, wir nutzen die Möglichkeiten der Digitalisierung, wir ermöglichen, wir bieten an, dass das künftig vorausgefüllt ist mit den Daten, die wir haben. Das ist ein Angebot, das kann man nutzen oder man nutzt es halt eben nicht und greift weiterhin auf das Papierformular zurück. Ich bin der Meinung, es wäre dann so attraktiv, dass relativ viele sich für die Onlineversion entscheiden würden, aber es spricht nichts dagegen, weiterhin eine Papierversion anzubieten.

Das dritte Argument, die Kontrolle durch die Steuerpflichtigen. Ja, es obliegt halt der Verantwortung jeder einzelnen steuerpflichtigen Person am Schluss zu schauen, ist das so korrekt, wie es jetzt ausgefüllt wurde, ob automatisiert oder manuell, das zu bestätigen und dann der Steuerverwaltung zu übermitteln. Und wenn jetzt eine steuerpflichtige Person findet, interessiert mich alles nicht, ich klicke einfach blind auf okay und schicke das dann so an die Steuerverwaltung, dann ist das halt die Verantwortung der entsprechenden Person auch mit den entsprechenden Konsequenzen, die das haben kann, wenn die entsprechenden Angaben falsch wären. Also wir werden nie die Steuerpflichtigen ganz von ihrer Verantwortung als steuerpflichtige Bürgerinnen und Bürger befreien können, aber das kann kein Argument gegen diese Motion sein.

Ich bin überzeugt, die Digitalisierung der Steuererklärung wäre wirklich ein grosser Schritt im Dienste der Bevölkerung und würde vieles auch erleichtern. Wir wissen alle, wie schwer wir uns teilweise tun, die Steuererklärung auszufüllen, wie viele von uns das auch ausschieben. Reminder, bis Ende Monat hat man noch Zeit, die Steuererklärung auszufüllen. Ich weiss nicht, wie viele von Ihnen zu denen gehören, die das noch vor sich hinschieben. Da gibt es solche, die machen das schnell, solche, die verlängern auch noch ein paar Mal, aber das wäre, da bin ich fest davon überzeugt, ein Weg, um der Bevölkerung in unserem Kanton das Leben einfacher zu machen.



Ich bitte Sie, an der Motion festzuhalten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Die SP-Fraktion stellt sich nicht gegen den Inhalt und die Intention dieser Motion. Im Gegenteil, wir unterstützen den Vorstoss, dass eine vorausgefüllte respektive automatisch ausgefüllte Steuererklärung möglich sein sollte. Es hat mich persönlich auch gefreut, dass in der Stellungnahme steht, dass die automatisch ausgefüllte Steuererklärung ein Pilotprojekt innerhalb der Datenstrategie sein könnte. Das hat tatsächlich etwas visionäres und es freut, wenn die Verwaltung mitziehen will.

Weil aber, wie die Regierung ja in der Antwort oder im Text festhält, die Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfes gar nicht realisierbar ist, unterstützen wir den Vorschlag als Anzug zu überweisen. Gemäss «Chrüzlistich» wird der Vorstoss aber sowieso als Motion überwiesen und deshalb möchte ich hier einfach festhalten, ich oder wir hoffen, dass die Einhaltung des Datenschutzes auch weiterhin, also bei der Umsetzung auf jeden Fall gewährleistet werden kann oder dass eine entsprechend synonyme Lösung gefunden wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen aus den Fraktionen vor. Damit kommen wir zu den Einzelsprechenden und hier hat sich Eric Weber gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Wir reden zum Thema Steuern. Wenn Sie die Zeitungen verfolgen, dann wissen Sie, dass sehr viele Leute mit den Steuern unzufrieden sind. Wir hatten den Fall mit der Steuerverwaltung Basel, wo Pulver anonym in den Briefkasten eingeworfen wurde. Die Probleme, die wir hier diskutieren, liegen tiefer. Es geht gar nicht um die automatisch ausgefüllte Steuererklärung, es geht allgemein um Probleme bei den Steuern. Sie haben im November mitbekommen, und das geht in diese Sache hier hinein, die Steuerverwaltung hatte ein Computerproblem, 50'000 Steuerzahler haben keine Unterlagen bekommen. Man muss schon sagen, wenn man in der Basler Zeitung und in 20 Minuten liest, dass 50'000 Steuerzahler, das wären 500-mal so viele Grossräte, wie wir haben, die Unterlagen nicht bekommen, finde ich das schon bedenklich. Dann soll die Steuerverwaltung erstmal die Computerprobleme richtig lösen.

Ich muss natürlich sagen, denken Sie einmal an die alten Leute über 70, über 80, die haben kein Handy, die können nicht am Handy die Steuererklärung machen, die haben auch keine Computer. Hier werden mit dem elektronischen Online die alten Leute einfach vergessen und darum muss ich sagen, ich möchte auch weiterhin das Papierformat der Steuern bekommen.

Ich werde zu diesem Thema eine schriftliche Anfrage stellen und da werde ich mal fragen, liebe Steuerverwaltung, ihr sagt ja immer, wir sollen dann und dann die Steuern abgeben, aber im umgekehrten Sinn kriegen wir keine Antwort von der Steuerverwaltung. Nehmen wir mal mein Beispiel. Ich habe ein Einkommen als Grossrat, ich habe das im Sommer 2023 angegeben. Ich warte heute noch Ostern 2024 auf die Veranlagung der Steuer. Da kommt einfach nichts. Ich habe schon dreimal geschrieben, Briefe eingeworfen und will wissen, wann bekomme ich endlich Antwort der Steuer.

Luca Urgese hat gesagt, Datenschutz genau, Datenschutz ist ganz wichtig. Stellen Sie sich einmal vor, wenn nur noch alles elektronisch geht bei der Steuerverwaltung und ein Hacker, und wir haben viele Hacker und die kommen von verschiedenen Ländern, stellen Sie sich einmal vor, ein Hacker dringt da bei der Steuerverwaltung ein und dann hat er die ganzen Steuerdaten von allen und dann wird das publiziert. Die freuen sich und publizieren das gerne und da ist eine grosse Gefahr, wenn die Steuerverwaltung selbst nicht einmal richtige Steuerbescheide verschicken kann und Computerprobleme hat. Ich habe das jeden Tag gelesen über Wochen hinweg und viele Leute hat das getroffen, die in Basel-Stadt wohnen. Das ist für mich ein Problem und dann muss ich sagen, ist der Datenschutz nicht gewährleistet, wenn die Steuerverwaltung zuerst einmal vor der eigenen Haustüre wischen muss.

Es fehlt auch klar die Fristverlängerung, die gibt es nicht mehr. Das sind solche Sachen, dann soll doch einmal die Steuerverwaltung sagen, wir geben diesen alten Leuten eine Schulung, dann bieten Sie doch eine Schulung an.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet auf ein Votum. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion



Ergebnis der Abstimmung

34 Ja, 56 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003073, 13.03.24 11:12:10]

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden mit 56 Nein-Stimmen gegenüber 34 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung. Da es keinen anderen Antrag gibt, ist die Motion damit als Motion überwiesen.

40. Interpellation Nr. 11 Tonja Zürcher betreffend Flughafenausbau verhindert Klimagerechtigkeit, Schriftliche Beantwortung

[13.03.24 11:12:28, 24.5050.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Tonja Zürcher (GAB): Zu den Antworten. Ich bin positiv überrascht, dass der Regierungsrat in den Antworten klar festhält, dass eine Reduktion des Flugverkehrs notwendig ist und dass sich die durch den Regierungsrat gewählten Mitglieder im Flughafen-Verwaltungsrat für diese Zielsetzung einsetzen. Das ist sehr positiv und würde eine grundlegende Änderung bedeuten. Leider lassen die weiteren Antworten in dieser Interpellationsbeantwortung ein bisschen daran zweifeln, allen voran die sehr beschönigende Zahl zu den CO₂-Emissionen vom Flughafen. Interessant, ich habe danach gefragt, für welche CO₂- oder Klimaemissionen der Flughafen verantwortlich ist und die Antwort, die genannte Zahl ist die CO₂-Emission auf dem Areal des Flughafens. Also es ist natürlich nicht die Antwort auf die Frage, der Flugverkehr verursacht ja nicht nur am Flughafen selber Emissionen, ich glaube, es ist allen klar, sondern vor allem in der Luft nachher. Die Antwort, 87'000 Tonnen seien es, in der Realität sind es wohl eher ein bis zwei Millionen Tonnen, die der Flughafen verursacht. Das ist eine Schätzung anhand der Passagierzahlen und myclimate. Ich wäre sehr froh, es gäbe hier genauere Zahlen und genau das wollte ich vom Regierungsrat wissen.

Der Flughafen verfolgt entgegen dem, was der Regierungsrat sagt und sich anscheinend unsere Verwaltungsratsmitglieder dafür einsetzen, eine klare Wachstumsstrategie. Es sollen mehr Passagier*innen starten, es werden neue Destinationen aufgenommen, auch solche, die immer weiter weg sind, und der Terminal wird ausgebaut, damit auch die Kapazitätsengpässe während der Spitzenzeiten nicht mehr vorhanden sind, was wiederum ein weiteres Wachstum ermöglicht.

Kurz zusammengefasst, in der Theorie super, in der Praxis mangelhaft, im Fazit gibt das ein teilweise befriedigt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

41. Interpellation Nr. 3 Eric Weber betreffend Sicherheit bei Parlaments-Sitzungen, Schriftliche Beantwortung

[13.03.24 11:15:21, 24.5026.02]



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich meine es wirklich ehrlich, lesen Sie das durch. Ich habe jetzt das letzte Wort und ich finde es gar nicht lustig. Ich bin mit der Antwort der Regierung nicht zufrieden. Ich staune jeden Tag, was ich hier lese zur Sicherheit im Parlament und im Rathaus und ich möchte an Ihr Gewissen appellieren. Meine Fragen wurden nicht beantwortet. Die Regierung sagt ein Satz: Es besteht kein Grund zur Sorge. Aber doch, es besteht Grund zur Sorge, es stand ja in der Basler Zeitung und in der Basellandschaftlichen Zeitung, ein Terroranschlag ist möglich im Rathaus und die Redner hier von der Regierung haben wortwörtlich gesagt: Die Redner im Rathaus sagten, dass man nach der Veranstaltung im Rathaus schnell nach Hause soll und nicht im Rathaushof oder vor dem Rathaus stehen bleiben soll. Es könnte ein Terroranschlag passieren.

Ich war zufälligerweise an diesem Tag hier, ich war an dieser Diskussion zum Thema Religionen nicht anwesend, aber ich habe zehn Männer mit Maschinenpistolen vor dem Parlament gesehen und ich bin erschrocken. Darum habe ich der Regierung gesagt: Es fällt auf, wenn es um eine Veranstaltung der Regierung geht, dann ist immer sehr, sehr viel Sicherheitspersonal vorhanden. Handelt es sich aber um «normale» Parlamentssitzungen, dann ist keine Polizei vor Ort. Obwohl seit Anfang November 2023 vor jeder Parlamentssitzung am Morgen, am Nachmittag und am Abend Demonstranten ständig vor dem Rathaus stehen.

Und das sind natürlich Sachen, die zu denken geben. Es geht um Sie, es geht hier nicht nur um mich, aber ich finde, das ist einfach zu wenig.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist nicht zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

Damit sind wir am Ende der Traktandenliste angelangt und ich beende die Sitzung. Ich danke Ihnen für die speditive Arbeit.

Schluss der 7. Sitzung

11:18 Uhr



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 4
24.5078

Abstimmungsdatum

06. März 2024 09:05:18

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der IPK FHNW (Nachfolge Tim Cuénod, FKom)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	83	25	14	14	11	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	84	25	14	14	11	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	0	1	1	0	0	1
Nicht anwesend	12	3	4	1	0	2	1	1	0	0
Stimmberechtigt	88	26	14	14	11	8	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 4
24.5078

Abstimmungsdatum

06. März 2024 09:06:22

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der IPK FHNW (Nachfolge Tim Cuénod, FKom)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	88	26	16	14	11	9	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	26	16	14	11	9	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	9	3	2	1	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	91	26	16	14	11	9	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 5
24.5079

Abstimmungsdatum

06. März 2024 09:07:36

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der IGPK Universität (Nachfolge Jo Vergeat, FKom)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	91	26	16	14	11	10	8	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	26	16	14	11	10	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	3	2	1	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	93	26	16	14	11	10	8	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 13
23.1307

Abstimmungsdatum

06. März 2024 09:30:57

Geschäft

Anpassung des Schulgesetzes vom 4. April 1929, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	26	17	15	11	9	8	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	26	17	15	11	9	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	3	1	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	26	17	15	11	10	8	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 6
21.1523

Abstimmungsdatum

06. März 2024 09:33:50

Geschäft

Kantonale Volksinitiative "Hafen für alle - Freiräume statt Luxusprojekte!", Bericht des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	90	24	17	14	11	10	8	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	91	24	17	14	11	10	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	2	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	3	1	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	26	17	15	11	10	8	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 7
20.1006

Abstimmungsdatum

06. März 2024 09:36:01

Geschäft

Kantonale Volksinitiative "Basel baut Zukunft" - Fristverlängerung, Bericht der BRK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nicht abgestimmt	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	85	20	17	14	11	10	8	5	0	0
Nein	2	1	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	21	17	14	11	10	8	5	1	0
Nicht abgestimmt	8	5	0	1	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	5	3	1	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	26	17	15	11	10	8	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 8
21.1247

Abstimmungsdatum

06. März 2024 09:38:01

Geschäft

Kantonale Volksinitiative "1% gegen globale Armut" -Fristverlängerung, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	87	24	16	14	10	10	8	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	24	16	14	10	10	8	5	1	0
Nicht abgestimmt	7	2	1	1	1	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	5	3	1	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	26	17	15	11	10	8	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 9
23.1670

Abstimmungsdatum

06. März 2024 09:39:42

Geschäft

Kantonale Volksinitiative betreffend "Keine Steuerschulden dank Direktabzug"- rechtlichen Zulässigkeit und weiteres Vorgehen, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	87	25	16	13	10	10	8	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	25	16	13	10	10	8	5	1	0
Nicht abgestimmt	7	1	1	2	1	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	5	3	1	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	26	17	15	11	10	8	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 10
23.0672

Abstimmungsdatum

06. März 2024 10:28:31

Geschäft

Soziales Wohnen Basel-Stadt, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ent	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	89	24	17	14	11	9	8	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	25	17	14	11	9	8	6	0	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	1	0	1	0	0	1	1
Nicht anwesend	6	4	1	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	94	25	17	15	11	10	8	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 10.4
21.5513

Abstimmungsdatum

06. März 2024 10:35:44

Geschäft

Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Überprüfung und Erweiterung der Angebote für Obdachlose in der Stadt unabhängig von Anmeldekanton und Aufenthaltsstatus, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ent
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ent
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	42	26	16	0	0	0	0	0	0	0
Nein	45	0	0	14	11	9	5	6	0	0
Ent	3	0	0	0	0	0	3	0	0	0
Abgestimmt	90	26	16	14	11	9	8	6	0	0
Nicht abgestimmt	5	0	1	1	0	1	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	3	1	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	26	17	15	11	10	8	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 11
23.1308

Abstimmungsdatum

06. März 2024 11:06:50

Geschäft

BaselArea: Ausrichtung von Betriebsbeiträgen für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ent	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ent	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	84	26	8	15	11	10	8	6	0	0
Nein	6	0	6	0	0	0	0	0	0	0
Ent	3	0	3	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	26	17	15	11	10	8	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	3	1	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	26	17	15	11	10	8	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 12
23.0940

Abstimmungsdatum

06. März 2024 12:01:43

Geschäft

Erneuerung des Staatsbeitrags an Basel Tourismus für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nicht abgestimmt	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ent	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Zappalà Andreas (FDP)	Ent
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	72	22	14	13	6	8	6	3	0	0
Ent	4	1	0	0	1	1	0	1	0	0
Abgestimmt	77	23	14	13	7	9	6	4	1	0
Nicht abgestimmt	8	2	3	0	1	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	15	4	1	2	3	1	1	3	0	0
Stimmberechtigt	85	25	17	13	8	9	7	4	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 12
23.0940

Abstimmungsdatum

06. März 2024 15:17:27

Geschäft

Erneuerung des Staatsbeitrags an Basel Tourismus für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	88	24	16	14	10	10	8	6	0	0
Ent	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	24	16	14	11	10	8	6	0	0
Nicht abgestimmt	7	3	1	1	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	4	2	1	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	27	17	15	11	10	8	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 12
23.0940

Abstimmungsdatum

06. März 2024 15:18:14

Geschäft

Erneuerung des Staatsbeitrags an Basel Tourismus für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	90	27	16	13	11	9	8	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	27	16	13	11	9	8	6	0	0
Nicht abgestimmt	6	0	1	2	0	1	0	0	1	1
Nicht anwesend	4	2	1	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	27	17	15	11	10	8	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 14
23.5509

Abstimmungsdatum

06. März 2024 16:25:59

Geschäft

Petition P467 "Einführung eines obligatorischen Workshops zum Thema Umwelt und Nachhaltigkeit an den Sekundarschulen der Stadt Basel", Bericht der PetKo

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	63	27	16	7	0	2	7	4	0	0
Nein	27	0	0	8	11	6	0	2	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	91	27	16	15	11	9	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	4	0	1	0	0	1	1	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	1	0	0	0	0	1	1	0
Stimmberechtigt	95	27	17	15	11	10	8	6	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 15
23.5510

Abstimmungsdatum

06. März 2024 16:40:48

Geschäft

Petition P468 "Einführung von umfassender Aufklärung und Prävention gegen Allgemeine und sexuelle Belästigung in schulischen Bildungsprogrammen", Bericht der PetKo

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ent
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ent
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	70	26	17	10	0	4	8	5	0	0
Nein	17	0	0	3	11	2	0	1	0	0
Ent	6	0	0	2	0	4	0	0	0	0
Abgestimmt	93	26	17	15	11	10	8	6	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	1	0	0	0	0	1	1	0
Stimmberechtigt	94	26	17	15	11	10	8	6	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 16
23.5549

Abstimmungsdatum

06. März 2024 16:54:27

Geschäft

Petition P470 "Umnutzung leere Bürogebäude zu Wohnraum", Bericht der PetKo

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	20	0	0	8	8	0	0	4	0	0
Nein	68	26	15	6	3	9	7	2	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	26	15	14	11	9	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	5	0	2	1	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	7	3	1	0	0	1	0	1	1	0
Stimmberechtigt	93	26	17	15	11	9	8	6	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 18
24.5018

Abstimmungsdatum

06. März 2024 17:28:23

Geschäft

Motion 1 Franz-Xaver Leohnhardt für einen Neuanfang beim Areal Horburg

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	43	26	17	0	0	0	0	0	0	0
Nein	45	0	0	15	11	6	8	5	0	0
Ent	3	0	0	0	0	2	0	0	1	0
Abgestimmt	91	26	17	15	11	8	8	5	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	1	0	1	0	1
Nicht anwesend	6	3	1	0	0	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	94	26	17	15	11	9	8	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 18
24.5018

Abstimmungsdatum

06. März 2024 17:29:21

Geschäft

Motion 1 Franz-Xaver Leohnhardt für einen Neuanfang beim Areal Horburg

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	46	26	17	0	0	1	0	0	1	1
Nein	45	0	0	15	11	6	8	5	0	0
Ent	2	0	0	0	0	2	0	0	0	0
Abgestimmt	93	26	17	15	11	9	8	5	1	1
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Nicht anwesend	6	3	1	0	0	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	94	26	17	15	11	9	8	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 19
24.5021

Abstimmungsdatum

06. März 2024 17:45:18

Geschäft

Motion 2 Michael Hug und Konsorten betreffend mehr Transparenz bei projektbezogenen Beschäftigungsverhältnissen im Kanton Basel-Stadt

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	49	0	0	15	11	9	8	6	0	0
Nein	44	27	17	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	27	17	15	11	9	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	1	0	0	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	27	17	15	11	9	8	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 20
24.5031

Abstimmungsdatum

06. März 2024 17:56:00

Geschäft

Motion 3 Joël Thüring betreffend bequem durch die Innenstadt mit einem Tramersatz – damit betagte und mobilitätseingeschränkte Personen und das Gewerbe nicht vergessen gehen

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ent
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	31	0	0	15	11	5	0	0	0	0
Nein	58	27	16	0	0	3	6	6	0	0
Ent	4	0	1	0	0	1	1	0	1	0
Abgestimmt	93	27	17	15	11	9	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	2	1	0	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	94	27	17	15	11	9	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 23
24.5032

Abstimmungsdatum

13. März 2024 07:49:43

Geschäft

Anzug 3 Salome Bessenich und Konsorten betreffend Nutzung des Horburg-Parkings als Quartierparking

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Nicht anwesend
Gander Thomas (SP)	Nicht anwesend	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht anwesend
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Islar-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nicht anwesend	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht anwesend	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nicht anwesend	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GAB)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nicht anwesend	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Nicht anwesend
Irleichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht anwesend	Zappalà Andreas (FDP)	Nicht anwesend
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nicht anwesend	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend		
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	2	1	0	1	0	0	0	0	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	2	1	0	1	0	0	0	0	0	0
Nicht abgestimmt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht anwesend	98	29	18	14	11	10	8	7	1	0
Stimmberechtigt	2	1	0	1	0	0	0	0	0	0



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 23
24.5032

Abstimmungsdatum

13. März 2024 09:05:44

Geschäft

Anzug 3 Salome Bessenich und Konsorten betreffend Nutzung des Horburg-Parkings als Quartierparking

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	79	27	14	14	5	6	8	5	0	0
Nein	7	0	0	0	6	0	0	1	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	87	27	14	14	11	6	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	12	2	4	1	0	4	0	1	0	0
Stimmberechtigt	88	27	14	14	11	6	8	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 25
21.5425

Abstimmungsdatum

13. März 2024 09:23:32

Geschäft

Anzug Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend bessere Durchmischung der Schulklassen für mehr Chancengerechtigkeit, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	47	0	0	14	11	8	8	6	0	0
Nein	45	28	16	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	28	16	14	11	8	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	1	2	0	0	2	0	1	0	0
Stimmberechtigt	94	28	16	15	11	8	8	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 26
17.5077

Abstimmungsdatum

13. März 2024 09:34:57

Geschäft

Anzug Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend Evaluation und Beruhigung der integrativen Schule,
Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	75	27	1	14	11	8	8	6	0	0
Nein	15	0	15	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	91	27	16	14	11	8	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	1	2	0	0	2	0	1	0	0
Stimmberechtigt	94	28	16	15	11	8	8	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 31.1
19.5512

Abstimmungsdatum

13. März 2024 10:21:11

Geschäft

Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend kundenfreundliche Öffnungszeiten beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Islar-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ent	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	52	26	15	0	0	0	8	3	0	0
Nein	37	0	0	15	11	8	0	3	0	0
Ent	2	0	1	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	91	26	16	15	11	8	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	2	2	0	0	2	0	1	0	0
Stimmberechtigt	93	27	16	15	11	8	8	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 32
21.5769

Abstimmungsdatum

13. März 2024 10:34:10

Geschäft

Anzug Karin Sartorius und Konsorten betreffend Veloverbindung Friedrich-Miescher-Strasse -
Burgfelderstrasse, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ent	Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ent
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	36	0	0	14	11	3	2	6	0	0
Nein	51	27	16	0	0	5	3	0	0	0
Ent	4	0	0	0	0	0	3	0	1	0
Abgestimmt	91	27	16	14	11	8	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	2	2	0	0	2	0	1	0	0
Stimmberechtigt	93	27	16	15	11	8	8	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 33
21.5813

Abstimmungsdatum

13. März 2024 10:40:41

Geschäft

Anzug Lydia Isler-Christ und Konsorten betreffend «temporäre Genussorte» in der Freien Strasse, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ent	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüning Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	68	27	15	0	6	6	8	6	0	0
Nein	20	0	0	14	5	1	0	0	0	0
Ent	3	0	1	0	0	1	0	0	1	0
Abgestimmt	91	27	16	14	11	8	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	2	2	0	0	2	0	1	0	0
Stimmberechtigt	93	27	16	15	11	8	8	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 34
23.5452

Abstimmungsdatum

13. März 2024 10:46:22

Geschäft

Motion Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Velopasserelle vom Gundeli über die Bahngeleise zum Elsässertor, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	76	27	16	13	0	8	8	4	0	0
Nein	13	0	0	0	11	0	0	1	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	27	16	13	11	8	8	5	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	2	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	7	2	2	0	0	2	0	1	0	0
Stimmberechtigt	93	27	16	15	11	8	8	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 39
23.5477

Abstimmungsdatum

13. März 2024 11:11:48

Geschäft

Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend automatisch ausgefüllte Steuererklärung, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ent
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	34	26	5	1	0	2	0	0	0	0
Nein	56	0	11	13	11	6	8	6	1	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	27	16	14	11	8	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	2	2	1	0	2	0	1	0	0
Stimmberechtigt	92	27	16	14	11	8	8	6	1	1

Anhang B

Neue Ratschläge, Berichte und Vorstösse für die März-Sitzung

<u>Tagesordnung</u>	<u>Komm.</u>	<u>Dep.</u>	<u>Dokument</u>
1. Petition P470 "Umnutzung leere Bürogebäude zu Wohnraum", Bericht der PetKo	PetKo		23.5549.02
2. Kantonale Volksinitiative "Basel baut Zukunft" – Fristverlängerung, Bericht der BRK	BRK		20.1006.05
3. Kantonale Volksinitiative "1% gegen globale Armut" – Fristverlängerung, Bericht des RR		PD	21.1247.04
4. Kantonale Volksinitiative betreffend "Keine Steuerschulden dank Direktabzug", Bericht des RR zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Vorgehen		FD	23.1670.01
5. Erneuerung des Staatsbeitrags an Basel Tourismus für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der WAK	WAK	WSU	23.0940.02
6. Motion Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Velopasserelle vom Gundeli über die Bahngleise zum Elsässertor, Stellungnahme des RR		BVD	23.5452.02
7. Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend automatisch ausgefüllte Steuererklärung, Stellungnahme des RR		FD	23.5477.02
8. Anzug Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend Evaluation und Beruhigung der integrativen Schule, Schreiben des RR		ED	17.5077.05
9. Anzug Michelle Lachenmeier und Konsorten betreffend Pavillon für die Bildungslandschaft Bläsiversum, Schreiben des RR		ED	19.5228.03
10. Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend mehr männliche Betreuungs- und Lehrpersonen in Basler Kitas, Tagesstrukturen, Kindergärten und Primarschulen, Schreiben des RR		ED	19.5424.03

Überweisung an Kommissionen

11. "Mobile Gefahrstoffübungsanlage auf Wechselladeabrollbehälter", Ausgabenbericht des RR	JSSK	JSD	24.0076.01
12. Projekt «Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen gegenüber Erwachsenen und Jugendlichen im Kanton Basel-Stadt», Ausgabenbericht des RR	JSSK	PD	23.0331.01
13. Ausgabenbewilligung für die Projektierung und Realisierung für den Vollausbau des Restaurant Kaserne Kasernenhof 6, 4058 Basel, Ratschlag des RR	BRK	FD	21.1360.01
14. Finanzielle Beteiligung des Kantons Basel-Stadt am Aufbau einer MaaS (Mobility as a Service)-Plattform sowie Bericht zum Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend eine gemeinsame Schnittstelle für alle umweltfreundlichen Fortbewegungsarten und Verkehrsangebote, Ratschlag des RR	UVEK	BVD	23.1726.01 20.5060.03
15. Ausgabenbewilligung zur Neugestaltung des Grün- und Freiraums Lysbüchelplatz – VoltaNord, Ratschlag des RR	UVEK	BVD	24.0087.01
16. Ausgabenbewilligung für die Verlängerung der Leistungsvereinbarung mit der Basler Personenschiffahrt AG (BPG) für die Jahre 2024 bis 2028, Ratschlag des RR	WAK	WSU	24.0147.01
17. Teilrevision des Gesundheitsgesetzes (GesG); Umsetzung des Bundesgesetzes über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege, Ratschlag des RR	GSK	GD	23.0943.01

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

18. Anzug Oliver Bolliger und Konsorten betreffend Verstetigung der angepassten Erhöhung des Freibetrags bei der Sozialhilfe zwecks Armutsprävention, Schreiben des RR		WSU	23.5267.02
--	--	-----	------------

19.	Motionen:		
1.	Joël Thüring und Konsorten betreffend Bezahlkarte für Asylbewerber		24.5054.01
2.	Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Rückvergütungen von kantonalen Überschüssen an die steuerzahlenden Privatpersonen		24.5056.01
20.	Anzüge:		
1.	Pascal Pfister und Konsorten betreffend ambulant begleitete Arbeit für Personen mit behinderungsbedingten Einschränkungen (Supported Employment)		24.5055.01
2.	Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend Massnahmen zur Unterstützung von Long Covid Erkrankten		24.5060.01
3.	Amina Trevisan und Konsorten betreffend Verbesserung der Zugänglichkeit von öffentlichen automatisierten externen Defibrillatoren (AED) im Aussenbereich öffentlicher Verwaltungsgebäude		24.5062.01
4.	Amina Trevisan und Konsorten betreffend Palliativ Care und Migration bzw. diversitätssensitive Palliative Care		24.5061.01
5.	Christine Keller und Konsorten betreffend Lehrstuhl für Palliative Care an der Medizinischen Fakultät der Universität Basel		24.5065.01
6.	Christine Keller und Konsorten betreffend Zertifizierung von Alters- und Pflegeheimen in "Qualität in Palliative Care"		24.5066.01
7.	Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Finanzierung von spezialisierter Palliativ-Pflege in kantonalen Pflegeheimen		24.5067.01
8.	Lukas Bollack und Konsorten betreffend Rheintunnel und flankierende Massnahmen zur Entlastung der Quartiere		24.5068.01
9.	Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Wahlen: Systematische Diskriminierung der Frauen durch die Beschränkung der Anzahl Zeichen für die «Angaben zur Person»		24.5076.01
21.	Antrag Fina Girard und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend eine gesicherte Teilnahme der Schweiz an Erasmus+		24.5063.01

Kenntnisnahme

22.	Rücktritt von Thomas Gander als Mitglied des Grossen Rates per 30. April 2024		24.5070.01
23.	Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend einer unabhängigen Beschwerdestelle, Schreiben des RR (stehen lassen)	JSD	20.5265.03
24.	Anzug Salome Bessenich und Konsorten betreffend Stärkung der Plakatsammlung Basel, Schreiben des RR (stehen lassen)	ED	22.5021.02
25.	Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Praxisbezug im Lehrkörper der FHNW, Schreiben des RR (stehen lassen)	ED	21.5318.03
26.	Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Veloführung Birschöpfli – Lehenmatt, Schreiben des RR (stehen lassen)	BVD	21.5832.02
27.	Anzug Tobias Christ und Konsorten betreffend Kunstmuseum-Parking nicht konkurrenzieren, Schreiben des RR (stehen lassen)	BVD	21.5834.02
28.	Schriftliche Anfrage Johannes Sieber betreffend die Pressefreiheit in Basel-Stadt, Schreiben des RR	JSD	23.5550.02
29.	Schriftliche Anfrage Christoph Hochuli betreffend Installation von Notfalltreffpunkten im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR	JSD	23.5536.02
30.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend wie teuer kam der Polizeieinsatz vom 21. Oktober 2023, Schreiben des RR	JSD	23.5598.02
31.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Ungebührliches Verhalten im Wahlzentrum Mustermesse Basel, Schreiben des RR	STK	23.5599.02
32.	Schriftliche Anfrage Michela Seggiani betreffend Eislaufflächen ohne Eis, Schreiben des RR	ED	23.5567.02

33.	Schriftliche Anfrage Franziska Roth betreffend Anlegestelle für Kulturschiffe, Schreiben des RR	WSU	23.5579.02
34.	Schriftliche Anfrage Christine Keller betreffend Flugvorführungen in Basel, Schreiben des RR	JSD	23.5594.02
35.	Schriftliche Anfrage Franz-Xaver Leonhardt betreffend rascher Sanierung und Erhöhung der Verkehrssicherheit der Kreuzung Münchensteinerbrücke Süd, Schreiben des RR	BVD	23.5611.02
36.	Schriftliche Anfrage René Brigger in Sachen Publikumsnutzungen im obersten Vollgeschoss des Hochhauses Claraturm , Schreiben des RR	BVD	23.5595.02
37.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Fotos mit Picasso Bildern im Kunstmuseum Basel, Schreiben des RR	PD	23.5614.02
38.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Panne im Wahlbüro, Schreiben des RR	STK	23.5596.02
39.	Schriftliche Anfrage Claudia Baumgartner betreffend Förderung von Trendsportarten wie «Padel», Schreiben des RR	ED	23.5612.02
40.	Schriftliche Anfrage Philip Karger betreffend «KMU-Strategie» im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR	WSU	23.5593.02